LOGBUCH EINES BÖRSIANERS

2020.

Das Corona-Tagebuch · März bis Juni 2020

108 Beiträge

Dr. Josef Obergantschnig
Börse kannst auch du.

Impressum.

HERAUSGEBER UND AUTOR

Dr. Josef Obergantschnig
Obergantschnig Management GmbH
Statteggerstraße 206
8046 Stattegg, Österreich
UID: ATU67999213

KONTAKT

Web: www.obergantschnig.at
E-Mail: office@obergantschnig.at

REIHE

Logbuch eines Börsianers · Kolumnen 2020
Die Kolumne erscheint bei e-fundresearch.com, in der Kleinen Zeitung und bei der FH JOANNEUM Graz.
Stand dieser Sammlung: Oktober 2026

BILDRECHTE

Sämtliche Grafiken und Tabellen: eigene Darstellung Obergantschnig Management GmbH.

COPYRIGHT

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung, Verbreitung oder Bearbeitung nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Obergantschnig Management GmbH.

Inhalt.

14.03.2020	Wie die Angst den Aktienmarkt erfasst
16.03.2020	Finanzmärkte im Krisenmodus – Der Abverkauf geht weiter
17.03.2020	Märkte im Risk-Off Modus – Blöderweise erst nach dem Kursrutsch
18.03.2020	Von 100 auf null, eine Vollbremsung
19.03.2020	Die große Welt ist plötzlich sehr klein
20.03.2020	Welt in Zahlen gefangen
21.03.2020	Vertrauen als neue Form der Nachhaltigkeit
22.03.2020	Der Reset-Knopf wurde gedrückt
23.03.2020	Darwin würde sich die Augen reiben
24.03.2020	Anpassungsfähigkeit mehr denn je gefragt
25.03.2020	Wie eine Flipperkugel
26.03.2020	BEACH – Ein gefährlicher Mix
27.03.2020	Es wird aus allen Rohren geschossen
28.03.2020	Geldgeschenke, die keine Geschenke sind
29.03.2020	Der deutlich sichtbare Wandel
30.03.2020	Harte Fronten im Streit um Corona-Bonds
31.03.2020	Die Wahrheit liegt in der Mitte
01.04.2020	Die Brandbeschleuniger einer Krise
02.04.2020	Breite und globale Streuung machen sich bezahlt
03.04.2020	Diese Zahl raubt mir den Schlaf
04.04.2020	Ohne Vertrauen kein „Normalzustand“
05.04.2020	Droht jetzt der Ausverkauf Europas?
06.04.2020	Befreiende Wirkung des Frühjahrsputzes
07.04.2020	Was vom Kursfeuerwerk zu halten ist.
08.04.2020	„Gefallene Engel“
09.04.2020	Die zweite Seite der Medaille
10.04.2020	Wenn du glaubst, es geht nicht mehr…
11.04.2020	Die Schatullen werden geöffnet
12.04.2020	Fundamentale Unterschiede
13.04.2020	Jede Krise schreibt eine eigene Geschichte
14.04.2020	Wie schnell sich die Zeiten doch ändern
15.04.2020	Haare schneiden und Schuldenberge
16.04.2020	Wie eine Achterbahnfahrt im Prater
17.04.2020	Staaten und der „Hair-Cut“
18.04.2020	Griller und Milliardäre
19.04.2020	Die Druckerpresse einst und heute
20.04.2020	Keine Spur von Lagerkoller
21.04.2020	Negativer Ölpreis? Was ist da abgegangen?
22.04.2020	Der Ölpreis dominiert das Geschehen

23.04.2020	Nahezu keine Branche bleibt verschont
24.04.2020	Zwei Frauen bewegen die Märkte
25.04.2020	Der Einfluss steigt mit jedem Dollar
26.04.2020	Für Investoren besonders schwierig
27.04.2020	Neue Woche, neues Glück
28.04.2020	Nährboden für Korruption
29.04.2020	Der Staat, der Retter in der Not
30.04.2020	Die Ära der Tech-Giganten
01.05.2020	Arbeitswelt definiert sich gerade neu
02.05.2020	Moral Hazard an den Finanzmärkten
03.05.2020	Licht und Schatten der Globalisierung
04.05.2020	Eine tiefe Kerbe in den Bilanzen
05.05.2020	Kluft wird deutlich sichtbar
06.05.2020	Paukenschlag ist rasch verpufft
07.05.2020	Japan-Szenario wird wahrscheinlicher
08.05.2020	Ein Irrsinn, der niemanden überrascht
09.05.2020	Höherer Schuldenstand frei Haus
10.05.2020	Enorme Divergenzen im Rohstoffsektor
11.05.2020	US-Streit mit China im Fokus
12.05.2020	Vom Boom der „nachhaltigen“ Investments
13.05.2020	Was den Ernst der Lage verdeutlicht
14.05.2020	Heilige Corona, steh uns bei
15.05.2020	Weiterer Schritt in die Normalität
16.05.2020	Was das BIP über Wohlstand aussagt
17.05.2020	Höher, schneller, weiter
18.05.2020	Die Kluft geht weiter auseinander
19.05.2020	Bonität und Performance
20.05.2020	Ping-Pong-Spiel der Alpha-Männchen
21.05.2020	Der Aufbaufonds und seine Kritiker
22.05.2020	Wer zahlt, schafft an!
23.05.2020	Unser verändertes Einkaufsverhalten
24.05.2020	America oder China First?
25.05.2020	Chinas Motoren laufen nahezu auf Hochbetrieb
26.05.2020	Dem „V“ sei Dank
27.05.2020	Letzter Sargnagel für die Globalisierung?
28.05.2020	Schuldenberg zum Null-Tarif
29.05.2020	Diese Branchen sind wieder gefragt
30.05.2020	Wir erleben ein ständiges Auf und Ab
31.05.2020	Welle der Herabstufungen?
01.06.2020	Schwer zu fassende Welt voller Zahlen
02.06.2020	Tiefe Gräben, Welle der Gewalt
03.06.2020	Generation „Lockdown“
04.06.2020	TINA sei Dank!

05.06.2020	Bazooka, fallende Messer und Kaugummi
06.06.2020	Eine Wette auf den Umzugskarton
07.06.2020	Einfach zu schön, um wahr zu sein
08.06.2020	Die Karten werden neu gemischt
09.06.2020	Wie es zum US-Kursfeuerwerk kam
10.06.2020	Gier frisst Hirn
11.06.2020	Bares und gesprengte Grenzen
12.06.2020	Der Euphorie folgt Ernüchterung
13.06.2020	Indianer, Cowboys und Goldschätze
14.06.2020	Der Markt hat immer recht?!
15.06.2020	Das Angstbarometer steigt weiter
16.06.2020	Dauerfeuer sorgt für Swing
17.06.2020	Eine Spur der Verwüstung
18.06.2020	Es ist ein ständiges Hin und Her
19.06.2020	Setze niemals alles auf eine Karte
20.06.2020	Der DAX und sein Wirecard-Problem
21.06.2020	Der Tesla-Moment trifft viele Branchen
22.06.2020	Wirecard lässt uns den Atem stocken
23.06.2020	Wirecard-Skandal und eine angeschlagene Aufsicht
24.06.2020	Hohe Angstprämie trotz Kurs-Rallye
25.06.2020	Düstere Prognose und wachsende Kluft
26.06.2020	Geschenk an unsere Ur-Ur-Ur-Ur-Enkel
27.06.2020	31 Risiken und ein Blick in den Rückspiegel
28.06.2020	Der Moment der Wahrheit naht
29.06.2020	Wirecard, ein waschechter Skandal
30.06.2020	Ein Umbruch im Blindflug

14.03.2020

Wie die Angst den Aktienmarkt erfasst.

Seit 1998 lässt mich die Faszination für die Finanzmärkte nicht mehr los. Als junger Fondsmanager erlebte ich hautnah die Internetblase mit, die im März 2000 ihren Höhepunkt fand. Damals führten irrational hohe Erwartungen zu irrational hohen Bewertungen und im Anschluss zu einem dreijährigen Bärenmarkt. Im September 2008 sorgten die Lehman-Pleite und die darauffolgende Finanzkrise für herbe Kursverluste. Ein halbes Jahr später war der Tiefpunkt erreicht.

Danach erlebten wir den längsten Bullenmarkt der Börsengeschichte. Im Gegensatz zur Internetblase oder der Finanzmarktkrise ist die heutige Börsenkrise anders. Die Ereignisse dieser Woche haben zu herben Kurseinbrüchen geführt. Der amerikanische Aktienmarkt (S&P 500) musste am Donnerstag den höchsten Tagesverlust seit 1987 hinnehmen. Das Tempo ist rasant. Seit dem Höchststand am 19. Februar verloren wir 27 %. 2000 benötigte der Bärenmarkt für vergleichbare Kursverluste ein ganzes Jahr, 2008 einen Monat und 2020 nicht einmal mehr diesen einen Monat. In einem durchschnittlichen Bärenmarkt verlieren Investoren zwischen 25 und 30 %. 2020 ist irgendwie anders. Jetzt heißt es Wunden lecken und einen kühlen Kopf bewahren.

In meinem Berufsleben habe ich schmerzhaft gelernt, dass Krisen dazugehören. Emotionen, egal ob Gier oder Angst, sind keine guten Ratgeber. Auch wenn niemand seriös die Zukunft prophezeien kann, möchte ich diese Zeilen positiv beenden. Die größten Kursgewinne erzielten Börsianer in der Vergangenheit immer, nachdem sie das Tal der Tränen durchschritten hatten. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es auch diesmal so sein wird.

Die Welt in Zahlen:

Was an diesem Wochenende geschah:

- Die österreichische Regierung stellt vier Milliarden Euro zur Verfügung, um die ersten Auswirkungen der Corona-Pandemie abzufedern. Mit dem Geld sollen die durch die Krise entstandenen Mehrkosten in der Gesundheitsversorgung, im Bildungssystem und im Sicherheitsbereich gedeckt werden. Auch Unternehmer und Selbstständige sollen bei Einnahmeausfällen oder Betriebsstilllegungen Hilfen erhalten. Etwa 400 Millionen Euro fließen in die Ausweitung der Kurzarbeit, die bereits ab Montag, dem 16. März in Anspruch genommen werden kann. Die Nettoersatzrate für den Arbeitnehmer steigt auf bis zu 90 %. Zudem will die österreichische Regierung Garantien übernehmen, Überbrückungskredite zur Verfügung stellen, Steuern stunden und Mahnzinsen ausfallen lassen. Bundeskanzler Kurz verlautbarte, dass die Maßnahmen nur ein erster Schritt seien, um Entschlossenheit zu demonstrieren. Man sei durchaus bereit, das Volumen zu erhöhen. Geld spiele ausnahmsweise keine Rolle – es gehe darum, Arbeitsplätze zu sichern und Betriebe vor der Pleite zu bewahren.
- Die Corona-Krise erreicht den Hamburger Seehafen. Die globalen Lieferketten werden heftig durchgeschüttelt. Bereits Anfang Februar hatte der Produktionsstopp in China seinen Höhepunkt

erreicht. Die großen Frachter benötigen vier bis sechs Wochen, um im Hamburger Hafen einzulaufen.

- Notenbanken versuchen, mit Zinssenkungen und Liquiditätsspritzen die Finanzmärkte zu unterstützen. Am Sonntagabend senkt die US-Notenbank Federal Reserve Bank die Leitzinsen auf 0 %. Zudem verspricht die Fed, in den kommenden Monaten Anleihen im Wert von 700 Milliarden US-Dollar zu kaufen.
- Das Lokal „Kitzloch“ im Tiroler Skiort Ischgl gilt als Hotspot für die Verbreitung des Coronavirus bis Skandinavien.
- Konservendosen sind ein Klassiker für eine Krise. Am 27. Februar entdecken die Österreicher ihre Liebe zu Gulaschsuppe oder Ravioli in Tomatensauce wieder. Laut dem 1870 gegründeten Unternehmen Inzersdorfer ist die Nachfrage derzeit dreimal so hoch wie sonst. Zuletzt war das nach der Tschernobyl-Katastrophe und im Jahr 2015 der Fall.

16.03.2020

Finanzmärkte im Krisenmodus – Der Abverkauf geht weiter.

Am Wochenende haben sich die Ereignisse überschlagen. Eine Krisensitzung jagte die nächste und mittlerweile sind selbst Finanzexperten „ausgewiesene“ Virologen. Die USA erklären den nationalen Notstand, Österreich vollzieht den Shutdown und Deutschland macht die Grenzen dicht. Vor nicht einmal einer Woche war das völlig unvorstellbar.

In der Wirtschaftswissenschaft spricht man von einem Schwarzen Schwan. Das ist ein Synonym für ein Ereignis, welches es eigentlich gar nicht geben dürfte. Und genau diesen Zustand erleben wir dieser Tage. Regierungen schnüren Maßnahmenpakete und Notenbanken versuchen, mit Finanzspritzen unterstützend einzugreifen. Ich habe das Gefühl, dass man den Ernst der Lage durchaus erkennt und im Zweifelsfall noch nachlegen wird. Die Auswirkungen kann jedoch niemand seriös prognostizieren. Fest steht nur, dass die gegenwärtige Krise massive Auswirkungen auch auf unser Leben „danach“ haben wird. Und davon werden nicht nur Wirtschaft und Kultur, sondern alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betroffen sein.

Am Montag geht das Gemetzel an den Kapitalmärkten trotz der eingeleiteten Gegenmaßnahmen weiter. Die Aktienkurse notieren – egal ob dies- oder jenseits des Atlantiks – im tiefroten Bereich. Das führt auch dazu, dass viele Risikolimits gerissen werden. Die Angst ist auch am Börsenparkett spürbar, der Verkaufsdruck steigt weiter und die Kurse fallen. Überraschenderweise mussten auch vermeintliche Sicherheitsinvestments wie Gold deutlich Federn lassen. Wir erleben gerade außergewöhnliche Tage. 2020 ist anders. Selbst für einen krisenresistenten Börsianer.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Heute ist der erste Tag, an dem sich Österreich komplett abschottet. Soziale Kontakte sind tunlichst zu vermeiden.
- Die Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft sind völlig unklar.
- Die Unternehmen stehen still. Gerade Ein-Personen-Unternehmen (EPU) und Branchen wie z.B. der Tourismus stehen vor riesigen Problemen.
- Die Regierung von Sebastian Kurz reagiert entschlossen. In den letzten Tagen wurden die Maßnahmen zunehmend verschärft.
- Viele Menschen geraten in panikähnliche Zustände. Das führt zu Hamsterkäufen und leeren Regalen in den Supermärkten.
- Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärt Europa zum Corona-Epizentrum. In China, dem Ursprungsland, hat sich die Verbreitung des Virus deutlich abgeschwächt. In Österreich verdoppelt

sich die Infiziertenrate alle 52 Stunden.

- Die Öffnungszeiten für den Lebensmittelhandel werden eingeschränkt. Die Spitäler und das Gesundheitswesen sind bereits stark überlastetet.
- Deutschland verkündet, an einem Härtefallfonds für Unternehmen zu arbeiten.
- In Frankreich wird die Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt.
- Deutschland ist im Shutdown-Modus und fährt das öffentliche Leben praktisch herunter. Bundeskanzlerin Angela Merkel sich der historischen Dimension bewusst. Nun geschehe, „was wir bisher in über 70 Jahren Bundesrepublik noch nicht tun mussten, aber jetzt tun müssen."
- In Italien herrscht Ausnahmezustand. Das System ist mit der stetig steigenden Anzahl an Corona-Erkrankten völlig überfordert. Ärzte müssen über Leben und Tod entscheiden, da die Kapazitäten nicht für alle ausreichen.
- Viele Aktienindizes verloren heute mehr als 10 % an Wert. Für die technologielastige Nasdaq war es der größte Tagesverlust ihres Bestehens.
- US-Präsident Donald Trump ruft den nationalen Notstand aus und kündigt an, dass die USA mit aller Kraft gegen das Virus ankämpfen wird.
- Der internationale Währungsfonds stellt den Mitgliedsstaaten die Kreditkapazität von einer Billion US-Dollar zur Bekämpfung der Corona-Krise in Aussicht.
- Die japanische Notenbank (Bank of Japan) kündigt eine Finanzspritze im Wert von 30 Milliarden US-Dollar an. Das ist die größte Intervention seit der Finanzkrise im Jahr 2008. Zudem gibt es Überlegungen seitens der Regierung, die Mehrwertsteuer zu senken.

17.03.2020

Märkte im Risk-Off Modus – Blöderweise erst nach dem Kursrutsch.

Heute ist Dienstag. Mein erster Tag in der Isolation der eigenen vier Wände. Für uns als Familie birgt das, wie für so viele andere auch, neue Herausforderungen. Meine Frau, die seit gestern Überstunden abbaut, lernt mit unseren Kindern für die Schule. Ich schotte mich im Nebenzimmer etwas ab und versuche konzentriert, meine Aufgaben abzuarbeiten. Diese Tage telefoniere ich außergewöhnlich viel, schließlich ist auch eine Menge aufzuarbeiten. Gestern haben die Aktienindizes in den USA Rekordverluste hinnehmen müssen.

Für war es mit einem Minus von 1 % sogar der größte Tagesverlust der Geschichte, mehr noch als am Black Monday 1987. Die Märkte sind von der Liquiditätsseite her völlig ausgedünnt. Es gibt nur mehr wenige Anleger, die sich mit Kaufaufträgen gegen den Trend stellen. In diesem Zusammenhang kommt mir die alte Börsenweisheit „Never catch a falling knife“ in den Sinn. Das gilt nicht nur für Aktien, sondern auch für andere Assetklassen wie Staatsanleihen oder Unternehmensanleihen. Cash ist dieser Tage King. Im Anleihenbereich hat die Spannweite zwischen Kauf- und Verkaufskursen innerhalb der letzten Wochen deutlich zugenommen. Jeder Verkäufer muss dadurch mit vergleichsweise hohen Kursabschlägen rechnen.

In einer kürzlich durchgeführten Umfrage unter Fondsmanagern ist das Sentiment innerhalb der letzten Wochen von sehr positiv in extrem negativ umgeschlagen. Blöderweise ist das aber erst nach dem Kursrutsch an den Börsen geschehen. Die Finanzwelt befindet sich im „Risk-Off-Modus“. Irgendwie schwer vorstellbar, dass die Welt vor drei Wochen noch in Ordnung war.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Ungewöhnliche Zeiten erfordern neue Wege. Die US-Regierung greift im Kampf gegen die Corona-Folgen für die Wirtschaft zu ungewöhnlichen Maßnahmen und stellt für jeden US-Bürger einen Konsumscheck in Höhe von 1.000 US-Dollar aus. Zum äußerst umstrittenen Helikoptergeld äußert sich US-Finanzminister Steven Mnuchin folgendermaßen: "Die Amerikaner brauchen jetzt Cash, (…) und „jetzt“ heißt innerhalb der nächsten zwei Wochen." Hongkong hatte bereits Ende Februar Ernst gemacht und im Rahmen eines 14 Milliarden schweren Konjunkturpakets für jeden Bürger knapp 1.200 locker gemacht.
- Die meisten europäischen Staaten haben zur Verlangsamung der Ausbreitung des Coronavirus inzwischen umfassende Grenzkontrollen wiedereingeführt, der Personenverkehr wird weitgehend eingeschränkt. Die EU schließt zudem für mindestens 30 Tage ihre Außengrenzen. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen betonte indes, es sei wichtig, die innereuropäischen

Grenzen für den Warenverkehr offenzuhalten. Ansonsten könnten Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung drohen.

- Österreichs Krankenhäuser kämpfen mit Erkrankungen in den eigenen Reihen. Bereits ein Drittel der Spitäler ist davon betroffen. Die Ausgangssperre wird von der Polizei kontrolliert. Es gibt ein Versammlungsverbot und Zahnarztpraxen sperren zu.
- Das AMS (Arbeitsmarktservice Österreich) verkündet, dass am Montag bereits 16.000 Menschen arbeitslos gemeldet waren. Das dürfte aber erst der Anfang sein.
- Ungarn riegelt die Grenzen ab. Pflegekräfte aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn selbst können nicht mehr nach Österreich oder Deutschland einreisen. Viele ältere Menschen sind auf die Hilfe ausländischer Pflegekräfte angewiesen. Sollte es nicht zu einer Lösung kommen, droht ein Kollaps des Pflegebereichs.
- Die Corona-Krise sorgt für Verschiebungen. Das erste Grand Slam-Turnier von Paris (French Open) wird heuer erst im September ausgetragen. Auch die Fußballeuropameisterschaft wird um ein Jahr verschoben.
- Der US-Ökonom Kenneth Rogoff hat die Finanzkrisen mehrerer Jahrhunderte analysiert. Ihm zufolge befindet sich die Welt in der ersten globalen Krise seit der großen Depression 1929. „Wir befinden uns im Krieg“, so Rogoff weiter.

18.03.2020

Von 100 auf null, eine Vollbremsung.

Es war nur ein kurzes Durchschnaufen, die Aktienmärkte drehten nach den Rekordverlusten zu Wochenbeginn am Dienstag vielerorts ins Plus, um erneut wieder abzustürzen. Der Ölpreis fällt auf den tiefsten Stand seit 2003 – ein weiterer Vorbote für den Wirtschaftseinbruch. Langsam gewöhne ich mich an meine neue Welt. Wie so viele andere auch, bin ich im Krisenmodus angekommen. Die Welt wird systematisch heruntergefahren. Von 100 auf null sozusagen. Wirtschaftlich erleben wir einen Schockzustand. Normalerweise sind Spekulationsblasen, unvorsichtige Kreditvergaben oder ein riesiger Schuldenberg die Auslöser einer Finanzkrise. 2020 ist irgendwie anders.

Der aktuelle Schock trifft die Realwirtschaft. Und das sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite. Der letzte Angebotsschock liegt mit der Ölkrise der 1970er-Jahre schon lange zurück. 2020 erleben wir eine Vollbremsung. Geschäfte sperren (vorübergehend) zu. Unternehmen wird damit die Geschäftsgrundlage bis auf Weiteres entzogen. Viele Arbeitnehmer fürchten um ihre Jobs. Meinem Gefühl nach ist der Ernst der Lage bei den Entscheidungsträgern durchaus angekommen. Aber wie können Staaten oder Notenbanken stimulierend eingreifen? Die Zentralbanken der Welt haben seit Anfang März die Leitzinsen 37 (!) Mal gesenkt. Darüber hinaus stellen sie den Finanzmärkten Liquidität zur Verfügung, indem sie gegen den Trend kontinuierlich Wertpapiere kaufen.

Auch von staatlicher Seite werden rund um den Globus massive Unterstützungspakete geschnürt. Der US-Finanzminister kündigt an, die Wirtschaft mit einem Paket von 850 Milliarden US-Dollar zu unterstützen. Österreich stockt auf bis zu 38 Milliarden Euro auf. Die EU verspricht jede verfügbare Hilfe. So weit ist erst einmal alles angerichtet. Jetzt heißt es abwarten und Ruhe bewahren.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Österreich: Bundeskanzler Kurz verkündet ein Maßnahmenpaket von bis zu 38 Milliarden Euro zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Unterstützung von Unternehmen. Viele Betriebe haben Probleme, die Gehälter für März auszubezahlen und Kurz sagt zu, man wolle alles Menschenmögliche tun, um Massenarbeitslosigkeit zu verhindern.
- Besonders stark trifft die Krise die 300.000 Ein-Personen-Unternehmen, die die Krise ohne Zeitverzögerung trifft. Ihnen soll mit Überbrückungskrediten geholfen werden.
- Das Bauunternehmen Strabag stoppt alle Baustellen.
- Der öffentliche Verkehr geht um 70 % zurück.
- Laut Arbeitsmarktservice wurden diese Woche bereits 49.000 neue Arbeitslosenanträge gemeldet.
- Österreichs Finanzminister Gernot Blümel ist der erste Finanzminister seit 1953, der keine Budgetrede halten wird. Eine seriöse Budgetprognose ist aufgrund der aktuellen Vorkommnisse ohnehin nicht möglich.

- Ersten Einschätzungen zufolge dürfte das BIP in Österreich heuer um 4,5 % einbrechen.
- Das Bundesland Tirol isoliert sich selbst und stellt 279 Gemeinden in Quarantäne.
- Die EU einigt sich auf Einreisesperren für Menschen aus dem Rest der Welt.
- Laut Schätzungen einer amerikanischen Investmentbank wird das Wirtschaftswachstum in den USA durch das Coronavirus im 2. Quartal um 14 % einbrechen.
- Die Wall Street stellt wegen der Ausbreitung des Coronavirus vorübergehend den Parketthandel ein. Alle Transaktionen werden elektronisch abgewickelt.
- Auch die britische Regierung kündigt ein 350 Milliarden Pfund schweres Hilfspaket zum Schutz der Wirtschaft an.
- 2020 müssen viele Anleger länger auf ihre Dividenden warten, da viele Gesellschaften ihre Hauptversammlungen aufgrund des Coronavirus verschieben.

19.03.2020

Die große Welt ist plötzlich sehr klein.

Heute ist Donnerstag, der dritte Tag der Quarantäne. Meine Frau müht sich in der Wohnküche mit unseren Kindern ab und versucht, die Stimmung – trotz der angespannten Situation – hoch zu halten. Als engagierte, aber ungeübte Lehrkraft für einen Elfjährigen und eine Neunjährige hat man es trotz des verspäteten Schulbeginns nicht gerade einfach. Ich sitze in meinem kleinen Zimmer und lasse in meinen Gedanken den gestrigen Tag Revue passieren.

Unsere große Welt ist plötzlich sehr klein geworden. Staaten machen die Grenzen dicht, Regierungen und Notenbanken verabschieden Hilfspakete in Milliardenhöhe, Regionen werden unter Quarantäne gestellt und das Leben vieler Familien ist auf die eigenen vier Wände beschränkt. Die internationalen Aktienmärkte mussten am Mittwoch wieder deutliche Kursabschläge hinnehmen. Aber auch Sicherheitsinvestments müssen dieser Tage Federn lassen. Die Rendite einer 10-jährigen österreichischen Staatsanleihe ist binnen weniger Tage von -0,5 % auf +0,3 % gestiegen. Das bedeutet für Investoren einen Kursverlust von -7 %. Der Kurs der 100-jährigen österreichischen Bundesanleihe verlor in diesem Umfeld sogar 30 % an Wert und damit annähernd so viel wie ein Aktieninvestment. Die Liquidität hat sich trotz der Notenbankeninterventionen aus dem Markt verabschiedet. Wir erleben täglich hohe Kursausschläge – sowohl in die eine als auch in die andere Richtung. In der Krise heißt es reagieren. Die größten Fehler werden in guten und nicht in schlechten Zeiten gemacht.

Dementsprechend wichtig ist es, das später im Fokus zu haben, um nach der Krise möglichst schnell wieder in die Gänge zu kommen. Das mag jetzt vielleicht etwas anmaßend klingen, schließlich ist ein Ende der Krise – trotz optimistischer Grundeinstellung – noch nicht absehbar. Ich bin aber überzeugt, dass die Gewinner von morgen in der Krise geboren werden.

Die Welt in Zahlen:

Was an diesem Tag geschah:

- Deutschlands Regierung rechnet mit 2,15 Millionen Kurzarbeitern und damit verbundenen Mehrausgaben von 10 Milliarden Euro.
- Deutschland plant ein Hilfspaket in Höhe von 50-Milliarden-Euro für Solo-Selbstständige. Die Unterstützung soll in Form von Zuschüssen bzw. Darlehen erfolgen.
- In Österreich steigt die Arbeitslosenzahl von Montag bis Mittwoch dieser Woche um 74.000 Menschen. In Oberösterreich und Tirol wird der Straßenbau eingestellt.
- Die Kreativwirtschaft in Österreich befürchtet einen Umsatzeinbruch von mehr als einem Drittel.
- In Thailand nimmt ein Roboter die Fiebermessung bei Corona-Verdachtsfällen vor.
- Ökonomen des ifo Instituts und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) legen ihre Frühjahrsprognosen vor. Das deutsche ifo Institut rechnet damit, dass die Wirtschaftsleistung 2020 um 6 % schrumpft. Ähnlich negativ sind auch die Prognosen des DIW.

- Unternehmen befürchten ein Wettrennen um die prall gefüllten Hilfstöpfe, bei dem kleinere Firmen von vornherein im Nachteil wären. Und Arbeitnehmer bangen aufgrund der angespannten Lage und angesichts drohender Betriebsschließungen um ihren Lohn und ihren Job.
- In Italien herrschen nach wie vor chaotische Zustände. Mediziner bemängeln eine Medikamentenknappheit und sorgen sich wegen des zunehmenden Mangels an Pflegepersonal.
- Die USA bestellen 500 Millionen Atemschutzmasken, um dem erhöhten Bedarf gerecht werden zu können.
- Deutschland hat den Ausfuhrstopp für die dringend benötigten Schutzausrüstungen aufgehoben. Damit können Masken, Desinfektionsmittel, Handschuhe und Abstrichröhrchen für Tests wieder ohne Beschränkung an EU-Länder ausgeliefert werden.
- Die Corona-Pandemie zeigt Defizite in der Versorgung der EU mit medizinischer Ausrüstung auf. Die Europäische Kommission plant ein zentrales Medizin-Lager und die Errichtung einer strategischen Reserve für Schutzmasken, Laborzubehör, Beatmungsgeräte, Impfstoffe und Medikamente.

20.03.2020

Welt in Zahlen gefangen.

Nach den herben Kursverlusten ist an den Börsen etwas Ruhe eingekehrt. Momentan scheint die Welt in Zahlen gefangen zu sein. Alles dreht sich um die Anzahl von Corona-Fällen, um Covid-19-Infektionsraten und um die astronomischen Summen der von Staaten oder Notenbanken verabschiedeten Hilfspakete.

Ein Umfeld, in dem sich ein Zahlenmensch wie ich eigentlich ganz wohlfühlen müsste. Als Börsianer ist es schließlich meine Profession, mich mit den Indizes dieser Welt zu beschäftigen oder auch eigene zu berechnen. Aber 2020 ist irgendwie anders. Es ist spätabends, meine Kinder sind bereits im Bett. Ich stehe auf unserer Terrasse, um nach einem anstrengenden Tag noch ein bisschen runterzukommen.

Eine Zahl will und will mir einfach nicht aus dem Kopf gehen. 9.500 – grundsätzlich eine unbedeutende Zahl, wenn damit nicht die Not so vieler Menschen beziffert werden würde. In Österreich leben 8,7 Millionen Menschen. Von diesen gehen 4,3 Millionen einer Erwerbstätigkeit nach. Im Jahresdurchschnitt waren 2019 etwas mehr als 200.000 Menschen arbeitslos. Soweit die Fakten. Mit den Neumeldungen dieser Woche ist die Zahl der Arbeitslosenmeldungen um mehr als 45 % angestiegen. Österreich ist ein Dienstleistungsland, schließlich sind mehr als 70 % der Arbeitnehmer diesem Bereich zuzuordnen. Nach dem Shutdown sind diese Branchen besonders stark betroffen. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass die Zahl der Arbeitslosen weiter ansteigen wird.

Ein weiterer wichtiger Arbeitgeber ist die Industrie, die mehr als ein Viertel der Österreicher beschäftigt. Auch hier stehen die Zeichen auf Sturm. Unter diesem Blickwinkel wird klar, warum die Regierung am Mittwoch ein 38-Milliarden-Euro-Hilfspaket verabschiedet hat. Whatever it takes! Wann, wenn nicht jetzt?

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Deutschland plant einen 500-Milliarden-Euro-Rettungsfonds.
- Österreichs Regierung kündigt an, dass die Maßnahmen zumindest bis Ostermontag, den 13. April 2020, verlängert werden sollen.
- Der Nationalrat genehmigt die Schließung der Grenzübergänge zur Schweiz, zu Liechtenstein, Slowenien, Ungarn und Deutschland. Die Grenzübergänge zu Italien wurden bereits geschlossen.
- In Österreich werden die Kontrollen verschärft. Innenminister Karl Nehammer droht: „Wer sich widersetzt, kann werden.“ Kritiker sehen darin bereits den Beginn eines Polizeistaates.
- In nur fünf Tagen verzeichnet das Arbeitsmarktservice .500 neue Arbeitslosenmeldungen. Mehr als ein Drittel kommen aus dem Tourismus.
- Großbritannien schließt die Pubs und sämtliche Kultureinrichtungen.

- US-Präsident Donald Trump erwägt eine landesweite Ausgangssperre, um die rasante Verbreitung des Virus zu bekämpfen. Trump verspricht auch weitere Hilfszahlungen, sofern der erste Konsumscheck für die Steuerzahler nicht ausreichen sollte.
- Erste Betrüger versuchen aus der Ausnahmesituation Kapital zu schlagen. So versuchen beispielsweise als Handwerker verkleidete sich Zugang zu wenig frequentierten Gebäuden zu verschaffen.
- Menschen müssen viel Zeit auf sehr engem Raum verbringen. Das führt zu einer eingeschränkten Bewegungsfreiheit. Die häusliche Gewalt nimmt weltweit zu.
- Immer mehr EU-Länder nutzen anonymisierte Daten von Mobiltelefonen, um Eindämmungsmaßnahmen zu prüfen. Ziel dabei ist es, die Bewegungsströme der Bevölkerung nachzuverfolgen. In Österreich, Italien und Deutschland werden bereits Handydaten eingesetzt.
- Durch die Corona-Krise werden Eurobonds wieder salonfähig. Dabei handelt es sich um eine von einer EU-Institution begebene Anleihe, für die alle Mitgliedsländer solidarisch haften. Damit würde die Zinslast krisengebeutelter und hochverschuldeter Länder wie Italien deutlich sinken.
- Bridgewater Associates, der weltgrößte Hedgefonds, hat Wetten im Ausmaß von 14 Milliarden US-Dollar darauf abgeschlossen, dass die Aktienkurse europäischer Unternehmen weiter sinken.
- Das Spekulieren auf einen weiteren Kurssturz von Aktien an der Wiener Börse wird von der Finanzmarktaufsicht vorerst verboten, um die Stabilität des Finanzmarktes und das Vertrauen der Investoren in den Aktienmarkt sicherzustellen.

21.03.2020

Vertrauen als neue Form der Nachhaltigkeit.

An Samstagvormittagen liebe ich es eigentlich, auf unserem Bauernmarkt einkaufen zu gehen. Hier erlebt man Wirtschaft hautnah. Viele Produkte, die auf den Ständen angeboten werden, durchlaufen einen langen Produktionsprozess. Gutgelaunte Händler bieten Kunden ihre Waren an, scherzen und verbreiten eine positive Stimmung.

Man spürt die Energie, man spürt das Leben und normalerweise ziehe ich mit einem prall gefüllten Einkaufskorb von dannen. Was macht den Bauernmarkt so besonders? Im Fokus stehen nachhaltige und biologisch hochwertige Produkte. Und dafür bin ich durchaus bereit, auch etwas mehr zu zahlen. Als Besucher des Marktes vertraue ich dem Anbieter. Schließlich kann ich unmöglich nachvollziehen, ob sich die Produktqualität auch wirklich mit meinen Erwartungen deckt. Auf den Bauernmärkten heißt die Währung Vertrauen. Vertrauen ist für mich die neue Form der Nachhaltigkeit.

Wir haben eine ereignisreiche Woche hinter uns. Wir befinden uns im Krisenmodus. Staaten, Unternehmen und auch jeder einzelne von uns ist gezwungen, Verantwortung zu übernehmen. Um nach der Krise wieder durchstarten zu können, ist es wichtig, dass wir uns in der Krise so verhalten, dass wir uns auch nach der Krise noch in die Augen schauen können. Das betrifft sowohl einzelne Länder als auch Unternehmen, im Endeffekt aber jeden einzelnen von uns.

Führungskräfte großer, börsennotierter Unternehmen kaufen nach dem Kursrutsch der letzten Tage massiv Aktien des eigenen Unternehmens. Damit setzen sie ein wertvolles Zeichen. Ein Zeichen für Aktionäre, aber auch für die eigenen Mitarbeiter und Geschäftspartner. Wer kauft schließlich in diesen Tagen Aktien, wenn er nicht vom Unternehmen überzeugt ist? Es ist wichtig, unseren wertvollsten Schatz zu hüten. Denn ohne Vertrauen funktioniert es nicht. Weder auf dem Bauernmarkt noch in unserem sozialen Umfeld, noch in Unternehmen oder in irgendeinem anderen Bereich des Lebens.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Österreich: Maßnahmen, die Schulen, Restaurants, Geschäfte und das Verhalten im öffentlichen Raum betreffen, werden bis zum 13. April 2020 verlängert.
- Österreich: Regierung stellt weitere 22 Millionen Euro zur Forschung an Medikamenten gegen das Coronavirus bereit.
- Österreich: 18.000 Unternehmen haben bereits Interesse an der Kurzarbeit angemeldet.
- Ringen um genügend Schutzausrüstung. Österreichs Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres hat wegen des Mangels für Gesundheitsberufe einen Hilferuf verfasst. Man befinde sich in einem Ausnahmezustand. Zum Teil werden sogar normale OP-Masken knapp. Das betreffe sowohl den niedergelassenen Bereich als auch die Spitäler. Aus China weiß man, dass ungeschütztes Gesundheitspersonal wesentlich zur Ausbreitung der Krankheit beigetragen hat.

- Deutschlands Bundesregierung kündigt ein 600-Milliarden-Euro-Hilfspaket an, um damit Firmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten zu helfen. Das ist mehr Geld als damals zur Stützung der Banken eingesetzt wurde.
- Die deutsche Industrie, vom Mittelstand bis zu den größten Konzernen, stellen die Produktion um. Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel und Schutzmasken werden im großen Stil hergestellt.
- USA: Die Zahl der Infizierten hat sich innerhalb von einer Woche auf 24.000 verzehnfacht. Fast ein Viertel der Bevölkerung, 80 Millionen von 330 Millionen Einwohnern, sind inzwischen von Ausgangssperren betroffen. Republikaner und Demokraten verhandeln bereits über ein Hilfspaket in Höhe von 2 Billionen US-Dollar. Das entspricht 10 % der jährlichen Wirtschaftsleistung.
- Italien (53.578 Infizierte) und Spanien (25.496 Infizierte) sind die Hotspots in Europa.
- In Rom sind binnen 24 Stunden 800 Menschen gestorben. Rom ordnet die Schließung aller nicht lebensnotwendigen Produktionsaktivitäten an (Ausnahmen: Supermärkte, Banken, Post und Apotheken). Ministerpräsident Giuseppe Conte spricht von „der größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg“.
- In Spanien herrscht eine Ausgangssperre, während der allerdings Hunde ausgeführt werden dürfen. Manche Spanier sind jedoch kreativer als die Polizei erlaubt: Es werden Menschen mit Ziegen, Schweinen und sogar Kanarienvögeln gesichtet. Ein Mann zieht sogar mit einem Stoffhund an der Leine durch die Straßen.
- Afrika als Sorgenkind der Weltgesundheitsorganisation. WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus: „Afrika muss sich auf das Schlimmste vorbereiten.“ Überfüllte afrikanische Großstädte und das fragile Gesundheitssystem bereiten Grund zur Sorge.

22.03.2020

Der Reset-Knopf wurde gedrückt.

Sonntag ist für mich der Tag der Entschleunigung. Es ist mir zur liebgewonnenen Gewohnheit geworden, die Woche noch einmal Revue passieren zu lassen und meine Gedanken zu ordnen. Diese Woche war definitiv außergewöhnlich. Wir befinden uns in einer Notlage. Die Corona-Pandemie stürzt die gesamte Welt in eine Gesundheits-, Wirtschafts- und Finanzkrise. Es wurde der Reset-Knopf gedrückt und wir wissen noch nicht, wie lange das System braucht, um wieder hochzufahren. Vieles hängt davon ab, wie schnell wir die Pandemie in den Griff bekommen. Soweit einmal der Blick zurück.

Obwohl Prognosen in Tagen wie diesen sehr schwierig, um nicht zu sagen unseriös sind, möchte ich meinen Fokus zumindest ein bisschen in die Zukunft richten. Als Wasserstandsmelder ziehe ich den Aktienmarkt zurate. Dieser repräsentiert für mich – trotz Übertreibungen in die eine oder in die andere Richtung – die Realität. In einem Bullenmarkt steigen die Kurse und sowohl der Status-Quo als auch der Ausblick wird von den Investoren positiv eingeschätzt.

Befinden wir uns in einem Bärenmarkt, werden die Wertpapierkurse mit einem Abschlag von zumindest 20 % von den Höchstständen gehandelt. Die Lage wird von den Investoren negativ beurteilt. In der Finanzkrise 2008 haben amerikanische Aktien (S&P 500) 57 % ihres Wertes verloren. Es dauerte 1.022 Tage, bis die Kursverluste wieder aufgeholt werden konnten. Die Corona-Krise wird in die Börsengeschichte eingehen. Es dauerte nur 16 Handelstage, bis wir in einen Bärenmarkt eingetreten sind und damit Kursverluste von mehr als 20 % hinnehmen mussten. Das ist in der Geschichte einzigartig. Selbst beim Börsencrash im Oktober 1929 dauerte es 30 Tage. Ich wage es aber zu bezweifeln, dass wir in diesem Umfeld auch die historisch schnellste Erholungsphase erleben werden. Aber das erwartet in diesem Umfeld auch niemand. 2020 ist schließlich einfach anders.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Außenminister Alexander Schallenberg macht Druck auf die 30.000 noch im Ausland befindlichen Österreicher. Die Rückholaktion werde es nicht unbegrenzt geben.
- Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel muss sich selbst in häusliche Quarantäne begeben. Die Kanzlerin hatte zu einem Arzt Kontakt, der mittlerweile positiv auf das Coronavirus getestet worden sei. Merkel begab sich unmittelbar nach einer Pressekonferenz, in der sie die Öffentlichkeit darüber informierte, dass die Bundesregierung eine Kontaktsperre beschlossen hat, in Quarantäne. Ab sofort sind in der Öffentlichkeit nur mehr Gruppen von zwei Personen erlaubt, Ausnahmen gibt es für Familien.
- In Deutschland hat sich die Ausbreitung leicht verlangsamt. Die Verdopplungsrate liegt gegenwärtig bei knapp über 3 Tagen.

- Deutschlands Wirtschaftswachstum bricht deutlich ein. Die Bundesregierung rechnet damit, dass die Steuereinnahmen 2020 um 33,5 Milliarden Euro sinken werden. Der Stromverbrauch ist bereits um 30 % eingebrochen.
- Kroatien erlebt das schlimmste Erdbeben seit 140 Jahren und meldet große Schäden. Nördlich der kroatischen Hauptstadt Zagreb sind in den frühen Morgenstunden zwei Erdbeben registriert worden. Der erste Erdstoß der Stärke 5,3 hatte sich etwa sieben Kilometer nördlich von Zagreb in einer Tiefe von zehn Kilometern ereignet und hinterließ ein Bild der Verwüstung Die Ausläufer waren bis Österreich spürbar.
- New York, die Stadt, die niemals schläft, ist zum Epizentrum der Pandemie in den USA geworden. Der Shutdown gleicht einer wirtschaftlichen Katastrophe. Für Gouverneur Andrew Cuomo fühlt sich die Situation an „wie 9/11“, der Terrorangriff aus dem Jahr 2001 und die größte Katastrophe, die New York City je ereilt hat.
- Das Pflegepersonal in Spaniens Altersheimen schlägt Alarm. Es fehlt an Einweghandschuhen und Mundschutz. Die Spitäler sind überfordert. „Die Altersheime werden zu Leichenhallen“, titelt Spaniens größte Tageszeitung „El País“.
- Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán will künftig per zeitlich unbegrenztem Dekret regieren und so mit einer längeren Demokratiepause im Zuge der Corona-Krise das Parlament aushebeln.
- Panikkäufe könnten nach Ansicht von Abdolreza Abbassian, dem leitenden Volkswirt bei der UN-Ernährungsorganisation FAO, trotz ausreichender Vorräte zu einer Lebensmittelkrise führen.
- Die Rating-Agentur Moody´s kündigt an, die Ratings von Unternehmen zu überprüfen. Es wird wohl zu reihenweisen Herabstufungen kommen.

23.03.2020

Darwin würde sich die Augen reiben.

Das Wochenende, das weltweit rund eine Milliarde Menschen in Quarantäne verbrachte, hatten wir bitter nötig. Die Finanzmärkte waren geschlossen und es blieb Zeit, die sich überschlagenden Ereignisse der letzten Wochen zu verarbeiten. Es ist Montagmorgen und ich trinke bereits meinen zweiten Espresso, während ich am Küchentisch sitze und die wichtigsten Nachrichten überfliege. Es geht gleich richtig los, aber mittlerweile habe auch ich mich an die Geschwindigkeit angepasst. „Survival of the Fittest“ im Jahr 2020. Selbst Charles Darwin hätte sich wohl verwundert die Augen gerieben. Heute scheint der Tag der Prognosen zu sein. Die Investmentbank Morgan Stanley reduziert die Wachstumsprognosen für die US-Wirtschaft deutlich. Im zweiten Quartal wird mit einem Wirtschaftseinbruch von 30 % gerechnet. James Bullard, Präsident der Federal Reserve Bank St. Louis, geht sogar von einem 50-prozentigen BIP-Rückgang in Kombination mit einer Arbeitslosenquote von 30 %t aus. Unfassbar! Wenn sich die Lage stabilisiert, haben wir eine Chance, zumindest einen Teil des Einbruchs im 3. Quartal wieder aufzuholen.

Wie viel genau das sein wird, kann man aber heute unmöglich prognostizieren. Auch Deutschlands renommiertes ifo Institut meldet sich zu Wort. Den Berechnungen des Instituts zufolge könnten sich die Kosten der Corona-Pandemie in Deutschland auf bis zu 730 Milliarden Euro belaufen. Das entspricht etwas mehr als 20 % der jährlichen Wirtschaftsleistung.

Positives gibt es aus China zu berichten. Laut dem Internationalen Währungsfonds wurde in den meisten Unternehmen die Arbeit wieder aufgenommen und die Wirtschaft beginnt sich langsam zu normalisieren. Bevor die Fed am frühen Nachmittag die nächste Geld-Salve abfeuerte und damit die Märkte zwischenzeitlich beruhigte, mussten die internationalen Aktienmärkte Kursverluste hinnehmen. Alle Aktienmärkte? Nein, eine kleine Börse in Wien konnte dem Trend trotzen!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die Allianz Group geht davon aus, dass die Weltwirtschaft im 2. Quartal um 15 % einbrechen wird. Das wäre ein so großer Abschwung wie in den Jahren 2008 und 2009 zusammen.
- Das deutsche Kabinett beschließt ein beispielloses Hilfspaket, mit dem Familien, Mieter, Beschäftigte, Selbstständige und Unternehmen in der Corona-Krise unterstützt werden sollen. Nach sechs Jahren ohne neue Schulden wird mit einer Neuverschuldung von 156 Milliarden Euro gerechnet.
- Marcel Fratzscher, Präsident des DIW, hält eine gewisse Vergemeinschaftung von Schulden für sinnvoll. Profiteure wären Spanien oder Italien.
- Der Vorschlag von Ungarns Premier Orban, künftig allein regieren zu können, wird vom Parlament abgelehnt.

- Die US-Notenbank kündigt an, Staatsanleihen und Hypothekenpapiere in unbegrenzter Höhe und ohne zeitliches Limit zu kaufen.
- Der österreichische Thinktank Agenda Austria publiziert Berechnungen zum Kurzarbeitsmodell. Die Kosten hängen davon ab, wie viele Unternehmen in welchem Umfang davon Gebrauch machen. Wenn 50 % der Arbeitnehmer das Modell in Anspruch nehmen und die Arbeitsleistung um die Hälfte reduziert, liegen die wöchentlichen Kosten bei 300 Millionen Euro.
- In Österreich sind seit 15. März 2020 115.600 Arbeitslose mehr gemeldet.
- Indien schickt mehr als eine Milliarde Menschen in Quarantäne. Premierminister Narendra Modi hat die Ausgangssperre ausgerufen. Bisher sind lediglich 315 Menschen am Coronavirus erkrankt.
- In Südamerika spitzt sich die Lage immer weiter zu. Während der brasilianische Präsident Bolsonaro Corona als kleine Grippe verharmlost, verhängen Argentinien, Bolivien und Argentinien Ausgangssperren.

24.03.2020

Anpassungsfähigkeit mehr denn je gefragt.

Im Osten geht die Sonne auf. Die asiatischen Märkte sind tiefgrün und sorgen damit auch für ein freundliches Erwachen der europäischen Börsen. Am Vormittag schaut die Börsenwelt gebannt auf den Ticker, als der Einkaufsmanagerindex für den Euroraum veröffentlicht wird. Die Stimmung ist auf ein Rekordtief gefallen und damit schlechter als zu Zeiten der Finanzkrise.

Anlass genug, um mich nochmals mit Charles Darwins „Survival of the Fittest“ im Sinne der Evolutionstheorie zu beschäftigen. Der Homo Sapiens hat sich evolutionär deshalb durchgesetzt, weil er sich an wechselnde Bedingungen anpassen konnte. Ausschließlich die Wendigkeit, mit jeder Situation zurechtzukommen, sichert das Überleben einer Art nachhaltig. Der Tyrannosaurus Rex ist tot. Der Mensch beherrscht den Planeten. Anpassungsfähigkeit schlägt Stärke. Dieser Tage werden wir auf eine harte Probe gestellt. Wir müssen mit den sich überschlagenden Ereignissen zurechtkommen und uns an die neue Situation anpassen. Nur so können wir unser Überleben sichern. Unternehmen haben bereits darauf reagiert.

Der Luxuskonzern Louis Vuitton beispielsweise produziert in seinen Parfum- und Kosmetikfabriken in Frankreich mittlerweile große Mengen an Desinfektionsmitteln. Auch die Finanzabteilungen der Unternehmen stehen vor großen Herausforderungen. Mussten Unternehmen mit guter Bonität bis vor wenigen Wochen für Finanzierungen noch einen Aufschlag von 1 % zahlen, hat sich seither die Risikoprämie mehr als verdreifacht. Im Bereich der Ramschanleihen ist bereits ein Risikoaufschlag von 9 % fällig.

Die Unternehmen haben aber aus den Fehlern der Finanzkrise gelernt. Damals mussten viele die Segel streichen, da sie über keinerlei Geldreserven verfügten und sich nur zu horrenden Risikoprämien refinanzieren konnten. 2020 ist anders. Die Geldspeicher sind prall gefüllt. Die größten US-Unternehmen haben Cash-Reserven von rund 4 Billionen US-Dollar. Das entspricht in etwa 20 % der Marktkapitalisierung. Das sollte doch etwas den Druck herausnehmen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Zunehmende Verschärfung der Lage in Europa. Drastischer Anstieg der Ansteckungszahlen in Spanien, leichte Entspannung auf Katastrophen-Niveau in Italien. Der britische Premier Boris Johnson ist mit massiv steigenden Fall- und Todeszahlen konfrontiert. Er schwenkt um und verkündet einen dreiwöchigen Lockdown. Die bisherige Strategie einer schnellen Durchseuchung, um eine Herdenimmunität der Bevölkerung zu erreichen, ist damit beendet.
- In Afrika steigen die Fallzahlen weiter an. Mittlerweile melden mehr als 40 Länder über 1.000 bestätigte Fälle.

- Der Einkaufsmanager Index für den Euroraum ist massiv eingebrochen und notiert auf einem historischen Tiefstwert. Der Verlust von mehr als 20 Punkten verdeutlicht den beispiellosen Kollaps der Wirtschaftsaktivitäten.
- Die österreichische Bundesregierung plant, die Testkapazitäten auf 15.000 Tests pro Tag auszubauen.
- Die Weltgesundheitsorganisation sieht erste Hoffnungszeichen für Italien und warnt davor, dass die USA das neue Epizentrum werden könnte.
- VW plant die Kurzarbeit für rund 80.000 Mitarbeiter in Deutschland.
- China hebt die Abriegelung der Provinz Hubei weitgehend auf. Gesunden Bürgern ist es ab heute erlaubt, die Provinz, die als Ausgangspunkt der Pandemie gilt, zu verlassen. Hier waren 60 Millionen Menschen von der Quarantäne betroffen.
- Die Olympischen Spiele in Tokio werden auf 2021 verschoben.
- Der Dow Jones kann, angetrieben von der Hoffnung auf ein umfangreiches Hilfspaket im Kampf gegen die Corona-Krise, um 11,37 % zulegen. Das ist der stärkste Handelstag seit 1933.
- Mehrere deutsche Bundesländer stocken nochmals ihre Corona-Hilfspakete auf: Rheinland-Pfalz 3,3 Milliarden Euro, Nordrhein-Westfalen 25 Milliarden Euro, Bayern 20 Milliarden Euro.
- In Österreich gibt es 537.656 Unternehmen. Davon sind 84,6 % sehr klein (max. 9 Mitarbeiter). Lediglich 2,5 % der Unternehmen beschäftigen mehr als 50 Mitarbeiter. Die 10 Milliarden Euro für staatliche Überbrückungsgarantien für österreichische KMU, ein Teil des 38 Milliarden Euro Hilfsprogramms, sind bereits aufgebraucht. Es wird jedoch einen Nachschub geben.
- Österreichs Finanzminister Gernot Blümel plant bereits ein Konjunkturpaket für die Zeit nach der Krise, um die Konjunktur nach dem Shutdown anzukurbeln.
- Seit Mitte März gibt es etwa 138.000 registrierte Arbeitslose mehr, davon 40 % aus der Gastronomie (47.000) und dem Baugewerbe (17.000).
- EU fordert anonymisierte Handydaten von Betreibern an, um so den Kampf gegen das Coronavirus effektiver gestalten zu können.

25.03.2020

Wie eine Flipperkugel.

Ein Börsianer fühlt sich dieser Tage wie eine Flipperkugel. Es ist ein ständiges Hin und Her und man hat nicht das Gefühl, Herr der Lage zu sein. Ein typisches Zeichen einer Krise. Gefangen in der Flut der auf mich einprasselnden Informationen, ist es alles andere als einfach, den Überblick zu behalten. 2020 ist irgendwie anders. Heute bin ich bereits um halb fünf aufgestanden, weil ich nicht mehr schlafen konnte. Der Kampf zwischen den Bullen und den Bären zieht mich in seinen Bann.

Auch wenn der Blick aus dem Fenster heute Morgen eher an einen grauen Novembertag erinnert, bin ich in Hochstimmung. Der Bulle, mein persönlicher Favorit, konnte seinem ewigen Kontrahenten einen harten Schlag versetzen. Der amerikanische Dow-Jones-Index konnte den größten Tagesgewinn seit 1933 verzeichnen. Wow, das ist mal eine Ansage! Der Bär wurde jetzt nicht im klassischen Sinne ausgeknockt, aber für alle Bullenfans ist das nach den schweren Treffern, die man in den vergangenen Tagen einstecken musste, endlich ein Lichtblick.

Ausschlaggebend war vor allem die Hoffnung auf ein gigantisches US-Hilfspaket historischen Ausmaßes. Republikaner und Demokraten haben sich nach zähem Ringen auf ein zwei Billionen Dollar schweres Konjunkturpaket geeinigt, welches bereits heute vom Senat beschlossen wurde. Nun fehlt nur noch die formale Bestätigung des Parlaments. Der Dow-Jones-Index wurde von Charles Dow und Edward Jones erstmals im Jahre 1896 berechnet. Er repräsentiert die 30 größten US-Unternehmen und ist der älteste noch bestehende Aktienindex Amerikas.

Vier Handelstage seit dem 12. März 2020 haben es in die ewige Bestenliste der 124-jährigen Geschichte des Dow Jones geschafft. Zwei auf Seiten der Bullen, zwei auf Seiten der Bären! Es ist ein ausgeglichener Kampf, und so wie ich die beiden Kontrahenten kenne, wird es noch einige Zeit dauern, bis einer endgültig das Handtuch wirft.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die USA haben sich nach langem Ringen auf ein Zwei-Billionen-Dollar Konjunkturpaket geeinigt. Geplant sind u.a. direkte Hilfszahlungen an US-Steuerzahler, eine Verbesserung der Arbeitslosenversicherung, mehr Geld für Krankenhäuser und ein umfassendes Kreditprogramm für Unternehmen.
- Die Europäische Union setzt den Stabilitätspakt komplett außer Kraft. Es gibt keine Schuldenobergrenze. Alles ist erlaubt, um der Wirtschaft zu helfen. Die Staats- und Regierungschefs der EU überprüfen eine Aktivierung des Euro-Rettungsfonds.
- Laut Prognosen der ILO könnte die Corona-Krise weltweit 25 Millionen Jobs vernichten. Laut Schätzungen der ILO waren 2019 174 Millionen Menschen ohne Arbeit. Zum Vergleich: Während der Finanzkrise 2008/09 war die Zahl der Arbeitslosen um 22 Millionen gestiegen.

- Deutschland beschließt 1,Euro Hilfspaket. Finanzminister Olaf Scholz plant eine Neuverschuldung von 156 Milliarden Euro – das sind rund 100 Milliarden Euro mehr als die Schuldenbremse im Grundgesetz erlaubt.
- Großbritanniens 71-jähriger Thronfolger Prince Charles ist positiv auf das neue Coronavirus getestet worden. Er befindet sich in Selbstisolation auf einem königlichen Anwesen in Schottland.
- In den USA sind die Anträge auf Hauskredite in den vergangenen Wochen so stark eingebrochen wie seit der Finanzkrise nicht mehr. Der Darlehenszins ist aber trotz der massiven Zinssenkungen der Fed gestiegen.
- Martin Wäg, Chef des Traditionskaufhauses Kastner & Öhler, betont, dass Hilfsmittel für den Handel bereits Ende dieser Woche stehen müssten, wenn eine Pleitewelle verhindert werden soll. Die KMU Forschung Austria beziffert den Schaden der ersten Corona-Woche allein für den steirischen Einzelhandel mit 70 Millionen Euro.
- Deutschlands Bundesernährungsministerin Julia Klöckner will drohende Engpässe bei der Lebensmittelversorgung verhindern und stellt einen 11-Punkte-Plan auf.
- In Österreich gibt es 2.547 Intensivbetten. Durchschnittlich sind 500 Betten für Notfälle frei. Die Kapazität reicht bei einer achttägigen Verdopplungsrate voraussichtlich bis zum 23. April 2020. Grundlage dieser Berechnung ist die Annahme, dass 1 % der Erkrankten ein Intensivbett benötigen. Mit den mittlerweile revidierten Zahlen, die von 1,5 % aller Erkrankten ausgehen, sind diese Schätzungen zu optimistisch.
- Die Kreditkartengesellschaften heben die Obergrenze für kontaktloses Zahlen ohne Eingabe einer PIN-Nummer auf 50 Euro an. Damit versucht man eine Coronavirus-Übertragung weiter einzudämmen.

26.03.2020

BEACH – Ein gefährlicher Mix.

Gestern Abend hat es bei uns zu schneien begonnen. Als ich heute Morgen aus dem Fenster blickte, erwartete mich eine wunderschöne Winterlandschaft. Naja, vielleicht ist das etwas übertrieben, wenn man sich an die schneereichen Winter der 1980er Jahre zurückerinnert, aber diese Zeiten scheinen längst vorüber.

Auch wenn der Blick auf die Winterlandschaft durchaus erfreulich ist, gehen mir schöne Erlebnisse aus dem Sommerurlaub mit meiner Familie durch den Kopf. Sonne, Strand und Meer! Ach, wäre das in diesen rauen Tagen nicht herrlich? Jede Medaille hat aber bekanntlich zwei Seiten. Der englische Begriff BEACH steht für Strand. Viele Menschen assoziieren damit schöne Erinnerungen. Konträr verhält es sich aber für einen Börsianer. Dieser zuckt bei dem Begriff zusammen, die Knie werden weich und ein flaues Gefühl macht sich in der Magengegend breit. Warum denn das?

Unter dem Begriff BEACH fasst die Finanzwirtschaft dieser Tage Unternehmen der Branchen Reisebüros (Booking), Unterhaltung (Entertainment), Fluglinien (Airlines), Kreuzfahrtschiffe (Cruises) und Hotels zusammen. Wie kreativ! Im Jahr 2020 ist das ein gefährlicher Mix, schließlich handelt es sich hier um die von der Krise am schwersten betroffenen Branchen. Wenig verwunderlich, dass ihre Aktien die größten Kursverluste hinnehmen mussten. Das Geschäftsmodell ist quasi über Nacht zusammengebrochen.

Eine Verbesserung der Lage ist zu Zeiten des Coronavirus nicht in Sicht. Angesichts der Kreativität der Finanzbranche würde es mich nicht wundern, wenn bald die ersten BEACH-Finanzprodukte aufgelegt werden.

Noch ein kurzer Blick auf die Märkte: Nach den Kursgewinnen der letzten Tage eröffneten die europäischen Börsen negativ. Nach dem starken Anstieg ist das keine allzu große Überraschung.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die Corona-Hilfspakete der G20-Staaten belaufen sich mittlerweile auf fünf Billionen Dollar.
- Die Bürokratie bei diversen Corona-Hilfen wird für viele Betriebe zur unüberwindlichen Hürde. Die Industrie beklagt Hürden beim Zugang zu Arbeitsplätzen und appelliert an die Politik, den Blutkreislauf am Laufen zu halten.
- Die österreichische Regierung präsentiert die Regeln für den Härte- und Notfallfonds: Kleine Unternehmen erhalten bis 2.000 Euro pro Monat (max. 6.000 Euro). Große Unternehmen bis 120 Millionen Euro Umsatzersatz, der zum Teil zurückgezahlt werden muss.
- In Deutschland erhalten Einzelunternehmer und Firmen mit bis zu fünf Mitarbeitern eine Einmalzahlung von 9.000 Euro.

- Die Arbeitslosigkeit steigt in Österreich auf ein Rekordniveau. Seit Mitte März meldeten sich 163.200 Menschen arbeitslos. Ende Februar waren knapp 400.000 Menschen arbeitslos gemeldet oder befanden sich in Weiterbildungsmaßnahmen.
- Deutschlands Gesundheitsminister Spahn geht davon aus, dass sich die Situation weiter zuspitzen werde. Die Ärzte und Pflegekräfte „bereiten sich auf die wohl größte Herausforderung seit 75 Jahren vor."
- Das Kaufprogramm der Europäischen Zentralbank, Pandemic Emergency Purchase Programm (PEPP), beläuft sich auf 750 Milliarden Euro. Der Euro-Anleihenmarkt konnte nach der Veröffentlichung deutliche Zugewinne verzeichnen.
- Die EU gibt grünes Licht für langwierige EU-Beitrittsverhandlungen mit den Westbalkanstaaten Albanien und Nord-Mazedonien. China hatte die Region zuvor mit dringend nötigen Virusmasken versorgt und damit seinen Einfluss ausgebaut. Die EU versucht offensichtlich ein Zeichen zu setzen und den Einfluss Chinas etwas einzudämmen.
- Die US-Neuanträge zur Arbeitslosigkeit sind binnen Wochenfrist um 3,3 Millionen angestiegen. Erwartet wurde lediglich ein Anstieg um 1,6 Millionen. Vergleichswerte aus der Finanzkrise (665.000) und dem bisherigen All-Time-High (695.000) verdeutlichen das Ausmaß. US-Fed-Chef Jerome Powell versucht zu beruhigen: „Munition geht uns nicht aus."
- Spirituosenherstellern brechen ihre typischen Absatzmärkte weg. In Deutschland stellen Jägermeister und Klosterfrau gemeinsam 150.000 Liter Alkohol zur Produktion von Desinfektionsmitteln zur Verfügung. Der britische Produzent Diageo, der unter anderem Johnnie Walker und Guinness herstellt, spendet sogar 2 Millionen Liter.
- Der Mailänder Konzern Prada produziert 80.000 Arztmäntel und 110.000 Atemschutzmasken für Pflegekräfte.
- Der Technologiekonzern Bosch hat ein neues Analysegerät entwickelt, das eine Infektion mit dem Covid-19-Erreger bestimmen soll.

27.03.2020

Es wird aus allen Rohren geschossen.

Da soll sich einer auskennen. Die Nacht war kurz. Zu sehr hat mich der gestrige Handelstag in seinen Bann gezogen. Ein kleiner Rückblick: Die Börsianer blicken gespannt auf ihre Bildschirme. In wenigen Minuten werden die Arbeitslosenzahlen in den Vereinigten Staaten veröffentlicht. Die Prognosen sind düster. Volkswirte gehen von 1,5 Millionen neuen Arbeitslosen aus. 2020 wurden Woche für Woche zwischen 200.000 und 250.000 Neuanträge gestellt. Nur noch wenige Minuten. Der Markt ist extrem nervös. Ein paar Trader versuchen sich bereits im Vorfeld zu positionieren. Das ist aber nichts weiter als Zockerei. Die Börsianer haben Nadelstreifanzug und genagelte Schuhe gegen eine bequeme Jogginghose und Hausschlapfen getauscht.

2020 ist irgendwie anders. Nur noch ein paar Sekunden. Die Anspannung und Nervosität ist selbst im Homeoffice spürbar. Ich spüre ein Kribbeln im Magen und Unsicherheit in mir aufsteigen. Die Zeit scheint sich endlos zu strecken. Dann kommt endlich der entscheidende Moment und eine Zahl läuft über den Ticker: 3.328.000! Wie bitte? Das ist viel schlechter als die ohnehin schon düsteren Erwartungen. Panik steigt in mir auf. Das gibt’s ja gar nicht! Das muss ein Druckfehler sein!?

Der bisherige historische Höchstwert des seit 1967 veröffentlichten Indikators lag bei 695.000. Das hat gesessen! Gebannt schaue ich auf den Bildschirm. Unfassbar! Der Markt steigt kontinuierlich an. Der amerikanische S&P 500 beendet den Tag am Höchststand mit einem Plus von über 6 %. Allein 7 Milliarden werden in der Schlussauktion gehandelt. Große Pensionskassen decken sich wieder mit Aktien ein. Die globalen Hilfspakete der Notenbanken belaufen sich auf mehr als 6,5 Billionen US-Dollar. Die fiskalpolitischen Impulse der G4-Staaten und China steigen auf 2,8 Billionen US-Dollar. Es wird aus allen Rohren geschossen. Und das beeindruckt Investoren mehr als eine schlechte Arbeitsmarktkennzahl aus den USA!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Es sei „keine Sache von Wochen, sondern von Monaten“: So lautet das Mantra der österreichischen Regierung zum Zeitrahmen der Corona-Krise.
- Wissenschaftler fordern eine Schutzmaskenpflicht für Österreich.
- Gesundheitsminister Anschober rechnet mit einem Höhepunkt der Infektionsraten „zwischen Mitte April und Mitte Mai". Es seien keine neuen Maßnahmen für Österreich geplant. Am Montag will die Regierung über das weitere Vorgehen bilanzieren.
- Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank David Folkerts-Landau prognostiziert die Kosten der Corona-Pandemie für Deutschland auf 1,5 Billionen Euro. Das würde mehr als 40 % der jährlichen Wirtschaftsleistung entsprechen.

- Die USA haben als erstes Land die Grenze von 100.000 bestätigten Corona-Fällen überschritten. Die Validität der Zahlen ist jedoch mit Vorsicht zu genießen, da ihnen viele unterschiedliche Test-Praktiken zugrunde liegen.
- US-Präsident Donald Trump hat das 2,2 Billionen Dollar (2.003,46 Milliarden Euro) schwere Hilfspaket gegen die Corona-Krise unterzeichnet. Zuvor hatte das Repräsentantenhaus die Hilfen gebilligt.
- Trump weist den Autokonzern General Motors an, Beatmungsgeräte zu produzieren. Wie aus einem Memorandum des Präsidialamtes hervorgeht, zieht er dafür ein Gesetz aus dem Korea-Krieg heran. Demnach werde das Gesundheitsministerium entscheiden, wie viele Beatmungsgeräte der Autokonzern fertigen müsse.
- Die Bilanzsumme der US-Fed hat erstmals die Grenze von 5 Billionen US-Dollar überschritten. Allein in der letzten Woche wurde die Bilanzsumme durch Stützungskäufe um 586 Milliarden US-Dollar ausgeweitet.
- Der britische Premierminister Boris Johnson ist positiv auf das Coronavirus getestet worden. Er hat sich nach milden Symptomen (Fieber, Husten) in Quarantäne begeben.
- Italien ist auch wirtschaftlich schwer getroffen. Ein trauriger Rekord. Heute allein musste Italien 1.000 Todesopfer vermelden. Während nach wie vor gegen die hohen Todesfälle und die Infektionen in Italien angekämpft wird, wird auch ein starker Rückgang der Wirtschaftsleistung um 6,5 % erwartet.
- Deutschland sieht in den Tests das Erfolgsrezept der Stunde. Man plant 50.000 Test täglich bis Mitte April bzw. 200.000 Tests bis Ende April durchzuführen.
- Die Weltgesundheitsorganisation warnt vor Mangel an Schutzkleidung. "Wenn das medizinische Personal in Gefahr ist, sind wir alle in Gefahr", warnte der WHO-Chef.

28.03.2020

Geldgeschenke, die keine Geschenke sind.

Alles Gute kommt von oben. Wenn man als Bürger Geld vom Staat ohne Gegenleistung bekommt, spricht man von Helikoptergeld. Dabei handelt es sich aber keineswegs um flatternde Geldscheine, die von Notenbankern aus einem Hubschrauber geworfen werden. Der Begriff wurde 1969 von US-Ökonom Milton Friedman kreiert, um den Studenten die Ausweitung der Geldmenge durch Zentralbanken zu veranschaulichen. Im Rahmen der Corona-Krise werden außergewöhnliche Wege beschritten. In Hongkong wurden bereits im Februar 1.200 Dollar für jeden Bürger locker gemacht. Außerdem sollen Steuererleichterungen den Menschen helfen, Einkommensausfälle abzufedern und durch Ankurbelung des Privatkonsums den Arbeitsmarkt zu entlasten. Auch Amerikaner sollen in den kommenden Wochen einen Teil des 2,2-Billionen-Dollar-Hilfsprogramms in Form eines 1.200-Dollar-Konsumschecks in ihren Briefkästen finden, für Kinder gibt es nochmals 500 Dollar extra.

Der Erfolg der Aktion hängt im Wesentlichen davon ab, ob das Geld auch wirklich wieder ausgegeben wird. Andernfalls verpufft das wirtschaftliche Stimulationsprogramm. Ausschlaggebend für den Erfolg ist vor allem der Grad der Verunsicherung. Je höher diese ist, desto eher werden Menschen die Geldgeschenke des Staates sparen. Auch dem Sozialsystem eines Landes kommt eine große Bedeutung zu.

Wenn man im Falle einer Arbeitslosigkeit vom sozialen Netz aufgefangen wird, wird das Geld eher gehortet. Das ist in vielen Ländern Europas der Fall. Anders in den USA. Hier verfügen 53 % der Haushalte über keinen Notgroschen. Besonders stark ausgeprägt ist dies im unteren Einkommenssegment (78 % bei einem Jahreseinkommen unter 20.000 US-Dollar). Aber auch ein Viertel der Gutverdiener (mehr als 150.000 US-Dollar Jahreseinkommen) verfügt über keinerlei Reserven. Wenn die Einnahmequellen nach einem Jobverlust versiegen, wird das Geldgeschenk mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder den Weg in den Wirtschaftskreislauf finden. Bedenken sollten wir auch, dass Geldgeschenke eigentlich keine Geschenke sind. Am Ende des Tages beschenken wir uns selbst.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- In Österreich sind bereits 30.000 Anträge für den Härtefonds der Regierung eingegangen, 62.700 Steuerstundungen wurden beantragt. Finanzminister Gernot Blümel kündigt an, das 400-Millionen-Euro-Paket für die Kurzarbeit auf bis aufstocken zu wollen.
- Firmen in Deutschland, allen voran aus Bayern, haben binnen weniger Tage 360.000 Anträge auf Soforthilfe für Selbstständige und Kleinunternehmer gestellt. Es sind bereits 138,5 Millionen Euro zur Zahlung angewiesen worden.
- Nach dem Willen der deutschen Regierung sollen Vorstände von Unternehmen, die Staatshilfen wegen der Corona-Krise erhalten, auf Teile ihres Gehalts verzichten. "Mir ist wichtig, dass in

Notsituationen auch Vorstände und leitende Angestellte einen Beitrag leisten, insbesondere bei den Bonuszahlungen", so Wirtschaftsminister Peter Altmaier.

- Österreichs Bankensektor hat bereits neue Kredite im Ausmaß von 6,2 Milliarden Euro gewährt und mehr als 21.500 Kredite gestundet.
- Die Europäische Kommission arbeitet an einer gemeinsamen Exit-Strategie aller EU-Staaten zur schrittweisen Aufhebung der Ausgangsbeschränkungen. Mit Experten prüfe sie, "wann wir nach und nach die Maßnahmen der 'sozialen Distanz' wieder lockern könnten", sagt Kommissionschefin Ursula von der Leyen soeben in Brüssel. "Das Entscheidende ist: Das darf nicht zu früh passieren, weil sonst das Risiko besteht, dass das Virus wieder aufflackert. Andererseits muss es so schnell wie möglich gehen, damit unsere Wirtschaft nicht unnötig weiter leidet." Wann das sein werde? Noch sei man in der Feuerlösch-Phase, dann komme eine Wiederaufbau-Phase. "Erst danach werden wir wieder in der Normalität sein."
- Der Internationale Währungsfonds (IWF) sieht die Weltwirtschaft bereits in einer Rezession. Der IWF könne die Mitgliedsstaaten in Form von Krediten bis zu einer Billion US-Dollar unterstützen. Dafür gab es bereits 81 Anfragen von Entwicklungs- und Schwellenländern.
- Die italienische Regierung ruft die EU-Kommission zu einem großen "Marshall-Plan" für den Neustart der europäischen Wirtschaft am Ende der Coronavirus-Pandemie auf. "Wir erleben eine Situation, die von einem sanitären zu einem wirtschaftlichen Notstand wird. Auf diesen Notstand müssen alle 27 EU-Mitgliedsstaaten geschlossen reagieren", sagte Italiens Premier Giuseppe Conte.

29.03.2020

Der deutlich sichtbare Wandel.

Wir befinden uns seit zwei Wochen in Quarantäne. Gestern war meine Frau zum ersten Mal seit zwei Wochen wieder einmal Lebensmittel einkaufen. In Krisenzeiten ist das normalerweise Männersache. Unser Geschäft, dem wir seit Jahren die Treue halten, ist nicht mehr wiederzuerkennen. Die Menschen sind verunsichert, die Stimmung ist getrübt und die Kassiererin sitzt hinter einer Plexiglasscheibe. Vorsicht ist dieser Tage von essentieller Bedeutung. Zu groß ist die Ansteckungsgefahr. Meine Frau konnte es kaum glauben. In unserem Lebensmittelgeschäft ist der Wandel deutlich sichtbar.

Den Sonntag, meinen Reflexionstag, möchte ich daher einmal ganz bewusst positiven Dingen widmen. Denn Negatives prasselt dieser Tage ohnehin genug auf uns ein. An den Finanzmärkten haben die unglaublichen Stimulationsprogramme der Notenbanken und Staaten für Beruhigung gesorgt. Die Liquidität ist durch die Stützungskäufe der Notenbanken zurückgekehrt und die Märkte konnten sich von den Tiefstständen bereits wieder deutlich erholen. Toilettenpapierproduzenten können sich die Hände reiben. In den letzten Wochen hat sich ihr Absatz um 700 % erhöht und die Geschäfte kommen nur schwer mit dem Auffüllen der Regale hinterher. Inzwischen gelten 90 % Chinas als infektionsfrei und der Betrieb wird langsam, aber sicher wieder aufgenommen.

Es ist bereits sehr viel Negatives in den Märkten eingepreist. Investoren konnten diese Woche DAX-Unternehmen mit einem Preis unter ihrem bilanziellen Buchwert erwerben. Das war zuletzt in der Blütephase der Eurokrise 2011, der Finanzkrise 2009 und am Boden der Internetblase der Fall. Für Unternehmensanleihen bekommt man hohe Risikoaufschläge. Im Bereich der schlechteren Schuldner preist der Markt bereits ein, dass 44 % der Unternehmen die nächsten 5 Jahre nicht überleben werden. In der Finanzkrise lagen die Ausfälle bei 20 %. Ob das alles ausreicht, um das Tal der Tränen hinter uns zu lassen, wage ich mich aber nicht zu behaupten. Aber was weiß ich schon, 2020 ist schließlich anders!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Kanzler Sebastian Kurz denkt darüber nach, Big Data im Kampf gegen die Pandemie einzusetzen.
- Das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung WIFO erwartet aufgrund von Ausgangsbeschränkungen und Betriebsschließungen um 8 Milliarden Euro weniger Konsumausgaben.
- Bildungsministerium verabschiedet Leitlinie für Österreichs Lehrer. Kein neuer Stoff, Feedback geben.
- Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat angekündigt, Bonuszahlungen für den Einsatz in der Corona-Krise für Arbeitnehmer bis 1.500 Euro von der Einkommensteuer zu befreien.
- Der Präsident des Robert-Koch-Instituts Lothar Wieler schließt für Deutschland ähnliche Zustände wie in Italien nicht aus. Es ist davon auszugehen, dass das Gesundheits-system an seine Grenzen

stoßen wird und die Kapazitäten nicht ausreichen werden.

- Italien übt scharfe Kritik an der ablehnenden Haltung Österreichs und der Niederlande zu Corona-Bonds. Innerhalb der EU ist ein Richtungsstreit entbrannt. Neben Italien fordert auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mehr Solidarität ein.
- In Italien wird befürchtet, dass die organisierte Kriminalität von der Corona-Krise profitiert. Es gibt deutliche Hinweise, dass die organisierte Kriminalität gerade verstärkt versucht, die Wirtschaft zu infiltrieren und beispielsweise durch Kredite in eine Abhängigkeit zu bringen.
- Auch in Russlands Hauptstadt Moskau steigt die Zahl der bestätigten Corona-Infektionen rasant an. Russland schließt seine Grenzen ab 30. März.
- Im Zuge der Corona-Krise verzeichnet Australien einen dramatischen Anstieg bei den Fällen häuslicher Gewalt.
- Mit Blick auf das Ausmaß der Corona-Pandemie hat Papst Franziskus zu einem „Sonntag der Tränen“ aufgerufen.
- Die mächtige amerikanische Waffenlobbyorganisation NRA wehrt sich gegen die Schließung von Waffenläden im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus in Kalifornien.
- Amerikanische Investmentbanken korrigieren ihre Wirtschaftsprognosen weiter nach unten. Mittlerweile geht man für das zweite Quartal davon aus, dass die US-Wirtschaft um 25 % einbrechen wird. Vor kurzem sorgte noch die Prognose eines 14-prozentigen Wirtschaftseinbruchs international für Aufsehen.
- Spanien vollzieht den totalen Shutdown. Brennpunkt ist die Hauptstadtregion Madrid, die mehr als die Hälfte der spanischen Todesopfer zu beklagen hat. Die Bewegungsfreiheit wird weiter eingeschränkt und Büros, Fabriken und Baustellen werden geschlossen. Das Gehalt wird weitergezahlt, die nicht geleisteten Stunden sollen später nachgeholt werden. Kündigungen sind verboten.

30.03.2020

Harte Fronten im Streit um Corona-Bonds.

Corona-Bonds lösen Eurobonds ab. Schon in der Eurokrise gab es Überlegungen, gemeinsame Anleihen zu begeben. Die Fronten haben sich verhärtet. Auf der einen Seite stehen die Befürworter, also jene Staaten, für die sich durch eine Finanzierung über Corona-Bonds Zinseinsparungen in Milliardenhöhe ergeben. Italien beispielsweise muss für eine 10-jährige Laufzeit gegenwärtig 1,4 % Zinsen berappen. In Deutschland zahlen Investoren im Gegensatz dazu sogar einen Budget-Zuschuss von 0,5 %, um ihr Geld in Bundesanleihen parken zu dürfen. Das ergibt eine Zinsdifferenz von rund 1,9 %. Italiens Schuldenberg ist mittlerweile auf 2,3 Billionen Euro angewachsen, Tendenz stark steigend.

Es macht einen riesigen Unterschied aus, auf welche Art und Weise neue Schulden finanziert werden. Für 100 Milliarden Euro Neuverschuldung wird Italiens Budget gegenwärtig mit 1,4 Milliarden Euro belastet. Unterstellt man, dass sich die Verzinsung über Corona-Bonds an jener Deutschlands orientiert, würde Italien sogar 500 Millionen Euro „verdienen“. Das Gesamtpotenzial, also wenn Italien die gesamten 2,3 Billionen über Corona-Bonds finanzieren würde, liegt bei über 40 Milliarden Euro. Und das pro Jahr! In Zeiten von Hilfspaketen und einer ausufernden Staatsverschuldung erscheint das durchaus attraktiv. Auf der anderen Seite stehen aber jene Staaten wie Österreich oder die Niederlande, die eine abwehrende Haltung an den Tag legen. Schließlich bedeuten Corona-Bonds auch eine solidarische Haftung. Und das scheuen diese Staaten wie der Teufel das Weihwasser.

Der Kapitalmarkt hat darüber hinaus auch eine Regulierungsfunktion, die damit außer Kraft gesetzt wird. Wenn die Staatsfinanzen nicht in Ordnung sind, sind höhere Schulden zu berappen. Corona-Bonds nehmen damit Staaten den Reformdruck. 2020 ist irgendwie anders. Was bleibt, ist ein bebender Streit innerhalb der EU.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die türkis-grüne Regierung unter Kanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Werner Kogler verschärft die Maßnahmen im Kampf gegen das Coronavirus weiter. Ab Mittwoch dürfen Supermärkte nur noch mit einem Mund-Nasen-Schutz betreten werden. Außerdem müssen Hotels schließen. „Die Wahrheit ist: Es ist die Ruhe vor dem Sturm. Und wie grausam dieser Sturm sein kann, merkt man, wenn man in unser Nachbarland Italien schaut“, sagte der Bundeskanzler. Viele Beatmungsgeräte und Intensivbetten sind bereits belegt. Schon in rund zwei Wochen könnten Engpässe in den Spitälern auftreten. Wenn die Maßnahmen Wirkung zeigen, sollen erste Lockerungen für den Einzelhandel in Kraft treten. Schulen und Universitäten kommen erst danach. Österreich stehen 2.584 Beatmungsgeräte zur Verfügung.
- Laut Daten der Schrittzähler-App „Wien zu Fuß“ hat sich die Anzahl der Schritte der User seit Anfang der Krise halbiert.

- Der Preisauftrieb in Deutschland hat sich inmitten der Corona-Krise verlangsamt. Im März lag die Jahresinflationsrate bei 1,4 %.
- Viele kleine deutsche Unternehmen stehen wegen der Corona-Pandemie vor einer Existenzkrise. Ab heute sind bis zu 50 Milliarden Euro Bundeszuschüsse abrufbar. Ziel ist es, Liquiditätsengpässe zu überbrücken. Firmen bis zu 5 Mitarbeitern bekommen eine Einmalzahlung von 9.000 Euro, Firmen mit bis zu zehn Beschäftigen 15.000 Euro für drei Monate.
- Donald Trump bereitet die USA auf dramatische Opferzahlen vor. „Wenn es gelingt, die Todeszahl auf 100.000 zu begrenzen, haben wir einen guten Job gemacht."
- Das ungarische Parlament stimmt für das umstrittene Notstandsgesetz, das Viktor Orban de facto zum -Alleinherrscher Ungarns macht, solange die Krise andauert. Über das Krisenende entscheidet die Regierung. Wahlen sind bis auf weiteres ausgesetzt.
- Adidas wird heftig kritisiert, weil das Unternehmen fordert, die Mieten für einen Großteil seiner Läden zu stunden. Der SPD-Abgeordnete Florian Post hat deshalb sogar ein Adidas-T-Shirt öffentlich verbrannt.
- Mehr als jeder zehnte deutsche Mittelständler ist nach Angaben des DIHK durch die Corona-Krise von einer Pleite bedroht.
- Bei einem Einbruch in der Nähe von Amsterdam wird ein Gemälde von Vincent van Gogh gestohlen. Das Museum war wegen der Corona-Krise geschlossen.
- Der Ölpreis hat seit dem 24. Februar um knapp 60 % nachgegeben und notiert auf den tiefsten Stand seit November 2002.
- Die Ratingagentur Fitch senkt die Kreditwürdigkeit des Vereinigten Königreichs wegen der Milliardenausgaben zur Bekämpfung der Coronavirus-Folgen auf „AA".

31.03.2020

Die Wahrheit liegt in der Mitte.

Es ist spätabends. Die Luft ist kühl und die Straßen sind menschenleer. Auch wenn an den Finanzmärkten etwas Ruhe eingekehrt ist, schadet es nicht, sich noch ein bisschen die Füße zu vertreten. Auf meinem Spaziergang komme ich an der Baustelle eines Mehrfamilienhauses vorbei. Es sieht so aus, als würde auch hier alles stillstehen. Wen wundert es dieser Tage. Der Käufer und der Verkäufer einer Wohneinheit haben ein klassisches Termingeschäft gemacht. In der Börsensprache spricht man von einem Over-The-Counter-(OTC-)Geschäft.

Das Geschäft wird außerbörslich zwischen zwei Handelspartnern abgeschlossen. Der Käufer und der Verkäufer der Wohneinheit haben im Vorfeld bereits einen Kaufpreis und einen zumindest groben Fertigstellungstermin vereinbart. Der Käufer hat zum Vertragsabschluss ein „Lufthaus“ gekauft. In der Finanzwelt spricht man von einer Long-Position. Der Verkäufer wiederum hat ein Haus verkauft, das er noch nicht einmal gebaut hat. Er ist sozusagen „Haus-Short“. Der Käufer und der Verkäufer haben durch dieses Geschäft Planungssicherheit. Auf meinem nächtlichen Rundgang komme ich auch an einem Weizenfeld vorbei. Es ist so unglaublich still heute. Eine Tonne kostet gegenwärtig 195 Euro. Weizen ist nach Mais das weltweit am häufigsten angebaute Getreide. Der Preis orientiert sich stark an globalen und politischen Faktoren. Innerhalb der letzten 12 Monate schwankte der Kurs zwischen 153 Euro und 196 Euro pro Tonne.

Für einen großen landwirtschaftlichen Betrieb kann es sinnvoll sein, sich den Weizenpreis bereits im Frühjahr nach dem Anbau durch ein Termingeschäft zu fixieren. Aber mein Bauer ist dafür vermutlich zu klein. Optionen, Derivate oder Termingeschäfte gehen oft mit Spekulation einher. Auch wenn ich es für problematisch und unethisch halte, dass manche Investoren Nahrungsmittel als Spielball für ihre Geschäfte verwenden, ist es für manche Wirtschaftstreibende aber wichtig, auf solche Instrumente zugreifen zu können. Wie so oft, liegt die Wahrheit wohl auch hier in der Mitte.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Kanzler Kurz denkt darüber nach, Big-Data im Kampf gegen die Pandemie einzusetzen. Die Rote-Kreuz-App wurde gestartet und verzeichnet bereits mehr als 100.000 Downloads. Durch gezielte Überwachung sollen Infektionsketten unterbrochen werden. Die Teilnahme ist freiwillig. Datenschützer sehen die Entwicklungen sehr skeptisch.
- Österreichs Schulen bleiben zumindest bis 30. April geschlossen.
- Mitarbeiter von Supermärkten und Drogerien sind angehalten, Schutzmasken zu tragen. Zur Pflicht wird das Tragen mit 6. April.
- In Österreich gibt es 105.000 Lehrlinge. Ein knappes Drittel befindet sich im letzten Lehrjahr und wird die Berufsschule im Sommer abschließen können.

- "Seit Beginn meiner politischen Karriere bin ich zum ersten Mal seit 20 Jahren ernsthaft besorgt darüber, ob die EU das überleben wird", sagte der frühere EU-Ratspräsident Donald Tusk.
- Als Folge des Coronavirus hat in Deutschland jeder fünfte Betrieb Kurzarbeit angekündigt. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) sprach am Dienstag von rund 470.000 Firmen.
- Das Robert-Koch-Institut veröffentlicht aktuelle Zahlen für Deutschland. Das Durchschnittsalter der Infizierten liegt bei 47 Jahren, 52 % der Erkrankten sind männlich, 48 % weiblich. Die häufigsten Symptome sind Husten und Fieber. Das Durchschnittsalter der Verstorbenen liegt bei 80 Jahren, 87 % der Verstorbenen waren 70 Jahre oder älter.
- In Deutschland haben bereits 470.000 Unternehmen Kurzarbeit angezeigt. Wie viele Menschen davon betroffen sind, lässt sich noch nicht seriös sagen. Es sind jedenfalls mehr als die 1,4 Millionen Menschen, die während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 von Kurzarbeit betroffen waren.
- In Spanien spitzt sich die Lage weiter zu. Man muss seit Tagen alle zwei Minuten einen Corona-Toten beklagen. Die Zahl der Toten übersteigt die Kapazität der Leichenhäuser.
- Der US-Aktienmarkt hat eines der schlechtesten Quartale hinter sich gebracht. Der Dow-Jones-Index verbuchte einen Verlust von 23,2 % und damit das bisher schlechteste Quartal seiner 124jährigen Geschichte.
- Die täglich veröffentlichen Zahlen zur Ausbreitung des Coronavirus sind international nur schwer vergleichbar. Laut dem Leiter der Infektiologie am Wiener AKH Heinz Bergman kommt es vor allem darauf an, wie viel getestet wird. Mehr als 80 % der Covid-19-Erkrankungen verlaufen mild. Insofern sind die Statistiken durch eine hohe Dunkelziffer verfälscht. In Österreich werden 6.000 Tests pro Tag durchgeführt. Man liegt damit nur mehr knapp hinter dem Testkaiser Südkorea mit 7.600 Tests pro einer Million Einwohner.

01.04.2020

Die Brandbeschleuniger einer Krise.

Im Regelfall setzen Investoren auf steigende Kurse. Sie können aber auch anders. So wie zum Beispiel der weltgrößte Hedgefonds Bridgewater Associates, der 14 Milliarden Euro darauf gesetzt hatte, dass sich die Talfahrt an den europäischen Börsen fortsetzt. Die österreichische Finanzaufsicht FMA hat mittlerweile spekulative Leerverkäufe verboten, ebenso wie die Aufsicht in Italien, Frankreich, Belgien und Spanien. Bei einem Leerverkauf oder einer Short-Position verkauft man einen Vermögenswert, ohne diesen aktuell zu besitzen. Der Verkäufer spekuliert darauf, dass die Kurse fallen und der Vermögenswert billiger nachgekauft werden kann. Wenn zu viele Spekulanten ein Wertpapier oder sogar einen gesamten Markt „shorten“, entsteht ein Verkaufsüberhang. Das wirkt wie ein Brandbeschleuniger, der zu erheblichen Risiken führen kann. George Soros wettete 1992 gegen das britische Pfund. Diese Spekulation bescherte Soros einen Milliardengewinn, brachte aber Großbritannien an den Rand des Abgrunds.

An der Wiener Börse kam es nach dem Inkrafttreten des Spekulationsverbots zu einem sogenannten Short-Squeeze. Bei einem Short-Squeeze werden die Short-Positionen geschlossen, indem der Vermögenswert gekauft wird. Und das löst genau den gegenteiligen Effekt aus. Durch den Käuferüberhang werden die Kurse wieder nach oben getrieben. Der globale Derivatemarkt wird auf zumindest 700 Billionen US-Dollar geschätzt. Das entspricht in etwa dem 10-fachen Wert aller börsennotierten Aktien. Abschließend noch ein kurzer Blick auf die Börsen. An den Aktienmärkten geht es wieder Richtung Süden. Sorgen bereiten vor allem die steigenden Corona-Fallzahlen in den USA.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bildungsminister Faßmann will die Schulen schrittweise wieder öffnen. Er kündigte auch Lösungen für Fälle an, in denen die Benotung der Schüler nicht klar sein sollte.
- Die österreichische Regierung arbeitet an einer gesetzlichen Stundung von Krediten für Privatpersonen und Kleinunternehmen. Über die Dauer werde zwar noch verhandelt, ein Gesetzesentwurf des Finanzministeriums sehe aber drei Monate vor, die um weitere drei Monate verlängert werden können. Die Stundungen sollen automatisch greifen, wer nicht teilnehmen will, müsste sich abmelden.
- 80 Millionen Euro wurden bereits aus dem Härtefonds ausbezahlt. 100.000 Anträge wurden eingereicht, 90 % davon seien bereits erledigt. Der Härtefonds wird von einer auf zwei Milliarden Euro aufgestockt.
- 12.596 Anträge auf Kurzarbeit wurden bereits eingebracht. Laut Arbeitsministerin würden damit 250.000 Arbeitsplätze gesichert.
- Österreich hat 562.000 Arbeitslose und erreicht damit einen traurigen, historischen Rekord. Im März ist die Arbeitslosenquote um 4,7 % auf 12,2 % gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es

rund 200.000 Arbeitslose mehr.

- In Österreich helfen 3.500 außerordentliche Zivildienstleistende beim Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus.
- Laut dem Innenministerium müssen rund 10 % der Covid-19 infizierten im Spital behandelt werden. In Europa sind durch die Pandemie bereits mehr als 30.000 Tote zu beklagen.
- Die Lufthansa schickt 87.000 Mitarbeiter in Kurzarbeit. Das sind zwei Drittel der Belegschaft.
- Der Vorsitzende des Deutschen Bauernverbands Joachim Rukwied warnt davor, dass sich das Angebot von Obst und Gemüse in den nächsten Wochen aufgrund eines Mangels an Saisonarbeitern aus Osteuropa weiter verknappen könnte.
- Deutschland strebt Überlegungen an, durch digitale Nachverfolgung von Kontaktpersonen die Corona-Infektionsketten zu unterbrechen.
- Die Krankenhäuser in Paris sind massiv überlastet. Aktuell stehen 2.700 Patienten lediglich 1.200 Intensivbetten zur Verfügung. Schwer Erkrankte werden nun mit speziellen medizinischen Hochgeschwindigkeitszügen in die Bretagne verlegt.
- Kalifornien will wegen der Corona-Krise vorzeitig bis zu 3.500 Häftlinge aus den Gefängnissen entlassen.
- Die Lage in den USA verschlimmert sich, US-Präsident Trump erwartet Tage, wie „wir sie noch nie gesehen haben". Laut Prognosen seines Krisenstabes werden zwischen 100.000 und 240.000 US-Bürger sterben.
- UN-Generalsekretär António Guterres nennt die Corona-Krise die größte Herausforderung an die Welt seit dem Zweiten Weltkrieg.

02.04.2020

Breite und globale Streuung machen sich bezahlt.

Die Angst vor dem Coronavirus ist wieder zurück auf dem Börsenparkett. Nach den jüngsten Kursgewinnen ist die Euphorie der Ernüchterung gewichen. An den Finanzmärkten geht es mal rauf, dann wieder runter. Das sind wir gewohnt. So intensiv wie 2020 hat man es in der Börsengeschichte aber noch nie erlebt.

Mit dem Ausbruch der Corona-Krise kollabierten die Aktienmärkte in atemberaubender Geschwindigkeit. Wenn Aktienkurse 20 % unter den Höchstständen notieren, spricht man von einem Bärenmarkt. Der Dow Jones benötigte 2020 lediglich 16 Tage – das war so schnell wie noch nie in seiner mehr als 120-jährigen Geschichte. Der bisher schnellste Kursverfall ereignete sich 1896 in nur 36 Tagen. Auch die sogenannte „Recovery“, also die Erholung von den Tiefstständen, ist einzigartig. Der typische Kursanstieg in der frühen Phase eines Erholungszyklus beträgt rund 5 %. Dieses Mal sind es unglaubliche 15 %. 2020 ist irgendwie anders!

Bei einem globalen Aktienportfolio dauert es im Schnitt rund 15 Monate, bis die Kursverluste nach einem Bärenmarkt wieder aufgeholt werden. Ein USA- oder Europa-Portfolio benötigt rund fünf Monate länger, und Anleger, die in Randmärkte investieren, müssen mehr als drei Jahre warten und damit noch mehr Geduld aufbringen. Eine breite und globale Streuung macht sich also bezahlt. Die großen Profite erzielt man in der ersten Phase der Trendwende. Ein internationales Aktienportfolio legt im ersten Jahr durchschnittlich um 35 % zu, 14 % davon allein im ersten Monat. Zu diesem Zeitpunkt sind wahrscheinlich nur die wenigsten investiert. Zu sehr stehen die Anleger noch unter Schock oder sind damit beschäftigt, ihre Wunden zu lecken. So ein Aktionär hat es wahrlich nicht leicht. Schon gar nicht im Jahr 2020! Meiner Beobachtung nach sind jene Investoren langfristig am erfolgreichsten, die ihre Risikoneigung klar definieren, bewusst Risiken eingehen und ihre Strategie konsequent in allen Marktphasen durchziehen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Das US-Finanzministerium plant ein Hilfspaket für die Luftfahrtindustrie. Es beinhaltet u.a. 50 Milliarden US-Dollar für Passagierfluggesellschaften und 8 Milliarden US-Dollar für Luftfrachtunternehmen.
- Laut Berechnungen des deutschen ifo Instituts kann die Corona-Krise Österreich bis zu 83 Milliarden Euro oder 20,9 % ihres BIP kosten. Italien kostet jede Woche Stillstand 27 Milliarden Euro. Ein dreimonatiger Shutdown würde auch Deutschland bis zu 729 Milliarden Euro oder Wachstumseinbußen in Höhe von 20,6 % kosten.

- Rund eine Woche nach dem Launch der "Stopp Corona"-App des österreichischen Roten Kreuzes ist diese bereits von über 140.000 Personen heruntergeladen worden. Die App dient als eine Art Kontakttagebuch via Smartphone.
- Arbeitsmarktservice-Chef Johannes Kopf sagt, dass 13.000 Anträge von Firmen zur Kurzarbeit gestellt wurden. In der Finanzkrise 2009 sind 250 Betriebe in Kurzarbeit gewesen.
- In den USA steigt die Zahl der wöchentlichen Arbeitslosen-Erstanträge auf 6,6 Millionen. Erwartet wurde ein Anstieg von „lediglich“ 3,5 Millionen. Damit haben allein in den letzten zwei Wochen 10 Millionen US-Bürger durch die Corona-Pandemie ihren Job verloren.
- Die Investmentbank Morgan Stanley korrigiert ihre Vorhersage deutlich nach unten. Für die US-Wirtschaft wird für das 2. Quartal ein Wirtschaftseinbruch um 38 % prognostiziert.
- Die deutsche Regierung hat den Streit um die Saisonarbeiter beigelegt. Man einigt sich darauf, dass etwa 40.000 Saisonarbeiter vor allem aus Osteuropa einreisen dürfen.
- Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier warnt davor, dass die deutsche Wirtschaft noch stärker schrumpfen könnte als während der Finanzkrise 2009. Damals ging das BIP um 5,7 % zurück.
- In der Corona-Krise muss der größte Lebensmittelmarkt Europas nun Särge aufnehmen: Eine Halle des Pariser Großmarktes Rungis sei dafür beschlagnahmt worden, teilt die Polizeipräfektur mit.
- Die für Herbst geplante UN-Klimakonferenz in Glasgow wird wegen der Corona-Krise auf 2021 verschoben. Zu der Konferenz waren 30.000 Teilnehmer erwartet worden.
- In Europa gibt es mittlerweile mehr als 500.000 Infizierte. Am stärksten betroffen ist nach wie vor Norditalien. Allein in Bergamo sind bereits 4.500 Menschen verstorben.
- EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigt an Arbeitnehmer und Selbständige unterstützen zu wollen. Zudem sollen bedürftige Länder Garantien für die dafür nötigen Kredite erhalten. Desist geplant, das nächste EU-Budget zum „Marshall-Plan“ für Europa umzubauen.
- Der österreichische Gesundheitsminister Anschober muss die vor wenigen Stunden veröffentlichten Angaben zur Infektionskette in Ischgl aufgrund eines Eingabefehlers korrigieren.

03.04.2020

Diese Zahl raubt mir den Schlaf.

Heute endet meine dritte Woche im Homeoffice. Es ist für uns als Familie eine schöne und anstrengende Zeit zugleich. Meine Frau und ich arbeiten in unserer Wohnküche. An unserem Esstisch nimmt häufig auch unsere neunjährige Tochter Platz, um die Schulaufgaben zu erledigen. Unser elfjähriger Sohn hat unser Arbeitszimmer okkupiert, um sein Lernprogramm online durchzunehmen. Die Tage sind sehr intensiv und sehr lang. In den letzten Wochen verbringe ich viel Zeit mit Telefonieren. Mit einem Fingerzeig meiner Tochter werde ich dafür auf die Terrasse verbannt. Ich telefoniere zu laut, da kann sich ja keiner konzentrieren.

So wie uns geht es vielen anderen auch. Das Coronavirus wütet. Wichtig ist im ersten Schritt der Krisenbewältigung natürlich der gesundheitliche Aspekt. Das ist klar. Danach gilt es, den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu bewerkstelligen. Ein zentrales Thema ist der brutale Anstieg der Arbeitslosigkeit rund um den Globus. Vor einer Woche war ich noch schockiert darüber, dass die wöchentlichen Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe in den USA auf 3,31 Millionen angestiegen sind. Noch vor wenigen Wochen hatten diese bei etwa 200.000 gelegen. Diese Woche wurde noch eins draufgesetzt: Die Zahl der Erstanträge stieg auf unfassbare 6,65 Millionen. Das entspricht etwa dem 10-fachen des historischen Höchstwerts der Vor-Corona-Ära.

In den vergangenen zwei Wochen haben in den USA knapp 10 Millionen Menschen ihren Job verloren. Berücksichtigt man das, wird die Arbeitslosenquote von 3,5 % auf über 10 % ansteigen. Unfassbar! Gestählt durch mehr als zwei Jahrzehnte Finanzmarkterfahrung dachte ich, ich sei krisenresistent. Irrtum! Die Zahl von 10 Millionen hat mir letzte Nacht den Schlaf geraubt. Die Erstanträge auf Arbeitslosigkeit sind ein Frühindikator. Sie deuten auf einen dramatischen Wirtschaftseinbruch der größten Volkswirtschaft der Welt hin. Wir erleben Entwicklungen, die sich in einer „normalen“ Rezession über Monate oder Quartale hinziehen, innerhalb von nur wenigen Wochen. 2020 ist irgendwie anders. Das untermauert auch der amerikanische Aktienmarkt, der trotz der Horrormeldungen am Arbeitsmarkt deutliche Zugewinne verzeichnen konnte.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Im Nationalrat hat Bundeskanzler Kurz in Aussicht gestellt, dass manche Bereiche des Handels unter bestimmten Bedingungen bald wieder öffnen können.
- Große Lebensmittelhandelsketten haben bekannt gegeben, dass sie ab 11. April den Verkauf ihres Non-Food-Sortiments einschränken.
- Das Abholen vorbestellter Speisen in der Gastronomie ist ab sofort wieder erlaubt.
- Im Rahmen des Nothilfefonds werden Unternehmen, die mehr als 40 % ihres Umsatzes verloren haben, zwischen 25 % und 75 % der Fixkosten und der Kosten für verdorbene Waren erstattet.

Voraussetzung ist ein Verzicht auf die Auszahlung von Dividenden.

- Forscher der Wirtschaftsuniversität Wien haben Daten aus Island auf Österreich übertragen. Im Schnitt aller Szenarien ist die Zahl an Infektionen neun Mal so hoch wie jene der bestätigten Fälle. Mit Stand 1. April würde dieser Multiplikator von neun knapp 100.000 Infizierte in Österreich bedeuten.
- Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sowie das Robert-Koch-Institut (RKI) haben sich heute vorsichtig optimistisch geäußert und in Bezug auf die Bekämpfung des Coronavirus von einem ersten Hoffnungsschimmer gesprochen.
- Deutschland plant Kredite mit 100-prozentiger Staatshaftung. Die deutsche Bundesregierung plant in der Corona-Krise ein zusätzliches riesiges Unterstützungsprogramm, um im Mittelstand eine Pleitewelle zu verhindern. In Summe stehen Garantien von bis zu 300 Milliarden Euro im Raum.
- Alarmierende Zahlen kommen erneut aus den USA. Noch nie sind in einem Land innerhalb von 24 Stunden so viele Menschen am Coronavirus gestorben wie in den USA. Die Johns-Hopkins-Universität verzeichnete in den letzten 24 Stunden 1.169 neue Todesfälle.
- Die EU will angesichts der Corona-Pandemie ihre Hilfe für den afrikanischen Kontinent aufstocken. Selbst wenn Europa die Ausbreitung in den Griff bekäme, wäre das Problem damit noch nicht gelöst, sagte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell.
- Die globalen Bankenregulierer werden Banken bei den geforderten Kapitalpuffern zur Abdeckung von Kreditausfällen entgegenkommen.
- Russlands Präsident Wladimir Putin hat den OPEC-Ländern eine Zusammenarbeit bei der Drosselung der Ölförderung angeboten, um dem Preisverfall entgegenzuwirken.
- Die EU-Kommission hat Programme genehmigt, bei denen Mitgliedsstaaten zinslose Kredite vergeben oder eine 100-prozentige Haftung übernehmen. Maximal erhalten Unternehmen 800.000 Euro.
- Ein Monat Produktionsstopp beschert italienischen Unternehmen laut Schätzungen des Statistikamts Istat einen Umsatzverlust von 100 Milliarden Euro.

04.04.2020

Ohne Vertrauen kein „Normalzustand“.

Es ist Samstag, aber irgendwie fühlt es sich nicht so an. Zu sehr verschwimmen die Tage im Frühjahr 2020. Die Börsen sind heute geschlossen, die Nachrichtenflut geht aber munter weiter. An Ruhe und Entspannung ist daher nicht zu denken. Zu sehr zieht mich das Coronavirus in seinen Bann. Heute Vormittag sitze ich erstmals in meinem Liegestuhl auf unserer Terrasse. Die Sonnenstrahlen wärmen mein Gesicht. Es ist eine Wohltat und ein Kontrast zu den stürmischen Zeiten auf den Finanzmärkten. Ruhe wird erst wieder einkehren, wenn das Coronavirus besiegt oder zumindest der Höhepunkt der Pandemie überschritten ist. Das Epizentrum hat sich von Europa in die USA verlagert. Die Herausforderungen sind aber dies- und jenseits des Atlantiks die gleichen. Der wirtschaftliche Shutdown bringt Unternehmen an den Rand ihrer Belastungsfähigkeit. Die Bilanzen schauen (noch) gut aus, es sind genügend Liquiditätsreserven vorhanden. Aber für wie lange werden diese reichen? Es ist davon auszugehen, dass viele Unternehmen die aktuelle Krise nicht überleben werden. Diese Problematik vor Augen, versuchen Staaten und Notenbanken mit Hilfspaketen historischen Ausmaßes der wirtschaftlichen Vollbremsung entgegenzuwirken. Das führt zu einer massiven Ausweitung der Geldmenge und zu einer ausufernden Verschuldung. Die Existenzsorgen betreffen aber auch Arbeitnehmer. Viele befinden sich in Kurzarbeit oder haben bereits ihren Job verloren. Das führt zu erheblichen Einkommenseinbußen und zu düsteren Zukunftsaussichten. Das ist nicht unbedingt ein Cocktail, der zu Investitionen anregt. Und damit meine ich sowohl Unternehmen als auch Privatpersonen.

Um wieder in den „Normalzustand“ zu kommen, braucht es Vertrauen. Wenn wir dieses als Gesellschaft zurückgewinnen, schaut die Zukunft rosiger aus, und auch die wirtschaftliche Dynamik gewinnt wieder an Schwung. Das wiederum stärkt das Vertrauen. Und ehe wir uns versehen, befinden wir uns in einem Aufwärtstrend und können den Wiederaufbau ambitioniert in Angriff nehmen. Es liegt an der Politik, den Unternehmen aber auch an jedem einzelnen von uns. Wir haben damit unsere Zukunft selbst in der Hand! Eine schöne Vision, meinen Sie nicht auch?

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Ein Vorarlberger Konsortium stellt ab sofort täglich 100.000 qualitativ hochwertige Masken mit FFP-Filter her, geplant ist eine Ausweitung auf bis zu 500.000 pro Tag.
- Das Sozialministerium untersagt per Erlass Treffen in geschlossenen Räumen, an denen mehr als fünf Personen teilnehmen, die nicht im selben Haushalt leben. An Begräbnissen dürfen höchstens zehn Personen teilnehmen, an Hochzeiten fünf.
- In Österreich nimmt die Zahl der Patienten, die eine intensivmedizinische Betreuung benötigen, erstmals nicht weiter zu. Die Zahl der Hospitalisierten sinkt von 1.074 am Freitag auf 1.071 am

Samstag. Zudem ist erfreulich, dass es innerhalb der letzten 24 Stunden erstmals weniger Neuinfektionen als Genesene gibt.

- Big Data ist auf dem Vormarsch. Nationalratspräsident Sobotka spricht sich für verpflichtende Corona-App aus.
- Die Regierung plant ein eigenes Investitionskontrollgesetz. Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck will feindliche Übernahmen verhindern. Bereits ab einer 10-prozentigen Beteiligung aus dem Ausland kommt es zu einer Prüfung durch das Ministerium.
- Der Präsident des Deutschen Bundestags Wolfgang Schäuble spricht sich gegen eine gemeinsame Schuldenaufnahme europäischer Staaten zur Bekämpfung der Pandemie-Folgen aus.
- Bundesfamilienministerin Franziska Giffey sieht vor allem in Städten die Gefahr, dass die häusliche Gewalt zunimmt. Bei der Analyse gibt es offensichtlich ein Stadt-Land-Gefälle. In Berlin ist die Zahl der Anzeigen wegen häuslicher Gewalt in der vergangenen Woche um 10 % angestiegen.
- Mit der Ausbreitung der Corona-Fälle in Pflegeheimen fürchtet der Verband Deutscher Alten- und Behindertenhilfe viele Klagen wegen Mängeln in der Versorgung.
- Der Signal Iduna Park, das Fußballstadion von Borussia Dortmund, wird zum COVID-19-Behandlungszentrum umfunktioniert und vom BVB zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe betrieben. Menschen können sich auf das neuartige Coronavirus testen lassen.
- New Yorks Bürgermeister Bill de Blasio sieht seine Stadt vor einer entscheidenden Woche. Die Situation in den Krankenhäusern wird sich zuspitzen. Es fehle derzeit vor allem an Personal und Beatmungsgeräten, die Beschaffung sei ein Wettlauf gegen die Zeit.
- In Italien ist erstmals die Zahl der Corona-Intensivpatienten zurückgegangen. Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Sterberate in Italien ausgesprochen hoch.
- Spaniens Ministerpräsident Petro Sánchez fordert eine rigorose Solidarität ein und schlägt einen neuen Marshall-Plan für den Wiederaufbau nach der Pandemie und mehr Vergemeinschaftung von Schulden in der EU vor. „Europa muss eine Kriegswirtschaft auf die Beine stellen.“

05.04.2020

Droht jetzt der Ausverkauf Europas?

Den Kursverlusten sei Dank befinden wir uns in einem Käufer-Markt. Naja, ob es wirklich billig ist, wird uns erst die Zukunft weisen. Fix ist aber, dass Unternehmensbeteiligungen deutlich günstiger sind als noch vor wenigen Wochen. Das können sich sowohl private als auch staatliche Investoren zunutze machen. Einer der größten Investoren ist China. In den letzten 10 Jahren haben sich chinesische Unternehmen an mehr als 1.700 europäischen Firmen beteiligt bzw. diese aufgekauft. Der Transaktionswert belief sich auf mehr als 300 Milliarden Euro. Bevorzugt werden Industrie- und Technologieunternehmen sowie strategisch wichtige Infrastrukturen wie z.B. der Hafen von Triest gekauft. 300 Milliarden Euro sind eine unglaubliche Summe. Das entspricht in etwa 10 % der Marktkapitalisierung der größten 250 Unternehmen Europas, einem Drittel des Börsenwerts der DAX-Unternehmen oder dem zehnfachen Wert des ATX. Durch den Kursrutsch können österreichische Unternehmen mit einem Buchwert von 0,7 gekauft werden. Allein das Eigenkapital der Erste Group (ca. 20,5 Milliarden Euro) und der Raiffeisen Bank International (ca. 13,8 Milliarden Euro) beträgt mehr als die Marktkapitalisierung des österreichischen Leitindex. Auch die Bewertung von DAX-Unternehmen erscheint sehr günstig, schließlich können viele Unternehmen nahe dem Buchwert gekauft werden. Droht jetzt der Ausverkauf Europas? Um das zu verhindern, hat die österreichische Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck bereits ein eigenes Investitionskontrollgesetz angekündigt. Durch strategische Unternehmenskäufe kommt es zu einem Know-how-Transfer. Dieser wird zusätzlich durch einen anderen Trend verstärkt. Die USA ist das Zentrum vieler führender Wissenschaftler und das beliebteste Studienland für knapp eine Million ausländischer Studenten. Weltweit gibt es 5,1 Millionen „Auslands-Studenten“. 40 % der Studenten kommen aus der Region Asien und Pazifik, lediglich 12 % aus Westeuropa. Mit 865.000 „Auslands-Studenten“ hat China neben Indien (300.000) den mit Abstand größten Anteil. Mehr als ein Fünftel der im Ausland Studierenden stammt damit aus diesen beiden Ländern. China denkt strategisch und in langen Zyklen. Auch durch diese Maßnahme ist es gewährleistet, dass der Wissenstransfer aus den alten Industrienationen auch in den kommenden Jahren nicht ins Stocken geraten wird.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Mit dem politischen Schulterschluss im Kampf gegen die Corona-Pandemie ist es vorbei. Anstoß der Kritik der Oppositionsparteien ist die von der Regierung forcierte Corona-App des österreichischen Roten Kreuzes. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka nahm seine Forderung nach einer verpflichtenden Verwendung zurück.
- Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) hat am Sonntag einmal mehr bekräftigt, dass die Polizei Verstöße gegen das Covid-19-Maßnahmengesetz mit der nötigen Härte ahnden wird. Zum Beleg dafür verwies er auf 1.189 Anzeigen, die allein gestern bundesweit erstattet wurden.

- US-Präsident Donald Trump rechnet mit "sehr vielen Toten" und schickt Militärärzte nach New York "in den Krieg“.
- In Europa sind bereits 45.000 Menschen an COVID-19 verstorben. 85 % der Todesfälle wurden aus Italien, Spanien, Frankreich und Großbritannien gemeldet.
- Der Schweizer Gesundheitsminister Alain Berset hält es aufgrund der aktuellen Corona-Lage im Land für illusorisch, bereits die ersten Schritte zurück in Richtung Normalität zu gehen. Erst wenn die Zahl der Menschen in den Krankenhäusern nicht mehr ansteige, könne man daran denken, sagte Berset.
- Trotz Grenzsperrung und Ausgangsbeschränkung wegen der Corona-Pandemie hat ein Franzose im benachbarten Spanien billig Zigaretten einkaufen wollen - und sich prompt in den Bergen der Pyrenäen verirrt. Der Mann aus dem südfranzösischen Perpignan sei "erschöpft und zitternd vor Kälte" auf der Höhe von Perthus – in einem Dorf nahe der Grenze zu Spanien – gefunden worden.
- In Afrikas Armenvierteln könnten die Maßnahmen gegen das Coronavirus nach Einschätzung von Helfern zur tödlichen Falle werden. Nach Angaben des SOS-Kinderdorf e.V. müssen Arme das Haus verlassen, um Geld zu verdienen. Doch würden die Ausgangssperren teils mit massiver Gewalt durchgesetzt.
- Durch den Einbruch der Reisetätigkeit stehen viele Airbnb-Wohnungen leer. Das sorgt für Druck auf den Immobilienmarkt. In Zukunft könnten diese Wohnungen aber für ein höheres Angebot und damit für Entspannung am Mietmarkt sorgen.
- Deutschland und Frankreich haben sich auf ein dreiteiliges Hilfssystem von etwa einer halben Billion Euro verständigt. Klassische Eurobonds soll es nicht geben, aber Hilfe aus dem Rettungsschirm sowie Kredite und Geld für Arbeitslose. Dieses Modell soll beim Eurofinanzministertreffen am Dienstag diskutiert werden.

06.04.2020

Befreiende Wirkung des Frühjahrsputzes.

Die Börsenwoche beginnt erfreulich. Die europäischen Märkte sind durchwegs im grünen Bereich und im „Risk-On“-Modus.

Am Wochenende war bei uns der Frühjahrsputz angesagt. Ziel der aufwändigen Aktion ist es, wieder etwas Ordnung in unser Leben zu bringen. Jeder Schrank wird ausgeräumt und es wird eine Bestandsaufnahme aller Gegenstände gemacht, die wir besitzen. Diese erfreuen sich teilweise regen Gebrauchs, teilweise werden sie aber auch einfach nur gehortet.

Der Frühjahrsputz hat für mich eine befreiende Wirkung. Alles wird hinterfragt und man richtet sich neu aus. Das erfordert aber auch, dass wir uns von liebgewonnen Gegenständen trennen müssen. Ähnliches erleben wir 2020 im wirtschaftlichen Kontext. Viele Unternehmen kämpfen um das Überleben und müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, ob ihr Geschäftsmodell in Zukunft tragfähig sein wird. Zum Teil müssen diese adaptiert werden, zum Teil muss man sich von einzelnen Bereichen ganz trennen.

Ähnlich wie in der Finanzkrise, wo z.B. 20 % der Unternehmen mit schlechter Bonität (High-Yield) nicht überlebten, wird es einige Unternehmen in naher Zukunft einfach nicht mehr geben. Das ist schmerzhaft, viele Einzelschicksale sind damit verbunden. Es ist auf der anderen Seite aber auch ein reinigendes Gewitter. In den USA gingen 2009 und 2010 knapp 300 Banken Pleite.

Europa dagegen wählte den Weg, „systemrelevante“ Institute zu retten und schickte nur wenige Banken in die Insolvenz. Rückblickend führte das zu einer Verschleppung der Probleme, da das Leben unprofitabler Häuser zwangsläufig verlängert wurde. Ich bin absolut dafür, Unternehmen in Form von Hilfspaketen zu unterstützen und über diese schwierige Zeit zu helfen. Eine künstliche Lebensverlängerung von „Zombie-Unternehmen“ macht aus meiner Sicht aber auch keinen Sinn.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die österreichische Regierung präsentiert den Fahrplan für die nächsten Wochen: Die Ausgangsbeschränkungen werden bis Ende April verlängert. Kleine Geschäfte und Baumärkte öffnen am 14. April mit limitierter Kundenanzahl. Der Rest des Einzelhandels darf ab 1. Mai wieder öffnen. Die Maskenpflicht wird auf öffentliche Verkehrsmittel ausgeweitet. Gastronomiebetriebe und Hotels werden frühestens mit Juni wieder öffnen dürfen. Bis Ende Juni gilt das „Vorsichtsprinzip“. Es dürfen keine Veranstaltungen abgehalten werden. Der Schulbetrieb soll bis zumindest Mitte Mai als „Homeschooling“ stattfinden. Matura und Lehrabschlüsse werden durchgeführt.
- Die Möglichkeit, Kurzarbeit zu beantragen, wird von österreichischen Betrieben gut angenommen. Die Mittel für das Hilfsprojekt werden um 2 Milliarden Euro erhöht. "Die Corona-Kurzarbeit hat

bisher rund 400.000 Arbeitsplätze in Österreich gesichert", so Ministerin Aschbacher.

- Bundeskanzler Kurz kann sich eine uneingeschränkte Reisefreiheit erst dann vorstellen, wenn ein Impfstoff entwickelt ist.
- Der britische Premierminister Boris Johnson muss ins Krankenhaus. Die Corona-Erkrankung scheint bei ihm nicht ganz so glimpflich zu verlaufen.
- In Deutschland haben bereits 470.000 Unternehmen Kurzarbeit angezeigt. Millionen von Arbeitnehmern sind betroffen und bangen um ihre Existenz. Jede Pleite erzeugt Folgeprobleme bei Lieferanten, Gläubigern und Kunden. Besonders stark sind Startups betroffen. Wirtschaftsvertreter fordern ein Wiederhochfahren ab 19. April ein.
- Die Bundesregierung beschließt ein neues Kreditprogramm für den deutschen Mittelstand, welches Firmen einfacher mit dringend notwendigen Krediten versorgt.
- Bundeskanzlerin Angela Merkel denkt bereits laut über einen Shutdown-Ausstieg nach. Dieser könne jedoch nur schrittweise erfolgen.
- Der Chef des deutschen Bundeskanzleramts Helge Braun fordert den Einsatz einer europaweiten Tracking-App zur Nachverfolgung von Corona-Infektionen.
- Deutsche Hotels wollen ihre Räume als „Alternative zum Homeoffice“ anbieten und einen Teil ihrer Zimmer vermieten.
- Japan war eines der ersten Länder, welches nach dem Ausbruch des Coronavirus in China betroffen war. Im Februar hatte dasim Hafen von Yokohama unter Quarantäne liegende Kreuzfahrtschiff mit rund 3.700 Menschen an Bord für mediales Aufsehen gesorgt. Nun ist Japan eines der letzten Länder, noch keine einschneidenden Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus verhängt hat. Ministerpräsident Shinzo Abe plant den Notstand für die Großräume Tokio und Osaka zu erklären.
- Im Rahmen des Kaufprogrammes der EZB wurden im März Staatsanleihen in Höhe von 33,75 Milliarden Euro erworben. Mehr als ein Drittel entfielen auf italienische Staatsanleihen.

07.04.2020

Was vom Kursfeuerwerk zu halten ist.

Die Börsen rund um den Globus sind außer Rand und Band. Mit rückläufigen COVID-19-Zahlen steigt auch die Zuversicht. Das Kursfeuerwerk ist Balsam auf die Wunden gepeinigter Investoren, die harte Wochen hinter sich haben. Die Fondsbilanz für März 2020 fiel verheerend aus. 98 % der Fondskategorien schrieben Verluste und sichere Häfen erwiesen sich als Mangelware. Zu diesem Ergebnis kommt e-fundresearch. Im Durchschnitt verloren die 247 Fondskategorien11,79 %. Lediglich fünf Kategorien konnten ein positives Monatsergebnis verzeichnen.

Am besten schlugen sich US-Staatsanleihen mit +2,52 %, am schlechtesten entwickelten sich brasilianische Aktien mit -38,29 %. Auch europäische Staatsanleihen mit -0.79 % oder Euro-Geldmarkt Fonds mit -0,32 % mussten als vermeintlich sicherer Hafen eine negative Wertentwicklung hinnehmen. Aber mittlerweile haben wir uns daran gewöhnt. 2020 ist anders! In einem klassischen Bärenmarkt sinken die Renditen von Sicherheitsinvestments wie z.B. Staatsanleihen. Die Risikoprämien steigen. Das führt zum Beispiel zu höheren Credit Spreads, also Renditeaufschlägen für Unternehmensanleihen. Eine abnehmende Konjunkturdynamik wird auch durch einen Rückgang des Ölpreises widergespiegelt. Also alles nahezu wie aus dem Lehrbuch, natürlich mit Ausnahme der Sicherheitsinvestments.

Die negative Wertentwicklung in diesem Bereich ist zu einem großen Teil auf die ausgedünnte Liquiditätssituation zurückzuführen. Die Käuferseite wirkte wie ausgestorben, einzig die Notenbanken stellten sich todesmutig dagegen. Die Liquiditätssituation ist immer noch sehr angespannt, aber durch die Maßnahmen der Notenbanken sind bereits Beruhigungstendenzen am Horizont erkennbar.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Österreichs Vizekanzler Werner Kogler fordert eine gerechte Krisenfinanzierung durch die Besteuerung von „Millionen- und Milliarden-Erben“. Regierungspartner lehnt den Vorschlag Koglers prompt ab.
- Die mündliche Matura entfällt. Bei der Notenfindung in den mündlichen Fächern sollen die Leistungen des abgelaufenen Jahres einbezogen werden. Der schriftliche Part bleibt als Zentralmatura konzipiert.
- Die EU-Verhandlungen über ein milliardenschweres Corona-Hilfspaket für Staaten, Unternehmen und Arbeitnehmer sind ins Stocken geraten. Die für heute Abend vorgesehene Pressekonferenz wird auf Mittwoch verschoben. Streitthema sind die von Frankreich, Italien und Spanien vehement geforderten Corona-Bonds.
- In Großbritannien herrscht Ausnahmezustand. Das Coronavirus kann jeden treffen. Der britische Premierminister Boris Johnson wurde am Sonntag ins Krankenhaus eingeliefert. Mittlerweile muss

er auf der Intensivstation behandelt werden. Über seinen Gesundheitszustand herrscht Unklarheit. Laut Regierungsangaben hat dieser sich jedoch „stabilisiert“.

- Die Weltarbeitsorganisation (ILO) schätzt, dass die geleistete Arbeitszeit aufgrund der Corona-Krise in den kommenden Monaten um Milliarden von Stunden sinken wird. Insgesamt sind laut ILO derzeit rund 2,7 Milliarden arbeitende Menschen von irgendwelchen Anti-Corona-Maßnahmen betroffen - das sind rund 81 % aller Arbeitskräfte weltweit.
- Der Bundesstaat New York ist besonders heftig von der Coronapandemie betroffen. Gouverneur Andrew Cuomo zeigte sich erstmals optimistisch. Die Zahl der Toten ist nicht mehr so stark angestiegen und die Zahl der neu in die Krankenhäuser Eingelieferten ist deutlich zurückgegangen. Das Gesundheitssystem sei aber an seiner Kapazitätsgrenze.
- Der Stadtstaat Singapur galt lange Zeit als Vorbild bei der Bekämpfung des Coronavirus. Es wurden viele Tests durchgeführt, die Bürger digital überwacht und an den Grenzen streng kontrolliert. Doch nun wächst die Angst vor der zweiten Welle. Die Ansteckungsraten steigen. Die Regierung gibt bekannt, dass alle Schulen und die meisten Unternehmen für einen Monat schließen werden.
- Jack Dorsey, Mitbegründer von Twitter, kündigte an, eine Milliarde Dollar für den Kampf gegen die Covid-19-Krise zu spenden.
- Der ehemalige US-Notenbankchef Ben Bernanke erwartet keine rasche Erholung der Wirtschaft. Seiner Einschätzung nach wird die Erholungsphase Jahre dauern. Bevor der Normalzustand hergestellt wird, müsse viel Vertrauen gewonnen werden. Er zeigte sich aber auch optimistisch, dass die Erholung schneller voranschreiten werde als nach der Finanzkrise.

08.04.2020

„Gefallene Engel“.

In der Osterwoche sollten unsere Kinder ein paar Tage bei Omi und Opa verbringen. Das ist in COVID-19-Zeiten natürlich hinfällig. Bei uns als Familie herrscht trotz der Osterferien Alltag. Oder zumindest das, was wir seit Mitte März für uns als Alltag definieren, die neue Normalität. Von einer ruhigen Osterwoche kann ich demnach nicht berichten. An den Börsen ist nach den Kursgewinnen der vergangenen Tage im Gegensatz dazu etwas Ruhe eingekehrt. Die EU-Finanzminister konnten sich trotz eines 16-Stunden-Verhandlungsmarathons nicht auf ein EU-Hilfspaket einigen. Neuer Versuch am Gründonnerstag. Christen feiern an diesem Tag das letzte Abendmahl. Ich hoffe, das ist kein schlechtes Omen.

Kennen Sie die sogenannten „Fallen Angels“? Unter diesem Begriff werden Unternehmen zusammengefasst, die vom guten Bonitäten-Bereich (Investment-Grade) in den Junk-Bereich (High-Yield) abrutschen. Unternehmen sind in diesem Fall mit deutlich höheren Finanzierungskosten konfrontiert. Kein Wunder, denn die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls steigt signifikant an. Auf Fünf-Jahressicht beträgt diese im EUR-Investment-Grade Bereich durchschnittlich 0,9 %. Bei High-Yields steigt diese auf 17 % - das bedeutet, dass statistisch gesehen jedes sechste Unternehmen die nächsten fünf Jahre nicht überleben wird. Insofern ist es wenig verwunderlich, dass Investoren für High-Yields deutlich höhere Risikoprämien einfordern. Rating-Agenturen sind durch die Corona-Krise gefordert. Es droht eine wahre Herabstufungswelle. Citigroup und J.P. Morgan erwarten für heuer, dass Anleihen im Ausmaß von mehr als 100 Milliarden Euro zu „Fallen Angels“ werden. Die letzte Stufe des Investment-Grade-Bereiches ist in Bezug auf ihr Volumen vier Mal so groß wie das gesamte High-Yield-Segment. Für viele Investoren ist damit auch eine „magische“ Grenze verbunden, da sie aufgrund eigener oder regulativer Vorgaben nur im Investment-Grade-Bereich investieren dürfen. Viele stoßen Emittenten, denen eine Herabstufung droht, bereits im Vorfeld ab. Das führt dazu, dass hier bereits ein Verkaufsüberhang entsteht und die Renditeaufschläge konstant steigen. Wenn jetzt große Teile des Investment-Grade-Bereiches in den High-Yield-Bereich verschoben werden, dünnt sich das investierbare Universum im Investment-Grade-Bereich aus. Das stellt institutionelle Investoren vor eine große Herausforderung. Das Geld will schließlich investiert werden. 2020 ist irgendwie anders. Der Kampf um die verbleibenden Investment-Grade-Bonds möge beginnen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die Coronavirus-Krise sorgt für gedrückte Stimmung in Österreich. Über ein Drittel der Bevölkerung (35 %) rechnet damit, dass sich ihr Leben in den kommenden zwölf Monaten verschlechtern wird. 69 % der Österreicher wollen ihren Konsum jedenfalls stark einschränken.
- Mit einem Formular können Privatkunden und Kleinstunternehmen nun eine Stundung ihrer Kredite bei ihren Hausbanken beantragen.

- Bund und Länder in Deutschland bereiten sich auf die Quarantäne-Regelungen zur Einreise vor, die ab Karfreitag gelten könnten. Demnach sollen Ausländer und zurückkehrende Deutsche zunächst in eine 14-tägige häusliche Quarantäne gehen.
- Die deutsche Bundesregierung erwartet eine Großlieferung von Schutzausstattung für das medizinische Personal. Es sollen 40 Millionen Schutzmasken nach Deutschland kommen.
- Die EU-Verhandlungen der Finanzminister über ein milliardenschweres Hilfspaket sind vorerst gescheitert. Eurogruppen-Chef Mario Conteno kündigt eine Vertagung auf Donnerstag an. „Nach 16 Stunden Diskussion sind wir einem Deal sehr nahe gekommen, aber wir sind noch nicht dort“, erklärt er.
- Die EU-Kommission hat Insidern zufolge die Euro-Finanzminister gewarnt, dass die Wirtschaft in der Eurozone dieses Jahr um bis zu 10 % einbrechen könnte. Die Europäische Zentralbank habe bei den mittlerweile abgebrochenen Verhandlungen erläutert, wegen der Coronavirus-Pandemie seien womöglich Hilfen im Volumen von 1,5 Billionen Euro nötig, so mehrere Regierungsvertreter.
- Der weitgehende Stopp der Einreisen in die Europäische Union soll nach Ansicht der EU-Kommission bis zum 15. Mai verlängert werden.
- Die EU-Kommission hat den Einsatz von Handy-Apps und persönlichen Daten im Kampf gegen das Coronavirus befürwortet.
- Italiens Bischofskonferenz stellt 200 Millionen Euro für die Folgen der Corona-Krise bereit.
- Das schwer von der Corona-Pandemie betroffene Spanien könnte nach Auffassung der Regierung Ende April Schritt für Schritt zu einer gewissen Normalität zurückkehren.
- Die Welthandelsorganisation (WTO) rechnet wegen der Coronavirus-Pandemie mit der "schlimmsten Rezession zu Lebzeiten" weltweit Das sagte am Mittwoch WTO-Chef Roberto Azevdo. Der weltweite Handel könnte nach WTO-Prognosen um bis zu ein Drittel einbrechen.
- Das neue Coronavirus breitet sich zunehmend auch in Afrika aus. Die Zahl der bestätigten Infektionen in Afrika sei auf mehr als 10.000 angestiegen, mehr als 500 Menschen seien gestorben, so die WHO.

09.04.2020

Die zweite Seite der Medaille.

Am Gründonnerstag ist bei uns traditionell Spinat-Tag. Als Börsianer kann man daher durchaus erwarten, dass die Ampeln auch an den Börsen auf grün stehen, oder? Heute, an meinem Geburtstag, gibt es eine Riesen-Party. Ich würde Sie, lieber Leser, ja gerne einladen, aber meine Frau und meine zwei Kinder haben schon zugesagt. Jetzt ist leider kein Platz mehr. 2020 ist irgendwie anders.

An diesem Tag mache ich mir auch immer Gedanken über die Zukunft. Der Ausblick heuer ist sehr unklar und neblig. Die Corona-Pandemie erfordert, dass wir nicht notwendige soziale Kontakte eindämmen. Das ist medizinisch eine Notwendigkeit, wirtschaftlich betrachtet aber desaströs. Wir befinden uns mitten im tiefsten Absturz der Nachkriegszeit. Ich stelle mir die Frage, ob wir gerade eine Zeitenwende erleben. Sind die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, persönlichen und sozialen Einschnitte so groß, dass wir künftig von einer Zeit vor und einer Zeit nach Corona sprechen werden? Unser Wohlstand wurde über die letzten Jahrzehnte hinweg kontinuierlich aufgebaut, mit dem Ergebnis, dass die Lebensbedingungen 2020 besser sind als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte. Eine starke Aussage, die ich gerne mit ein paar Beispielen untermauern möchte. Die Lebenserwartung eines neugeborenen Erdenbürgers beträgt heute 72,2 Jahre. 1800 lag der globale Durchschnitt noch bei 29 Jahren. Ein Kind geht heute durchschnittlich 12,7 Jahre in die Schule. Im Jahr 1800 war es weniger als ein Jahr. Die Sterbewahrscheinlichkeit von Kindern bis zum 5. Lebensjahr beträgt heute 3,9 % und schwankt zwischen de facto Null in Industrieländern und max. 12,7 % in Somalia. Im Jahr 1800 betrug die Wahrscheinlichkeit noch unglaubliche 43 %. Auch wenn 2020 sicher nicht alles rosig ist, könnte ich noch viele weitere positive Beispiele anführen.

Es fühlt sich durch die COVID-19-Krise an, als könnten wir etwas verlieren, das uns lieb und teuer ist. Und ein Verlust ist immer schmerzhaft. Aber jede Veränderung hat auch gute Seiten. Die Frage ist nur, welche Seite der Medaille wir betrachten. Heute möchte ich mit einem freundlichen Geburtstagsglückwunsch schließen, den ich aus Deutschland erhalten habe: „Ich wünsche dir einen Börsengewinn um die Prozentzahl deines Alters.“ Sehr nobel! In meinem beinahe biblischen Alter wäre das sehr stattlich. Bleibt zu hoffen, dass die Prognose in Erfüllung geht.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die österreichische Regierung will Familien, in denen die Eltern in Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit sind, oder Selbstständige, die derzeit kein Einkommen haben, mit dem „Corona-Familienhärtefonds“ unterstützen.
- Rund eine halbe Milliarde Menschen könnten im Zuge der Corona-Krise in Armut stürzen, sagt die Hilfsorganisation Oxfam. Schätzungen zeigen, dass die weltweite Armut erstmals seit 1900 zunehmen könnte.

- US-Zentralbank legt Notfallprogramm über 2,3 Billionen Dollar auf. Fed-Präsident Jerome Powell erklärt, die wirtschaftliche Erholung müsse „so kräftig wie möglich“ ausfallen.
- Pro Stunde verliere die Lufthansa "ungefähr eine Million Euro" ihrer Liquiditätsreserven, so Konzernchef Carsten Spohr.
- Laut Gesundheitsminister Jens Spahn sind in Deutschland derzeit noch 40 % der Intensivbetten frei. Die Infizierten-Kurve flache sich ab, für eine Entwarnung sei es aber noch zu früh.
- Nach tagelangem Ringen und zwei Verhandlungsrunden einigen sich die EU-Staatschefs auf die Bedingungen einer wirtschaftlichen Krisenhilfe im Umfang von einer halben Billion Euro. Corona-Bonds wird es vorerst nicht geben. Das Rettungspaket umfasst drei Töpfe: Aus dem Eurorettungsschirm ESM dürfen 200 Milliarden Euro in Kredite fließen. Ein Garantiefonds für Unternehmenskredite der Europäischen Investitionsbank EIB soll 200 Milliarden Euro. bringen. Zudem soll ein Kurzarbeitsprogramm namens „Sure“ im Umfang von 100 Milliarden Euro aufgelegt werden.
- In der Corona-Krise hat Frankreich sein Hilfspaket für die Wirtschaft auf 100 Milliarden Euro aufgestockt und damit mehr als verdoppelt.
- Gesundheitszustand des unter einer Coronavirus-Infektion leidenden britischen Premierministers Boris Johnson verbessert sich nach Regierungsangaben zusehends. Er konnte die Intensivstation heute wieder verlassen.
- Während es in einigen europäischen Ländern Licht am Ende des Tunnels bei den Infektionszahlen gibt, bereitet sich die Wirtschaft auf Horror-Zahlen vor. IWF-Chefin Kristalina Georgiewa erwartet den stärksten Einbruch seit der großen Depression Ende der 1920er-, Anfang der 1930er-Jahre.
- Eine weitere düstere Woche auf dem US-Arbeitsmarkt: Weitere 6,6 Millionen Menschen haben einen Erstantrag auf Arbeitslosenhilfe gestellt. Innerhalb von drei Wochen haben damit USA-weit mehr als 16 Millionen Menschen ihre Jobs verloren.
- In New York sind in den letzten 24 Stunden 799 Menschen am Coronavirus gestorben. Dennoch scheint man die Krise in den Griff zu bekommen. Die strengen Maßnahmen zeigen bereits Wirkung.

10.04.2020

Wenn du glaubst, es geht nicht mehr…

Karfreitag ist der Tag der Stille. Still war es an den internationalen Finanzmärkten keineswegs. Wenn du glaubst, es geht nicht mehr, kommt Fed-Präsident Jerome Powell mit einem billionenschweren Hilfspaket daher. Grund genug, die Aktienkurse wieder nach oben zu treiben. 2020 ist irgendwie anders. Unterstützt wird das auch noch dadurch, dass sich die EU-Finanzminister – nach zähem Ringen – nun doch auf ein Corona-Hilfspaket einigen konnten. Soweit ist es einmal angerichtet. Notenbanken und Staaten sind auf Dauerfeuer. Kein Wunder, denn die realwirtschaftlichen Auswirkungen werden immer offensichtlicher. In den letzten Tagen hat sich die Meinung manifestiert, dass wir den größten wirtschaftlichen Abschwung seit der großen Depression erleben. Die Aktienmärkte konnten sich seit den Tiefstständen im März, den Hilfspaketen und rückläufigen COVID-19-Zahlen sei Dank, wieder deutlich erholen. Börsennotierte Unternehmen werden in Bezug auf die Marktkapitalisierung in Large-Caps, Mid-Caps und Small-Caps untergliedert. Die Krise 2020 zeigt: je höher die Marktkapitalisierung, desto geringer die Kursabschläge. Ein internationales Large-Cap-Portfolio verlor rund 13 %, ein Small-Cap Portfolio in etwa 25 %. Auch brancheneitig sind große Divergenzen zu beobachten. Am schlimmsten gebeutelt wurden Energieunternehmen, die seit Jahresbeginn nahezu -40 % an Wert verloren. Dahinter folgen Finanzinstitute mit -27 % und Industrieunternehmen, die rund ein Fünftel ihres Börsenwertes einbüßten. Am besten hielten sich Unternehmen aus dem Bereich Gesundheit und IT, die in etwa -5 % verloren. Nordamerika steht für Technologie und IT, Europa für die „alte“ Industrie. Bereits ein Viertel der Marktkapitalisierung von US-Unternehmen entfällt auf den IT-Sektor, in Europa sind es knappe 7 %. Es hat den Anschein, dass US-Unternehmen Veränderungen gegenüber viel offener sind und damit die Nase vorne haben. In den Vereinigten Staaten ist es das Ziel vieler junger Menschen, ein Unternehmer zu sein. Wer mit seiner Idee scheitert, wird nicht diffamiert. Man versucht es einfach noch einmal. Vielleicht ist das auch ein Grund, warum der europäische Aktienmarkt seit mehr als einem Jahrzehnt trotz billiger Bewertung hinterherhinkt. Sind Sie Veränderungen gegenüber aufgeschlossen und auch bereit, Neues zu versuchen? Das ist wahrscheinlich die Fähigkeit, die wir im Rahmen des Wiederaufbaus am meisten benötigen werden.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Österreichs Regierung schätzt die Zahl der Infizierten inklusive der Dunkelziffer auf rund 28.500. Der Grad der Durchseuchung liege damit unter 1 %.
- Finanzminister Gernot Blümel kündigt an, dass die Finanzbehörden mit Schwerpunktkontrollen starten. Firmen, die Mitarbeiter zur Kurzarbeit anmelden und normal weiterarbeiten lassen, werden hart bestraft.
- Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert, die gestern Abend von den Euro-Finanzministern beschlossenen Programme "so schnell es geht" in Kraft zu setzen. Die nach zähen Verhandlungen

erreichte Einigung bezeichnet sie als "Meilenstein", nun könne Arbeitslosigkeit besser bekämpft werden.

- Wegen der zureit großen Zahl an Paketsendungen schlägt die Deutsche Post vor, dass bei ihr vorübergehend auch am Sonntag gearbeitet werden darf. Die Deutsche Post DHL Group transportiert acht Millionen Pakete und Pakete am Tag (Jahresdurchschnitt 5,2 Millionen.).
- Nach wochenlanger und überaus starker Nachfrage deutet sich ein Ende der maßlosen Mehlkäufe im deutschen Einzelhandel an.
- Die deutsche Regierung rechnet damit, dass hunderte bedrohte Unternehmen in Deutschland den Staat um eine zeitlich begrenzte Beteiligung bitten werden.
- Die italienische Regierung hat verstärkte Polizeikontrollen angekündigt, um die Italiener an den Osterfeiertagen von Ausflügen abzuhalten. Italiens Außenminister Luigi Di Maio hat eine Lockerung der Ausgangssperren für Ende April in Aussicht gestellt.
- Norditalien wurde von der Coronavirus-Krise besonders stark getroffen. Laut einer Studie der Universität Catania ist das vor allem auf Smog, eine starke Bevölkerungskonzentration sowie das hohe Alter zurückzuführen.
- UN-Chef António Guterres sieht in der Zukunft eine wachsende Gefahr von Angriffen durch Bioterroristen, die zum Ziel haben könnten, neue Pandemien wie die gegenwärtige auszulösen.
- Die größten Ölförderländer wollen deutlich weniger Öl fördern als bisher, um den Verfall des Ölpreises zu stoppen.
- US-Präsident Donald Trump hat in Aussicht gestellt, dass seine Regierung am Osterwochenende einen Rettungsplan für die durch die Corona-Krise in schwere Nöte gestürzten Fluglinien präsentieren könnte.
- Zehn EU-Länder, darunter Österreich, nicht jedoch Deutschland, fordern, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau auf grüner Technologie und Nachhaltigkeit beruhen soll.
- Apple und Google kooperieren: Die Anbieter der beiden führenden Smartphone-Plattformen weltweit wollen die Entwicklung von Apps zur Nachverfolgung von Corona-Infektionen erleichtern.

11.04.2020

Die Schatullen werden geöffnet.

Die Notenbanken und Staaten gehen „All-In“. Die Schatullen werden geöffnet und man versucht unterstützend einzugreifen. Da wären auf der einen Seite die Abnehmer, sprich die Konsumenten. Diese sind durch den massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit rund um den Globus verunsichert. Auf der anderen Seite aber auch die Unternehmen, die durch den Shutdown mit einem temporären Entzug der Geschäftsgrundlage konfrontiert sind. Und zu guter Letzt wären da noch die Finanzmärkte, die u.a. mit einem Liquiditätsproblem auf der Käuferseite zu kämpfen haben. Alle Adressaten eint ein banger Blick in die Zukunft.

Das Ausmaß der Hilfspakete nimmt historische Ausmaße an. Die G4-Länder und China werden heuer ein zyklusbereinigtes Budgetdefizit von geschätzten 9,2 % aufweisen. In der Finanzkrise 2009 waren es „nur“ 6,5 %. Hinsichtlich der Regionen gibt es große Divergenzen. Die USA und China fahren mit einem Haushaltsdefizit von 14,6 % bzw. 10,7 % den aggressivsten Kurs. Im Vergleich dazu ist die Eurozone deutlich „konservativer“ unterwegs. Die Notenbanken planen, ihre Bilanzsummen weiter auszuweiten und damit den Finanzmärkten Liquidität zur Verfügung zu stellen. Die G4-Zentralbanken haben aktuell eine Bilanzsumme von 18,8 Billionen Dollar. Das entspricht 41 % des Bruttoinlandsproduktes. Japan verfolgt seit Ende der 1980er einen expansiven Kurs und hat die Notenbankbilanzsumme seither auf 105 % des BIP aufgeblasen. Um die Märkte zu stützen, sind weitere Maßnahmen in Höhe von rund 7 Billionen US-Dollar geplant. Ein Großteil davon entfällt auf die US-Fed (4 bis 5 Billionen US-Dollar).

Es ist also angerichtet, um in der Krise unterstützend einzugreifen. Ob die Maßnahmen wirken, wird uns die Zukunft zeigen. Eine große Herausforderung wird es aber auch sein, den Schuldenberg abzutragen und die Notenbankbilanzen wieder zurückzufahren. Ein Grund mehr, warum uns 2020 noch sehr lange in Erinnerung bleiben wird.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) schicken bis zu 10.000 Mitarbeiter in Kurzarbeit.
- Seit heute darf die Polizei bei Verstößen gegen Corona-Maßnahmen wie z.B. der Nichteinhaltung der Maskenpflicht eine Organstrafe von 25 Euro verhängen.
- Viele Heimwerkerunfälle werden erwartet. Wenn kommende Woche die Baumärkte wieder aufsperren, befürchtet das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KFV) einen Anstieg der Heimwerkerunfälle. Schon jetzt berichten Ärzte aus mehreren Krankenhäusern in Österreich von besonders schweren Unfällen, wie ein Rundruf des KFV ergab.
- Die deutsche Bundesregierung unterstützt das UN-Welternährungsprogramm (WFP) in der Corona-Krise mit zusätzlichen 150 Millionen Euro. "Die ärmsten Menschen in Entwicklungsländern werden durch die Corona-Krise besonders hart getroffen", sagte Entwicklungsminister Gerd Müller.

- Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat die Menschen in Deutschland zu Geduld, Disziplin und Solidarität in der Corona-Krise aufgerufen. Ausgesprochen eindringlich mahnte Steinmeier zu deutscher Solidarität innerhalb Europas.
- In Deutschland haben einer Umfrage zufolge 17 % der Haushalte wegen der Corona-Krise Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Nach der Erhebung des Leibniz-Instituts sind Selbstständige mit 41 % besonders betroffen.
- Zwei Drittel der Deutschen sind zufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung im Kampf gegen das Coronavirus.
- Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte hat noch einmal herausgestellt, dass Rom trotz der Einigung auf ein EU-Hilfspaket in der Corona-Krise an der Forderung nach gemeinsamen Anleihen festhält. Conte hält den Rettungsschirm ESM für die aktuelle Notlage für völlig unpassend und kündigt an, dass Italien sowie wie andere EU-Länder auch den ESM nicht nutzen werde.
- US-Präsident Donald Trump hat seine Regierung angewiesen, Italien Hilfe zukommen zu lassen. In Italien stationierte US-Soldaten sollen etwa beim Aufbau von Feldlazaretten und beim Transport von Material helfen.
- Der Internationale Währungsfonds (IWF) unterstützt Tunesien mit einem Notkredit in Höhe von rund 745 Millionen US-Dollar.
- In Schweden sind mittlerweile mehr als 10.000 Infektionen mit dem Coronavirus nachgewiesen worden. 887 Menschen mit Covid-19-Erkrankung sind in dem skandinavischen EU-Land demnach bisher gestorben, darunter mehr als 500 allein in der Region rund um die Hauptstadt Stockholm. Die Schweden dürfen weiter Restaurants und Cafés besuchen, auch Schulen und Kindergärten sind nach wie vor offen. Versammlungen sind erst ab mehr als 50 Personen untersagt.

12.04.2020

Fundamentale Unterschiede.

2020 mussten die Finanzmärkte herbe Verluste hinnehmen. Im Gegensatz zu vielen Finanzkrisen der Vergangenheit unterscheidet sich die aktuelle Krise fundamental von den bisherigen. Beginnen wir mit der „Mutter aller Krisen“. Im 17. Jahrhundert erfreuten sich Tulpen großer Beliebtheit. Weite Teile der Bevölkerung beteiligten sich an der Spekulation. Zwischen Dezember 1636 und März 1637 stieg der Preis um das Zwölffache. Zu Spitzenzeiten entsprach der Preis einer einzigen Tulpenzwiebel dem zehnfachen Wert einer Nobelvilla in Amsterdam. Die Blase platzte, weil bei einer Wirtshausauktion kein „angemessener“ Preis erzielt wurde, Investoren dadurch in Panik gerieten und eine Verkaufswelle auslösten.

In den 1920er Jahren waren die USA Zentrum des wirtschaftlichen Fortschritts. Effizientere Produktionsabläufe führten zu einem Wirtschaftsboom. Börsenmakler verlangten beim Aktienkauf nur 10 bis 20 % des Transaktionswertes, der Rest konnte auf Pump finanziert werden. Breite Teile der Bevölkerung tummelten sich an der Wall Street. Im Oktober 1929 begannen die Aktienkurse plötzlich aus unerfindlichen Gründen zu bröckeln. Panik ergriff die Spekulanten. Der Aktienmarkt verlor binnen kurzer Zeit mehr als 50 %. Die Schulden blieben.

In der Internet-Blase trieben hohe Gewinnerwartungen den Aktienmarkt in lichte Höhen. Viele Aktienkäufe wurden mit Fremdkapital finanziert. Im Jahr 2000 konnten die hoch bewerteten Unternehmen die hohen Gewinnerwartungen nicht erfüllen, und das ließ die Blase platzen.

Im September 2008 ging Lehman Brothers Pleite. Das löste eine globale Finanzkrise aus. Der Ursprung lag in dem politischen Vorhaben, dass jeder Amerikaner ein eigenes Haus besitzen sollte. Die Notenbank sorgte für günstige Finanzierungskosten, sodass die Immobilienpreise durch die wachsende Nachfrage stark nach oben getrieben wurden. Die Kredite verblieben nicht auf den Bankbüchern, sondern wurden in Wertpapiere verpackt und an Investoren aus aller Welt verkauft. Steigende Zinsen im August 2007 sorgten für einen Verkaufsdruck, da es vielen hochverschuldeten Käufern schwerfiel, die Kreditraten zu begleichen. Das Resultat: Die Immobilienblase und eine weltweite Finanzkrise wurde losgetreten.

2020 hat mit den beschriebenen Spekulationsblasen wenig gemein. Auch wenn 2020 keine Blase geplatzt ist, so ist doch das Ergebnis das gleiche: Eine wirtschaftliche Rezession und schmerzhafte Verluste an den Kapitalmärkten.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bundeskanzler Sebastian Kurz dankt der österreichischen Bevölkerung in einem offenen Brief: "Österreich ist bisher besser durch diese Krise gekommen als viele andere Länder, und der Grund

dafür sind Sie alle", so Kurz in dem zu Ostern veröffentlichten Schreiben. Gleichzeitig weist er aber darauf hin, dass das Coronavirus "uns noch über Monate begleiten" werde.

- Kommende Woche startet ein Testschwerpunkt in Alten- und Pflegeheimen. Schrittweise würden die Mitarbeiter und die Bewohner in ganz Österreich untersucht, kündigt Gesundheitsminister Rudolf Anschober an.
- Betrüger haben die komplette Website des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums gefälscht, um damit offenbar Corona-Soforthilfen auf eigene Bankkonten umzuleiten.
- Der Vorsitzende der Jungen Union, Tilman Kuban, plädiert dafür, die geplante App zur Kontaktverfolgung automatisch auf den Handys aller Deutschen zu installieren. Anschließend sollten die Handynutzer darüber entscheiden, ob sie die App nutzen werden oder nicht.
- Bill Gates hat die G20-Staaten aufgerufen, mehr Geld für die Entwicklung eines Impfstoffs gegen das neue Coronavirus bereitzustellen. Die G20 sollten mit einem "wirksamen finanziellen Engagement nicht länger zögern", schrieb der Microsoft-Gründer.
- Die britische Königin Elizabeth II. hat sich erstmals mit einer Osterbotschaft an die Öffentlichkeit gewandt. "Ostern ist nicht abgesagt, tatsächlich brauchen wir Ostern so sehr wie eh und je", sagte die Monarchin in einer Audiobotschaft. "Wir wissen, dass uns das Coronavirus nicht bezwingen wird. So düster der Tod sein kann – vor allem für Trauernde – Licht und Leben sind größer."
- Die USA haben in absoluten Zahlen weltweit die meisten Toten durch die Epidemie zu verzeichnen und somit den bisherigen Spitzenreiter Italien überholt. Von den 330 Millionen Einwohnern haben sich bereits mehr als eine halbe Million mit dem Coronavirus infiziert. Damit weist die USA vor Spanien, Italien, Frankreich und Deutschland die weltweit höchste Anzahl an bestätigten Infektionen auf.
- Auch New York steuert auf die traurige Marke von 10.000 Todesfällen zu. Das entspricht etwa der Hälfte der Toten in ganz Italien und knapp 50 % der Opfer in den gesamten USA.
- China hat die bislang höchste Zahl importierter Infektionsfälle an einem Tag gemeldet. Von insgesamt 99 neu registrierten Infektionen stammten 97 aus dem Ausland, teilte die Gesundheitskommission mit.
- In einem fast menschenleeren Petersdom hat Papst Franziskus am Ostersonntag die Ostermesse gefeiert und den Segen "Urbi et Orbi" gespendet.

13.04.2020

Jede Krise schreibt eine eigene Geschichte.

Der wirtschaftliche Einbruch infolge des Corona-Shutdowns wird stärker ausfallen als die durch die Lehman-Pleite ausgelöste Finanzkrise 2008. Der Mensch liebt Vergleiche. Auch wenn jede Krise wahrscheinlich ihre eigene Geschichte schreibt. Besonders populär ist es momentan, Parallelen zur Großen Depression der 1930er Jahre zu ziehen. Auslöser war der 24. Oktober 1929, der als schwarzer Donnerstag in die Börsengeschichte eingehen sollte. Die Spekulationsblase, die in den 1920er Jahren sukzessive an Dynamik gewann, ist geplatzt. Durch die steigenden Aktienkurse fühlten sich die Menschen reich und finanzierten einen Teil ihres Konsums über Kredite. 1919 hatte das Volumen der Konsumkredite 100 Millionen US-Dollar betragen, 10 Jahre danach lag es bei 7 Milliarden US-Dollar an. Rund 90 Jahre später dominiert unter Ökonomen die Meinung, dass die Depression nicht auf den Börsencrash, sondern auf eine falsche Notenbankpolitik zurückzuführen war. Diese erhöhte die Zinsen, was Kredite noch teurer machte und dadurch die Abwärtsdynamik weiter verstärkte. Das Vertrauen in die Wirtschaft schwand. Unternehmen drosselten die Produktion und entließen Arbeiter. Menschen konsumierten weniger. Banken gerieten in Schieflage. Die Menschen verloren auch das Vertrauen in die Banken und wollten ihr Geld abheben. Der sogenannte „Bank Run“ führte schließlich zu einem Zusammenbruch des Bankensystems. Für Unternehmer und Privatleute war es danach schier unmöglich, an Kredite heranzukommen. Eine Abwärtsspirale, die als Große Depression in die Geschichte eingehen sollte, nahm ihren Lauf. Die US-Wirtschaft brach um unglaubliche 50 % ein. Die Arbeitslosigkeit stieg von 9 % auf 25 %. Die Durchschnittslöhne fielen um 60 %. Präsident Franklin D. Roosevelt setzte mit dem „New Deal“ umfangreiche Wirtschafts- und Sozialreformen durch. Es folgte eine Regulierung der Wirtschaft und die Schaffung einer Finanzmarktaufsicht und Bankenregulierung. Die Große Depression sollte bis 1941 andauern. 2020 ist jedoch anders! Notenbanken und Staaten stemmen sich mit Hilfspaketen vehement gegen die Krise und versuchen dadurch das Schlimmste zu verhindern. Wenn die Shutdown-Phase nur von kurzer Dauer ist, sind die Voraussetzungen gut, den wirtschaftlichen Super-GAU abwenden zu können.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu deren Eindämmung setzen der Wirtschaft schwer zu. Anders als in der Finanzkrise 2008 sind diesmal alle Sektoren betroffen. Laut Agenda Austria gingen in den letzten fünf Wochen sieben Milliarden Euro Umsatz verloren.
- Eine Pflicht-Tracking-App zur Corona-Kontrolle wäre ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Grundrechte auf Datenschutz und Freiheit, stellen die Verwaltungsrichter fest. Sie appellieren an die Regierung, bei ihren Maßnahmen "die Grundsätze des Rechtsstaats nicht außer Kraft zu setzen" und die Verhältnismäßigkeit zu wahren.
- 4.000 Ischgl-Urlauber haben sich einer Sammelklage des österreichischen Verbraucherschutzvereins (VSV) angeschlossen. Sie beschuldigen die Behörden des Corona-

Hotspots in Tirol, wissentlich zu spät reagiert und die Gefahr vertuscht zu haben.

- Friedrich Merz hat das EU-Hilfspaket für von der Corona-Pandemie besonders betroffene Mitgliedsstaaten begrüßt. Zugleich lehnte er aber Corona-Bonds erneut entschieden ab. "Solidarität kann aber nicht darin bestehen, jetzt einfach mal schnell neue Finanzierungsquellen für Probleme zu erschließen, die schon vor der Corona-Krise bestanden haben.“
- Eine Mehrheit der Deutschen ist gegen eine Lockerung des Kontaktverbots. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov plädierten 44 % für eine Verlängerung der Maßnahmen über den 19. April hinaus, 12 % sind sogar für eine Verschärfung.
- Die Europäische Union sieht die Notwendigkeit von Regierungsbeteiligungen an Unternehmen zu Abwendung von Übernahmen durch China.
- Bundesforschungsministerin Anja Karliczek hat „Rekordinvestitionen in Bildung, Forschung und Innovation“ gefordert.
- Der Absatz in China, dem größten Automarkt der Welt, steigt wieder stark an. Dazu China-Chef Stephan Wöllenstein von Volkswagen: „Es gibt in China seit der Corona-Krise einen gesteigerten Bedarf an individueller Mobilität. Die Menschen vermeiden es, in öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs zu sein. Kurz: Wir erleben einen Sondernachfrage-Effekt.“
- Der britische Premier Boris Johnson ist aus dem Krankenhaus entlassen worden. Bis er seine Arbeit als Regierungschef aufnimmt, wird es wohl noch mehrere Wochen dauern.
- Die Türkei will nach Ansicht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) die Corona-Krise nutzen, um das Internet strenger zu kontrollieren. Ziel sei, Plattformen wie Facebook, Twitter und Youtube der "Kontrolle und Zensur der türkischen Regierung zu unterwerfen".

14.04.2020

Wie schnell sich die Zeiten doch ändern.

Das Osterwochenende ist vorbei. Seit Mitte der 1990er Jahre verbringen meine Frau und ich den Ostersamstag traditionell bei einer Familienfeier. Dort treffen sich rund 25 Leute zur gemeinsamen Osterjause. 2020 ist leider anders. Das wurde mir gerade an diesem Wochenende bewusst. Die Ostereier sind in der eigenen Wohnung schnell gefunden und der Osterschinken schmeckt in so kleinem Rahmen auch nicht wirklich. Die Bedeutung von Tradition und liebgewonnenen Gewohnheiten wird einem anscheinend immer dann so richtig bewusst, wenn sie durchbrochen werden. An den Börsen lebt die Tradition weiter. Heute publiziert der Internationale Währungsfonds seine traditionelle Frühjahrsprognose. Die Wachstumsprognosen werden deutlich zurückgenommen. Die OECD geht davon aus, dass die Auswirkung der Corona-Pandemie in Industrieländern wie Deutschland oder Frankreich deutlich stärker ausfallen wird als in Schwellenländern wie Brasilien oder China. Jeder Monat Shutdown kostet rund 2 % des BIP.

Im April findet traditionell die Berichtssaison für das erste Quartal 2020 statt. Den Anfang machen JP Morgan und Wells Fargo. Für das erste Quartal wird mit einem Gewinnrückgang von 9 % gerechnet. Vor einem Monat ging man noch von einem Gewinnwachstum von 6 % aus. Besonders stark werden die Unternehmensgewinne aber erst im zweiten Quartal betroffen sein. Analysten gehen im Konsens davon aus, dass die Gewinne im Vergleich zum Vorjahr um knapp 20 % einbrechen werden. Im März ging man noch von einem Gewinnwachstum von 10 % aus. Wie schnell sich die Zeiten doch ändern! Neues gibt es auch vom Energiesektor zu berichten. Die führenden Ölpreisproduzenten haben sich am Osterwochenende auf eine Angebotsverknappung in der Höhe von rund 10 % der weltweiten Fördermenge geeinigt. Die Auswirkungen auf die Finanzmärkte waren allerdings nur von kurzer Dauer.

Ein interessantes Detail am Rande: Die Bedeutung des Energiesektors ist in den letzten 10 Jahre signifikant gesunken. Energieunternehmen repräsentierten 2008 noch 16 % der S&P-500-Marktkapitalisierung. 2020 beträgt die Gewichtung nur mehr bescheidene 2,7 %. Für mich ist dies ein Synonym für eine strukturelle Veränderung und den Niedergang eines Traditionssektors. Als Börsianer liebe ich Traditionen. Insofern freue ich mich auf eine spannende Börsenwoche mit vielen traditionellen Ereignissen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Heute sperren in Österreich viele kleine Geschäfte, Bau- und Gartenmärkte, Handwerker und die Wiener Bundesgärten nach einem Monat wieder auf. Die Teilöffnung im Handel könnte den Bund teuer zu stehen kommen. Große Händler mit einer Verkaufsfläche von mehr als 400 Quadratmetern dürfen nicht aufsperren. Anwälte betrachten diese Eingrenzung als illegal
- In Österreich sind 608.607 Menschen zur Kurzarbeit angemeldet worden, davon gut 200.000 innerhalb der letzten Woche. Der Bund stockt die Mittel für Kurzarbeits-Unterstützungen ein

weiteres Mal von 3 auf 5 Milliarden Euro auf.

- In seiner Frühjahrsprognose hat der Internationale Währungsfonds (IWF) die Wachstumsprognose deutlich gesenkt. Die Welt hat sich in den vergangenen drei Monaten dramatisch verändert.
- IWF-Prognose für das reale BIP 2020: Welt -3,0 %, USA -5,9 %, Deutschland und Österreich -7,0 %.
- Eine technische Störung legt den Handel an der Wiener Börse am Dienstagvormittag lahm. Das Problem liege beim Handelssystem Xetra T7 und es werde mit Hochdruck an der Behebung gearbeitet.
- Um die gesamteuropäische Wirtschaft nach der Corona-Krise wieder anzukurbeln, hat EU-Kommissionsvizepräsident Vadis Dombrovskis einen europäischen Wiederaufbaufonds in Billionenhöhe in Aussicht gestellt. Der Fonds könne mit Anleihen finanziert werden, die mit einer Bürgschaft der EU-Mitgliedstaaten unterlegt würden.
- In Frankreich besteht seit Mitte März eine strikte Ausgangssperre. Französische Bürger dürfen das Haus nur verlassen, wenn es unbedingt nötig ist. Spaziergänge, Gassigehen oder Sport sind nur eine Stunde pro Tag im Radius von einem Kilometer zur Wohnung erlaubt. Präsident Macron teilte in einer Fernsehansprache mit, dass die Ausgangssperre bis 11. Mai verlängert wird.
- Trump reklamiert „allumfassende Macht“ für sich. Während die Infektions- und Todeszahlen weiter ansteigen, legt sich der US-Präsident in einer wütenden Pressekonferenz mit den Gouverneuren an. Der Einreisestopp für Europäer wird verlängert.
- Die Nachfrage nach Amazons Lieferdiensten ist durch die Corona-Pandemie regelrecht explodiert. Entgegen dem Trend will der weltweit größte Onlinehändler weitere 75.000 Mitarbeiter einstellen.
- China lässt zwei experimentelle Impfstoffe zur Bekämpfung des neuen Coronavirus für klinische Tests zu.
- Die Weltbank sieht in der Virus-Krise eine große Bereitschaft auf Seiten der G20-Staaten, den ärmsten Ländern der Welt die Schuldenrückzahlungen zu stunden.

15.04.2020

Haare schneiden und Schuldenberge.

Heute Morgen. Es ist noch dunkel und kalt. Schlaftrunken reibe ich mir die Augen und gehe ins Bad. Ein Blick in den Spiegel verrät mir, dass irgendetwas nicht normal ist. Ach ja, meine Haare! Die würden dringend einen Haarschnitt benötigen. Eine kurze Recherche und mir ist klar, dass es nicht nur mir so geht. „Selber Haare schneiden“ ist dieser Tage eine sehr beliebte Google-Abfrage. 2020 ist irgendwie anders. Aber schließlich traue ich mich dann doch nicht daran. Die Corona-Frisur lasse ich mal lieber aus und warte auf Anfang Mai, bis mein Friseur wieder öffnet. Im Finanzbereich gibt es auch den Begriff des „Hair-Cuts“. Damit ist gemeint, dass nicht 100 % der Schulden beglichen werden. Griechische Anleihen mussten beispielsweise im Zuge der letzten Eurokrise einen „Hair-Cut“ hinnehmen. Die Entwicklung der Verschuldung von Staaten, Unternehmen und auch Privaten nimmt durch die Corona-Pandemie mittlerweile exponentielle Züge an.

Die Frage ist, wie wir den Schuldenberg in Zukunft abbauen werden. Bleibt zu hoffen, dass den Investoren ein „Hair-Cut“ erspart bleiben wird. An den Finanzmärkten gibt es Skeptiker und Optimisten. Auf der einen Seite stehen Anleiheninvestoren, die für ihr Engagement hohe Risikoaufschläge einfordern und bereits sehr viele Gefahren einpreisen. Auch die Entwicklung des Goldpreises innerhalb der letzten Wochen ist ein Indiz dafür, dass sich Unsicherheit an den Märkten breit macht. Ein interessantes Detail am Rande: Nur mehr 48 % des jährlichen Goldbedarfs wird für Schmuck benötigt. Anleger und Investoren (physisch und in Form von ETF) beanspruchen mittlerweile rund 30 % des wertvollen Metalls.

Auf der anderen Seite stehen scheinbar unverwüstliche Aktieninvestoren. Die internationalen Börsen konnten seit Anfang April deutliche Zugewinne verzeichnen. Gestern publizierte der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Frühjahrsprognose. IWF-Chefökonomin Gita Gopinath sprach sogar von der schlimmsten Rezession seit der Großen Depression. Dennoch reagierten die Aktienmärkte mit deutlichen Zugewinnen! Da soll sich noch einer auskennen! Für einen Börsianer stellt sich die Frage, ob die Anleihenmärkte oder die Aktienmärkte am Ende des Tages recht behalten werden.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bisher gibt es von fast 43.000 österreichischen Unternehmen Anträge auf Kurzarbeit, von denen fast 24.000 genehmigt wurden. Sollten alle vorliegenden Anträge, auch die noch nicht genehmigten, zur Gänze ausgeschöpft werden, würde sich das gesamte Fördervolumen für drei Monate auf rund 4,86 Milliarden Euro belaufen.
- Das Verbot von Leerverkäufen für Aktien an der Wiener Börse wurde am Mittwochabend bis 18. Mai verlängert. Mitte März hatte Österreich – wie mehrere andere Länder Europas – Wetten auf Aktienkursverluste für einen Monat verboten.

- Bundeskanzlerin Angela Merkel meldet sich zu Wort. Ab dem kommenden Montag können Geschäfte mit einer Fläche von bis zu 800 Quadratmetern wieder öffnen. Dort und in öffentlichen Nahverkehrsmitteln werden dann vermutlich vor allem Menschen mit Mund-Nasen-Schutz zu sehen sein, die Bund und Länder "dringend empfehlen". Ab dem 4. Mai sollen Schulen schrittweise wieder öffnen. Großveranstaltungen wird es wohl bis 31. August nicht geben.
- Jeder zweite Mittelständler in Deutschland sieht sich in seiner wirtschaftlichen Existenz bedroht, sollten die geltenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens noch weitere vier Wochen andauern.
- In Spanien sind wegen der Coronavirus-Pandemie fast 3,9 Millionen Arbeitnehmer in Kurzarbeit. Dazu kommen fast eine Million Selbstständige, die staatliche Hilfen beantragen.
- US-Präsident Donald Trump legt die Beitragszahlungen für die Weltgesundheits-organisation (WHO) auf Eis. Er habe die Regierung angewiesen, die Beitragszahlungen zu stoppen, während überprüft werde, welche Rolle die WHO bei der "schlechten Handhabung und Vertuschung der Ausbreitung des Coronavirus" gespielt habe.
- Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet wegen der immensen Folgen der Coronavirus-Pandemie mit einer massiv steigenden Verschuldung rund um den Globus. Aktuell schätzt der IWF die direkten finanziellen Auswirkungen auf 3,3 Billionen Dollar pro Jahr – für höhere Ausgaben im Gesundheitssystem sowie Hilfen für Unternehmen und private Haushalte. Dazu kommen noch Kredite und Bürgschaften.
- In dem von einer strikten Ausgangssperre betroffenen Südafrika sind mehrere Lebensmittelgeschäfte geplündert worden. Betroffen ist vor allem der Großraum um Kapstadt.

16.04.2020

Wie eine Achterbahnfahrt im Prater.

Die Freude währte nur kurz. Mit einem Tag Verspätung gehen die Aktienmärkte doch noch in die Knie. Die Börsen verzeichneten den stärksten Wochenanstieg seit 1974. Das können selbst die größten Optimisten nicht mit dem düsteren Wirtschaftsausblick des IWF in Einklang bringen. Als Börsianer fühlt man sich dieser Tage wie auf einer Achterbahnfahrt im Wiener Prater. Unter lautem Gekreische geht es mal rauf, mal runter. Dabei erlebe ich eine intensive Phase der Anspannung, gepaart mit Faszination und einer Prise Nervosität. Im Unterschied zu einer Achterbahnfahrt ist der Spuk an den Börsen aber nicht schon nach kurzer Zeit wieder vorbei. 2020 ist definitiv anders.

Die internationalen Fondsmanager sind äußerst vorsichtig und verzeichnen die höchsten Cash-Quoten seit dem 11. September 2001. Die Berichtssaison ist im vollen Gange. An den vergangenen beiden Tagen standen die großen US-Banken im Fokus. Das Kapitalmarktgeschäft läuft gut. Die Risikovorsorge steigt bei vielen auf das Niveau der Finanzkrise. Kein Wunder, dass Bankaktien deutliche Verluste hinnehmen mussten. Durch den Druck am Arbeitsmarkt mussten bereits 4 % der Kreditnehmer ihre Hypothekenzahlungen einstellen. Das Kreditgeschäft ist seit jeher das Kerngeschäft des Bankwesens. Die Ursprünge liegen im 14. Jahrhundert in Florenz. Damals wurde das Bankgeschäft noch von den Häusern Bardi, Peruzi und Acciaiuoli dominiert. Die Medicis waren Devisenhändler und Mitglied der Gilde der Geldverleiher. Sie wurden abwertend „banchieri“ genannt, da sie ihre Geschäfte auf Bänken abwickelten, die hinter – auf der Straße – aufgestellten Tischen standen.

Die erste Medici-Bank wurde 1348 von Vieri di Cambio de‘ Medici gegründet. Damit wurde aus dem Bankerlsitzer ein Bankier. Als sich Edward III., einer von zwei Hauptschuldnern, einfach weigerte, seine Schulden zu begleichen, trieb er die Traditionshäuser in den Ruin. Zu groß war das Klumpenrisiko. Ein Ausfall und alles war dahin. Die Medicis lernten aus den Fehlern der Konkurrenz und setzten auf Risikostreuung. Das war die Geburtsstunde einer Dynastie, die Italien über mehrere Jahrhunderte prägen sollte. Für mich ist Diversifikation noch immer ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Nicht nur für einen Börsianer, sondern auch für jeden Unternehmer.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die österreichische Regierung unterstützt Start-ups in der Krise mit 150 Millionen Euro. Die Gelder werden vom Covid-Startup-Hilfsfonds und einem Venture-Capital-Fonds ausgeschüttet.
- Klimaaktivisten sehen im Flugverkehr den Klimakiller schlechthin. Mit Blick auf die nun offiziell angelaufenen Verhandlungen um österreichische Staatshilfen für die Austrian Airlines haben mehrere NGOs Rettungsaktionen scharf verurteilt.
- Ein Viertel der österreichischen Unternehmen hat nur noch für vier Wochen Geld. Die Kurzarbeit ist das größte Sorgenkind, viele erkennen in der Krise die Bedeutung der Digitalisierung.

- Deutsche Arbeitnehmer, die schon vor Beginn der Corona-Krise Kurzarbeitergeld bekommen haben, müssen sich keine Sorgen über ein Auslaufen in den kommenden Wochen oder Monaten machen: Die Bezugsdauer wird von 12 auf 21 Monate verlängert.
- Deutschlands oberster Bankenaufseher hat eindringlich an die Kreditinstitute appelliert, ihrer Verantwortung in der Corona-Krise gerecht zu werden. Die überwiegende Mehrheit der großen Banken in Europa habe mittlerweile freiwillig erklärt, erst einmal auf Ausschüttungen zu verzichten.
- Nach Angaben von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet sollen die Schulen schon Ende April schrittweise wieder geöffnet werden. Auch am Start der Abiturprüfungen zum 12. Mai werde festgehalten.
- Die Schweiz will ihre Corona-Maßnahmen in drei Etappen lockern. Geschäfte und Dienstleistungen wie Friseure, Arztpraxen und Baumärkte dürfen in einem ersten Schritt ab dem 27. April wieder öffnen. Schulen, andere Geschäfte und Märkte sollen ab 11. Mai folgen. Ab dem 8. Juni ist die Öffnung von Berufs- und weiterführenden Schulen, Universitäten, Museen, Bibliotheken und Zoos geplant. Größere öffentliche Veranstaltungen bleiben bis auf weiteres verboten.
- Die Corona-Krise hat in der vergangenen Woche erneut Millionen Amerikaner den Job gekostet. Binnen vier Wochen meldeten sich damit 22 Millionen Amerikaner arbeitslos. 5,245 Millionen stellten allein in der vergangenen Woche einen Erstantrag auf Arbeitslosenhilfe. Volkswirte schätzen, dass die Wirtschaft im ersten Quartal um bis zu 10,8 % schrumpft. Das wäre der stärkste Rückgang seit 1947.
- Japan weitet den Notstand auf das ganze Land aus. Bisher hatte der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe ihn nur für den besonders betroffenen Großraum Tokio und einzelne andere Provinzen verhängt und die Bürger aufgerufen, zu Hause zu bleiben.
- Die Corona-Pandemie beendet Asiens 60-jährige Wachstumsphase. Das sagt der Internationale Währungsfonds. Selbst während der Finanzkrise und der Asienkrise in den 1990er Jahren hatte es das nicht gegeben.

17.04.2020

Staaten und der „Hair-Cut“.

Der Tag war turbulent, die Nacht war kurz. Es ist fünf Uhr morgens. Ich stehe auf unserer Terrasse und genieße die kalte Morgenluft. Der morgendliche Espresso ist eine wahre Wohltat. In meinen Gedanken rekapituliere ich nochmals die Ereignisse des gestrigen Handelstages. Es war verdammt viel los. Da wären einmal die US-Arbeitslosenanträge, die während der letzten drei Wochen für historische Ausschläge und damit für Aufsehen gesorgt haben. Diesmal waren es „nur“ mehr 5,2 Millionen Menschen, die in der letzten Woche ihren Erstantrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt haben.

Die US-Wirtschaft hat damit allein in den letzten vier Wochen 23 Millionen Arbeitsplätze verloren. Das sind mehr Jobs, als in den letzten 10 Jahren geschaffen werden konnten.

Argentinien nimmt für einen Börsianer eine besondere Rolle ein. Und damit meine ich jetzt nicht unbedingt als Urlaubsdomizil. Argentinien war schon öfters Pleite, zum Beispiel auch nach der schwersten Wirtschaftskrise 2001/02. Die meisten Investoren hatten auf 70 % ihrer Forderungen verzichtet. Wenn aber in einem solchen Fall nicht alle mitziehen, droht ein jahrelanger Rechtsstreit. Ein wahres Paradies für Hedgefonds, die Anleihen am Markt um einen Bruchteil des Forderungswertes aufkaufen, sich gegen die Einigung stemmten und auf eine vollständige Rückzahlung pochten. Insofern hat Argentinien Tradition. Also wenig verwunderlich, dass angesichts der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise Wirtschaftsminister Guzman einen 37,9-prozentigen Schuldenschnitt vorschlägt. Die Investoren haben den Friseursalon bereits betreten, Platz genommen und damit kann der „Hair-Cut“ beginnen. Staatspleiten waren in der Historie absolut nichts Außergewöhnliches.

Die Liste der Länder, die schon einmal eine Pleite erleben mussten, ist lang. Auch Deutschland blieb davon nicht verschont. 1953 handelte der damalige Kanzler Konrad Adenauer mit 20 Staaten das Londoner Schuldenabkommen aus. Aber auch andere große Länder wie England, China, Spanien, Frankreich, Dänemark und Österreich finden sich auf der Liste wieder. Notenbanken halten die Zinsen bewusst tief, aber es würde mich nicht wundern, wenn in den nächsten Jahren der eine oder andere Name dazukommt.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Nicht nur Arztpraxen dürfen in Österreich wieder öffnen, auch in den Spitälern soll schrittweise Normalität einkehren. Das verkündete Gesundheitsminister Anschober.
- Umweltministerin Leonore Gewessler fordert, dass mögliche Staatshilfen für die Austrian Airlines (AUA) an Klimaschutzvorgaben geknüpft werden sollen.
- Die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) hoffen, dass der Regionalverkehr wieder Fahrt aufnimmt. Der Shutdown hatte zu einem Passagierrückgang von bis zu 90 % geführt. 7.000 der

35.000 österreichischen Mitarbeiter sind auf Kurzarbeit. Bautrupps nutzen die Phase, in der 20 % weniger Züge unterwegs sind, für Instandhaltungsmaßnahmen.

- Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat abermals an die Menschen in Deutschland appelliert, sich an das Leben mit dem Coronavirus zu gewöhnen. „Was wir jetzt brauchen, ist für lange Zeit eine neue Normalität“, sagte der Vizekanzler.
- Die Schutzkleidungs-Firmen in Deutschland geraten wegen der Corona-Krise an den Rand ihrer Kapazitäten.
- Der Autobauer Daimler wirft nach dem mehrwöchigen Corona-Stillstand seine Werke wieder an. Das Hochfahren soll an diesem Montag an den ersten Standorten beginnen.
- Die chinesische Stadt Wuhan hat die Zahl der Corona-Toten überraschend um rund 50 % nach oben korrigiert. Wie die Behörden berichteten, sind doch noch weitere 1.290 Menschen in Folge von Covid-19 gestorben.
- Chinas Wirtschaft ist erstmals seit Jahrzehnten geschrumpft. Das BIP verringerte sich im ersten Quartal um 6,8 %. Es ist der erste negative Wert seit mindestens 1992.
- US-Präsident Donald Trump hat eine schrittweise Lockerung der Corona-Beschränkungen angekündigt. Das wirtschaftliche Leben werde in drei Phasen wieder hochgefahren. Dünn besiedelte Bundesstaaten, in denen das Coronavirus kein Problem sei, könnten bereits diese Woche ihre Beschränkungen aufheben.
- New Yorks Gouverneur Andrew Cuomo kritisierte US-Präsident scharf, nachdem ihn dieser via Twitter zu mehr Handlungen und weniger Worten in der Corona-Krise aufgefordert hatte. „Wenn er Zuhause sitzt und Fernsehen schaut, sollte er vielleicht aufstehen und zur Arbeit gehen.“
- Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) blickt mit großer Sorge auf die rasante Ausbreitung des neuartigen Coronavirus in Afrika. In der vergangenen Woche habe sich die Zahl der Infizierten auf dem Kontinent um 51 % erhöht. Zudem weist die WHO darauf hin, dass man nicht mit Sicherheit sagen könne, ob das Vorhandensein von Antikörpern gegen das Coronavirus einen vollständigen Schutz gegen eine zweite Erkrankung verleiht.

18.04.2020

Griller und Milliardäre.

Heute ist Samstag. Wunderbar. Normalerweise wäre es die optimale Zeit für einen Familienausflug. Für mich ist das eine wertvolle Zeit. 2020 ist aber einfach anders. Die Tage verschwimmen und es gibt wenig Unterschiede zu einem normalen Wochentag. Abgesehen davon, dass die Börsen geschlossen sind. Es ist an der Zeit, etwas zutiefst Männliches zu tun. Mein Griller, Kohle, Anzünder, meine Terrasse und ich. Evolution pur.

Während ich um die Mittagszeit den Griller anheize, kommt mir die letzte Forbes-Liste der Superreichen in den Sinn. Es gibt weltweit 2.095 Milliardäre. Angeführt wird das Ranking mit einem geschätzten Vermögen von 139 Milliarden US-Dollar von Jeff Bezos, dem Gründer von Amazon. Die letzten zwei Monate waren auch für Superreiche hart. Die 100 reichsten Menschen verloren mehr als 400 Milliarden US-Dollar. Zum erweiterten Kreis der Superreichen gehören Menschen, die mehr als 30 Millionen US-Dollar ihr Eigen nennen können. Das sind weltweit immerhin 500.000 Menschen. In der dritten Kategorie der Reichen werden jene 50 Millionen Menschen angeführt, die über ein Vermögen von mehr als 1 Million US-Dollar verfügen. Als Börsianer interessiert mich, wie die Reichen ihr Vermögen verteilt haben. Man will ja schließlich etwas lernen. Die wird von Immobilien (27 %) und Aktien (23 %) dominiert. Der Anteil von Anleihen (17 %), Cash (11 %), Private Equity (8 %) Gold (3 %) oder Kryptowährungen (1 %) ist deutlich geringer. Während ich unsere Würstel umdrehe, kommt mir der Gedanke, dass es offensichtlich deutliche Unterschiede zur Gesamtbevölkerung gibt. Reiche scheuen sich nicht vor einem gewissen Risiko. Mehr als ein Drittel des Portfolios ist in Risikokapital investiert. 10 Millionen oder 12 % der Deutschen investieren zumindest einen Teil ihres Vermögens in Aktien oder Aktienfonds. Auch der Österreicher setzt überwiegend auch auf liquide Anlageformen und nimmt dabei selbst negative reale Erträge in Kauf. Das ist kurzfristig betrachtet irrelevant. Der Zinseszins schlägt mit jedem Tag mehr zu und vergrößert damit die Kluft zu den Superreichen. Ein rohes Würstel, das den Weg nicht auf den Griller findet, wird zwar nie anbrennen, aber so richtig genießen werden es auch nur die wenigsten können. Es benötigt seine Zeit, um es zu bräunen. Mit meiner laienhaften Grillkompetenz lege ich mehrere Würstel verteilt auf den Griller. Dann kann ich auch einmal ein kohlrabenschwarzes verkraften, ohne ein Problem mit den hungrigen Mäulern zu bekommen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) hat als "belebendes Element für die Volkswirtschaft" im nächsten Jahr eine Steuersenkung für die untersten Einkommen angekündigt.
- Die Regierung hat das Aus des Festival- und Konzertsommers verkündet.
- Verfassungsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP) und Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) sind sich nicht einig, wer für etwaige nicht verfassungskonforme Verordnungen und Gesetze verantwortlich ist und wie ein eventueller Missstand behoben werden kann.

- Laut aktuellen Fiskalrat-Berechnungen wird Österreichs Staatshaushalt heuer ein Defizit von EUR 25,6 Milliarden aufweisen – das sind 6,6 % des Bruttoinlandsproduktes.
- Die „neue“ Realität kommt in Raten. Bis Ende des Sommers gibt es keine Stadionbesuche, keine Konzerte, keine Festivals und keine Bier- und Weinfeste.
- Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble fordert als Lehre aus der Coronavirus-Krise gesellschaftliche Konsequenzen. Das Verhältnis zwischen Marktwirtschaft und staatlicher Regulierung müsse neu definiert werden, sagt Schäuble. Man müsse darüber nachdenken, "ob es damit zu tun hat, dass wir vieles übertrieben haben." Die Krise offenbare die Probleme der globalen Vernetzung. Es gehe aber nicht darum, marktwirtschaftliche Mechanismen außer Kraft zu setzen. "Aber den Rahmen, in dem wir uns bewegen, muss man neu bewerten." Gleichwohl müsse der freie Binnenmarkt und Reiseverkehr in Europa schnellstmöglich wiederhergestellt werden.
- Das Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos ist für 3.000 Menschen ausgelegt, derzeit leben dort 20.000, in engsten Verhältnissen. Als Schandfleck Europas hat Gerd Müller, der deutsche Entwicklungsminister, das Lager bezeichnet.
- Die amerikanische Regierung rechnet jetzt nach Angaben von Präsident Donald Trump in den Vereinigten Staaten mit 60.000 bis 65.000 Toten infolge der Coronavirus-Pandemie. Die Zahl liege weit unter früheren Vorhersagen von mindestens 100.000 Toten, so Trump.
- Infolge des dramatischen Anstiegs der Arbeitslosigkeit in den USA haben einer Studie des Instituts für Wirtschaftspolitik zufolge innerhalb eines Monats Millionen Menschen ihre Krankenversicherung verloren.
- Eine Studie mit Antikörper-Tests hat ergeben, dass im kalifornischen Silicon Valley fünfzigmal mehr Menschen mit dem Coronavirus infiziert waren oder sind als offiziell diagnostiziert.
- Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vermutet, dass mehrere Länder ihre Angaben zu Infektionen und Todesfällen später noch werden einmal korrigieren müssen. In der Krise sei es nicht leicht, wirklich alle Fälle zu identifizieren.

19.04.2020

Die Druckerpresse einst und heute.

Als Kind und Jugendlicher unterhielt ich mich sehr gerne mit meiner Oma. Sie besaß die Gabe, historische Ereignisse unterhaltsam aus ihrer Wahrnehmung heraus zu beschreiben. Meine Oma wurde 1916 geboren und hat wahrlich einiges erlebt. Dieser Tage verfolgt mich ein Satz aus einer ihrer Erzählungen. „Heute kann man sich um das Geld ein Haus kaufen, morgen vielleicht nur mehr einen Laib Brot.“ Geldentwertung, davor fürchten sich auch 2020 viele Menschen. Meine Oma mag es zugegebenermaßen etwas pointiert formuliert haben, aber die Aussage trifft des Pudels Kern. Einem Zeitzeugenbericht zufolge hatte ein Caféhaus-Besucher zwei Tassen Kaffee für je 5.000 Mark getrunken. Die Rechnung belief sich allerdings auf 14.000 Mark. Lapidare Begründung des Kellners: Die Preise würden laufend angepasst und gemäß dem Zeitpunkt der Bestellung verrechnet! Die Inflation betrug damals zigtausend Prozent – nicht pro Jahr, sondern pro Monat! Die Weichen wurden bereits mit dem Ersten Weltkrieg gestellt, als man die Kriegskosten mit dem Anwerfen der Druckerpresse finanzierte. Zudem wurden Anleihen im großen Stil vergeben. Die Staatsschulden schossen von 5 Milliarden auf 156 Milliarden in die Höhe. Die Konsequenz: Zu viel Geld traf auf zu wenig Ware. Und das führte zwangsläufig zu inflationären Tendenzen. Zu Beginn profitierte man durch die Geldentwertung. Schließlich konnte man „billiger“ exportieren. Das kurbelte die Wirtschaft noch einmal deutlich an. Die ausufernde Verschuldung sorgte aber für zunehmenden Druck. Die verhängten Reparationszahlungen an die Kriegsgewinner taten das übrige und angerichtet war der gefährliche „Hyperinflationscocktail“. Das Ausland verlor zusehends das Vertrauen. Ende 1922 bekam man für einen Dollar 2.000 Mark, im April 1923 waren es 20.000 Mark und im August über eine Million! Um das auszugleichen, wurde weiter gedruckt! Niemand glaubte mehr an den Wert des Papiergeldes. Was wirklich zählte, waren Sachwerte. Das Ganze mündete in einer Währungsreform.

Was unterscheidet uns 2020 von damals? Durch die niedrigen Zinsen werden die Staatsbudgets nur bedingt belastet. Notenbanken und Staaten kämpfen Schulter an Schulter gegen die Krise. Und das Wichtigste zum Schluss: Wir vertrauen darauf, dass wir uns mit unserem Geld auch morgen noch etwas kaufen können. Und genau auf diesen Schatz müssen wir besonders achten!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Im besten Fall endet die Sommersaison mit einem blauen Auge, sagt Michaela Reitterer, Präsidentin der österreichischen Hoteliervereinigung. Hoteliers fehlt es vor allem an Planungssicherheit und Liquidität. Ministerin Köstinger erwägt Grenzöffnung für deutsche Urlauber.
- Mediziner warnen in Österreich vor einem Zusammenbruch der 24-Stunden-Pflege.
- Für zumindest eine – angesichts der Dringlichkeit – verkürzte Begutachtung von Gesetzen und ein Eilverfahren beim Verfassungsgerichtshof plädiert Rechtsanwälte-Präsident Rupert Wolff in der Debatte über die Corona-Gesetze. Eile sei zwar "vermutlich angebracht" gewesen, aber die ohne

Begutachtung schnell erlassenen Vorschriften seien teils "lücken- und fehlerhaft" ausgefallen. Im Rechtsstaat habe aber auch in schwierigen Zeiten "Transparenz und Qualität" in der Gesetzgebung zu gelten.

- In Deutschland könnten wegen der Coronavirus-Krise dem Branchenverband Dehoga zufolge 70.000 Hotel- und Gastronomiebetriebe Pleite gehen. Den gut 223.000 Betrieben der Branche gingen bis Ende April rund zehn Milliarden Euro Umsatz verloren, sagt Ingrid Hartges.
- Die neue Wirtschaftsweise Monika Schnitzer fordert, bei Konjunkturprogrammen zur Überwindung der Folgen der Corona-Krise auf Zukunftstechnologien zu setzen. Konkret nannte die Wirtschaftswissenschaftlerin die Digitalisierung und den Klimaschutz. Generell halte sie Deutschland für gut gewappnet, um die Krise zu überstehen, sagte sie weiter. Das „Klimaschutzproblem“ gehe nicht weg, „nur weil wir jetzt ein paar Prozent weniger Wachstum haben. Das wird uns ja schnell wieder einholen“, warnte Schnitzer.
- Für den Einsatz in der Corona-Krise hält die Bundeswehr mehr als 37.000 Soldaten bereit.
- Die US-Regierung will die Farmer des Landes mit 19 Milliarden Dollar unterstützen. Es solle zum einen direkte Finanzhilfen geben, kündigt Präsident Trump an. Darüber hinaus soll frisches Obst und Gemüse, Milchprodukte sowie Fleisch in großen Mengen aufgekauft werden. Die Landwirte gehören zu Trumps wichtigsten Wählergruppen.
- In Schweden, jenem Land, das mit seiner Art, mit der Corona-Krise umzugehen, europaweit wohl am meisten für Aufsehen gesorgt hat, haben sich vergangene Woche erste Anzeichen für eine Entspannung der Lage gezeigt. Gesundheitsbehörden und Regierung wähnen sich trotz Fehlern in einzelnen Bereichen im Großen und Ganzen auf dem richtigen Weg. Auch die Nachbarländer schwenken nun zum Teil auf die Stockholmer Linie ein.
- Wegen der Coronavirus-Pandemie rechnet Klaus Regling, Chef des europäischen Rettungsfonds ESM, mit einem Bedarf an weiteren Finanzhilfen für die europäische Wirtschaft in Höhe von 500 Milliarden Euro.

20.04.2020

Keine Spur von Lagerkoller.

Heute beginnt die sechste Woche der Corona-Auszeit. Es fühlt sich aber nicht nach einem typischen Montagmorgen an, an dem wir uns als Familie nach einem Wochenende trennen und jeder seine eigenen Wege geht. Die Kinder in die Schule. Meine Frau und ich zur Arbeit. Loslassen und wieder zusammenfinden funktioniert dieser Tage nicht. Neben Homeoffice und Homeschooling kommt noch die Herausforderung dazu, die Laune hoch zu halten und einen Lagerkoller zu vermeiden.

An den Börsen ist von Lagerkoller keine Spur. Nachdem die Investoren im März große Volumina aus den Märkten herausgezogen hatten, kam es im April zu einer Trendwende und zu deutlichen Zuflüssen. Das betrifft vor allem auch Risikoinvestments. Es scheint wieder Zeit für den „Risk-On"-Modus zu sein. Alle anderen Themen wie der globale Abschwung, einbrechende Unternehmensgewinne, ein massenhafter Anstieg der Arbeitslosigkeit oder die Tatsache, dass viele Unternehmer ums Überleben kämpfen, scheinen wie weggewischt. Europäische Indizes sind seit Jahresbeginn rund 20 % im Minus, ausgenommen der ATX, der rund einen Drittel des Wertes einbüßte. Besser entwickelten sich amerikanische Indizes wie z.B. der S&P 500, der 15 % verlor. Der technologielastige Nasdaq-100-Index konnte sich im letzten Monat um 26 % erholen und kann damit seit Jahresbeginn sogar ein kleines Plus aufweisen. 2020 ist wirklich anders.

An den Aktienbörsen sind FAAAM-Aktien der große Renner. Damit sind Facebook, Apple, Amazon, Alphabet (Google) und Microsoft gemeint. Diese fünf Unternehmen im S&P 500 repräsentieren 22 % des Gesamtindex. Für die anderen 495 Unternehmen verbleiben 78 %. Dadurch ergibt sich eine Gewichtungskonzentration. Während FAAAM-Aktien mit durchschnittlich 4,4 % gewichtet werden, wird der verbleibende Rest durchschnittlich mit 0,15 % gewichtet. Die Gewichtungskonzentration der Top-5-Titel hat sich damit seit 2015 verdoppelt. Man könnte damit spitz von einer „Scheindiversifikation" sprechen. Interessantes Detail am Rande: In der Blüte der Internet-Bubble im Jahr 2000 betrug die Gewichtung der Top-5 Titel 18 % des Gesamtmarktes. Die Highflyer 2000 waren Microsoft, GE, Cisco, Intel und Walmart. Mit Microsoft gab es damit nur einen „Überlebenden". Die Karten werden ständig neu gemischt. Und der Gewinner von heute kann der Verlierer von morgen sein.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Österreichs Wirtschaftsminister zieht eine erste Zwischenbilanz zum 38 Milliarden Euro Schutzschirm.
- Soforthilfen und Liquiditätsmaßnahmen wurden bisher im Ausmaß von 5,7 Milliarden Euro in Anspruch genommen, gemeinsam mit der Kurzarbeit seien bereits über 10 Milliarden Euro geflossen.
- Das österreichische Finanzministerium hat Steuerstundungen im Ausmaß von 4 Milliarden Euro gewährt.

- Im Härtefallfonds wurden in der ersten Phase 121 Millionen Euro ausgezahlt, 144.000 Anträge wurden eingereicht.
- Notfallhilfe: Das Finanzministerium hat Garantien und Haftungen im Ausmaß von über zwei Milliarden Euro genehmigt.
- Über 600 Anträge mit einem Haftungsvolumen von über 100 Millionen Euro wurden getätigt. Das Kreditmoratorium ist 110.000 Mal beantragt worden.
- Die Kurzarbeit nimmt rasant zu. In Österreich liegen laut Arbeitsministerin Christine Anschober 63.189 genehmigungspflichtige Anträge für 871.039 Jobs vor. Dazu kommen weitere 15.000 Anträge, bei denen noch fehlende Informationen eingeholt werden müssen. Das für Kurzarbeit bewilligte Geld dürfte demnach nicht ausreichen.
- Ein 36-jähriger Steirer, der einen Monat gegen Covid-19 gekämpft hatte, konnte durch das Blutplasma eines bereits Genesenen gerettet werden. Laut Ärzten ist er der erste Patient in Österreich, der auf diese Weise geheilt wurde. Genesene Covid-19-Patienten sind nun wertvolle Spender.
- Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln wegen der Corona-
- Die Corona-Krise sorgt bei Städten und Gemeinden in Deutschland für Milliardenverluste. Demnach nahmen die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen 70 % weniger Gewerbesteuern ein als noch vor einem Jahr.
- Deutschland beginnt an diesem Montag mit der vorsichtigen Lockerung der coronabedingten Beschränkungen.
- Kanzlerin Angela Merkel kritisiert die Diskussionen über weitergehende Lockerungen der Beschränkungen im Kampf gegen das Coronavirus außergewöhnlich scharf.
- Mehr als 450.000 Alleinerziehende in Deutschland arbeiten in sogenannten systemrelevanten Bereichen – also Sektoren, die auch in Krisenzeiten wie der derzeitigen Corona-Pandemie unbedingt aufrechterhalten werden müssen. Allein im Gesundheitswesen sind 179.000 Alleinerziehende tätig.
- Der britische Premierminister Boris Johnson nimmt die Regierungsgeschäfte wieder auf.
- US-Ölpreis stürzt vor Kontraktwechsel ab und notiert erstmals negativ.

21.04.2020

Negativer Ölpreis? Was ist da abgegangen?

Ich sollte mich doch bereits daran gewöhnt haben, dass wir in außergewöhnlichen Zeiten leben. Es ist früh am Morgen und ich kann es immer noch nicht glauben, was gestern an den Terminbörsen passiert ist. War es nur ein Traum oder hat der Ölpreis wirklich bei Minus 18,20 US-Dollar je Barrel notiert? Was ist da abgegangen? An den Terminbörsen werden Waren und Rohstoffe in Kontrakten gehandelt. Bei dem konkreten Fall handelt es sich um einen Kontrakt, der eine physische Öllieferung für den Monat Mai vorsieht. Dabei handelt es sich um einen Future, also ein unbedingtes Termingeschäft. Die Ware muss also wirklich geliefert werden. Es fand sich aber kein Käufer und der Verkäufer musste dem Käufer sogar Geld dafür bezahlen, dass er ihm den Kontrakt abnahm. Keine schlechte Sache, oder? Der Käufer bekommt ein paar Barrel Öl und obendrein noch einen Patzen Geld dazu. Aufgrund der aktuellen Situation gibt es ein Überangebot an Öl und eine stark fallende Nachfrage. Dadurch sind die Öllager randvoll. Die Terminmärkte werden von Contango beherrscht. Das ist wider Erwarten nicht der Name eines Westernhelden. Damit wird ein Marktumfeld beschrieben, in welchem die Ölpreise ansteigen, je weiter ihre physische Auslieferung in der Zukunft liegt. Ein klares Signal für eine besonders schwache Nachfrage und ein Überangebot. Ich trinke einen Schluck von meinem Espresso. Gut, dass sich 2020 ein paar Gewohnheiten nicht ändern. Plötzlich muss ich schmunzeln, als mir eine Erinnerung aus längst entfernten Tagen in den Sinn kommt. Meine Kinder würden von einer prähistorischen Zeit sprechen. Wir schreiben das Jahr 1999. Ich war ein junger Händler und kaufte für einen Kunden einen Ölkontrakt. Ein paar Tage vergingen. An einem Vormittag erhielt ich einen Anruf, der mich leicht in Panik versetzte. Am anderen Ende der Leitung war ein Broker, der mich darüber in Kenntnis setzte, dass die Barrel Öl in Rotterdam eingetroffen seien und auf einem Öltanker auf ihre Abholung warteten. Wie bitte? Was sollte das denn? Einen Monat vor dem Fälligkeitstermin? Der Broker klärte mich auf, dass der zugrundeliegende Kontrakt auch die Möglichkeit einer vorzeitigen Lieferung beinhaltete. Nachdem der Öltanker bereits frühzeitig eingetroffen war, machte der Verkäufer von dieser Möglichkeit Gebrauch und mein Kontrakt „gewann“ bei der Verlosung. Na bumm. Wo sollte ich jetzt einen Lagerplatz in Rotterdam herbekommen? Zum Glück half mir der Broker aus der Patsche – mit einer kleinen Abschlagszahlung natürlich.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Das BIP könnte in Österreich heuer um bis zu 6 % zurückgehen. Ökonomen rechnen damit, dass es Jahre dauern wird, um wieder das Vorkrisenniveau zu erreichen.
- Bundeskanzler Sebastian Kurz kündigt an, dass die Schulen und die Gastronomie ab dem 15. Mai wieder hochgefahren werden.
- Die Arbeitslosigkeit in Europa könnte sich in den kommenden Monaten fast verdoppeln. Nach Schätzungen von McKinsey seien 59 Millionen Arbeitsplätze durch dauerhafte Einbußen wie Lohn- und Arbeitsstundenkürzungen infolge der Coronavirus-Pandemie in Gefahr. Die Hälfte aller

gefährdeten Arbeitsplätze seien im Kundenservice und im Vertrieb, in der Gastronomie und im Baugewerbe.

- Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel will von der Corona-Krise besonders stark betroffenen EU-Staaten über eine deutliche Anhebung des EU-Haushalts helfen. "Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass er in den ersten Jahren nach der Pandemie ganz andere finanzielle Möglichkeiten haben muss."
- Unter strengen Hygieneregeln beginnen die schriftlichen Abiturprüfungen in Hamburg und Schleswig-Holstein.
- Dänemark schließt Unternehmen von der Corona-Staatshilfe aus, die in Steueroasen registriert sind. "Wenn wir Milliarden an Steuergeldern ausgeben, um Firmen und Arbeitsplätze zu retten, dann müssen sie für diesen Zweck eingesetzt werden und nicht in einer Steueroase auf der anderen Seite des Planeten landen.“
- Ferrari hat Teile seiner Produktion umgestellt, um Beatmungsgeräte herstellen zu können.
- Das Münchner Oktoberfest wird abgesagt.
- Bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) haben nach ersten Daten mindestens 725.000 deutsche Betriebe Kurzarbeit angekündigt. Nach einer Umfrage im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung könnten etwa vier Millionen Beschäftigte betroffen sein.
- Die Bereitstellung von Intensivbetten in den Krankenhäusern für Covid-19-Erkrankte und die Verschiebung von Operationen in den Kliniken sorgen bei Patienten mit anderen schweren Erkrankungen wie etwa Krebs für zunehmende Verunsicherung und Besorgnis.
- Jeder zweite Spanier hat Angst, durch die Corona-Krise seine Arbeit zu verlieren. Zudem glauben mehr als 70 % der Bürger, dass ihre Familien nach der Pandemie finanziell schlechter dastehen werden als zuvor.
- Schüler der Primar- und Sekundarschulen in Zürich erhalten heuer keine Noten. Stattdessen steht in den Zeugnissen der Kinder die Bemerkung "nicht benotet" – gepaart mit einem Verweis auf die Corona-Pandemie.
- Hilfsorganisationen warnen: 50 Millionen Westafrikaner von Hunger bedroht!
- US-Präsident Trump kündigt an, dass die USA in den nächsten 60 Tagen keine weiteren Immigranten aufnehmen werden.

22.04.2020

Der Ölpreis dominiert das Geschehen.

Ich komme mir vor wie im Schlaraffenland. Free Money, Free Debt und jetzt auch noch Free Oil. Wow! In den USA werden im Laufe dieser Woche zudem die 1.200-Dollar-Schecks verteilt, mit denen die Bürger den Konsum ankurbeln sollen. Klingt irgendwie nach einem surrealen Fantasy-Film, oder? Aber nein, willkommen in der Realität des Jahres 2020. Der Ölpreis dominiert die Schlagzeilen. Die Lager platzen aus allen Nähten und es will und will sich einfach kein Käufer für das Öl finden. Durch den globalen Shutdown ist die Nachfrage um ein Drittel eingebrochen. Bereits im März waren mehr als 76 % der Lagerflächen belegt, Tendenz stark steigend. Ein Öltanker kostete im Februar noch 20.000 Dollar pro Tag. Mittlerweile hat sich der Tagessatz mehr als verzehnfacht. Der Ölpreis ist ein guter Konjunktur-Frühindikator. Der Juni-Kontrakt fiel gestern um fast 25 % und erhöht damit den Druck auf die Ölländer und Energieunternehmen weiter. Für ein ausgeglichenes Budget braucht z.B. Saudi-Arabien einen Ölpreis von 85, der Iran von 65 US-Dollar. US-Präsident Trump verspricht, der US-Ölindustrie mit Geldern unter die Arme zu greifen. Die USA sind mittlerweile vor Russland und Saudi-Arabien der größte Erdölförderer der Welt, Fracking sei Dank. Bei diesem Vorgang wird unter hohem Druck ein Gemisch aus Sand, Wasser und Chemikalien in den Boden gepresst, um Erdöl aus undurchlässigen Gesteinsschichten fördern zu können. In Deutschland und Österreich sowie in vielen anderen Ländern auch ist Technologie aus umweltpolitischen Gründen ein absolutes No-Go. Für die US-Wirtschaft bedeutet Fracking dagegen Unabhängigkeit von den Ölstaaten. Die Ölproduzenten können aufgrund des drastischen Ölpreisverfalls aber nicht einfach die Leitung zudrehen und auf bessere Zeiten warten. Die Produktion läuft munter weiter. Der Preis pro Liter Barrel variiert je nach Bodenbeschaffenheit und liegt bei zumindest 40 US-Dollar. Beim aktuellen Ölpreiskurs ist das natürlich ein brutales Verlustgeschäft. 2020 ist irgendwie anders.

Ich trinke einen Schluck meines morgendlichen Espressos. Wunderbar. In jungen Jahren war der Espresso ein beliebter Muntermacher nach einer langen Nacht. Es kommt mir vor, als würde ich an den Finanzmärkten 2020 auch ein rauschendes Fest erleben. Es macht einen Mega-Spaß. Ein Bier geht noch, kein Problem. Ein Hilfspaket hier, ein Rettungsschirm dort. Und die Party geht weiter. Selbst in dem Wissen, dass man den Kater nach der durchzechten Party-Nacht am Morgen danach furchtbar bereuen wird.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bundeskanzler Sebastian Kurz würdigt in einer Erklärung die gemeinsame Kraftanstrengung der Bevölkerung und der im Parlament vertretenen Parteien als Voraussetzung dafür, dass Österreich gesellschaftlich und wirtschaftlich so schnell wieder hochfahren könne. Die Entwicklung der Zahlen sei "in Europa so gut wie einzigartig".

- Für die Benotung der schriftlichen Matura zählen heuer die Prüfungsnote sowie die Zeugnisnote der Abschlussklasse zu gleichen Teilen. Steht ein Schüler dann genau zwischen zwei Noten, "sticht" die Prüfungsnote.
- Im internationalen Vergleich gelten die Österreicher als besonders zufrieden. Die zur Pandemie-Bekämpfung verhängten Einschränkungen haben die Stimmung allerdings eingetrübt, wie im Auftrag der Universität Wien durchgeführte Befragungen zeigen. Besonders unzufrieden sind Frauen.
- In Deutschland wird bundesweit in den nächsten Tagen eine Maskenpflicht zur Eindämmung des Coronavirus in Kraft treten.
- Die Bundesregierung geht als Folge der Viruskrise und der Neuverschuldung in Rekordhöhe für dieses Jahr von einem gesamtstaatlichen Defizit von 7,25 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus.
- Das Bundesgesundheitsministerium teilt mit, dass es sich bei der geplanten Corona-Tracking-App für einen zentralen Ansatz entschieden hat.
- Wohl frühestens Ende 2021 ist nach Einschätzung von Roche-Chef Severin Schwan mit einem Impfstoff gegen das Coronavirus zu rechnen. Üblicherweise dauere die Entwicklung Jahre, dämpft der Chef des Schweizer Pharmariesen die Hoffnung auf eine rasche Verfügbarkeit einer Immunisierung.
- In Frankreich steigt die Zahl der Kurzarbeiter in der Corona-Krise nach Angaben von Arbeitsministerin Muriel Penicaud weiter an.
- Das Welternährungsprogramm hat im UN-Sicherheitsrat vor Hungersnöten von „biblischen Ausmaßen“ als Folge der Corona-Pandemie gewarnt. Viele Millionen Menschen in armen Ländern seien akut von wachsender Lebensmittelknappheit bedroht.
- Amerikanische Experten haben von einer Behandlung von Covid-19-Patienten mit einem Medikamentenmix aus dem Malaria-Mittel Hydroxychloroquin und dem Antibiotikum Azythromicin abgeraten. Außerhalb klinischer Versuche sollte der Medikamentencocktail wegen möglicher Gesundheitsrisiken nicht verschrieben werden. Dieser Mix wird von vielen Krankenhäusern eingesetzt.
- Nach Einschätzung der WHO sind die meisten Ausbrüche in Europa inzwischen stabil oder schwächen sich ab. In Mitteleuropa, Afrika sowie Mittel- und Südamerika gebe es jedoch besorgniserregende Anstiege.

23.04.2020

Nahezu keine Branche bleibt verschont.

Heute habe ich mein Arbeitszimmer von meinem Sohn zurückerobert. Es ist wohltuend, wieder auf meinen angestammten Platz zurückkehren zu können. Normalerweise verbringen wir um diese Zeit ein verlängertes Wochenende i. Das können wir uns, wie so viele andere Menschen auch, bis auf weiteres abschminken. Wir Konsumenten sind eine tragende Säule der Wirtschaft. In den USA sind zwei Drittel des BIP auf den Konsumenten zurückzuführen. Durch Covid-19 wird das Konsumverhalten nachhaltig beeinträchtigt. Laut einer aktuellen Umfrage von McKinsey wollen die Verbraucher in vielen Ländern in der nächsten Zeit weniger konsumieren. Besonders eng schnallen den Gürtel die Kanadier, die den Konsum um 40 % zurückschrauben wollen. Es gibt aber auch ein paar Ausnahmen. Menschen in Indien, China oder auch Portugal planen in den nächsten Wochen etwas mehr zu konsumieren. Welche Branchen sind neben dem Tourismus am stärksten von der Pandemie betroffen? Dazu gehört die gesamte Leistungskette. Also von der Airline bis hin zur Bar in der Nachbarschaft. Der US-Tourismus wird im April im Vergleich zum Vorjahr um 87 % weniger einnehmen! Es ist davon auszugehen, dass selbst im Dezember die Einnahmen noch zumindest um ein Drittel unter dem Vorjahresergebnis liegen werden. Für 2020 dürfte sich der Gesamtverlust der Branche auf eine halbe Billion US-Dollar belaufen. Das ist mehr als die jährliche Wirtschaftsleistung Österreichs. Apropos BIP: Das WIFO schärft nach und erwartet den historisch höchsten Wirtschaftseinbruch in Kombination mit einer Rekordarbeitslosigkeit. Schwer getroffen und angeschlagen ist auch die Industrie. Das reicht vom Automobilsektor bis hin zu Maschinenbauunternehmen. Zu den Gewinnern zählt mit Sicherheit die Digitalwirtschaft. Alles, was hilft, kontaktlos zu arbeiten, boomt. In den letzten Wochen haben wir uns an Videokonferenzen und Webinare gewöhnt und unsere digitale Kompetenz stark verbessert. Auch die Medizintechnik gehört zu den Gewinnern. Rund um den Globus wird versucht, medizinische Güter zu horten und die Lager aufzufüllen. Durch den globalen Shutdown wird auch mehr in die eigene „Home-Entertainment-Infrastruktur“ investiert. Also quasi alles vom Flatscreen bis zum Surroundsystem. Resümierend ist festzuhalten, dass nahezu keine Branche von der Covid-19-Krise verschont bleibt. Aufgrund der deutlich gesunkenen Nachfrage sind auch die Inflationserwartungen in Europa auf ein neues Allzeittief gefallen. Der Markt rechnet also mit einer tiefen Rezession.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Viele Baustellen werden jetzt nicht fristgerecht fertig. Ein Covid-19-Sondergesetz erlässt den Baufirmen zwar die Pönalen – aber nur bei vor April geschlossenen Verträgen.
- Die Spitzen von CDU, CSU und SPD haben sich auf ein Hilfspaket in Höhe von 10 Milliarden Euro verständigt. Davon sind 5 Milliarden Euro für einen abgesenkten Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie und 4 Milliarden Euro für die Verlustvorrechnung von KMU eingeplant.
- Die Europäische Kommission erwägt einem internen Dokument zufolge eine zwei Billionen Euro schwere Finanzierung zum Wiederaufbau nach der Corona-Krise.

- Der EU-Gipfel hat das von den Euro-Finanzministern beschlossene Rettungspaket in Höhe von 540 Milliarden Euro im Kampf gegen die Corona-Krise gebilligt.
- In den USA wurden heute wieder die neuesten Zahlen zu den Arbeitslosen-Erstanmeldungen veröffentlicht. In der vergangenen Woche meldeten sich 4,4 Millionen Menschen neu arbeitslos. Damit haben in fünf Wochen mehr als 26 Millionen Menschen ihren Job verloren.
- Das Budgetbüro des Kongresses rechnet damit, dass die US-Wirtschaft im 2. Quartal um 12 % schrumpft.
- Die Schweizer Regierung hat ihre Wirtschaftsprognose kräftig nach unten korrigiert und rechnet mit der stärksten Rezession seit 45 Jahren.
- Der französische Präsident Emmanuel Macron will vermeiden, dass es bei den Lockerungen der Corona-Maßnahmen zu einem Flickenteppich kommt. Er strebt landesweit einheitliche Regeln für die ab dem 11. Mai geplante Lockerung an.
- 2021 ist wohl die einzige Chance für Tokio, die Sommerspiele nachzuholen. Doch es mehren sich die Zweifel, ob das möglich sein wird.
- Singapur trifft die zweite Welle mit voller Härte. Vier Tage in Folge liegt die Zahl der Neuinfektionen bei über 1.000. Der Stadtstaat galt als Vorbild bei der Eingrenzung des Virus. Nun führt Singapur in den ostasiatischen Ländern die Liste der meisten Infektionen an.
- Videodienst-Anbieter wie Zoom waren vor der Corona-Krise weitestgehend unbekannt. Heute wird Zoom trotz offensichtlicher Sicherheitslücken von 300 Millionen Menschen genutzt.
- Die Hamsterkäufe in den verschiedenen Ländern zeigten deutliche Unterschiede. In Österreich wurde Toilettenpapier gehortet, in Frankreich Wein und in den USA zum Teil auch Waffen. In Deutschland die Nachfrage von Alkohol und Kondomen.
- Die Corona-Krise belastet Ehen. Scheidungsanwälte verzeichnen eine erhöhte Nachfrage. Auf Gerichtstermine müssen Scheidungswillige aber nun lange warten.

24.04.2020

Zwei Frauen bewegen die Märkte.

Zwei Frauen bewegen die Märkte. Da wäre zum einen die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, die den Appell an die EU-Mitglieder richtete, in großen Dimensionen zu denken. Die Finanzmärkte nahmen es wohlwollend zur Kenntnis. Wenn selbst die konservative Angela Merkel bereit ist, die Geldschatulle noch weiter zu öffnen, steht weiteren Hilfspaketen nichts mehr im Weg. Und dann hätten wir noch Christine Lagarde, ehemalige Direktorin des IWF und seit November 2019 Präsidentin der Europäischen Zentralbank. Lagarde stimmte die EU-Minister auf schwere Zeiten ein und deutete an, dass die EU-Wirtschaft um bis zu 15 % einbrechen könnte.

Ich werfe einen Blick aus dem Fenster und sehe einen Bauern mit dem Traktor über seine Wiese fahren. Einer der größten Traktorenproduzenten ist Deere. Normalerweise verlässt alle 3 Minuten ein Traktor das Förderband, aktuell „nur“ alle 8 Minuten. Das hängt sowohl mit dem Shutdown als auch mit den erhöhten Sicherheitsanforderungen zusammen. Passend dazu wurde auch der Einkaufsmanager-Index (PMI) für Europa veröffentlicht. Hier werden die Einkaufsmanager (Purchasing Manager) zu ihrer Einschätzung befragt und das Ergebnis wird auf einer Skala von 0 bis 100 abgetragen. Alle Werte über 50 deuten auf eine Expansion hin, alles unter einem Wert von 42 auf eine Rezession. Das Positive vorab: Viel tiefer können die PMIs nicht mehr fallen. Einer Trendumkehr steht also nichts mehr im Wege. Der Europa-Einkaufsmanager-Index für Dienstleistungen liegt im April bei 13,5 Punkten. Im März lag er noch bei 29,5 Zählern. Etwas besser ist die Stimmung beim verarbeitenden Gewerbe. Die Stimmung in den Dienstleistungsunternehmen ist dagegen wenig verwunderlich zappenduster. Heute Vormittag wurde auch der Geschäftsklima-Index des ifo Instituts, einer der bedeutendsten Frühindikatoren Deutschlands, veröffentlicht. Die Münchner Wirtschaftsforscher kommen zu einem ähnlichen Ergebnis. Der Index stürzt auf ein historisches Tief. Ölfirmen sind nach wie vor stark unter Druck. Für eine Refinanzierung müssen Unternehmen aus dem High-Yield-Bereich gegenwärtig rund 15 % berappen. Das sind etwa 6 % mehr als für Unternehmen anderer Sektoren mit vergleichbarer Kreditwürdigkeit. Seit Jahresbeginn hat sich der Aufschlag für Energietitel im Vergleich zum Gesamtmarkt versechsfacht. Wenn das so weitergeht, würde es mich nicht wundern, wenn bei dem einen oder anderen Ölunternehmen trotz der Hilfspakete das Licht ausgeht.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bildungsminister Heinz Faßmann präsentiert den Fahrplan für die Öffnungen auf dem Schulsektor. Ab 4. Mai öffnen die Schulen für die Abschlussklassen und Maturanten, ab 15. Mai für alle 6- bis 14-Jährigen, ab 29. Mai für die Älteren. Klassen sollen in zwei Gruppen geteilt werden, Schularbeiten finden in diesem Schuljahr nicht statt.
- Die Justiz soll schrittweise wieder hochgefahren werden. Schon bald wird es wieder möglich sein, auch nicht dringende Verhandlungen im Bereich des Zivilprozessrechts unter entsprechenden

Schutzvorkehrungen, durchzuführen.

- Martin Kocher, Chef des Instituts für Höhere Studien (IHS), warnt vor schlecht abgestimmten wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen in der Corona-Krise.
- Laut einer Prognose des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird die deutsche Wirtschaft aufgrund der Corona-Krise deutlich einbrechen. Das Bruttoinlandsprodukt werde in diesem Jahr um 8,4 % zurückgehen, die Zahl der Arbeitslosen auf drei Millionen steigen. Die Zahl der Kurzarbeiter werde sich im Jahresdurchschnitt auf dem Rekordwert von 2,5 Millionen bewegen.
- Die IG Metall sieht in der Corona-Krise jeden vierten Betrieb in ihrem Organisationsbereich in Liquiditätsproblemen. 10 % der Unternehmen mit zusammen rund 130.000 Beschäftigten hätten bereits aktuell erhebliche Engpässe.
- Lufthansa, die größte Fluglinie der Welt, meldet für das 1. Quartal einen dramatischen Verlust von 1,2 Milliarden Euro und kann sich womöglich nur noch mit Staatshilfe retten. Mit jeder weiteren Stunde Stillstand verliert Lufthansa zumindest eine Million Euro. Das Unternehmen beschäftigt 130.000 Mitarbeiter und verfügt über eine Flotte von 760 Flugzeugen.
- Die Europäische Zentralbank akzeptiert nun auch Papiere als Sicherheit, die in den Ramschbereich abdriften.
- Der Lockdown hat Italien in eine tiefe Krise gestürzt. Zehntausende Firmen müssen schließen, Armut breitet sich rasant aus. Immer mehr Italiener haben nicht genug Geld für Lebensmittel und einer Million Kinder droht die akute Armut.
- Man ist von US-Präsident Donald Trump einiges gewohnt. Aber nun äußert der Präsident vor Journalisten ein Gedankenspiel, das selbst hart gesottene Beobachter seiner Politik noch erstaunt: Trump hat Forscher ermuntert, im Kampf gegen das neuartige Coronavirus zu prüfen, Menschen direkt Desinfektionsmittel zu spritzen. Eine solche Prozedur wäre aber höchstwahrscheinlich lebensgefährlich.
- Die beiden amerikanischen Technologieriesen Apple und Google beharren bei der geplanten Corona-App zur Eindämmung der Pandemie auf einer dezentralen Speicherlösung.

25.04.2020

Der Einfluss steigt mit jedem Dollar.

Diese Woche verdonnerte die deutsche Finanzaufsicht BaFin den weltgrößten Vermögensverwalter BlackRock zu einer Geldstrafe. Der Konzern habe gegen gesetzliche Meldeschwellen bei der Stimmrechtsabgabe verstoßen. Die Strafe: 744.000 Euro. Das dürfte BlackRock aus der Portokasse bezahlen. Seit gut 10 Jahren erfreuen sich sogenannte Index- oder ETF-Fonds großer Beliebtheit. Nachdem es nur sehr wenigen Fondsmanagern gelingt, über längere Zeiträume nachhaltig nach Kosten den Referenzindex zu übertreffen, greifen immer mehr Investoren auf die kostengünstigere Variante zurück. Der Index-Anbieter hat die Aufgabe, den Gesamtmarkt abzubilden. Der mit Abstand größte Anbieter ist BlackRock Inc. (iShares), der Ende 2019 rund 7,0 Billionen US-Dollar verwaltete. Dahinter folgen Vanguard mit 5,6 Billionen und State Street mit 2,9 Billionen US-Dollar. In Summe verwalten die Big Three, die rund 80 % des Marktes repräsentieren, rund 15,5 Billionen US-Dollar. Inzwischen werden 30 % der Aktienvolumina passiv veranlagt. Das Geschäftsmodell ist einfach. Die Anleger geben den Investmenthäusern Geld, die dieses in Aktien veranlagen und den Index nachbilden. Dafür erhalten sie eine Managementgebühr. Durch die massiven Zuflüsse der letzten Jahre ist der Einfluss der Big Three deutlich gestiegen: Sie -halten rund 22 % der S&P 500-Unternehmen. Im Vergleich dazu betrug der Anteil 2008 „nur“ 13,5 %. Der Einfluss steigt mit jedem zusätzlich angelegten Dollar. Die Investmenthäuser können z.B. durch die Ausübung der Stimmrechte die Unternehmensstrategie maßgeblich beeinflussen. Auf den Hauptversammlungen können eigene Vertreter in den Aufsichtsrat gewählt oder auch Vertrauenspersonen in der Chefetage platziert werden. Ein breites Aktienportfolio besteht aus vielen Unternehmen unterschiedlicher Branchen, die in vielen Ländern dieser Welt ihre Geschäfte machen. Durch die Vernetzung dieser Unternehmen halten die Big Three ein flächendeckendes, global wirkendes Steuerungsinstrumentarium in den Händen. Was passiert, wenn die Investmentgesellschaften bei zwei konkurrierenden Unternehmen wesentliche Anteile halten? Wem fühlen sich die Vorstände bei kritischen Entscheidungen verantwortlich? Dem Aktionär oder doch dem Indexanbieter? Was passiert bei Übernahmen, wenn einem sowohl der Übernehmer als auch das Übernahmeziel zu wesentlichen Anteilen gehören? Das sind nur exemplarische Fragen, die weit über wirtschaftliche Aspekte hinausgehen. Irgendwie gruselig, meinen Sie nicht auch?

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bis zu acht Wochen können Mitarbeiter in Österreich gegen ihren Willen in den Urlaub geschickt werden. Zwei neue Absätze im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch sehen das entsprechende Anordnungsrecht vor. Es ermöglicht Arbeitgebern, ihre Mitarbeiter zum Aufbrauchen von Urlaubstagen oder Zeitguthaben zu verpflichten. Diese neue Regelung gilt bis Ende des Jahres und ist für Unternehmen gültig, die von der Corona-Krise betroffen sind. Betriebe, die ihre Mitarbeiter zur Kurzarbeit angemeldet haben, sind allerdings davon ausgenommen.

- Der Deutsche Hebammenverband hat örtliche Kreißsaalverbote für werdende Väter zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vehement kritisiert. Auch die Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes, Christiane Groß, sagt: "Ist die Begleitperson nicht augenscheinlich mit Corona infiziert, überwiegt der Nutzen der Begleitung das minimale Risiko einer Infektion von ärztlichem und Pflegepersonal."
- Nach viel öffentlicher Kritik und offiziellen Warnungen bemüht US-Präsident Donald Trump sich offensichtlich, seine Idee zu Desinfektionsmittel-Injektionen gegen das Coronavirus wieder einzufangen. Trump sagt am Freitag im Weißen Haus, die Äußerung sei nur "Sarkasmus" gewesen.
- Ungeachtet gigantischer Staatsausgaben rechnen Ökonomen in der Corona-Krise vorerst nicht mit einem Inflationsschub – sondern eher im Gegenteil mit sinkenden Preisen. Ein wesentlicher Faktor dabei ist der Absturz der Ölpreise, so die Einschätzung mehrerer Volkswirte.
- Frankreich stützt die wegen der Corona-Krise ins Trudeln geratene Fluggesellschaft Air France mit Kredithilfen in Höhe von sieben Milliarden Euro. Davon seien drei Milliarden Staatskredite und vier Milliarden Garantien für Bankdarlehen, erklärte Wirtschaftsminister Bruno Le Maire.
- Mit dem Aufstellen Hunderter leerer Stühle an prominenten Orten in 80 deutschen Städten haben Gastronomen auf ihre prekäre Lage während der Corona-Krise aufmerksam gemacht.
- Die Zahl der Toten und Infizierten in New York geht nach der ersten Corona-Infektionswelle weiter zurück. Am fünften Tag in Folge lag die Zahl der Verstorbenen am Freitag bei unter 500 – mit 422 Todesopfern sank die Zahl im amerikanischen Bundesstaat auf den tiefsten Wert seit drei Wochen. Insgesamt sind in New York mehr als 16.000 Menschen an Covid-19 gestorben. In den Hochzeiten vor noch wenigen Tagen gab es täglich knapp 800 Todesopfer zu beklagen.
- Facebook will das rasante Wachstum der Nachfrage nach Videochats in der Corona-Krise nicht dem Aufsteiger Zoom überlassen und kontert mit einem eigenen Angebot. Zoom hat in der Corona-Krise die tägliche Nutzeranzahl von zehn Millionen auf 300 Millionen steigern können.

26.04.2020

Für Investoren besonders schwierig.

Heute ist Sonntag. Zeit für ein kurzes Resümee. Japan macht es uns seit Ende der 1980er Jahre vor. Uns erwartet ein Umfeld aus tiefen Zinsen, niedrigen Wachstumsraten und geringer Inflation. Für Investoren gestaltet sich das Umfeld besonders schwierig. Schließlich gilt es am Ende des Tages ja immer noch, Erträge zu erwirtschaften. Der gesamte Anleihenmarkt beläuft sich auf knapp 100 Billionen US-Dollar. Das ist mehr als die jährliche Weltwirtschaftsleistung oder das Fünffache der BIP der EU. Eine unfassbar große Zahl. Der größte Anteil, also etwas mehr als zwei Drittel des Gesamtvolumens, entfällt auf Staatsanleihen, Tendenz stark steigend. Rund 25 % der Staatsanleihen weisen gegenwärtig eine negative Rendite auf. Für mehr als 80 % der Staatsanleihen wird der Investor mit weniger als 1 % entlohnt, und das alles vor Kosten und Steuern. Insofern ist es wenig verwunderlich, dass verstärkt in Risikoinvestments gedrängt wird. Der Grenznutzen weiterer Zinssenkungen der Notenbanken tendiert gegen Null. Es ist daher zu erwarten, dass diese mit „alternativen“ Maßnahmen wie Anleihenkäufen den Markt zu stützen versuchen. Die Bank of Japan (BoJ) ist mittlerweile sogar schon bereit, Aktien zu kaufen. Die G3-Notenbanken, also die US-Fed, die EZB und die BoJ, haben seit Februar ihre Bilanzsummen um über 3 Billionen US-Dollar aufgeblasen. Besonders aktiv war die amerikanische Notenbank, die ihre Bilanzsumme seit Februar um 50 % erhöht hat. Da sprechen wir immerhin von stolzen 2,2 Billionen US-Dollar. Japan nähert sich mittlerweile einer Verschuldungsquote in Relation zum BIP von 250 %. Ein Großteil wird von der eigenen Notenbank sowie von heimischen Investoren gehalten. Der Aktienmarkt konnte bereits die Hälfte der Covid-19 Verluste aufholen. Die Analysten haben die Gewinnerwartungen in den letzten Wochen deutlich zurückgenommen, und zwar viel schneller als zu Zeiten der Finanzkrise 2008. Die Rezession, der massive Anstieg der Arbeitslosenzahlen und die Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die Konsumenten wird eine tiefe Kerbe in die Unternehmensbilanzen schlagen. Wenn man als Investor langfristig den realen Geldwerterhalt bewerkstelligen will, wird man an einem Aktieninvestment wohl nicht vorbeikommen, selbst dann, wenn sich die gegenwärtig neutrale Bewertung aufgrund der zu erwarteten Gewinneinbrüche verteuern sollte. Abschließend noch ein Blick auf die Rohstoffe. Das Gold erfreut sich als „Kriseninvestment“ großer Beliebtheit und erreichte diese Woche auf Euro-Basis ein neues Allzeithoch.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Verwirrung gibt es um die angekündigten Sonderzüge, die rumänische 24-Stunden-Personenbetreuer per Korridorzug durch Ungarn zu ihren pflegebedürftigen Klienten nach Österreich bringen sollten. Rumäniens Transportminister will von der Vereinbarung nichts wissen, es gebe "bis dato keinerlei Vereinbarung auf Regierungsebene" zwischen Österreich und seinem Land – was Ministerin Edtstadler wiederum verwundert.
- Die für die kommende Woche geplante Änderung des Epidemiegesetzes weckt Befürchtungen beim SPÖ-Pensionistenverband, der vermutet, dass man Senioren von gewissen Veranstaltungen

fernhalten will.

- Seit 20. April läuft die zweite Phase des Härtefallfonds. Der bisherige Beobachtungs-zeitraum wird um weitere drei Monate bis zum 15. September verlängert. Als weitere Adaptierungen gilt ab sofort eine Mindestförderhöhe von 500 Euro pro Monat. Neu ist auch, dass eine Förderung aus dem Familienhärtefallfonds kein Ausschlussgrund mehr ist.
- Das Recht, von zu Hause aus arbeiten zu dürfen, möchte der deutsche Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) dauerhaft installieren. Die vielfach wegen der Corona-Krise genutzte Möglichkeit zum Homeoffice möchte er nun innerhalb von sechs Monaten zum Gesetz machen.
- Das erhöhte Kurzarbeitergeld und das längere Arbeitslosengeld in Deutschland kosten 2,6 Milliarden Euro. Die Arbeitsagentur dürfte daher wohl schneller als befürchtet auf Zuschüsse des Bundes angewiesen sein.
- In London haben die Berichte über häusliche Gewalt nach Angaben der Polizei in den vergangenen sechs Wochen um ein Drittel zugenommen.
- Russland und China nutzen die Corona-Krise nach Einschätzung der Europäischen Union unvermindert für Propaganda.
- Die Schulen in Italien bleiben bis zu den Sommerferien geschlossen und öffnen erst im September wieder.
- Trotz Kritik hat Australien am Sonntag eine Corona-Warn-App eingeführt, die auf freiwilliger Basis genutzt werden kann.
- China kontrolliert seine Bürger seit dem vergangenen Jahr mit einem Rating-System. Mit neuen Vorschriften sollen Polizisten ermutigt werden, Vergehen zu melden, die den "Sozialkredit" eines Bürgers betreffen könnten. Das Sozialrating wirkt sich auf den Zugang zu Arbeitsplätzen oder sozialen Diensten aus.
- Der weltweit führende Weizen-Exporteur Russland setzt seine Getreide-Exporte bis Anfang Juli aus.
- Im Iran bleibt die Regierung hart. Auch nach Beginn des Fastenmonats Ramadan bleiben trotz der Proteste alle Moscheen und Mausoleen geschlossen.
- Im besonders stark betroffenen Spanien dürfen heute Kinder erstmals nach sechs Wochen wieder ins Freie.

27.04.2020

Neue Woche, neues Glück.

Neue Woche, neues Glück. Heute erleben wir einen bullischen Start in die Börsenwoche. Die Covid-19-Zahlen sind weiter rückläufig und viele Länder verkünden Pläne, die Wirtschaft wieder hochzufahren. Selbst im krisengeschüttelten New York sollte es langsam wieder losgehen. In den frühen Morgenstunden hat zudem die japanische Notenbank angekündigt, weiterhin aggressiv japanische Staatsanleihen zu kaufen, und zwar ab sofort auch ohne Limit. In dieser Woche stehen außerdem noch Sitzungen der US-Fed am Mittwoch und der EZB am Donnerstag auf der Agenda. Auch die Berichtsaison nimmt so richtig Fahrt auf. Heute Morgen starteten bereits die Deutsche Bank und Bayer mit Zahlen, die über den Erwartungen lagen, wohingegen Adidas verlautbaren musste, dass das Ergebnis um 93 % eingebrochen sei. Im Laufe der Woche folgen u.a. noch die Tech-Granden Google, Amazon und Apple sowie BASF oder auch die Erste Bank. Analysten gehen davon aus, dass die Erträge in Europa heuer um 45 % einbrechen werden. 2021 wird eine Erholung von 40 % erwartet. Blöderweise allerdings, dank eines negativen Zinseszinseffektes, von einer niedrigeren Basis aus berechnet. Sollten sich diese Vorhersagen bewahrheiten, liegen wir 2021 immer noch 23 % unter dem 2019-er Ergebnis. Bis wir das Vorkrisenniveau erreichen, dürfte also noch viel Wasser die Mur hinunterfließen. Ein Blick über den Atlantik: Für US-Unternehmen wird mit einem Gewinneinbruch in Höhe von 33 % gerechnet. Wenn die Gewinne im Folgejahr um 55 % steigen, wären US-Unternehmen im Gegensatz zu den europäischen Unternehmen wieder über dem Vorkrisenniveau. Die Divergenz ist im Wesentlichen mit der unterschiedlichen Branchenstruktur zu begründen.

An den Börsen dominieren der Bulle und der Bär das Geschehen. Woher die symbolischen Begriffe, die seit Jahrhunderten so eng mit den Börsen verwoben sind, wirklich stammen, ist allerdings nicht eindeutig geklärt. Es könnte daran liegen, dass der Bär von oben nach unten schlägt und der Bulle mit seinen Hörnern von unten nach oben stößt. Einen weiteren Erklärungsversuch liefert der spanische Autor Don Joseph de la Vega, der im Jahre 1688 das wohl älteste Buch der Börse schrieb. Der Autor fühlte sich beim Besuch der Börse in Amsterdam an südamerikanische Stierkämpfe erinnert, die in manchen Arenen Bullen gegen Bären antreten ließen. Der Titel des ältesten Börsenbuches der Welt lautet: Die Verwirrung der Verwirrungen. Manche Dinge ändern sich anscheinend nie. Besser könnte man wohl auch die Geschehnisse des Jahres 2020 kaum zusammenfassen.

ie Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Ein Sitzungsprotokoll legt nahe, dass die österreichische Regierung die Angst der Bevölkerung vor einer Infektion mit dem Coronavirus bewusst geschürt haben könnte.
- Das Gesundheitsministerium hat klargestellt, dass private Treffen trotz der seit Mitte März geltenden Ausgangsbeschränkungen zulässig sind.

- Ein Viertel der 10- bis 19-jährigen Schüler wendet für das Home Learning weniger als 3,5 Stunden täglich auf. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universität Wien.
- Die sechs Wochen Lockdown haben tiefe Spuren am österreichischen Arbeitsmarkt hinterlassen. Zu den insgesamt 563.000 Arbeitslosen und Schulungsteilnehmern kommen bereits mehr als eine Million Menschen in Kurzarbeit. Branchen sind unterschiedlich stark betroffen. Während in Banken und öffentlicher Verwaltung noch immer mehr als 90 % der Arbeitnehmer beschäftigt sind, sind es in der Gastronomie nur mehr 22 %. Die Zahlen von Kurzarbeit stammen vom 20. April, die Arbeitslosenzahlen vom 30. März 2020. Es ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosenquote im April weiter steigen wird.
- Ab heute gilt in fast allen deutschen Bundesländern eine Maskenpflicht. Ein Vergehen wird in jedem Bundesland unterschiedlich geahndet. Während in Bayern oder Saarland saftige Bußgelder drohen, gibt es in Berlin bislang noch keinen Bußgeldkatalog.
- Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble wendet sich von dem politischen Weg Angela Merkels ab: „Wir dürfen nicht allein den Virologen die Entscheidungen überlassen, sondern müssen auch die gewaltigen ökonomischen, sozialen, psychologischen und sonstigen Auswirkungen abwägen. Zwei Jahre lang einfach alles stillzulegen, auch das hätte fürchterliche Folgen.“
- Adidas hat in der Corona-Krise vergeblich versucht, sich über eine Anleihe am Kapitalmarkt Geld zu verschaffen. Mit einem Überbrückungskredit konnte schlussendlich der Liquiditätsbedarf abgedeckt werden.
- Auch in der Schweiz häufen sich kritische Stimmen. „Weltwoche“-Herausgeber Roger Köppel stellt unter der Überschrift „Der Spuk muss ein Ende haben“ unbequeme Fragen: „Kann es sein, dass der Corona-Kurs ein tragischer Irrweg ist? Das Resultat einer medial-epidemiologisch befeuerten Politpanik, die Milliarden an Volksvermögen vernichtet und künftige Generationen auf Jahrzehnte hinaus belastet?“ Köppel weiter: „Wird der Corona-Frühling 2020 in die Geschichte eingehen als massenpsychologisches Hysteriephänomen, das mehr Existenzen ruiniert als die Krankheit, die allerdings ganzen Gesellschaften und ihren Regierungen vorübergehend den Verstand raubte?“

28.04.2020

Nährboden für Korruption.

Korruption hat es im wirtschaftlichen Leben schon immer gegeben und wird es vermutlich auch immer geben. Grundsätzlich gilt, dass mit zunehmendem Entwicklungsgrad eines Landes die Korruption abnimmt. Die Covid-19-Pandemie stellt uns vor viele wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme und ist ein Nährboden, auf dem Korruption gut gedeihen kann. Anti-Korruptionsexperten weisen bereits darauf hin, dass die globalen Rettungspakete förmlich dazu einladen, die Rahmenbedingungen etwas zu „strecken“ und zum eigenen Vorteil zu nutzen. Auch die Staatengruppe gegen Korruption (Greco), ein Gremium des Europarates, warnt davor, dass die Korruption im Gesundheitssektor deutlich zunehmen könnte. Das Ausmaß und der wirtschaftliche Schaden sind enorm. Die Schätzungen belaufen sich auf weltweit eineinhalb Billionen Dollar pro Jahr. Nur 12 Staaten dieser Erde weisen eine höhere jährliche Wirtschaftsleistung auf. Unglaublich, oder? Als Börsianer ist man zwangsläufig auch mit dem Thema Korruption konfrontiert. Spätestens dann, wenn man seine Fühler auch nach den Schwellenländern ausstreckt. Ein Emerging-Markets-Anleihen-Fondsmanager hat mir erzählt, dass der Kupon einer Anleihe Ende der 1990er Jahre auf dem Weg zur Auszahlungsstelle „gestohlen“ wurde. Der Fonds und damit seine Investoren fielen um die Zinszahlung um, da sich irgendwer die Zinszahlung eingesteckt hatte. Ich kann mir bildlich vorstellen, wie fassungslos der Fondsmanager gewesen sein muss, als er davon erfuhr. 2020 ist das undenkbar. Wobei ich mich selbst korrigieren muss. Undenkbar ist an den Finanzmärkten gar nichts. Das haben wir spätestens 2020 gelernt. Als Investor muss man aber nicht zwangsläufig in Unternehmen von Schwellenländern investieren, um vom höheren Wirtschaftswachstum profitieren zu können. Durch die Globalisierung sind die großen Unternehmen dort tätig, wo sie erhöhtes Wachstum und Geschäftspotenziale sehen. Die MSCI World-Unternehmen erwirtschaften mehr als 20 % ihrer Umsätze in Schwellenländern. Der Unternehmenssitz ist aber in einem Industrieland und als Investor genieße ich damit die erhöhte Rechtssicherheit. Das Thema Korruption wird man wahrscheinlich nie eliminieren können. Auch wenn es für den einen oder anderen naiv klingen mag, bin ich der festen Überzeugung, dass langfristig nur der ehrliche Weg zum Erfolg führen wird.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die österreichische Regierung kündigt an, dass die Ausgangsbeschränkungen mit 1. Mai beendet werden. Auch Versammlungen bis zu zehn Personen werden dann wieder erlaubt sein. Wenn man nicht im gemeinsamen Haushalt lebt, muss der Mindestabstand von einem Meter aber eingehalten werden. Ab 15. Mai erfolgt die Eröffnung der Gastronomie. Damit sei in Österreich die erste Phase des Shutdowns vorerst überstanden. Die zweite Phase der kontrollierten Öffnung sei bereits im Gange.
- Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) weist den nach Bekanntwerden eines Protokolls vom März gegen die Regierung erhobenen Vorwurf der Angstmache zurück. Die Diskussion darüber,

dass private Treffen durch die aktuellen Ausgangsbeschränkungen nicht verboten sind, findet Anschober "ein bisschen bizarr".

- Die Ökonomen der Bank Austria orten einen "beispiellosen Fadenriss" der Industrieentwicklung in Österreich und erwarten aufgrund des Nachfragekollaps "die historisch stärkste Verringerung der Produktion".
- Drastische Veränderungen in deutschen Innenstädten. Durch den vierwöchigen Shutdown habe der Einzelhandel bereits 30 Milliarden Euro verloren. Der Handelsverband Deutschland erwartet 50.000 Insolvenzen.
- Knapp 55 % der Unternehmen in Deutschland haben bereits Kurzarbeit angemeldet.
- Einen regulären Schulbetrieb für die rund elf Millionen Schüler in Deutschland wird es vor den Sommerferien laut den Ministern nicht geben. Nach dem jetzigen Stand sei dies aufgrund des Abstandsgebots von mindestens 1,50 Meter nicht möglich. Stattdessen sollen ein Mix aus Präsenzunterricht und Lernen daheim ausgebaut und digitales Lehren und Lernen weiterentwickelt werden.
- Um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise in Afrika abzufedern, sollen die EU-Staaten nach dem Willen von EU-Ratschef Charles Michel über einen möglichen Schuldenerlass beraten.
- Die "New York Times" berichtet über eine erstaunliche Entwicklung in Großbritannien. Demnach könnte das Jenner Institute der Universität Oxford womöglich bereits im September einige Millionen Dosen eines neuen Impfstoffes bereitstellen. Der Impfstoff wurde bereits an sechs Affen erfolgreich getestet.
- In den USA hat die Zahl der bestätigten Coronavirus-Infektionen die Marke von einer Million überschritten. Im besonders heftig betroffenen US-Bundesstaat New York ist die Zahl der neu in Krankenhäusern aufgenommenen Patienten seit dem Höhepunkt des Ausbruchs Anfang April um mehr als 70 % gesunken.

29.04.2020

Der Staat, der Retter in der Not.

Heute Nacht wälzte ich mich unruhig hin und her. Irgendwie konnte ich keine Ruhe finden. Aber auch daran habe ich mich in den letzten Wochen gewöhnt. Seit Mitte März sind wir in der Isolation. Das ist eine unfassbar lange Periode. Von der Dauer her sind das mehr als 10 % des Jahres 2020. Es erfüllt mich mit Freude, dass sich die scharfe Lockdown-Phase dem Ende zuneigt. Wie wird unser Leben in den kommenden Wochen ausschauen? Es fühlt sich irgendwie wie ein Neustart an. Die Herausforderungen bleiben, aber wenigstens kehrt wieder ein bisschen Normalität zurück. An Normalbetrieb ist aber sicher noch nicht zu denken und die Spuren der Covid-19-Pandemie werden uns in Form von Alltagsmasken oder Mindestabständen wahrscheinlich noch länger begleiten.

Die US-Märkte haben sich mit einem Tagestief in den Feierabend verabschiedet. Der Tech-Gigant Google präsentierte die Quartalszahlen und konnte außerbörslich deutlich zulegen. Das Ergebnis: Zwei starke Monate zum Jahresbeginn und ein Einbruch der Werbeeinnahmen im März. Aber zumindest etwas besser als von Analysten erwartet. Auch für das zweite Quartal wird mit einem schwachen Ergebnis gerechnet. Es ist anzunehmen, dass das ein Sinnbild der Berichtssaison sein wird. An den Finanzmärkten hat im April der Bulle das Kommando übernommen. In den letzten drei Monaten konnten die Branchen Pharma, Technologie und der Lebensmittelhandel den Gesamtmarkt deutlich übertreffen, wohingegen sich die Segmente Banken, Energie und Medien vergleichsweise schlecht entwickelten. Europäische Bankaktien haben in den letzten drei Monaten 24 % gegenüber dem Gesamtmarkt verloren und notieren derzeit bei lediglich 40 % ihres Buchwertes und damit so „billig“ wie seit 40 Jahren nicht mehr. Durch die Covid-19-Krise wird der Ruf nach einer führenden Rolle des Staates spürbar lauter. Für viele Menschen rücken Solidarität und Sozialstaat in den Vordergrund und verdrängen damit Freiheitsgedanken und die Konkurrenzgesellschaft. Der Staat, der Retter in der Not. Jüngstes Beispiel: Die Rettung oder doch nicht Rettung der Lufthansa. Besonders „hilfsbereit“ sind die USA. Für heuer wird ein Budgetdefizit von 19,2 % erwartet. Zur Erinnerung. Die Stabilitätsgrenze für den Euroraum wurde einst mit einem Defizit von 3 % festgelegt. Die Eurozone ist mit einem zu erwartenden Defizit von 9,5 % zwar deutlich „konservativer“ als die USA. Mancher „Maastrichter“ wird beim Anblick dieser Zahlen wohl trotzdem unruhig auf seinem Sessel hin und her rutschen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bundeskanzler Kurz kündigt ein „Comeback Österreichs“ an. Die Regierung hat drei Ziele definiert. Eine Steuerentlastung für arbeitende Menschen, eine Entlastung für die Wirtschaft und Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung und Regionalisierung.
- Das Veranstaltungsverbot für alle Großveranstaltungen gilt bis Ende August, aber auch für die Zeit danach sieht der Vizekanzler Werner Kogler noch wenig Licht.

- Neun von zehn österreichischen Unternehmen gehen laut WIFO davon aus, dass sie wegen der Corona-Krise heuer weniger Umsatz machen werden. Im Schnitt wird ein Umsatzrückgang von 20 % erwartet.
- Die deutsche Regierung rechnet infolge der Corona-Krise mit einer schweren Rezession in Deutschland. Sie erwartet in ihrer Frühjahrs-projektion, dass das BIP 2020 um 6,3 % sinkt.
- Inmitten der Diskussion um Kaufprämien für Neuwagen in Deutschland hat Bundeskanzlerin Merkel dazu aufgerufen, bei Konjunkturprogrammen dem Klimaschutz einen hohen Stellenwert einzuräumen.
- Der Berliner Flughafen Tegel soll nach dem Willen der Betreibergesellschaft vorübergehend vom Netz gehen. Damit will das Unternehmen auf die eingebrochenen Passagierzahlen in der Corona-Krise reagieren.
- Vor „drastischen Rückgängen“ im Bankgeschäft warnt die Deutsche Bank. Die Auswirkungen der Pandemie würden die Finanzbranche „hart treffen. Die Bank hat deshalb ihre Vorsorge für Kreditausfälle deutlich erhöht.
- Corona Kumar, Covid Marie und Lockdown: Unbeeindruckt von der Aussicht, dass ihre Kinder ein Leben lang mit einer tödlichen Pandemie in Verbindung gebracht werden, schlägt sich die Gesundheitskrise bei manchen Eltern in Asien auf die Namensgebung nieder.
- Ab Mai werden die Italiener die Tracking-App "Immuni" herunterladen können. Regierungskommissar Domenico Arcuri versicherte, dass es keine Probleme in Sachen Datenschutz geben werde.
- Durch den globalen Shutdown sind die Arbeitsmärkte weltweit eingebrochen. Fast die Hälfte der 3,3 Milliarden Arbeitskräfte weltweit seien in ihrer Existenz bedroht, berichtet die Internationale Arbeitsorganisation (ILO).
- Die US-Wirtschaft erlebt den tiefsten BIP-Einbruch seit 2008. Die Wirtschaft ist um 4,8 % geschrumpft, der private Konsum ist um 7,6 % eingebrochen. Das ist der tiefste Einbruch 1980. Auch die Unternehmensinvestitionen ging um 15,2 % zurück, wohingegen der Staatskonsum um 0,7 % zulegte. Der Jänner und der Februar waren noch gut. Der Höhepunkt der Rezession wird im zweiten Quartal erwartet.

30.04.2020

Die Ära der Tech-Giganten.

Der April neigt sich dem Ende zu und die Investoren können zufrieden auf die letzten Wochen zurückblicken. Die Finanzmärkte feierten nach den Kursverlusten im März ein beeindruckendes Comeback. Gestern legte Fed-Präsident Powell nochmals nach. Die Fed bleibt klar ihrer aggressiven Linie treu. Die Tech-Giganten Facebook, Microsoft und Tesla legten nachbörslich überraschend gute Zahlen vor und positive Nachrichten von Gilead Sciences, einem potenziellen Hersteller von Impfstoffen gegen Covid-19, sorgten für kräftigen Rückenwind. Als sichere Häfen für Euro-Investoren fungieren der Schweizer Franken, der US-Dollar, der japanische Yen und der chinesische Renminbi. Gegen diese Währungen wertete der Euro seit Jahresbeginn ab. Gegen alle anderen wesentlichen Währungen konnte der Euro an Wert gewinnen. Besonders stark haben die Ölwährungen, also der russische Rubel und die norwegische Krone, Federn lassen müssen. In der letzten Dekade erlebten wir eine wahre „Asset-Price-Inflation“. Vermögenswerte, ganz egal ob Immobilien oder Wertpapiere, verzeichneten starke Preisanstiege, und zwar deutlich mehr als die Inflation oder das Wirtschaftswachstum. Der S&P 500 ist in der letzten Dekade fünfmal stärker gestiegen als die US-Wirtschaft. Rund die Hälfte der Performance wird durch Unternehmensergebnisse untermauert, der Rest basiert auf einer teureren Bewertung und Dividendenausschüttungen. Die Kursanstiege europäischer Aktien waren nur halb so groß wie jene von US-Unternehmen. Bei einem Blick auf die Kontribution wird klar, warum das so ist. Nur 6 % der Kursanstiege sind mit Ergebnisverbesserungen zu begründen. Der Rest basiert auf einer teureren Bewertung und der Dividendenauszahlung. Die Umsätze der Unternehmen sind stark gestiegen. Nach der Finanzkrise ist der Anteil der MSCI World-Unternehmen, deren Umsätze um mehr als 8 % auf Jahresbasis angestiegen ist, von 30 % auf über 50 % gestiegen. Besonders gut entwickelten sich Tech-Aktien. Die Marktkapitalisierung der im Technologie-Index Nasdaq Comp. gewichteten Unternehmen entspricht in etwa jener des MSCI Worlds exklusive USA. Vor 10 Jahren waren es nur 25 %. Technologieunternehmen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Deren Leitunternehmen gehören längst zu den am teuersten bewerteten Unternehmen der Welt. Wir erlebten ein für Aktien ausgesprochen günstiges Umfeld dank expansiver Notenbanken, einem florierenden wirtschaftlichen Umfeld, fortschreitender Digitalisierung und einem niedrigen Zinsumfeld. Ich bin gespannt, was wir in 10 Jahren über die 2020er Jahre zu berichten haben.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bildungsminister Heinz Faßmann verlautbart, dass bei einem starken Infektionsanstieg eine erneute Schulschließung drohe.
- Finanzminister Blümel verkündet, dass die Mittel für Kurzarbeit auf 10 Milliarden Euro aufgestockt werden.
- Die EU-Kommission wird die Pläne eines billionenschweren Wiederaufbauplans erst Mitte Mai vorstellen.

- Bundeskanzlerin Angela Merkel tagt mit den Ministerpräsidenten der Länder. Es fielen keine weitreichenden Entscheidungen über Lockerungen. Laut Merkel sei die Gefahr durch die Corona-Pandemie noch lange nicht gebannt. Deshalb sei weiter Vorsicht geboten.
- Die deutsche Wirtschaft stellt sich robust dar und schrumpft im ersten Quartal mit 2,4 % viel langsamer als jene der Eurozone (-3,8 %).
- Die Bundesagentur für Arbeit berichtet, dass die Arbeitslosigkeit massiv zunehme und mittlerweile fast jeder dritte deutsche Beschäftigte, das sind gut 10 Millionen Menschen, zur Kurzarbeit angemeldet wurde. Detlef Scheele, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, spricht von der schwersten Rezession der Nachkriegszeit.
- Laut dem Statistischen Bundesamt hat sich der Einzelhandel unterschiedlich entwickelt. Zu den Gewinnern gehören Online-Händler und vor allem Supermärkte und Apotheken. Der Non-Food-Handel verzeichnet hohe Einbußen.
- Die Europäische Zentralbank geht von einer Schrumpfung der Wirtschaftsleistung in der Eurozone um bis zu 12 % aus.
- In den USA haben sich im Laufe dieser Woche 3,84 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Das ist im Vergleich zu den Vorwochen zwar ein Rückgang, allerdings haben wegen der Corona-Pandemie mittlerweile 30 Millionen Menschen ihren Job verloren. Zahlreiche Betriebe mussten zumindest vorübergehend schließen.
- US-Geheimdienste gehen nicht davon aus, dass das Coronavirus von Menschen erschaffen wurde.
- Präsident Trump verkündet dagegen, dass die US-Regierung Belege dafür hat, dass das Coronavirus aus einem Labor in Wuhan stammt. Trump erwägt nun neue Strafzölle gegen China.
- Die Pharmaindustrie arbeitet auf Hochtouren an einem Covid-19-Impfstoff. Gegenwärtig werden mehr als 140 Wirkstoffe getestet. Skeptisch äußerte sich die WHO. Die Suche nach einem Impfstoff in Europa sei noch ein weiter Weg.
- Der Video-Konferenz-Anbieter Zoom verlautbart, dass täglich 300 Millionen Menschen an Konferenzen teilnehmen.
- In Europa hat sich durch den Shutdown die Luftqualität verbessert. Die Stickstoffdioxid-Belastung ist um 40 % zurückgegangen. Die gesundheitlichen Vorteile kommen einer Vermeidung von 11.000 Todesopfern gleich.
- Russlands Regierungschef Michail Mischustin ist mit dem Coronavirus infiziert.

01.05.2020

Arbeitswelt definiert sich gerade neu.

Heute ist der Tag der Arbeit. Die Ursprünge dieses Feiertages reichen bis ins Jahr 1856 zurück. Damals gab es Massendemonstrationen der Arbeiterschicht, um den Achtstundentag durchzusetzen. 1886 rief die nordamerikanische Arbeiterbewegung am 1. Mai zum Generalstreik aus, um den Achtstundentag durchzusetzen. Blenden wir nach Chicago auf den Haymarket, wo August Spies am 1. Mai 1886 eine Rede hielt. Es folgte ein mehrtägiger Streik. Ein paar Tage später eskalierte die Gewalt. Nachdem die Polizei eine Versammlung gestürmt hatte, warf ein Unbekannter eine Bombe. Das anschließende Gefecht geht als „Haymarket Affair“ in die Geschichte ein. Es wurden mehr als 200 Arbeiter verletzt und knapp 30 Menschen getötet. Die Verschwörer wurden festgenommen und durch den Strang hingerichtet. Im Jahr 1889 wurde der 1. Mai zum „Kampftag der Arbeiterbewegung“ ausgerufen. In Österreich finden die Mai-Kundgebungen seit 1890 statt. Die große Veranstaltung am Wiener Rathausplatz fällt heuer aus. 2020 ist anders. Durch die Covid-19-Pandemie werden nicht nur die Mai-Aufmärsche abgesagt, sondern auch die Arbeitslosenzahlen in schwindelerregende Höhen getrieben. Dazu kommen Kurzarbeit und die Existenzprobleme der Kleinunternehmer. Der globale Shutdown hat uns auch gezwungen, unsere Arbeitsweise zu verändern. Homeoffice und Videokonferenzen sind plötzlich salonfähig geworden und wir haben in manchen Bereichen eine steigende Lernkurve erlebt. Ich bin davon überzeugt, dass sich viele dieser Errungenschaften auch in unserem Arbeitsleben nach Covid-19 wiederfinden werden. Es ist aber auch klar, dass nicht jeder sein Arbeitspensum im Homeoffice verrichten kann. In Fabriken kommen immer mehr Industrieroboter zum Einsatz. Diese sind „coronaresistent“ und benötigen keinen zusätzlichen Schutz. Selbst im Falle eines Shutdowns kann die Produktion weiterlaufen. Für 2020 und 2021 werden rund eine Million Industrieroboter weltweit installiert, mehr als zwei Drittel davon in Asien. Es ist davon auszugehen, dass die Durchdringung auch in den Folgejahren weiter ansteigt. Die Arbeitswelt definiert sich gerade neu. Das betrifft sowohl die Arbeitsweise als auch den Arbeitsort und die Arbeitszeit. Die Erfolgszutaten lauten: Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Bei aller Problematik bietet 2020 damit auch die Chance, einen Veränderungsprozess einzuleiten. Ich bin fest davon überzeugt, dass das sowohl für Arbeitnehmer als auch für Arbeitgeber viel Positives mit sich bringen kann.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Nach fast sieben Wochen Shutdown in Österreich dürfen ab morgen auch Einkaufszentren, Friseure und alle anderen Geschäfte wieder öffnen. Es herrscht Maskenpflicht und der Mindestabstand muss eingehalten werden. Jede Woche kostet den Handel in etwa eine halbe Milliarde Euro Umsatz. Die Lager sind voll und viele Einzelhändler versuchen bereits, ihre Ware mit Rabatten loszuwerden.
- Gesundheitsminister Rudolf Anschober hat verkündet, dass die Einreisebestimmungen nach Österreich aus den Nachbarländern verlängert werden. Erleichterungen gibt es u.a. für Pflege- und Gesundheitspersonal.

- Der Präsident der Wiener Industriellenvereinigung Christian Pochtler warnt Unternehmen davor, leichtfertig Hilfe anzunehmen. „Die Hilfe vonheute ist die Steuer von morgen."
- Hochbetrieb herrscht auf den österreichischen Tennisplätzen, die seit heute erstmals wieder ihre Tore öffnen.
- Bayerns Ministerpräsident Markus Söder wirbt um deutsche Österreich-Urlauber: „Wer Österreich genießen will, kann das auch in Bayern tun."
- Die deutsche Bundesregierung plant einen Direkteinstieg bei der Lufthansa und hat dafür Hilfen in Höhe von 10 Milliarden Euro vorgesehen.
- Auch die bundeseigene Deutsche Bahn gerät zusehends unter Druck und benötigt bis 2024 bis zu 10 Milliarden Euro Finanzhilfen.
- Deutsche Studenten, die sich aufgrund der Corona-Pandemie in Finanznöten befinden, können ein zinsfreies Darlehen bei der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beantragen.
- Die Krankenstände sind in der Corona-Krise stark angestiegen. Die Zahl der deutschen Arbeitnehmer, die arbeitsunfähig geschrieben wurden, ist von 1,5 Millionen im März auf 2,1 Millionen im April geklettert.
- EU-Wettbewerbskommisarin Margrethe Vestager befürchtet, dass sich die Ungleichgewichte in der EU durch die Corona-Krise ausweiten. Ausschlaggebend dafür seien unterschiedliche finanzielle Möglichkeiten zur Krisenbekämpfung.
- Europäische Staats- und Regierungschefs haben zu einer Sammlung von 7,5 Milliarden Euro für Impfstoffe und Arzneien aufgerufen.
- Die WHO will sich an den Ermittlungen zum Ursprung des Covid-19-Virus in China beteiligen und mit internationalen Partnern zusammenarbeiten. Peking wurde um eine „Einladung" gebeten.
- Die Regierung in Spanien erwartet einen Anstieg des Budgetdefizits auf mehr als 10 %.
- Die Unicef hat davor gewarnt, dass seit Ende März 80 % weniger Impfdosen geliefert wurden und es dadurch zu einer Unterbrechung der Kinderimpfungen gegen schwere Krankheiten in armen Ländern kommen werde.

02.05.2020

Moral Hazard an den Finanzmärkten.

Heute ist der erste Samstag im Wonnemonat Mai. Da kommt mir die alte Börsenweisheit „Sell in May and go away“ in den Sinn. Ob das auch 2020 ein guter Rat ist, kann ich natürlich nicht seriös beantworten. Nachdem die Börsen heute ohnehin geschlossen haben, möchte ich mich mit dem Thema Moral auseinandersetzen. An den Finanzmärkten gibt es den Begriff Moral Hazard. Damit ist das moralische Risiko oder die moralische Versuchung gemeint. Unternehmen oder Personen können sich aufgrund ökonomischer Fehlanreize verantwortungslos verhalten und versuchen ihren eigenen Gewinn zu optimieren. Ein Beispiel: In den Vorstandsetagen kann das Grundgehalt durch variable Gehaltsbestandteile noch deutlich erhöht werden. Als Vorstand bekommt man normalerweise einen Fünfjahresvertrag. Um das Unternehmen strategisch in die Zukunft zu führen, müssen natürlich auch Risiken eingegangen werden. Problematisch sehe ich es allerdings, wenn nicht die Unternehmenszukunft im Fokus steht, sondern die subjektive Bonus-Optimierung. Das wäre ein klassischer Fall von Moral Hazard. Die Geschäftsführung geht Risiken ein, die ein schlechtes Chancen-Risiko-Verhältnis aufweisen. Wenn es gutgeht, steht ein exorbitant großer Gewinn in Aussicht und damit natürlich auch entsprechende Bonuszahlungen. Es gibt mittlerweile unzählige Studien, die belegen, dass die Finanzkrise 2008 zumindest teilweise auf Moral Hazard zurückzuführen ist. In den USA stehen einige Hilfspakete für die krisengeschüttelten Airlines ante portas. In Summe stehen 50 Milliarden Dollar im Raum. Die Airlines haben akute Liquiditätsprobleme und stehen in der Kritik. In den letzten Jahren haben sie 42,5 Milliarden Dollar für Aktienrückkäufe ausgegeben. Das ist analog zur Dividende auch eine Art „Aktionärsvergütung“. Darüber wurde allerdings verabsäumt, Reserven zu bilden. Das Ausmaß der Aktienrückkäufe entspricht nahezu dem staatlichen Hilfspaket. Das Jahr 2020 steht zweifelsohne im Zeichen der Corona-Pandemie. Ein Hilfs- und Rettungspaket jagt das nächste. Der Begriff Moral Hazard ist natürlich auch auf politische Entscheidungsträger anwendbar. Der „Bonus“ ist die Wiederwahl und es stellt sich die Frage, wer einem näher steht, der Wähler von heute oder der Wähler von morgen. Nervös werde ich, wenn ich lese, dass der Generationenvertrag jetzt neu ausverhandelt werden müsse. Insofern ist hier sicher zum Schutz auch künftiger Generationen viel Fingerspitzengefühl vonnöten.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die Geschäftsöffnungen sorgen für einen großen Andrang. Laut Handelsverband rechnet der stationäre Handel jedoch auch im Mai mit einem Umsatzrückgang zwischen 30 % und 50 %. Es zeichnet sich eine Rabattschlacht ab, die die vielfach ohnehin geringen Deckungsbeiträge weiter sinken lässt.
- Problematisch für den Handel ist, dass die Gastronomie sich noch bis 15. Mai im Shutdown-Modus befindet. Laut einer Umfrage will nur ein Drittel der Österreicher bald ein Restaurant besuchen.

- Vizekanzler Werner Kogler relativiert seinen Vorstoß für eine Vermögenssteuer und weist darauf hin, dass dies erst in ein paar Jahren relevant sein werde.
- Wien gerät in den Fokus und wird zum Sorgenkind, da die Reproduktionsrate wieder konstant zu steigen beginnt.
- Die Corona-Krise führt zu einem Boom im Absatz von Tiefkühl-Pizzen. Die Hersteller Dr. Oetker und Wagner berichten, dass es zum Teil sogar zu Lieferengpässen gekommen ist. Besonders beliebt ist die Salami-Pizza.
- In Russlands Hauptstadt Moskau steigen die Covid-19-Infektionszahlen auf über 250.000, schreibt Bürgermeister Sergej Sobjanin. Im ganzen Land wurden bisher allerdings nur 114.000 Infektionsfälle gemeldet, darunter 57.300 in Moskau.
- Mehrere deutsche Wirtschaftsverbände fordern eine Entlastung bei den EU-Datenschutzvorgaben. Gerade in Krisenzeiten stellen unverhältnismäßige und praxisferne Bürokratievorgaben für Unternehmen eine noch höhere Belastung dar. Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten bleibt die DSGVO umstritten.
- 30 Thüringer wollen den österreichischen Wintersportort Ischgl wegen des Umgangs der Behörden mit der Pandemie verklagen. Damit beteiligen sie sich an einer Sammelklage des österreichischen Verbraucherschutzvereins, der mittlerweile 5.500 Touristen aus 40 Ländern gefolgt sind.
- Durch die Covid-19-Krise haben 43 % der Menschen in Deutschland ihr Zahlungsverhalten verändert und ihre Einkäufe vermehrt mit Giro- oder Kreditkarte bezahlt.
- Deutsche Flughäufen fordern weitreichende Staatshilfen, um den Einbruch kompensieren zu können. Für das Aufrechterhalten der Infrastruktur aller deutschen Airports entstehen Betriebs- und Vorhaltekosten von rund 170 Millionen Euro pro Monat, welche vom Staat abgegolten werden sollen.
- Der US-Staat Georgia hebt die Corona-Beschränkungen weitgehend auf und setzt auf die Eigenverantwortung der Bürger. Das Atlanta-Experiment hält selbst US-Präsident Donald Trump für verfrüht.
- Angesichts der Beruhigung in New York soll ein Corona-Feldlazarett im Central Park in den nächsten zwei Wochen wieder geschlossen werden.

03.05.2020

Licht und Schatten der Globalisierung.

Am Sonntag schlafen meine Kinder normalerweise etwas länger. Ich bin ein notorischer Frühaufsteher und genieße es, ein paar Stunden Zeit zum Nachdenken zu haben. Es ist ein kalter Morgen heute. Gerade lasse ich einen Espresso mit meiner vollautomatischen Kaffeemaschine . Ein wohltuendes Geräusch, wenn das Mahlwerk die Bohnen zerkleinert und eine heiße, schwarze Flüssigkeit in meine Tasse rinnt. Der Kaffee ist sicher weit gereist, ehe er den Weg in meine Tasse gefunden hat. Kaffee wird in 50 Ländern weltweit angebaut. Der größte Produzent ist Brasilien, der etwas mehr als ein Drittel des weltweiten Rohkaffees produziert. Weltweit leben rund 125 Millionen Menschen von der Kaffeeindustrie. Viele davon sind Kleinbauern – Familien, die sich durch den Kaffeeanbau ernähren. Diese Familien sind häufig sehr arm und nach Abzug der Produktionskosten bleibt wenig übrig. Bis der Kaffee in die Regale kommt, durchläuft er zahlreiche Zwischenstationen. Beim Bauern, der die Bohnen anpflanzt, pflegt und erntet, kommt nur ein geringer Anteil des Kaffeeumsatzes an. Allein fehlt oft der Zugang zu den Märkten. Durch den Zusammenschluss mehrerer Kaffeebauern zu Verbänden haben sie mehr Möglichkeiten. Sie können sich gegenseitig unterstützen, die Produktqualität durch Erfahrungsaustausch erhöhen und auch gemeinsame Absatzwege finden. Ich kann nur hoffen, dass mein Aufpreis auch wirklich beim Kaffeebauern ankommt. Durchschnittlich bekommen Kaffeebauern weniger als 5 Cent pro Tasse. Die Industriestaaten profitieren von der Produktion in ärmeren Ländern. Spitz formuliert könnte man auch anführen, dass wir unseren Wohlstand auf dem Rücken ärmerer Länder ausleben. Das sieht man auch am ökologischen Fußabdruck. Die Industrienationen verbrauchen die weltweit vorhandenen Ressourcen innerhalb von lediglich 7 Monaten. Gemeint sind dabei natürlich nicht sämtliche verfügbaren Ressourcen, sondern der Anteil, der sich innerhalb eines Jahres wieder regenerieren kann. Der Rest geht auf Kosten der Zukunft. Wenn die gesamte Welt den amerikanischen Traum leben würde, würden wir pro Jahr Planeten benötigen. Der sogenannte Erdüberlastungstag ist jener Tag, an dem die Ressourcen verbraucht sind. Im Vorjahr war das Ende Juli der Fall. Zum Zeitpunkt meiner Geburt, also vor etwas mehr als vier Jahrzehnten, reichten die globalen Ressourcen noch bis Anfang November. Das sind die Schattenseiten der Globalisierung. Mit der Globalisierung sind definitiv viele Vorteile verbunden. Die Frage muss aber erlaubt sein, ob sie in dieser Form auch zukunftsträchtig ist.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bundespräsident Alexander Van der Bellen meldet sich in einer Fernsehansprache zu Wort und versucht, den Österreichern Mut zuzusprechen. Die Shutdown-Phase seine eine „bittere Medizin“ und er gehe davon aus, dass Österreich auch den Wiederaufbau gut hinbekommen werde.
- Das Finanzministerium gibt an, dass bisher 190.500 Anträge eingegangen sind und Steuerstundungen im Ausmaß von 4,6 Milliarden Euro bewilligt wurden. 75 % der Anträge stammen von Kleinunternehmern mit weniger als 700.000 Euro Umsatz.

- Am Flughafen Wien haben ab morgen die Möglichkeit, einen PCR-Test für 190 Euro zu absolvieren. Das Ergebnis soll in maximal drei Stunden vorliegen. Bei einem negativen Befund erspart man sich die 14-tägige Quarantäne nach der Einreise.
- Die Deutsche Lufthansa, die Muttergesellschaft der AUA, rechnet mit einem baldigen Abschluss der Verhandlungen über das milliardenschwere Rettungspaket.
- Innenminister Seehofer und Außenminister Maas sind gegen eine vorschnelle Öffnung der deutschen Grenzen für Touristen.
- Die deutschen Wirtschaftsverbände fordern eine rasche Entscheidung zur Wiederbelebung von Industrie und Handel. Der bedeutende Automobilsektor fordert einen schnellen Beschluss für umfassende Kaufprämien, was wiederum von Umweltschützern in Anbetracht der Klimaschutz-Ziele stark kritisiert wird.
- Sachsen-Anhalt hat als erstes Bundesland die Kontaktbeschränkungen gelockert. Der Berliner Bürgermeister Michael Müller hat das nicht abgesprochene Vorpreschen sowie die schlechte Informationspolitik scharf kritisiert.
- In Deutschland dürfen die Friseursalons am 4. Mai wieder aufsperren. Männern fiel die friseurlose Zeit schwerer als Frauen. Jeder dritte Deutsche will bald nach der Wiedereröffnung einen Friseur aufsuchen.
- Frankreichs Wirtschaft gerät immer mehr unter Druck. Ökonomen des französischen Wirtschaftsinstituts OFCE schließen nicht aus, dass das BIP im 2. Quartal um 25 % einbrechen wird.
- In der Schweiz ist die Anzahl der neu zugelassenen Autos auf den tiefsten Stand seit der Ölkrise in den 1970er Jahren gesunken.
- Gestern hat Spanien die Covid-19-Maßnahmen gelockert, morgen endet die seit dem 9. März andauernde Ausgangssperre Italiens. Auch andere europäische Länder lockern ab morgen ihre Beschränkungen.
- Einige afrikanische Länder vertrauen auf ein angebliches Heilmittel gegen das Coronavirus, welches von der Regierung in Madagaskar verkauft wird. Laut Angaben der WHO gebe es aber keine Studien, die die Wirksamkeit des Medikaments belegen können.

04.05.2020

Eine tiefe Kerbe in den Bilanzen.

Heute schreibe ich 50. – insofern feiern wir ein kleines Jubiläum. Wie schnell doch die Zeit vergeht. Passend dazu erleben wir einen Schritt in die Normalität. Ab heute werden meine Frau und ich abwechselnd zwischen Büro und Homeoffice hin- und herwechseln. Unsere beiden Kinder, die in unterschiedliche Schulen gehen, sind noch zwei Wochen zuhause. Die Klassen wurden geteilt. In den verbleibenden acht Schulwochen haben unsere Kinder lediglich sechs gemeinsame Schultage. Die Einteilung ist selbst auf Rückfrage nicht verhandelbar. Insofern steht uns in den nächsten Wochen eine weitere Herausforderung bevor.

Schwenken wir vom Mikrokosmos meiner Familie in die große, weite Finanzwelt. Die Berichtssaison ist im vollen Gange. Die Gewinne der S&P 500-Unternehmen sind um rund 12 % „eingebrochen". Das ist der stärkste Rückgang seit der Finanzkrise 2007 bzw. 2008. War das schon alles? Im 4. Quartal 2007 gingen die Gewinne um 29 % zurück, im 4. Quartal 2008 sogar um 46 %. Es gibt aber zu damals einen wesentlichen Unterschied. 2020 sind bisher nur sehr wenige Unternehmen in die Verlustzone abgerutscht. Der große, globale flächendeckende Shutdown fand scheibchenweise statt und begann in vielen Ländern erst im März. In den Ergebnissen sind damit zumindest zwei Monate Normalbetrieb inkludiert.

Im April wurde de facto die Welt heruntergefahren. Insofern ist davon auszugehen, dass gerade das 2. Quartal eine tiefe Kerbe in die Unternehmensbilanzen schlagen wird. Das Ergebnis bekommen wir erst im Juli präsentiert. Normalerweise setzen Analysten die Prognosen bewusst eher tief an. Der Markt freut sich schließlich über positive Überraschungen. Die Gewinnerwartungen für den Index konnten in 44 Quartalen in Folge die Prognosen übertreffen. 2020 ist diese stolze Serie nun gerissen. Interessant finde ich auch einen weiteren Vergleich mit der Finanzkrise. Die Gewinne der Unternehmen sind damals auf Indexebene in Europa und Amerika um rund 40 % eingebrochen, die Aktienkurse um mehr als 50 % gefallen. 2020 haben Aktien in der ersten Phase rund ein Drittel ihres Wertes verloren, mittlerweile konnten knapp zwei Drittel der Verluste aber schon wieder aufgeholt werden. Der IWF spricht vom größten wirtschaftlichen Einbruch seit den 1930er Jahren. Es würde mich sehr freuen, wenn wir das Schlimmste an den Finanzmärkten bereits gesehen hätten. Überzeugung schaut aber definitiv anders aus.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die zweite Covid-19-Studie kommt zu dem Schluss, dass die Dunkelziffer in Österreich deutlich geringer ist als zuletzt angenommen.
- Am heutigen Tag haben die Schulen österreichweit für 100.000 Schüler, die eine Maturaklasse oder eine Abschlussklasse an Berufsschulen und Berufsbildenden Mittleren Schulen besuchen, wieder geöffnet.

- Die Arbeitslosenquote hat sich im April von 5,5 % auf 12,8 % mehr als verdoppelt. Aktuell sind 572.025 Österreich arbeitslos oder in Schulungen. Seit dem Höhepunkt Mitte April ist die Anzahl der Arbeitslosen etwas zurückgegangen. Zudem sind rund 1,25 Millionen Menschen in Kurzarbeit. Das ist die höchste Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg.
- In Österreich treten heute 2.350 Milizsoldaten ihren Dienst an, um im Assistenzeinsatz bei der Polizei Kapazitäten freizumachen. Das ist die größte Teilmobilmachung der Bundesheer-Miliz in der Geschichte Österreichs.
- Laut der Europäischen Entwicklungsbank steht Afrika vor einer tiefen Rezession. 20 Millionen Jobs sind damit massiv bedroht.
- Die EU-Kommission hat weltweit zu Spenden zur Covid-19-Bekämpfung aufgerufen. Die globale Allianz konnte 7,4 Milliarden Euro für die Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten einsammeln.
- Der deutsche Ökonom Jens Südekum geht davon aus, dass eine Woche Shutdown 35 Milliarden Euro kostet. Jeden Deutschen kostet ein Tag damit 60 Euro.
- In Deutschland dürften sich laut einer Studie der Uni Bonn rund 1,8 Millionen Menschen mit Covid-19 infiziert haben. Die sogenannte Heinsberg-Studie geht von wesentlich mehr Infizierten aus als das Robert Koch-Institut.
- Die Zahl der Gewinnwarnungen hat sich gegenüber dem Vorjahr verdoppelt und damit ein neues Rekordniveau erreicht. Aufgrund der Corona-Krise wagen viele Unternehmen aufgrund der Unsicherheiten keine Prognose.
- Nach wie vor gibt es keine Einigung zwischen der Lufthansa und den Vertretern der deutschen Regierung über die präzise Ausgestaltung der Staatshilfen. Unmittelbar vor der morgigen Hauptversammlung folgt der nächste Termin. Auch die Lufthansa-Tochter AUA verhandelt mit der österreichischen Regierung über Unterstützungsmaßnahmen.
- Der New Yorker Gouverneur Andrew Cuomo kündigt zwar eine schrittweise Lockerung der Corona-Maßnahmen an, will allerdings kein konkretes Datum nennen. Im ersten Schritt sollen ausgewählte Einzelhandelsgeschäfte, der Großhandel, Bauunternehmen und Warenproduzenten den Betrieb wieder aufnehmen.
- Laut dem Handelsberater Peter Navarro plant US-Präsident Donald Trump mehrere Dekrete, um beim Kauf medizinischer Geräte verpflichtend vorzuschreiben, dass diese „Made in USA“ sind

05.05.2020

Kluft wird deutlich sichtbar.

Gerade haben wir die erste Homeschooling-Einheit hinter uns gebracht. Während meine Kinder eine kurze Pause machen, bleibt mir Zeit, mich mit den Finanzmärkten auseinanderzusetzen. Alles wird gut. Das trifft zumindest auf US-Aktien zu, die sich gestern auf ihrem Tageshöchststand in den wohlverdienten Feierabend verabschiedeten. Europa hat es weniger gut erwischt. Nach dem saftigen Minus zum Wochenstart sind die Finanzmärkte heute zumindest im grünen Bereich. Diese Kluft wird auch bei einer Betrachtung seit Jahresbeginn deutlich sichtbar. Der S&P 500 verlor 12 %, der deutsche DAX mit 21 % nahezu doppelt so viel und der österreichische ATX mit 33 % fast dreimal so viel. Ein Blick auf die Zinslandschaft: Beim Kauf einer 10-jährigen Deutschen Bundesanleihe bezahlt der Investor gegenwärtig -0,6 %. Das ist um 0,4 % mehr als noch zu Jahresbeginn.

Das deutsche Bundesverfassungsgericht verkündete heute Vormittag sein Urteil, dass die Anleihenkäufe der EZB zum Teil gegen das deutsche Grundgesetz verstoßen. Die Auswirkungen sind noch umstritten. Noch mehr sind die Renditen 10-jähriger US-Staatsanleihen gefallen. Aktuell werfen sie eine Rendite von +0,6 % ab, das ist um 1,3 % weniger als Ende 2019. In Anbetracht dieser Renditen ist es kein Wunder, dass die Investoren vermehrt in schlechtere Bonitäten drängen. Im April konnten sich Unternehmensanleihen durchaus behaupten und nach den Kursverlusten im März eine ansehnliche Wertentwicklung verzeichnen. Viele Unternehmen berichten von Problemen, sich in der aktuell schwierigen Lage zu refinanzieren. Ausgenommen davon sind US-Unternehmen mit einem Investment-Grade-Rating. Das sind jene Anleihen, die von Rating-Agenturen mit einer „guten“ Bonität bewertet werden. Im Jahr 2020 haben diese rund 700 Milliarden US-Dollar eingesammelt. Interessanterweise entfielen davon 264 Milliarden allein auf den Monat März, als die Corona-Krise erstmals deutlich sichtbar wurde. 2020 nahmen die Emissionen damit um 63 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Das zeigt zum einen die Robustheit des Investment-Grade-Segments und ist zum anderen ein Beweis für das Vertrauen der Anleger. Für High-Yield-Unternehmen ist es deutlich schwieriger. Nur 2 % der Neuemissionen stammen aus diesem Bereich. Allerdings wird der High-Yield-Bereich in den nächsten Monaten durch die bevorstehende Herabstufungswelle deutlich anwachsen. Zum anderen ist aber auch festzuhalten, dass sich die Fundamentaldaten der Unternehmen damit verschlechtern. Denn eines ist klar: Am Ende des Tages muss das Geld auch zurückgezahlt werden.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Deutschland hat die Grenzkontrollen, die im März eingeführt wurden, bereits zum zweiten Mal bis Mitte Juni verlängert.
- Österreichs Umweltministerin Leonore Gewessler will die staatlichen Beihilfen für die Fluglinie AUA an Klimaauflagen koppeln. Es müsse in den Verhandlungen Bedingungen für den Standort, für

Arbeitnehmer sowie für den Klimaschutz geben. IV-Präsident Georg Kapsch warnte vor zu strengen Auflagen, da eine Umstellung Milliarden kosten und sehr lange dauern würde.

- Für Familien stellt der Corona-Shutdown eine besondere Herausforderung dar. DerzeitIn einem Drittel der Familien sind Mutter oder Vater bereits in Kurzarbeit, in 7 % der Fälle sogar beide Eltern. Jede dritte Familie weiß noch nicht, wie sie mit ihren Urlaubstagen über den Sommer kommt.
- Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat das billionenschwere Anleihe-Ankaufprogramm der Europäischen Zentralbank beanstandet und zum Teil als verfassungswidrig erklärt. Nachdem kein direkter Zugriff auf die EZB erfolgen kann, werden die Bundesregierung, der Bundestag und die Bundesbank in die Pflicht genommen. Die Auswirkungen sind umstritten. Erleichterung herrschte unter Ökonomen darüber, dass die Anleihenkäufe nicht grundsätzlich als Staatsfinanzierung gewertet wurden. Die EZB muss eine Verhältnismäßigkeit dokumentieren und prüfen. Zudem wurde der EuGH kritisiert, da das Gericht trotz Bedenken der Verfassungsrichter im Jahr 2018 der EZB attestiert hatte, innerhalb ihrer Vorgaben zu agieren.
- Spekulationen über eine Impfpflicht gegen Covid-19 hat die deutsche Regierung entschieden zurückgewiesen. Minister Spahn wiederholte seine Einschätzung, dass sich die allermeisten Bürger freiwillig gegen das Coronavirus impfen lassen würden.
- Bayerns Ministerpräsident Markus Söder verkündete den Exit-Plan für Bayern. Die wochenlangen Ausgangsbeschränkungen werden aufgehoben und Schulen und Kitas ab der kommenden Woche wieder öffnen. Die Biergärten dürfen ab 18. Mai wieder aufsperren, Hotels ab dem Pfingstwochenende.
- Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach verkündete via Twitter, dass er einen regulären Unterricht für mindestens ein Jahr für unmöglich erachte.
- In Italien hat die zweite Phase der Lockerungen mit beträchtlichen Preiserhöhungen begonnen. Besonders betroffen sind Lebensmittel, öffentliche Verkehrsmittel und Agrarprodukte. Auch der beliebte Espresso und Cappuccino konnte sich der Preissteigerung nicht entziehen.
- Großbritannien hat Italien als jenes Land in Europa abgelöst, welches die meisten Corona-Todesopfer zu beklagen hat.

06.05.2020

Paukenschlag ist rasch verpufft.

Heute ist ein großer Tag. Nach langer Zeit darf ich mein Homeoffice erstmals wieder verlassen. Ich freue mich schon sehr darauf, meine Kollegen und langjährigen Wegbegleiter endlich wieder persönlich zu treffen und in vertraute Gesichter zu blicken. Nach all den Wochen fühlt es sich aber irgendwie seltsam an. Ob es nur mir so geht? Die Finanzmärkte sind passend dazu in Party-Laune. Selbst der Ölpreis konnte in den letzten Tagen deutliche Kurssprünge verzeichnen. Nach all den Kursverlusten ist das wahrlich wie Balsam auf die Seele. An den Märkten keimt die Hoffnung auf, dass die Kürzungen der OPEC+ im April endlich greifen und die Überkapazitäten schnell abgebaut werden können. Ich persönlich bin diesbezüglich noch etwas skeptisch. Ein Nachfrageschub von Seiten der Wirtschaft ist nur bei einer signifikanten Erholung zu erwarten, und die sehe ich beim besten Willen (noch) nicht. Insofern prognostiziere ich – zum Leidwesen aller Umweltschützer – noch länger billige Preise an den Tankstellen.

Der Paukenschlag, den uns das Bundesverfassungsgericht aus Karlsruhe gestern beschert hat, ist an den Märkten relativ rasch verpufft. Das Anleihenkaufprogramm sei zwar nicht verfassungskonform, allerdings steht der weiteren Aktivität der EZB wenig entgegen. Schließlich fehlt nur die Begründung seitens der Notenbank in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit der getätigten Maßnahmen. Und diesbezüglich bin ich guter Dinge, dass die Notenbanker das mit guten Argumenten untermauern können. Sollte die Deutsche Bundesbank wirklich ausscheren müssen, betrifft das rund ein Viertel des Kaufprogramms. Betroffen davon wären vor allem Peripheriestaaten wie Italien oder Spanien, die in diesem Falle wohl mit höheren Renditen und damit auch höheren Finanzierungskosten konfrontiert werden würden. Diese Woche wurde von der Rating-Agentur S&P eine Analyse der Herabstufungen veröffentlicht. Durch die Corona-Pandemie und den Ölpreisverfall wurden vor allem die Sektoren Energie und Banken mit einer Rating-Verschlechterung konfrontiert. Knapp 150 Banken und nahezu ebenso viele Energieunternehmen wurden herabgestuft. Wenn man das allerdings auf die Anzahl der Emittenten bezieht, führen die Automobil- und die Medienbranche das Feld an. Mehr als 80 % der Automobilhersteller und rund 75 % der Medienunternehmen wurden bereits zurückgestuft. Neben dem Reputationsverlust gehen für die betroffenen Unternehmen damit auch erhöhte Fremdkapitalkosten einher. Und das wird den Druck auf die Bilanzen zusätzlich erhöhen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- In Österreich sind laut Angaben des Gesundheitsministeriums erstmals seit Mitte März weniger als 1.500 Menschen aktuell am Covid-19-Virus erkrankt.
- In Österreich hat sich laut einer repräsentativen Umfrage der Donau-Universität Krems die Häufigkeit depressiver Symptome durch die Corona-Krise vervielfacht.

- An Österreichs Schulen werden nach wie vor sehr wenige Kinder betreut. Auf eine Klasse mit 25 Schülern ist lediglich ein Kind anwesend.
- In Österreich werden die Grenzkontrollen zu den Nachbarstarten bis Ende Mai verlängert.
- Die EU-Kommission erwartet einen Rückgang des BIP in Höhe von 7,7 % und damit eine beispielhafte Rezession. Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni sagte: „Europa erlebt einen wirtschaftlichen Schock, der seit der großen Depression ohne Beispiel ist."
- Italien, eines der beliebtesten Urlaubsländer Europas, fordert gesamteuropäische Regeln für den Tourismus, um einheitliche Schutz- und Gesundheitsstandards gewährleisten zu können.
- Bundeskanzlerin Angela Merkel verhandelt mit den Länderchefs über das weitere Vorgehen in der Corona-Krise. Deutschland kann sich auf erhebliche Lockerungen einstellen. Die Kontaktbeschränkungen werden allerdings bis zum 5. Juni verlängert.
- Berater des Wirtschaftsministeriums raten dazu, die deutschen Sommerferien zu verkürzen und einen Teil der verlorengegangenen Unterrichtszeit nachzuholen.
- In Berlin dürfen ab dem kommenden Samstag die Einzelhandelsgeschäfte ohne Einschränkungen öffnen. Zudem werden ab 11. Mai die Schulen für weitere Klassenstufen öffnen. Ziel ist es, bis spätestens 29. Mai für alle Schüler Präsenzunterricht anbieten zu können.
- Die griechische Regierung rechnet mit einem durch die Corona-Krise verursachten Verlust für die Tourismus-Branche in der Höhe von 22 Milliarden Euro.
- Der Iran hat die magische Schwelle von 100.000 Infizierten überschritten und zählt damit zu den am stärksten betroffenen Ländern in der Nahost-Region.
- Die Weltgesundheitsorganisation warnt vor zu hohen Erwartungen an die Corona-App. Um den Schutz vor Infektionen zu gewährleisten, müssen zumindest 60 % der Bevölkerung daran teilnehmen.
- Die New Yorker U-Bahn hat das erste Mal in ihrer Geschichte den 24-Stunden-Dienst auf unbestimmte Zeit eingestellt. Problematisch war, dass sich in den vergangenen Wochen viele Obdachlose in den Zügen eingerichtet hatten.

07.05.2020

Japan-Szenario wird wahrscheinlicher.

Es ist fünf Uhr morgens. Die kalte Morgenluft wirkt belebend und unterstützt die aufputschende Wirkung meines Espressos. Mein gewohntes Umfeld hat mich wieder. Nach einem Tag in „Freiheit“ ist mein Wirkungskreis für heute wieder An den Finanzmärkten trübte sich die Stimmung in den späten Handelsstunden etwas ein. Die Kampfrhetorik rund um den Konflikt zwischen den USA und China in Bezug auf den Ursprung des Coronavirus sorgte an den Börsen für miese Laune. Der stellvertretende Vorsitzende der US-Notenbank Richard H. Clarida dämpfte die Euphorie und verpasste den Märkten zudem eine kalte Dusche. Er verkündete, dass es ab jetzt an der Politik liege, für weitere Stimulationspakete zu sorgen, die die Wirtschaft so dringend benötige. In Europa sieht Frankreichs Notenbankchef und EZB-Ratsmitglied Francois Villeroy de Galhau die Europäische Zentralbank weiter unter Zugzwang, die Inflation zu erhöhen. Na ja, wen wundert’s? 2020 ist anders! Ein brummender Wirtschaftsmotor hört sich anders an. Ein japanisches Szenario mit niedrigen Zinsen, hohen Schulden, einer sehr niedrigen Inflation und geringen Wachstumsraten wird immer wahrscheinlicher. Japan ist nach den USA und China immerhin die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und kommt seit Ende der 1980er Jahre nicht mehr so richtig auf Touren. Der hohe Schuldenberg, der sich bereits auf 238 % der jährlichen Wirtschaftsleistung beläuft, belastet die dortige Wirtschaft enorm. In Europa sorgt die Verschuldung in Italien bereits für Sorgenfalten, obwohl diese „nur“ bei 135 % liegt, Tendenz stark steigend. Wie passt das zusammen? Die japanische Notenbank hält knapp 50 % der ausstehenden Staatsanleihen. Laut Angaben des japanischen Finanzministeriums werden weniger als 10 % der Staatsschulden vom Ausland gehalten. In Italien ist der Anteil doppelt so groß. Italiens Glück ist damit deutlich enger mit ausländischen Geldgebern verwoben als jenes von Japan. Zudem fehlt Italien sowohl die „eigene“ Notenbank als auch die Möglichkeit, mit Währungsabwertungen gegen die Krise anzukämpfen. Insofern ist es wenig verwunderlich, dass Ministerpräsident Giuseppe Conte so vehement Corona-Bonds fordert. Auch die USA benötigen dringend Geld, um die Stimulationsprogramme finanzieren zu können. Im 2. Quartal sollen 3 Billionen US-Dollar an neuen Anleihen begeben werden. Das ist mehr als die Gesamtverschuldung Italiens. Die Renditen beginnen sich ganz allmählich wieder nach oben zu bewegen. Die US-Fed steht aber wahrscheinlich schon in den Startlöchern, um etwaige Löcher zu stopfen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Vizekanzler Werner Kogler und Finanzminister Gernot Blümel haben verlautbart, dass Unternehmen einen Fixkostenzuschuss beantragen können. Dieser kann abhängig von den Umsatzeinbußen bis zu 75 % betragen.
- Die Austrian Airlines gerät immer mehr unter Druck. Ein Überleben ohne staatliche Unterstützung scheint nicht mehr möglich. Damit verbunden ist aber auch eine Standort-Garantie. Es ist ein

radikaler Jobabbau geplant. Auch die Belegschaftsvertreter bieten Sanierungsbeiträge an. Eine Insolvenz kann nicht mehr ausgeschlossen werden.

- Der deutsche Innenminister Horst Seehofer spricht sich gegen eine rasche Grenzöffnung aus. Mit einer Entscheidung über die weitere Vorgehensweise sei im Laufe der kommenden Woche zu rechnen.
- Die deutsche Bundesliga nimmt am 15. Mai den Spielbetrieb wieder auf und wird die laufende Meisterschaft fortsetzen.
- Der deutsche Autokonzern VW baut eine derzeit nicht genutzte Fabrik in Südafrika in ein Corona-Krankenhaus um. Das Land zählt zu den am stärksten betroffenen Ländern in Afrika.
- 81 % der deutschen Internetnutzer haben innerhalb der letzten Wochen in Bezug auf die Corona-Pandemie schon einmal Desinformationen bemerkt.
- Im schwer betroffenen Großbritannien gerät Premierminister Boris Johnson mit seinen Plänen für eine Lockerung der Ausgangsbeschränkungen unter Druck. Er hatte angekündigt, dass erste Lockerungen schon am Montag in Kraft treten könnten.
- Die englische Notenbank rechnet mit der schlimmsten Rezession ihrer 325-jährigen Geschichte.
- Frankreich beginnt ab 11. Mai mit schrittweisen Lockerungen.
- In Italien verlangen viele der 20 Regionen von Ministerpräsident Giuseppe Conte, Bars, Restaurants und Friseure früher als geplant am 1. Juni wieder zu öffnen.
- Laut WHO könnte die Corona-Pandemie ohne Kontrolle und Schutzmaßnahmen in den 47 afrikanischen Ländern im ersten Jahr bis zu 190.000 Todesopfer fordern.
- Die Welttourismusorganisation geht davon aus, dass die Umsätze der Branche aufgrund des internationalen Einbruchs des Reiseverkehrs um bis zu 80 % einbrechen werden.
- In den USA haben in der vergangenen Woche 3,17 Millionen Menschen den Erstantrag auf Arbeitslosigkeit gestellt. In den vergangenen sieben Wochen haben 33 Millionen Amerikaner oder 22 % der Beschäftigten ihren Job verloren.
- Die amerikanische Notenbank rechnet mit einer Arbeitslosenquote von 23 %. Im Februar betrug die Quote noch 3,5 %.

08.05.2020

Ein Irrsinn, der niemanden überrascht.

Traditionell ist der erste Freitag des Monats aus Börsensicht ein besonders wichtiger. Streng genommen ist heute nicht der erste Freitag, aber am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, haben andere Themen im Vordergrund gestanden. Mit Spannung erwarten Journalisten, Investoren und Fondsmanager die Zahlen, die pünktlich um 14:30 Uhr über die Bildschirme flimmern. Seit dem Jahr 1998 starre ich nun Monat für Monat auf diese Zahlen – ganze 264 Mal mittlerweile! Aber so nervös wie heute war ich noch nie. In Zeiten der Corona-Pandemie wird die Arbeitslosigkeit sprunghaft ansteigen. Am Vormittag lag die Arbeitslosenquote noch bei 4,4 %. Das ist durchaus überschaubar, oder? Diese Zahl repräsentiert allerdings den Wert per 31. März 2020. Und da war die Welt in den USA noch in Ordnung. Die Bureau of Labor Statistics (BLS) veröffentlicht die Arbeitslosenquoten seit dem Jahr 1948. Der absolute Höchstwert lag bei 10,8 %. Aber was verbirgt sich genau hinter dieser Zahl? Die dahinterliegende Zahl basiert auf einer Schätzung. Seit 1940 wird eine Umfrage unter 60.000 US-Haushalten mit rund 110.000 Personen durchgeführt. Die USA wird in 2.000 Sub-Samples untergliedert, innerhalb dieser die Umfrageteilnehmer ausgewählt werden. Bei jeder dieser monatlichen Umfragen wird ein Viertel des Samples verändert, um eine gewisse Stabilität vorweisen zu können. Als unemployed oder arbeitslos werden jene Personen erfasst, die aktuell arbeitslos, auf Jobsuche und auch verfügbar sind. Alle drei Kriterien müssen erfüllt sein. Das kann das Bild deutlich verfälschen, gerade dann, wenn in wirtschaftlich schlechten Zeiten die Aussicht auf einen Job sehr gering ist. All jene, die innerhalb der letzten 4 Wochen nicht aktiv einen Job gesucht haben, werden nämlich in dieser Statistik nicht erfasst. Schließlich werden nur die „aktiv“ Suchenden auch wirklich in die Statistik aufgenommen. Fest steht jedoch schon jetzt: Die Arbeitslosenquote wird explodieren und den bisherigen Höchstwert deutlich übertreffen. Die Initial Jobless Claims werden jeden Donnerstag veröffentlicht. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie haben immerhin 33,5 Millionen Amerikaner einen Erstantrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt. Das sind 22 % der arbeitenden Bevölkerung. Am Nachmittag ist es endlich soweit. Die Unsicherheit und das bange Warten hat ein Ende. Die Arbeitslosenquote ist von 4,4 % auf 14,7 % explodiert. Ein Irrsinn – aber überrascht hat es trotzdem niemanden! 2020 ist schließlich anders.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bundeskanzler Sebastian Kurz kündigt ein Wirte-Paket an, dass der Gastronomie durch die Krise helfen soll. Für die Gastro-Öffnung am 15. Mai wird eine Verordnung veröffentlicht. Es wird keine Registrierungs-pflicht der Lokalbesucher geben, um eine Reservierung wird allerdings „gebeten“.
- Ab 18. Mai öffnen die Schulen. Es dürfen maximal 18 Schüler pro Klasse anwesend sein und es wird keinen Turn- und Musikunterricht geben. Das Sitzenbleiben an den Volksschulen ist nun doch möglich. In den Oberstufen dürfe man auch an Nachmittagen und Samstagen unterrichten.

- Das deutsche Bundesamt gibt an, dass die Exporte im März um 11,8 % gegenüber dem Vormonat eingebrochen sind.
- Bundesgesundheitsminister Jens Spahn warnt erneut davor, die Covid-19-Krise in Deutschland bereits als erledigt zu betrachten. Man sei zwar auf einen guten Weg, müsse aber mit dem Virus leben.
- Die EU-Kommission will den Einreisestopp in die EU um 30 Tage bis 15. Juni verlängern.
- EZB-Präsidentin Christine Lagarde geht davon aus, dass die Euro-Länder im Kampf gegen die Corona-Pandemie neue Schulden in Billionenhöhe werden aufnehmen müssen. Für 2020 rechnet die EZB mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 8 %.
- Die Euro-Finanzminister einigen sich auf die Ausgestaltung der milliardenschweren Rettungspakete aus dem Eurorettungsschirm ESM. Die Kreditlinie hat einen Umfang von bis zu 240 Milliarden Euro und ist Teil des 500-Milliarden-Euro-Pakets, welches auch Unterstützung für Kurzarbeitsprogramme sowie Unternehmenskredite vorsieht. Die ESM-Kredite sollen für direkte und indirekte Gesundheitskosten der Corona-Krise verwendet werden und bis zu 2 % des BIP betragen.
- Die spanische Hauptstadt Madrid, die am schwersten betroffene Region des Landes, wird von den am Montag beginnenden Lockerungen des Lockdowns ausgeschlossen.
- Chinas Regierung will eine von der Weltgesundheitsorganisation geleitete Untersuchung auf eine offene, transparente und umfassende Weise unterstützen. In den vergangenen Tagen ist der internationale Druck gestiegen, die Herkunft des Coronavirus zu untersuchen.
- In den USA ist die Arbeitslosigkeit auf 14,7 % gestiegen und liegt damit auf den höchsten Wert seit Beginn der Aufzeichnungen nach dem Zweiten Weltkrieg.
- In Weißrussland hat sich Präsident Alexander Lukaschenko mit einem Kuss-Ratschlag an die Bevölkerung gewendet: „Wenn du bereits jemanden geküsst hast, mach mal weiter.“ Der Mann solle aber bitte nicht noch mit anderen Frauen anbandeln, da so das Virus verbreitet werde.

09.05.2020

Höherer Schuldenstand frei Haus.

Die Branchenzusammensetzung der Aktienindizes hat sich gewandelt. In Europa ist der Healthcare-Sektor im Vormarsch. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Gewichtung auf 18 % verdoppelt. Entgegen dem amerikanischen Trend ist der Technologiesektor im MSCI Europa „nur“ mit 6 % gewichtet. Das ist zwar immer noch doppelt so viel wie noch vor fünf Jahren, zeigt aber einmal mehr die europäische Problematik auf. Zu Zeiten meines Berufseinstiegs dominierte der Bankensektor die globalen Indizes. Im breiten europäischen Index war der Finanzsektor vor der Finanzkrise noch mit 23 % gewichtet. Seit damals hat der Bankensektor massiv an Bedeutung verloren. Aktuell sind Banken „nur“ mehr mit 7 % gewichtet. Die Branchenstruktur führte dazu, dass europäische Aktien im Vergleich zu amerikanischen Unternehmen trotz fundamental billigerer Bewertung deutlich an Boden verloren. Die Gewinne in Europa liegen Ende 2019 weniger als 2 % über den Niveaus von 2007verglichen mit den 15 % in Asien oder den 90 % der S&P 500-Unternehmen. Nur weil Unternehmen gute fundamentale Kennzahlen haben, lässt das trotzdem nicht Scharen an Investoren herbeieilen. Im S&P 500 dominieren FAAMG-Aktien, die aktuell 20 % des Gesamtmarktes ausmachen. Mit Facebook, Amazon, Apple, Microsoft und Alphabet (Google) handelt es sich dabei ausschließlich um Tech-Unternehmen. Der europäische Stoxx-600 gewichtet GRANOLAS am stärksten. Gemeint sind die Unternehmen GlaxoSmithKline, Roche, ASML, Nestlé, Novartis, Novo Nordisk, L‘Oreal, LVMH, AstraZeneca, SAP und Sanofi. Die Gewichtung beläuft sich auf 24 % und reicht vom Luxusgüterhersteller bis zum Healthcare-Unternehmen. Einzelne Länder haben politisch völlig unterschiedlich auf die Krise reagiert. Besonders „aggressiv“ gehen die USA vor. Das Budget-Defizit wird 2020 auf 3,8 Billionen Dollar oder um 18,7 % des BIP ansteigen. Das wäre in Europa undenkbar. Bisher ist das US-Defizit noch nie über die 10-Prozentschwelle gestiegen. Auch das verdeutlicht das Ausmaß der gegenwärtigen Krise deutlich. Ein höherer Schuldenstand wird frei Haus mitgeliefert. In Zeiten des Niedrigzinsniveaus ist das zwar (noch) kein Problem, aber in Europa wächst die Kluft zwischen den einzelnen Ländern weiter. Während Länder wie Italien bereits jetzt mit hohen Schuldenquoten und damit geringeren Handlungsspielräumen kämpfen, ist die Situation in anderen Ländern wie Deutschland oder Österreich noch relativ „komfortabel“. Welche Strategie sich langfristig als erfolgreicher herausstellen wird, wird uns wohl erst die Zukunft weisen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Für Bundeskanzler Sebastian Kurz ist die Europäische Union eine der größten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts und eines der erfolgreichsten Friedensprojekte Europas. Um Zukunftsfragen zu lösen, benötige es eine starke Union. Viele Probleme wurden in der Corona-Krise offensichtlich und es wäre an der Zeit, den EU-Vertrag neu auszuverhandeln.
- Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) warnt vor einem massiven Krankenkassen-Defizit. Die Zahl der Arztbesuche ist seit Mitte März massiv gesunken: Bei praktischen Ärzten um 20 bis 25 %,

bei Fachärzten bis zu 50 %. Die Arbeit der Ärzte wird pauschal mit 80 % der Vorjahreshonorare abgegolten. Die Ärztekammer warnt deshalb vor Versorgungsproblemen, da in vielen Regionen die Infrastruktur nicht werde aufrechterhalten können. Zudem seien Ärzte wichtige Arbeitgeber. Allein am niedergelassenen Bereich hängen 25.000 Jobs.

- Das deutsche Robert Koch-Institut (RKI) gab an, dass die Reproduktionszahl wieder über die kritische Marke von 1 gestiegen sei. Dieser Wert gibt an, wie viele Menschen ein Infizierter durchschnittlich ansteckt.
- Bundeskanzlerin Angela Merkel sichert der Kulturbranche weitere Unterstützung zu. Es sind Konzepte geplant, wie mit Hygiene- und Sicherheitsbestimmungen auch Theater, Konzerthäuser, Opern und andere Kulturstätten wieder öffnen können.
- Spaniens Regierungschef Pedro Sánchez appelliert an die 47 Millionen Einwohner, auch weiterhin alles zur Eindämmung der Pandemie beizutragen. In Spanien haben sich knapp 224.000 Menschen angesteckt und es sind 26.500 Todesfälle zu beklagen. Damit gehört Spanien zu den Ländern, die weltweit am schwersten betroffensind.
- Das französische Parlament hat der Verlängerung des nationalen Notstands bis zum 10. Juli endgültig zugestimmt. Der Ausnahmezustand wurde Ende März ausgerufen und war ursprünglich auf zwei Monate befristet. Auf lediglich vier Regionen entfallen 75 % der im Krankenhaus behandelten Fälle. Dies sind: Großraum Paris, Grand Est, Auvergne-Rhône-Alpes und Hauts-de-France. Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian fordert im Bereich Gesundheit künftig eine bessere Zusammenarbeit in Europa.
- Die Air France führt für Passagiere Fiebermessungen und Maskenpflicht ein. Die systematischen Fiebermessungen werden über kontaktlose Infrarot-Thermometer erfolgen. Wenn die Körpertemperatur 38 Grad übersteigt, kann das Boarding verweigert werden. Das Flugticket wird dann kostenlos auf einen späteren Zeitpunkt umgebucht.

10.05.2020

Enorme Divergenzen im Rohstoffsektor.

Die Gewinner des Jahres 2020 sind schnell ausfindig gemacht. Investoren, die ihr Geld in US-Staatsanleihen oder Gold angelegt hatten, können sich seit Jahresbeginn über zweistellige Wachstumsraten freuen. Besonders stark in Mitleidenschaft gezogen ist dagegen nahezu der gesamte Rohstoffsektor. Der Bloomberg Commodity Index verlor heuer bereits mehr als 20 %. Im Gegensatz zu Aktieninvestments kam es im April aber zu keiner Erholung. Das ist irgendwie eigenartig, da ja beide Asset-Klassen sehr konjunktursensitiv sind. Der Rohstoffpreis notiert damit ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2009. Ein langfristig orientierter Investor hat damit in einer Dekade mit einem Rohstoffinvestment real Geld verloren. Innerhalb des Rohstoffsektors gibt es große Divergenzen. Während Edelmetalle zulegen konnte, verloren der Agrarsektor und Basismetalle knapp 20 %. Im Energiesektor haben sich die Kurse 2020 mehr als halbiert. Besonders getrieben wurde diese Entwicklung vom Ölpreisverfall. Das ist ein Indiz dafür, dass es um die wirtschaftliche Lage alles andere als gut bestellt ist. Die Preisentwicklung ist aber nicht nur für Investoren, sondern auch für einzelne Staaten von großer Bedeutung, vor allem für jene, die einen großen Anteil der Einnahmen aus Rohstoffexporten beziehen. Da hätten wir z.B. Venezuela, das 97 % der Deviseneinnahmen durch den Verkauf von Öl und anderen Rohstoffen einnimmt. Das BIP ist bereits im ersten Quartal um 27 % zurückgegangen. In absoluten Beträgen ist die Wirtschaftsleistung des Landes seit 2014 um mehr als 40 % geschrumpft und liegt nur unwesentlich über dem Niveau von 2007. In Kombination mit einem Budgetdefizit in Höhe von 30 % und einer Inflationsrate von 2.430 % steht das 32-Millionen-Einwohnerland am wirtschaftlichen Abgrund. Aber auch andere lateinamerikanische Länder wie Argentinien, Brasilien, Chile oder Peru weisen eine hohe Rohstoffintensität auf. Derzeit besitzen 65 Länder aktive Staatsfonds, die per Ende 2019 Vermögenswerte von 8,3 Billionen US-Dollar verwalteten. Gespeist werden diese von „Rohstoffländern“ oder Staaten mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen. Der größte Brocken entfällt auf China mit 2,6 Billionen US-Dollar. Aber auch andere Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate (1,2 Billionen US-Dollar) oder Norwegen (1,0 Billionen US-Dollar) haben beträchtliche Vermögen angespart. Viele ärmere Länder aus Asien oder Lateinamerika verfügen dagegen über keinerlei Rücklagen und unterliegen dadurch verschärften Bedingungen. Wie heißt es so schön: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die „Neue Zürcher Zeitung“ attestiert Bundeskanzler Sebastian Kurz „autoritäre Züge“ in seiner Politik der Corona-Krise. Kurz wolle „schneller, besser, schlauer als die anderen in Europa“ sein.
- Vizekanzler Werner Kogler stellt 700 Millionen Euro für gemeinnützige Organisationen, mit dem auch Kulturvereine unterstützt werden sollen, in Aussicht.
- Die Finanzpolizei hat in Österreich 1946 Schwerpunktkontrollen durchgeführt und 460 Übertretungen gegen Kurzarbeit festgestellt.

- Für viele Deutsche bedeutet die Corona-Krise erhebliche Verluste. Ein Fünftel der Bevölkerung muss mit weniger Geld auskommen. 4,2 % der Deutschen verzeichnen sogar erhebliche finanzielle Einbußen. Für 2,6 % oder 2,1 Millionen Menschen seien diese sogar existenzbedrohend.
- Jedes fünfte Unternehmen des deutschen Mittelstands hat bereits einen Förderkredit beantragt und etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen hat bereits Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt.
- US-Finanzminister erwartet eine Verschlimmerung der Lage auf den Arbeitsmarkt und eine Arbeitslosenquote von mehr als 20 %.
- Ex-Präsident Barack Obama kritisiert Nachfolger Donald Trump für seine Corona-Politik. Obama sprach im Umgang mit der Pandemie von „absolut chaotischen “.
- Der britische Statistiker David Spiegelhalter von der University of Cambridge kritisierte die Kommunikationsstrategie der Regierung und sprach von einem „Zahlentheater“ eines PR-Teams anstatt seriöser Informationen. Spiegelhalter hatte sich bereits Ende April in einem Gastbeitrag beim „The Guardian“ gegen das direkte Gegenüberstellen von Opferzahlen verschiedener Länder ausgesprochen, da die Unterschiede in der Erhebung nicht berücksichtigt würden.
- Der britische Premierminister Boris Johnson kündigte an, ein neues Covid-Arlarmsystem einführen zu wollen. Auf dessen Basis sollen die weiteren Maßnahmen festgelegt werden.
- Die japanische Regierung hat den Notstand eigentlich bis 31. Mai verhängt und erwägt nun eine vorzeitige Aufhebung am kommenden Donnerstag.
- Die schwedische Regierung kündigt an, Unternehmen, die in der Corona-Krise Dividenden ausschütten, keine staatliche Unterstützung zu gewähren.
- Facebook und Google , dass sie die Homeoffice-Regelungen für ihre Mitarbeiter bis Ende des Jahres verlängern. Die Büros sollen Anfang Juli wieder bezogen werden können, es stehe aber den Angestellten frei, noch bis Jahresende von zu Hause aus zu arbeiten. Google beschäftigt 100.000 Mitarbeiter, Facebook rund 45.000.

11.05.2020

US-Streit mit China im Fokus.

Das Leben nimmt langsam wieder an Fahrt auf. Mit dem heutigen Tag werden die Corona-Maßnahmen in vielen Ländern Europas gelockert. Die Finanzmärkte starten gemächlich in die neue Woche. Die befürchtete Herabstufung Italiens durch die Rating-Agentur Moody's ist ausgeblieben. Die japanische Regierung hat angekündigt, einen neuen Rettungsschirm verabschieden zu wollen. Dabei sollen Unternehmen, die mit starken Umsatzeinbußen und hohen Mietpreisen sowie Studenten, die ihre Teilzeitjobs aufgrund der Corona-Krise verloren haben, unterstützt werden. In Südkorea sind erstmals Mai-Zahlen veröffentlicht worden. In den ersten 10 Tagen gingen die Exporte um 46,3 % bzw. die Importe um 37,2 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Positive makroökonomische Zahlen sind in den nächsten Monaten wohl nicht zu erwarten. An den Finanzmärkten ist auch der aufkeimende Streit zwischen China und den USA wieder verstärkt in den Fokus gerückt. China hält aktuell rund 1,1 Billionen US-Dollar Treasury Bonds. Das Volumen der gehaltenen Staatsanleihen hat sich in den letzten 15 Jahren mehr als vervierfacht. China ist damit hinter Japan der zweitgrößte Gläubiger der USA. China hat damit durchaus einen Vermögenswert mit Drohpotenzial in der Hand. Wenn China jetzt beginnen würde, die Märkte mit amerikanischen Staatsanleihen zu schwemmen, könnte das für erhebliche Marktturbulenzen sorgen. Eines scheint fix: China will künftig den Fokus verstärkt auf Diversifikation der Devisenreserven legen und wird den Anteil an US-Staatsanleihen in den kommenden Jahren reduzieren. Diese Handlung ist gewissermaßen auch ein Selbstschutz. Es halten sich Gerüchte, dass die Trump-Regierung erwäge, ihre Verbindlichkeiten gegenüber China als Vergeltung für dessen „Corona-Schuld", einfach zu annullieren und nicht zurückzuzahlen. Wenn das wirklich einträfe, würde das die Finanzmärkte wahrscheinlich bis ins Mark erschüttern. Die Rating-Agenturen Fitch und Moody's bewerten die USA mit einem „AAA"-Rating. Auch S&P, der Dritte im Bunde, vergibt mit „AA+" eine hervorragende Note. Wenn jetzt „willkürlich" entschieden wird, welchem Gläubiger die USA das Geld zurückzahlen wird, hätte das einen brutalen Vertrauensverlust zur Folge, gerade dann, wenn es sich bei dem Land um die USA handelt. Der daraus resultierende Schaden ist nicht abzuschätzen. Das dürfte selbst für Donald Trump eine zu heiße Kartoffel sein. Die USA wird wahrscheinlich erneut mit der Zollkeule in den Handelskrieg mit China ziehen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Heute Morgen ist der erste Korridorzug mit Pflegepersonal aus Rumänien in Österreich mit 80 vorwiegend weiblichen 24-Stunden-Betreuerinnen eingetroffen. In Österreich sind 33.000 Menschen auf diese Betreuung angewiesen.
- Sebastian Kurz kündigte an, dass die österreichische Regierung der Gastronomie mit Steuererleichterungen unter die Arme greifen will. Es steht ein Hilfspaket im Ausmaß von 500 Millionen Euro im Raum. Im Rahmen des Maßnahmenpaketes soll etwa die Umsatzsteuer für nicht-alkoholische Getränke gesenkt werden.

- Die Apothekerkammer hat vor Medikamentenfälschungen gewarnt. Der illegale Handel mit gefälschten Arzneien nehme in der Corona-Krise zu.
- Aufgrund der Corona-Krise könnten die deutschen Steuereinnahmen bis 2024 um 330 Milliarden Euro einbrechen.
- Die Deutsche Bahn soll durch einen Bundeszuschuss von fast 7 Milliarden Euro gerettet werden. Damit sollen mehr als die Hälfte des zu erwartenden Schadens in Höhe von 13,5 Milliarden Euro ausgeglichen werden.
- Deutschland will die Start-up-Szene vorerst mit 2 Milliarden Euro unterstützen. 70 % der Start-ups sind in ihrer Existenz bedroht.
- Mit dem heutigen Tag haben die stark betroffenen Länder Spanien, Frankreich und Belgien ihre Corona-Maßnahmen etwas gelockert. Die Franzosen dürfen das erste Mal seit acht Wochen ohne Auflagen ihre Häuser verlassen.
- In Italien stehen 270.000 Betriebe aus den Branchen Handel, Gastronomie und Dienstleistungen und damit jedes zehnte Unternehmen vor dem Aus.
- China räumt Schwachstellen im eigenen Gesundheitssystem ein, die durch Covid-19 aufgedeckt wurden. Es wird daran gearbeitet, die „Mängel bei der Prävention großer Epidemien“ auszumerzen.
- Amnesty International warnt vor Risiken für Persönlichkeitsrechte und Datenschutz durch die Verwendung von Corona-Tracking-Apps. Derzeit sind 41 Tracking-Apps in 30 Ländern im Einsatz. Amnesty plädiert für eine Freiwilligkeit. In Kasachstan, Indien, der Türkei und Argentinien ist die Verwendung für zumindest Teile der Bevölkerung Pflicht.
- Der weltweit größte Kreditversicherer Euler Hermes warnt aufgrund der tiefen Rezession vor einer gewaltigen Insolvenzwelle. Die Allianz-Tochter geht davon aus, dass die Insolvenzrate global um 20 % steigen wird.
- Saudi-Arabien kämpft mit dem Ölpreisverfall. Um die Budgetlöcher zu stopfen, wurde die Mehrwertsteuer um das Dreifache erhöht. Besonders betroffen sind ärmere Bevölkerungsschichten.

12.05.2020

Vom Boom der „nachhaltigen“ Investments.

Heute sitze ich mit meinem Espresso auf unserem Küchentisch. Mein Blick schweift aus dem Fenster und bleibt am saftigen Grün der Wiese kleben. Grün ist auch die Farbe des nachhaltigen Investierens. Der Bereich des nachhaltigen Investierens rückt immer mehr in den Fokus der Investoren. Global betrachtet werden rund 30 Billionen US-Dollar nachhaltig investiert. Ziel ist es, durch die bewusste Steuerung von Finanzmitteln einen positiven Beitrag zu leisten. Aber was ist eigentlich nachhaltig? Diese Frage ist nur sehr individuell zu beantworten. Im Finanzbereich spricht man von einem ESG-Investment. „E“ steht für Environment oder Umwelt, „S“ für Soziales und „G“ für Governance oder Unternehmensführung. In Europa wird der Fokus klar auf den Bereich „E“ gelegt. Dieser Bereich kann z.B. durch den CO2-Beitrag des Portfolios im Vergleich zu einem Referenzindex abgedeckt werden. Im angelsächsischen Raum liegt der Fokus eher im Bereich der Unternehmensführung. Interessant sind auch die Unterschiede in Europa. Während beispielsweise in Frankreich Atomenergie als grüne Energie eingestuft wird, ist sie in Österreich oder Deutschland aus nachhaltiger Sicht ein „No-Go“. Als Portfoliomanager hat man im Wesentlichen drei unterschiedliche Möglichkeiten, ethisch-nachhaltigen Aspekten Rechnung zu tragen. Man kann Schlechtes ausschließen, Gutes fördern oder mit Unternehmen in einen Dialog eintreten, um positive Aspekte zu fördern. Im Bereich der Ausschlusskriterien können auf Länderebene Themen wie das Militärbudget, Anwendung der Todesstrafe, hohe Korruption oder die Verletzung von Menschenrechten abgedeckt werden. Auch auf Unternehmensebene können viele Ausschlusskriterien angewendet werden. Darunter fallen Themen wie z.B. Massenvernichtungswaffen, Agrogentechnik oder Nuklearenergie. Wenn der Aspekt Gutes zu fördern im Vordergrund steht, werden jene Unternehmen ausgewählt, die sich unter nachhaltigen Gesichtspunkten besonders hervorheben. Sei es durch ihre Produkte, ihre Unternehmensführung oder auch durch ihren sozialen Beitrag. Nachhaltigkeit per se ist gewissermaßen ein Wohlstandsthema. Grundsätzlich steigt die Bedeutung mit dem Entwicklungsgrad einer Volkswirtschaft. Durch die Covid-19-Krise stehen wir vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denenandere Themen in den Fokus rücken. Durch die EU-Regulative ist der Trend Richtung Nachhaltigkeit aber klar vorgezeichnet. Ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Bereich weiter an Bedeutung gewinnen wird. Und das ist gut so.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- In Österreich sind 1,8 Millionen Menschen arbeitslos oder in Kurzarbeit. Die Kurzarbeit soll Kündigungen vermeiden. Es steht laut Angaben von Arbeitsministerin Christine Aschbacher eine Verlängerung im Raum.
- Der Handelsverband fordert die Ausgabe von Schecks von zumindest 500 Euro an alle Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich, um den Konsum anzukurbeln.

- Die Wirtschaftskammer hat aus dem Härtefonds 160 Millionen. Euro an 153.000 Selbstständige ausbezahlt. Die Mittel aus dem Härtefallfonds sind zur Abdeckung der Lebenshaltungskosten österreichischer Unternehmer vorgesehen.
- Das Parkhotel in Graz verschenkt am Pfingstwochenende seine Zimmer und Suiten an Touristen, um auf die prekäre Situation der Hotellerie-Branche aufmerksam zu machen.
- In Deutschland ist die Anzahl der Mini-Jobs seit Ende März um 220.000 gesunken. Im gewerblichen Bereich sind immer noch 6,38 Millionen Beschäftigte mit 450-Euro-Jobs gemeldet.
- Die deutsche Finanzaufsicht BaFin meldet, dass die Corona-Krise zahlreiche Betrüger auf den Plan rufe. Laut BaFin-Chef Thorsten Pötzsch werde unter anderem versucht, illegal an Förderkredite zu gelangen.
- Die EU-Kommission fordert die Mitgliedsstaaten auf, den kontrollfreien Schengenraum nach und nach wieder zu gewährleisten und die Grenzkontrollen aufzuheben.
- In Europa wird Kurzarbeit in vielen Staaten als Alternative zu Kündigungen eingeführt. In den EU-Ländern und der Schweiz befinden sich gegenwärtig 50 Millionen Menschen in Kurzarbeit. Frankreich mit 11,3 Millionen führt vor Deutschland (10,1 Millionen.) und Italien (8,3 Millionen.) das Ranking an. Gemessen an der Beschäftigungsanzahl liegt die Schweiz mit 48,1 % vorn.
- Der norwegische Staatsfonds ist mit 900 Milliarden Euro der größte Pensionsfonds der Welt. Seit mehr als 20 Jahren legt der Fonds Norwegens Öl-Einnahmen für künftige Generationen an. Zur Stützung der Wirtschaft in der Corona-Krise will die Regierung heuer 38 Milliarden Euro abziehen.
- Südkorea setzt nach einem erneuten Anstieg der Neuinfektionen auf die Auswertung von Handy-Daten.
- Der Internationale Währungsfonds (IWF) wird in Anbetracht der Covid-19-Krise die Wachstumsprognosen nochmals senken. Nach Angaben der IWF-Chefin Kristalina Georgiewa sind die einlaufenden Daten vieler Staaten schlechter als die ohnehin pessimistischen Projektionen.
- Nach Einschätzung des Beraters von Donald Trump und Gesundheitsexperte Anthony Fauci dauert es noch, bis ein Covid-19-Impfstoff entwickelt und auf dem Markt ist.

13.05.2020

Was den Ernst der Lage verdeutlicht.

Die Finanzmärkte sind gegenwärtig in eine Konsolidierungsphase eingetreten. Nach den heftigen Kursverlusten im März konnte ein Großteil der Verluste bereits wieder aufgeholt werden. Der technologielastige Nasdaq-Composite ist seit Jahresbeginn sogar im Plus und US-Aktien notieren bereits wieder auf dem Niveau vom August 2019. An die Finanzmärkte scheint der Optimismus zurückgekehrt zu sein, ganz im Gegensatz zur Realwirtschaft. IWF-Chefin Kristalina Georgiewa hat bereits angedeutet, dass die makroökonomischen Indikatoren in vielen Ländern deutlich schlechter aussehen als die ohnehin schon pessimistischen Prognosen vermuten ließen. Der IWF wird daher im Juni den Wirtschaftsausblick voraussichtlich noch einmal reduzieren müssen. Das ist eine harte Ansage, die den Ernst der Lage verdeutlicht. Die Realwirtschaft und die Finanzwirtschaft klaffen wie die Gesteinsschichten des Grand Canyon auseinander. Interessantes bringt auch eine Umfrage zum Konsumverhalten der US-Bürger im April zu Tage. 45 % der Konsumenten mit einem Jahresbruttogehalt von weniger aus 50.000 Dollar wollen weniger ausgeben. Bei Personen mit einem Jahresgehalt von mehr als 150.000 Dollar sind es schon 67 %. Je höher das Einkommen, desto mehr werden die Ausgaben zurückgefahren. Über eine steuerliche Anpassung verfügt der Staat durchaus über Einflussmöglichkeiten und kann die Zielgruppe bewusst steuern. Um vermehrt reichere Bevölkerungsschichten zu belasten, bieten sich z.B. Vermögenssteuern, Kapitalertragssteuern, Erbschaftssteuern oder Immobiliensteuern an. Die Hebelwirkung solcher Maßnahmen ist allerdings gering. Die breite Masse kann durch ein Heben oder Senken der Umsatzsteuer be- oder entlastet werden. Dieser Steuer kann sich nahezu niemand entziehen, schließlich will das eigene Leben auch finanziert werden. In Österreich wurde in den vergangenen Tagen die Steuer auf nicht-alkoholische Getränke von 20 auf 10 % reduziert. Ziel ist es, der angeschlagenen Gastronomie zu helfen. Saudi-Arabien leidet unter dem Ölpreisrückgang und hat im Gegensatz dazu die Mehrwertsteuer verdreifacht, um Budgetlöcher zu stopfen. Gerade ärmere Bevölkerungsschichten verwenden einen hohen Teil ihrer verfügbaren Mittel für die Finanzierung ihres Lebens. Darunter fallen z.B. Wohnungskosten oder auch Lebensmittel. Je höher das Einkommen, desto geringer ist also die Be- oder Entlastung einer Mehrwertsteueränderung. Und anders als bei der Vermögensbesteuerung ist eine Steuerflucht in ein Steuerparadies nicht möglich.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Finanzminister Gernot Blümel meldet ein voraussichtliches Defizit von 8 % nach Brüssel. Kurioserweise soll der Nationalrat das Bundesbudget 2020 auf Basis der Berechnungen vor der Corona-Krise beschließen. Hier ging man noch von einem Nulldefizit aus. Die Opposition übt scharfe Kritik, allerdings ohne Ergebnis.
- Laut dem österreichischen Finanzministerium wird heuer auf gesamtstaatlicher Ebene mit Mindereinnahmen in Höhe von 11,5 Milliarden Euro gerechnet. Dazu kommen noch Mehrausgaben

von zumindest 30 Milliarden Euro. Die Staatsschuldenquote wird wieder deutlich über 80 % steigen. Von den 38 Milliarden Euro, welche von der Bundesregierung als Hilfspaket verabschiedet wurden, seien bereits 19 Milliarden geflossen, davon 9 Milliarden für Kurzarbeit, 5 Milliarden für Steuerstundungen und 3,3 Milliarden für Garantien. Es wird darauf hingewiesen, dass seitens des Finanzministeriums vermutlich keine der gemeldeten Zahlen gehalten werden kann.

- Der deutsche Arbeitskreis Steuerschätzungen tagt im Beisein von SPD-Finanzminister Olaf Scholz. Für das Jahr 2020 sieht es düster aus. Es wird mit 120 Milliarden weniger Steuereinnahmen gerechnet.
- Die deutsch-österreichische Grenze soll ab 15. Juni wieder geöffnet werden. Bereits seit 8. Mai gibt es nur noch stichprobenartige Kontrollen. Auch Deutschlands Grenzübergänge nach Frankreich und in die Schweiz werden wieder geöffnet. Eine Einreise ist allerdings nur eingeschränkt erlaubt.
- Das österreichische Kleinwalsertal ist nur über Bayern zu erreichen. Aufgrund der geschlossenen Grenzen sind die 5.000 Einwohner seit bald 7 Wochen in Quarantäne. Bundeskanzler Kurz kommt zu Besuch und hält eine kurze Rede. In den Videoaufnahmen wird deutlich, dass der strafbewehrte Mindestabstand meist nicht eingehalten wurde. Das sorgt für Irritationen. Zudem kündigt ein Neos-Abgeordneter eine Anzeige gegen Kurz an.
- US-Präsident Donald Trump will ab Herbst die Schulen wieder komplett öffnen und trotz der Warnungen von Experten einen vollen Schulbetrieb gewährleisten. Die Entscheidung liegt bei den Gouverneuren der 50 Bundesstaaten.
- 27 Millionen Amerikanern droht laut einer Studie der Kaiser Family Foundation der Verlust der Krankenversicherung. Für viele Menschen endet mit dem Jobverlust auch das Versicherungsverhältnis, da sich die Menschen die Prämien nicht mehr leisten können.
- Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa kündigt wegen der verheerenden wirtschaftlichen Folgen eine Lockerung der seit sieben Wochen bestehenden Restriktionen an.

14.05.2020

Heilige Corona, steh uns bei.

Heute ist der Tag der Heiligen Corona. Dabei handelt es sich um eine frühchristliche Märtyrerin und die Patronin des Geldes, der Fleischer und der Schatz-gräber. Corona bedeutet auf deutsch „Krone“ und das wiederum ist die Bezeichnung vieler Währungen. Insofern ist es naheliegend, dass der heiligen Corona das Patronat der Geldangelegenheiten zugesprochen wird. Schatzgräber im herkömmlichen Sinn gibt es im 21. Jahrhundert wahrscheinlich nur wenige. An den Börsen dieser Welt tummeln sich aber mit Sicherheit einige ihrer Zunft, immer auf der Suche nach dem goldenen Tipp und dem schnellen Geld. Diesen Teil der Marktteilnehmer würde ich aber in die Rubrik der Zocker und Glücksspieler einordnen. An den Börsen hat sich die Stimmung wieder etwas eingetrübt. Die US-Märkte gehen am Tagestief raus und auch Europas Börsen öffnen im tiefroten Bereich. Dr. Anthony Fauci, Berater und renommierter Immunologe, hat den Märkten eine kalte Dusche verpasst. Er warnte vor einer zu schnellen Abkehr von den Eindämmungsmaßnahmen. Durch eine zu schnelle Öffnung erhöhe sich die Wahrscheinlichkeit einer zweiten Infektionswelle, und diese werde noch mehr Leid und Tote bringen. Zudem meldete sich Fed-Chef Jerome Powell zu Wort und zeichnete ein düsteres Bild. Auch wenn die Prognosen sehr unsicher seien, seien die Abwärtsrisiken sehr hoch. Die US-Wirtschaft benötige dringend weitere fiskalpolitische Impulse, um einen langfristigen wirtschaftlichen Schaden abwenden zu können.

Im Mai beginnt die Dividendensaison. Unternehmen schütten Teile ihrer Gewinne an die Aktionäre aus. Mehr als 80 % der Aktien in Deutschland und der Schweiz halten an ihrer Dividendenpolitik trotz der Corona-Krise fest. Eine andere Strategie verfolgen Unternehmen in England oder Schweden, wo mehr als die Hälfte der Unternehmen die Dividendenzahlungen eingestellt oder zumindest verschoben haben. Die Europäische Zentralbank hat Banken bereits aufgefordert, Dividenden und Aktienrückkäufe zur Vergütung von Aktionären temporär auszusetzen, um die eigene Kapitalbasis zu stärken. Auch haben einige Regierungen die Ausschüttungen staatlicher Hilfen daran gekoppelt, dass keine Dividenden ausgeschüttet werden dürfen und die Managerboni deutlich reduziert werden. Das ist ein Aspekt, den ich aus moralischen Gründen durchaus nachvollziehen kann. Es ist unvorstellbar, dass ein generationenübergreifendes Familienunternehmen in Zeiten einer großen Krise an Gewinnausschüttungen denkt, oder? Abschließend bleibt noch zu bitten: Heilige Corona, steh uns bei.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die Österreichische Bundesbahn (ÖBB) kündigt an, ab dem kommenden Montag wieder mit dem Regelfahrplan unterwegs zu sein.
- Der Tiroler Landtag will das Krisenmanagement des Landes zur Causa Ischgl von einer Untersuchungskommission prüfen lassen. Der pensionierte Strafrichter Josef Geisler sagt die Leitung ab.

- Ein Großteil der österreichischen Eltern will ihre Kinder zur Schule gehen lassen, lediglich 7 % wollen das nicht.
- Die Kosten für das Corona-Hilfspaket summieren sich laut dem deutschen Finanzministerium bereits auf 453,4 Milliarden Euro. 156 Millionen werden durch neue Schulden finanziert.
- Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) warnt davor, dass es bis zu fünf Jahre dauern könnte, bis das Covid-19-Virus unter Kontrolle sei.
- Donald Trump will das Militär mobilisieren, um einen Impfstoff an die Bevölkerung zu verteilen. Ziel von Trump ist es, den Impfstoff möglichst rasch großen Teilen der Bevölkerung zugänglich zu machen.
- In den USA haben in der letzten Woche 2,98 Millionen Menschen den Erstantrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt. Seit 21. März ist die Anzahl damit auf 36,5 Millionen angestiegen.
- Staats- und Regierungschefs sprechen sich für eine kostenlose Verteilung des Corona-Impfstoffs für alle Menschen weltweit aus. Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hält die Entwicklung eines Covid-19-Impfstoffes innerhalb eines Jahres für sehr optimistisch.
- Der französische Pharmahersteller Sanofi hat angekündigt, einen Impfstoff gegen das Coronavirus zuerst der amerikanischen Bevölkerung bereitzustellen. Experten und Politiker warnen vor einem „Impfnationalismus“. Der französische Präsident Emmanuel Macron zeigte sich über Äußerungen von Paul Hudson, dem Vorstandsvorsitzenden des größten Pharmakonzerns der EU, irritiert.
- EU-Abgeordnete haben sich dafür ausgesprochen, der europäischen Bevölkerung den Zugang zu einem Covid-19-Impfstoff notfalls auch über Zwangslizenzen der europäischen Bevölkerung zu garantieren.
- Japans Regierungschef Shinzo Abe hat den Not-stand, der ursprünglich bis 31. Mai angesetzt wurde, vorzeitig aufgehoben. In 39 der 47 Provinzen des Landes konnte die Ausbreitung des Virus bereits eingedämmt werden.
- Moskau plant Massentests, die Aufschluss über den tatsächlichen Verlauf der Corona-Pandemie in der russischen Hauptstadt geben sollen. Künftig sollen alle drei Tage 70.000 Bürger getestet werden.
- Schweden hat das Einreiseverbot aus Nicht-EU-Ländern, welches am 19. März eingeführt wurde, bis 15. Juni verlängert.

15.05.2020

Weiterer Schritt in die Normalität.

Heute Morgen trete ich wieder den Weg ins Büro an. Das Leben nimmt zunehmend Fahrt auf. Die Aktivität auf den Straßen hat bereits deutlich zugenommen. Die US-Aktienmärkte gingen auf den Tageshöchstständen raus. Im Handelsstreit mit China zeichnet sich Entspannung ab. Auch die Börsen in Europa und Asien sind im grünen Bereich. Der Handelsfloor der New York Stock Exchange (NYSE) wird am 26. Mai zumindest teilweise wieder öffnen. Ein weiterer Schritt in die Normalität. Irritierend finde ich die Aussagen des Fed-Präsidenten von Minneapolis. „Geld in den Taschen von Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, ist das, was wir jetzt brauchen." Die Arbeitslosenquote liege nicht bei den amtlichen 14,7 % sondern bereits auf 24 oder 25 %. Seit Mitte März verlieren jede Woche zumindest 3 Millionen US-Bürger ihren Job. Der Trend ist zwar seit Ende März rückläufig, in Summe sind aber bereits 36,5 Millionen Amerikaner betroffen. Der US-Konsument ist eine tragende Säule der US-Wirtschaft und zeichnet für rund zwei Drittel des BIP verantwortlich. Im ersten Schritt werden wahrscheinlich die Konten überzogen und Kreditkartenschulden angehäuft. Ob das aber langfristig gut ist, wage ich zu bezweifeln. Die Asiatische Entwicklungsbank prognostiziert einen globalen BIP-Einbruch von 5,8 bis 8,8 Billionen US-Dollar. Das entspricht immerhin 6,4 bis 9,7 % der Weltwirtschaftsleistung. Einen Vorboten lieferte heute das Statistische Bundesamt. Im 1. Quartal ist das deutsche BIP um 2,2 % gesunken. Sowohl der private Konsum als auch die Exporte waren rückläufig. Die Sorge vor einer zweiten Infektionswelle und vor dem dauerhaften Verlust des Arbeitsplatzes wirken dämpfend, werden sich aber erst mit den Zahlen für das 2. Quartal so richtig entfalten. In Europa lassen die Covid-19-Zahlen eine schrittweise Öffnung und Lockerung der Maßnahmen zu. Ähnliches gilt für die USA. Im Juni werden Staaten, die 61 % zum US-BIP beitragen, wieder hochfahren.

Seit den 1980er Jahren brach der Aktienmarkt nur viermal um mehr als 30 % ein, während des 1987er-Crashs, durch die Dot.Com-Blase, die Finanzkrise und schließlich durch den Corona-Crash. Die gute Nachricht vorweg: Bisher konnte er sich immer erholen. Die schlechte Nachricht: Noch nie in den vergangenen 150 Jahren wurden die Tiefstände in einer so kurzen Zeitspanne erreicht, und die wirtschaftlichen Folgen dürften schlimmer ausfallen als in der Finanzkrise. 2020 ist irgendwie anders. Damit stellt sich die Frage, ob es das wirklich schon war und die Börse die Covid-19 Krise bereits nach wenigen Wochen abhaken konnte? Ich halte es britisch: Abwarten und Tee trinken – oder Espresso…

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Österreichs Kulturstaatssekretärin Ulrike Lunacek tritt zurück. Sie war wegen des Vorgehens der Regierung in Bezug auf die Corona-Maßnahmen im Kulturbereich heftig kritisiert worden.
- Die Salzburger Festspiele im August finden in einer deutlich abgespeckten Version statt. Die Bregenzer Festspiele haben unterdessen bekanntgegeben, dass die heurige Saison ausfallen wird.

- Die Stadt Wien will an alle Haushalte in der Bundeshauptstadt Gutscheine für Lokale und Restaurants verteilen. Pro Haushalt sollen sie einen Wert zwischen 25 und 50 Euro haben.
- Kärntens Wirtschaftskammerpräsident Jürgen Mandl sieht die Schuld für verzögerte Auszahlungen bei der „Ministerialbürokratie“.Das wirtschaftliche Comeback drohe an der österreichischen Beamtenmentalität zu scheitern.
- Nach Angaben des Gesundheitsministeriums ist ein Drittel Österreichs „coronafrei“. In 33 von 94 Bezirken wurde seit 14 Tagen keine Neuinfektion registriert.
- In Deutschland gilt derzeit eine Einreisequarantäne von 14 Tagen. Die deutschen Bundesländer wollen in den nächsten Tagen die Quarantäneregeln für Einreisende aus den Nachbarländern aufheben.
- Die Mehrheit der Deutschen wünscht sich eine rasche und vollständige Öffnung der EU-Grenzen.
- Bis Ende April wurden in Deutschland nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) 10 Millionen Menschen zur Kurzarbeit angemeldet. Der Bundesrat hat die geplante Aufstockung des Kurzarbeitergeldes beschlossen.
- Der Absatz von Volkswagen ist im April um 45 % eingebrochen. Besonders stark war Westeuropa betroffen, wo 75 % weniger Fahrzeuge ausgeliefert wurden.
- Das EU-Parlament stimmt über den Aufbaufonds in Höhe von 2 Billionen Euro ab. Die Mittel sollen nicht als Kredite, sondern in Form von Zuschüssen fließen.
- Die Euro-Finanzminister geben die Corona-Hilfen in Höhe von 240 Milliarden Euro aus dem ESM frei.
- Slowenien hat mit heute alle Grenzen für EU-Bürger geöffnet.
- In Indien werden Bürger zur Verwendung einer Corona-Kontakt-Nachverfolgungs-App gezwungen. Für 50 Millionen Downloads benötigte die App nur 13 Tage. Die Verbreitung geht ähnlich schnell wie beim Spiel „Pokémon Go“. Sollten Polizisten Passanten ohne App auf dem Handy erwischen, droht ein saftiges Bußgeld oder sogar eine Gefängnisstrafe.
- Die US-Industrie erlebt den stärksten Einbruch seit dem Erhebungsbeginn im Jahr 1919. Im April brach die Produktion um 11,2 % ein.

16.05.2020

Was das BIP über Wohlstand aussagt.

Als Börsianer liebt man das Flimmern der Zahlen. Es braucht einige Zeit, sich im Zahlengewirr zurechtzufinden. Eine einfache Regel habe ich frühzeitig gelernt: Grüne Zahlen stehen für eine positive und rote für eine negative Entwicklung. Um von der Entwicklung einer Einzelaktie auf den Gesamtmarkt schließen zu können, werden Indizes wie z.B. der deutsche DAX oder der österreichische ATX berechnet. Zur Messung der wirtschaftlichen Aktivität wird häufig das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Messgröße herangezogen. Dieser Indikator wurde von Simon Kuznets in der großen Depression der 1930er Jahre entwickelt und war der erste Hilfsindikator der Wirtschaftspolitik. Das BIP gibt im Wesentlichen den Gesamtwert aller Güter- und Dienstleistungen an, die innerhalb eines Referenzzeitraums von einer Volkswirtschaft erwirtschaftet wurden. Das BIP weist damit einen klaren Vergangenheitsbezug auf und ist demnach ein Blick in den Rückspiegel. Es sagt nichts darüber aus, wie konkurrenzfähig der Wirtschaftsraum im internationalen Vergleich ist. Der Indikator wird auch häufig als Wohlstandsindikator herangezogen. Aber repräsentiert das BIP wirklich den Wohlstand eines Landes? Sagt diese Art von Wohlstand etwas über die Lebensqualität der Bürger aus? Aus meiner Sicht gehören auch andere Aspekte, wie z.B. Bildung, Umwelt, Familie, Kultur, Wissenschaft, Arbeitsmarkt oder Rechtssicherheit, dazu. Die Liste könnte man zweifelsohne noch lange fortführen. Bereits im Jahr 1972 hat der Club of Rome das BIP als alleinigen Indikator der Wohlstandsmessung scharf kritisiert. Um dies zu untermauern, möchte ich ein Beispiel anführen: Ein Staat könnte versuchen, sich durch geringe Umweltstandards oder unfaire Bezahlung „Vorteile“ im Vergleich zu anderen Ländern zu verschaffen. Regional tätige Unternehmen könnten sich auf diese Weise im Vergleich zu Konkurrenten in anderen Ländern erhebliche Preisvorteile sichern. Das BIP würde sich dadurch wahrscheinlich gut entwickeln, aber das Wohlergehen der Bevölkerung bliebe vermutlich auf der Strecke. Abschließend möchte ich noch ein Detail der Berechnungsmethodik anführen. Seit 2014 wird die Methodik der EU an jene der Vereinten Nationen angepasst. Damit einhergehend gab es einige Änderungen. Besonders stark kritisiert wurde, dass die Schattenwirtschaft mit aufgenommen wurde. Durch die Hinzurechnung von Schwarzarbeit, Schmuggel, Drogenhandel und Prostitution hat sich das BIP zwar nur marginal, aber doch erhöht. Ob sich dadurch der Wohlstand eines Landes verändert, bezweifle ich aber zutiefst.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Das österreichische Bundeskanzleramt erhält seit Ende März wichtige Mitteilungen der Statistik Austria bereits am Vortag ihrer Veröffentlichung. Obwohl das im Einklang mit dem auf EU-Ebene geregelten Verhaltensindex für nationale statistische Ämter sei, sorgt die Vorgehensweise für Kritik. Die Sorge um „Message Control“ und „Framing“ nehmen zu.
- Die Grenzkontrollen zwischen Österreich und Deutschland werden gelockert. Österreicher dürfen Ehepartner, Lebensgefährten und Verwandte in Deutschland besuchen.

- Einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) zufolge legen beinahe 50 % der Betriebe Investitionen auf Eis. Bei Großunternehmen, die mehr als 1.000 Mitarbeiter beschäftigen, sind es zwei Drittel. Zudem müssen 43 % der Firmen Kosten senken und 35 % Personal abbauen.
- Durch den rasanten Anstieg der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit steuert die Rentenkasse auf ein großes Finanzierungsloch zu. Laut Prognosen des Versicherungskonzerns Allianz dürften heuer um 8 Milliarden Euro weniger eingenommen werden. Im ersten Schritt können Rücklagen abgebaut werden. Danach stehen Beitragserhöhungen oder eine Erhöhung des staatlichen Zuschusses im Raum.
- Lothar Wieler, Chef des Robert Koch-Institutes (RKI), hat sich gegen eine Impfpflicht gegen das Coronavirus ausgesprochen.
- Tausende Deutsche haben in mehreren Großstädten gegen die von der Politik verhängten Covid-19-Maßnahmen demonstriert.
- Die Deutsche Bundesliga hat als erste große europäische Liga den Spielbetrieb wieder aufgenommen.
- Das von Demokraten dominierte US-Repräsentantenhaus hat ein neues Corona-Hilfspaket in Höhe von 3 Billionen Dollar beschlossen. Es ist unwahrscheinlich, dass der von Republikanern kontrollierte Senat das gigantische Hilfspaket durchwinkt. Und selbst wenn, könnte US-Präsident Donald Trump noch sein Veto einlegen.
- Die US-Regierung, größter Financier der WHO, stoppte im April ihre Beitragszahlungen. Donald Trump warf der WHO schwere Fehler im Kampf gegen die Corona-Pandemie vor. Die USA hat im Vorjahr 400 Millionen Dollar und damit 15 % des WHO-Budgets gezahlt. Donald Trump erklärt sich bereit, nun so viel zu zahlen wie China. Das entspricht allerdings nur mehr 10 % der früheren Leistungen.
- Italien beabsichtigt, seine Grenzen ab 3. Juni für EU-Bürger zu öffnen und damit den Neustart des Tourismus zu ermöglichen.
- Die spanische Regierung will den Corona-Notstand um einen Monat bis Ende Juni verlängern. Diese Maßnahme stößt immer mehr auf Kritik.
- Die Ausbreitung des Coronavirus bedroht zunehmend Brasiliens Ureinwohner.

17.05.2020

Höher, schneller, weiter.

Heute ist Sonntag. Ein Tag der Ruhe. Ein Tag, an dem ich die Gedanken schweifen und Ereignisse Revue passieren lassen kann. In meine gestrigen stand das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Fokus. Wenn ich so darüber nachdenke, hat das BIP auch irgendwie etwas Sportliches. Höher, schneller, weiter – das ist die allgemeine Doktrin: Wie stark war das Wachstum? Wie hoch ist das BIP in absoluten Zahlen? Wie viel hat jeder Bürger zum BIP beigetragen? Der Ländervergleich hat eine gewisse Ähnlichkeit mit Fußballtabellen, meinen Sie nicht auch? Das BIP wird auch häufig als Referenzgröße herangezogen, um die Verschuldungshöhe eines Staates darzustellen. Laut den europäischen Maastricht-Kriterien wurde das Ziel definiert, dass die Staatsverschuldung maximal 60 % des BIP betragen sollte. Die größten fünf Wirtschaftsräume der EU sind Deutschland (24,7 %), Frankreich (17,4 %), Italien (12,8 %), Spanien (8,9 %) und die Niederlande (5,8 %). Lediglich Deutschland (59,8 %) und die Niederlande (48,6 %) schafften es per Ende 2019, die selbst auferlegte Quote nicht zu überschreiten. Alle anderen großen europäischen Länder lagen schon vor den Covid-19-Belastungen über der 60 %-Grenze. Österreichs Beitrag zum EU-BIP liegt bei 2,9 %. Die Verschuldungsquote von 74 % liegt deutlich über dem angepeilten Zielwert. Ist das BIP aber wirklich eine aussagekräftige Referenzgröße? Irgendwie drängt sich der Vergleich auf, als würde ein Unternehmer seine Verschuldungsquote mit dem Unternehmensumsatz messen. Auf EU-Ebene werden rund 46 % des BIP auch wirklich eingenommen. Der größte Einnahmepunkt sind Steuern. Ein nicht unerheblicher Teil der Einnahmen ist bereits verplant, aber aus meiner Sicht wäre das eine bessere Referenzgröße als das BIP. Selbst dann, wenn sich dadurch die Quoten mehr als verdoppeln. Die Österreichische Nationalbank (OeNB) wird ab Mai einen wöchentlichen BIP-Indikator für Österreich veröffentlichen. Der konjunkturelle Tiefpunkt wurde Ende März erreicht, als das BIP um 25 % unter dem Vorjahreswert lag. In der Woche vom 4. Mai betrug der Verlust gegenüber dem Vorjahr „nur“ mehr 11 %. Darin sind auch einige Nachholeffekte enthalten, da mit dieser Woche deutliche Lockerungen aufgetreten sind. Die kumulierten Verluste seit Mitte März belaufen sich laut OeNB auf 12,1 Milliarden Euro. Das klingt bei einem BIP von 375 Milliarden noch nicht viel. Es ist aber davon auszugehen, dass Woche für Woche noch einiges dazukommen wird.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Der Corona-Shutdown hat in der Glücksspiel- und Sportwetten-Branche zu einem deutlichen Minus geführt. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Bruttospielerträge um 16 % gesunken. Während Lotto, Euromillionen oder Rubellose keine Einbußen haben, dürfte die Bruttospielerträge der Casinos und Spielbanken heuer um 30 % einbrechen.
- Die Statistik Austria ist bei der Veröffentlichung der Inflationszahlen für April gefordert. Rund ein Viertel des Warenkorbes kann für April nicht erfasst und muss daher um fehlende Daten ergänzt werden. Allein der Bereich Hotels und Restaurants repräsentiert 11 % des Warenkorbes.
- Deutsch.

- Das kroatische Innenministerium hat bestätigt, dass die Landesgrenzen für Urlauber aus allen EU-Ländern offen sind.
- Italiens Regierung macht dem schwer angeschlagenen Autobauer Fiat Chrysler Hoffnung auf eine milliardenschwere Staatshilfe.
- In Brasilien spitzt sich die Lage immer mehr zu. Mittlerweile haben sich 233.000 Menschen mit dem Coronavirus angesteckt. Damit weist das Land weltweit die vierthöchsten Infektionszahlen auf.
- Zhong Nanshan, oberster Gesundheitsberater der chinesischen Regierung, befürchtet eine zweite Corona-Welle in seinem Land.
- In Katar werden für Verstöße gegen Corona-Eindämmungsmaßnahmen strenge Strafen verhängt. Wer ab heute ohne Maske in der Öffentlichkeit erwischt wird, drohen bis zu drei Jahre Haft.
- In Neuseeland nehmen Cafés die Covid-19-Sicherheitsmaßen sehr ernst. Selbst Premierministerin Jacinda Ardern wurde der Zutritt verweigert, da sie keine Reservierung hatte.
- Der ehemalige US-Präsident Barack Obama wirft der Regierung in einer Rede für Hochschulabsolventen Ahnungslosigkeit vor.
- Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) befürchtet eine Zunahme der Korruption durch Corona-Hilfspakete. Durch die Einführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum dürfte auch der Menschenhandel florieren.

18.05.2020

Die Kluft geht weiter auseinander.

Mit dem heutigen Tag nehmen die Schulen wieder den Betrieb auf. Während unsere Tochter erstmals seit Mitte März mit ihrer geschulterten Schultasche frühmorgendlich unsere Wohnung verlässt, muss sich unser Sohn noch bis morgen gedulden. An den Finanzmärkten läuft vieles virtuell und digital. Die Börsen haben sich in Computerbörsen verwandelt. Die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie sind damit überschaubar, da alle Geschäfte elektronisch abgewickelt werden können. Der klassische Parketthandel, an dem sich Wertpapierhändler tummeln und lautstark um Kurse feilen, wurde an nahezu allen Börsen eingestellt. An Computerhandelsplätzen, wie z.B. XETRA, können Marktteilnehmer ihre Aufträge ohne Rücksicht auf den Kontrahenten platzieren. Die Börse garantiert die Abwicklung nach dem Prinzip Geld gegen Ware (Wertpapier). An den Finanzmärkten rücken die Dividenden erneut in den Fokus. Mehr als 10 % der im Russel-1000 gewichteten Firmen werden 2020 ihre Dividenden aussetzen oder zumindest reduzieren. Das entspricht in etwa dem Niveau von 2008 und 2009, allerdings mit dem Unterschied, dass die Anzahl der Unternehmen, die die Dividendenzahlung komplett aussetzen, deutlich höher ist. US-Investoren weisen eine höhere Aktienaffinität als Europäer auf. Die durchschnittliche Aktienquote ist sowohl bei institutionellen als auch bei privaten Investoren deutlich höher. In den USA besitzen immerhin mehr als ein Viertel der Bevölkerung Aktien, wohingegen in Österreich oder in Deutschland die Aktionärsquote im einstelligen Prozentbereich liegt. Interessant ist, dass selbst in der konservativen Schweiz die Aktienquote mehr als doppelt so hoch ist. US-Unternehmen tragen diesem Punkt Rechnung und schütten Dividenden im Gegensatz zum Rest der Welt quartalsweise aus, eine Parallele zur quartalsweisen Zinsausschüttung. Laut dem Deutschen Aktieninstitut hängt der Aktienbesitz stark vom Einkommen ab. Bei Menschen mit einem Einkommen von weniger als 2.000 Euro liegt die Quote bei 5 %, bei mittleren Einkommen (2.000 bis 3.000 Euro) bei 13 %. Im Vergleich dazu besitzt beinahe jeder Dritte mit einem Einkommen von mehr als 4.000 Euro Aktien. Wenig überraschend ist die Aktienquote bei Männern höher als bei Frauen. Durch das niedrige Zinsniveau ist davon auszugehen, dass die Kluft zwischen arm und reich weiter zunehmen wird. Denn selbst zur Gewährleistung des realen Geldwertes ist eine Aktienquote im aktuellen Marktumfeld unumgänglich. Des Kreditnehmers Freud, des Sparers Leid!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Innenminister Karl Nehammer kritisiert das Krisenmanagement der Bundeshauptstadt Wien. Von den Clustern mit 100 Infizierten erfuhr er aus den Medien.
- Ab 29. Mai dürfen Hotels wieder für Seminare mit bis zu 100 Teilnehmern öffnen.
- Der österreichische Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres sieht Österreich auf einem guten Weg und kann sich einen zweiten Lockdown nicht vorstellen.

- Die europäische Wirtschaft wurde bisher mit 1,95 Billionen Euro unterstützt. 51 % davon entfiel auf die Bundesrepublik Deutschland. Die französischen Hilfen machen 17 % aus, die italienischen 15,5 %. Margrethe Vestager, Vizepräsidentin der EU-Kommission, äußerte sich besorgt über die riesigen Unterschiede bei den Corona-Staatshilfen der EU-Länder.
- Die österreichische Regierungssprecherin Ulrika Demmer hat vor Falschinformationen im Zusammenhang mit dem Coronavirus gewarnt. Sie wies darauf hin, dass in Deutschland keine Impfpflicht gegen Covid-19 geplant sei.
- In Deutschland wird in diesem Jahr mit 29.000 Unternehmensinsolvenzen gerechnet. Das wäre gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 10.000 oder 54 %.
- Laut einer Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) hat jedes dritte Kind zwischen 3 und 15 Jahren Schwierigkeiten, mit der Corona-Krise zurechtzukommen.
- Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron präsentierten gemeinsam einen Wiederaufbaufonds, der 500 Milliarden Euro umfassen und die Rezession in der EU bekämpfen soll. Für den Fonds will Deutschland sowohl eine nationale als auch eine europäische Schuldenaufnahme über den EU-Haushalt akzeptieren.
- Dänemark ermöglicht es allen Erwachsenen, sich auf freiwilliger Basis einem Corona-Test zu unterziehen.
- Im schwer betroffenen Spanien ist das BIP im 1. Quartal 2020 um 5,2 % so stark gesunken wie noch nie. Für das 2. Quartal geht die spanische Notenbank von Einbruch von bis zu 12,4 % aus.
- Slowenien hat bereits drei Tage nach der Öffnung der Grenzen die Einreisebeschränkungen wieder eingeführt.
- Fed-Direktor Jerome Powell rechnet damit, dass die US-Wirtschaft um bis zu 30 % schrumpfen könnte.
- Japan, die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, ist bereits im ersten Quartal in die Rezession gerutscht.
- Der chinesische Staatschef Xi Jinping hat zum Auftakt der Weltgesundheitsversammlung der WHO angekündigt, dass China zwei Milliarden Euro bereitstellen werde, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen. Sollte es China gelingen, einen Covid-19-Impfstoff zu entwickeln, versprach er, diesen weltweit zur Verfügung zu stellen.

19.05.2020

Bonität und Performance.

An den Märkten nimmt die Volatilität deutlich ab. Mit steigender Zuversicht beginnen Investoren, ihre Cash-Bestände abzubauen. Aktienseitig stehen die Sektoren Technologie und Gesundheitswesen im Fokus. Im Zinsbereich bleiben geldmarktnahe Investments begehrt, große Zuflüsse verzeichnen aber auch Anleihen mit schlechterer Bonität. Spannend finde ich auch den Zusammenhang zwischen Bonität und Performance. Aktien mit einer guten Bonität zählen zu den Krisengewinnern und konnten seit Ausbruch der Covid-19-Krise sogar Kursgewinne erwirtschaften. Je schlechter die Bonität, desto schlechter auch das Veranlagungsergebnis. Während Aktien mit einer AA-Bonität um 10 % zurückgingen, verloren BBB-Emittenten rund 30 %. Noch herber traf es High-Yield-Emittenten. Der Kurs eines B-Emittenten verlor im Jahr 2020 durchschnittlich mehr als die Hälfte seines Wertes. Gutes erwies sich als gut und Schlechtes als schlecht. Von der makroökonomischen Seite her dominieren wenig überraschend negative Nachrichten. Die US-Industrieproduktion ist z.B. im April um 11,2 % zurückgegangen und musste den größten Monatsverlust der 101-jährigen Geschichte verzeichnen. Wachstumszahlen werden sukzessive nach unten revidiert, für die Weltwirtschaft beispielsweise von -3,1 % auf -3,5 %. Das hat natürlich Auswirkungen auf Unternehmensgewinne und Dividendenausschüttungen. In den USA werden die Aktienrückkäufe um 371 Milliarden Dollar und damit um 50 % im Vergleich zum Vorjahr zurückgehen. Für den Gesamtmarkt wird erwartet, dass um 23 % oder 398 Milliarden Dollar weniger Dividenden ausgeschüttet werden. Und für Europa rechnen Analysten, dass das EBIT um 30 % und die Gewinne pro Aktie um 45 % zurückgehen werden. Gerade bei schlechteren Bonitäten wird mit einem starken Anstieg der Unternehmenspleiten gerechnet. Laut Einschätzung der Rating-Agenturen werden 13 % und damit mehr als jedes Zehnte Unternehmen 2020 nicht überleben. Investoren haben das Jahr 2020 bereits abgeschrieben und blicken voller Zuversicht auf 2021. In Tagen wie diesen hilft es schon einmal, den Blick nach vorne zu richten. Volkswirte gehen davon aus, dass die Weltwirtschaft 2021 um 6,6 % wachsen wird, die Euro-Zone mit 8,1 % sogar mehr als die USA mit „nur“ 6,1 %. Am Arbeitsmarkt gibt es eine deutliche Entspannung. Die Arbeitslosenrate sollte sowohl in den USA als auch in Europa wieder unter die 10 %-Grenze fallen. Es kommt mir vor, als würde ich an einem grauen Novembertag vom Sommerurlaub am Meer träumen. 2021 steht unter dem Motto: Pack die Badehose ein!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bundeskanzler Sebastian Kurz hat einen Gegenentwurf zum deutsch-französischem Wiederaufbauplan angekündigt. Kurz will sich mit besonders hart getroffenen Staaten solidarisch erklären, glaubt aber, dass nicht Zuschüsse, sondern Kredite die richtige Unterstützungsform darstellen.
- In Österreich löst Andrea Mayer die vor kurzem zurückgetretene Ulrike Lunacek als Kulturstaatssekretärin ab.

- Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung WIFO geht davon aus, dass der Höhepunkt des Arbeitslosigkeitsanstiegs bereits überschritten ist. Frauen und Männer seien ähnlich stark betroffen. Ausländische Staatsbürger und Arbeiter hätten es am Arbeitsmarkt derzeit ungleich schwerer.
- In Deutschland gerät die Fleischindustrie in den Fokus, da in einem weiteren Schlachthof ein massiver Ausbruch des Virus bekannt geworden ist. 92 Mitarbeiter eines Betriebes aus Niedersachsen wurden positiv auf Covid-19 getestet. Bereits zuvor waren in mehreren Schlachthöfen Infektionen aufgetreten. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil spricht sich für bessere Arbeitsbedingungen aus. In der Kritik stehen Wuchermieten für die Unterkünfte der Mitarbeiter sowie Verstöße gegen Corona-Hygieneregeln, den Mindestlohn und Arbeitszeitvorgaben.
- Das Finanzgericht in Münster befindet, dass die Corona-Soforthilfe nicht gepfändet werden darf. Pfändungen seitens der Finanzämter sind demnach rechtswidrig.
- Jerome Powell, Notenbankchef der US-Fed, teilt in einer Aussage im US-Senat mit, dass es in der jüngeren Geschichte kein Vorbild für das Ausmaß und die Geschwindigkeit des gegenwärtigen Abschwungs gebe und die USA sich in der schlimmsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg befinde. Die Corona-Pandemie habe innerhalb von nur zwei Monaten die positiven Arbeitsmarktentwicklungen eines Jahrzehnts zunichte gemacht.
- Das Ende der Lockdown-Phase in Italien beschert den Konsumenten böse Überraschungen. Durch die niedrigere Nachfrage und die teuren Sicherheitsvorkehrungen haben viele Restaurants, Cafés und Friseure die Preise erhöht.
- Nahezu 10.000 Menschen sind in Altersheimen in England und Wales durch das Coronavirus ums Leben gekommen.
- In Russland steigt die Anzahl der mit Covid-19 infizierten Menschen auf über 300.000. Damit ist man hinter den USA das am stärksten betroffenen Land weltweit. Russlands Regierungschef Michail Mischustin nimmt nach überstandener Corona-Infektion die Amtsgeschäfte wieder auf.

20.05.2020

Ping-Pong-Spiel der Alpha-Männchen.

US-Präsident Donald Trump und US-Notenbankbankchef Jerome Powell pflegen eine besondere Beziehung. Jerome Powell ist Jurist und Finanzbeamter. Seit 2012 ist er Mitglied des „Federal Reserve Board of Govenors“. Powell wurde von Donald Trump zum Fed-Präsidenten nominiert und bekleidet seit Februar 2018 das ehrwürdige Amt. Die beiden gehören wahrscheinlich zu den mächtigsten und einflussreichsten Menschen der Welt. Anfänglich tolerierten und akzeptierten sich die beiden Alpha-Tiere zumindest nach außen. Spätestens 2019 kippte die Stimmung aber merklich. Die US-Leitzinsen lagen noch bei 2,5 %. Powell kündigte an, mit Zinssenkungen die Konjunktur unterstützen zu wollen. Trump forderte die Fed auf, aktiver zu werden. Die Maßnahmen seien zu „lasch“. Powell reagierte verschnupft. Ist die altehrwürdige Notenbank zum Spielball des Präsidenten mutiert? Er ließ dem Präsidenten via Medien ausrichten, dass die Notenbank die Situation sehr sorgfältig beobachten und unabhängig reagieren werde. Trump ließ das kalt. Er gab regelmäßig „Ratschläge“ und untergrub damit die Autorität der Notenbank. Schließlich zogen 2019 bereits dunkle Wolken am Wirtschaftshorizont auf. 2020 steht Trump zur Wiederwahl und da kann er keinen stotternden Konjunkturmotor gebrauchen.

Wie aber kann die Notenbank mit einer Leitzinssenkung die Konjunktur ankurbeln? Niedrige Zinsen bedeuten niedrige Zinskosten für Kreditnehmer. Dadurch sollen Unternehmen und Privatleute zu mehr Investitionen angeregt werden. Soweit die Theorie. Irgendwann verpufft die Kraft der Leitzinssenkung. Bei derartig günstigen Finanzierungskosten dürfte eine weitere Zinssenkung wohl nur die wenigsten zu weiteren Investitionen durch den Kauf von Konsum- oder Vermögenswerten animieren. Eine aussichtsreiche Investition ist in den letzten Jahren wahrscheinlich nur selten am Finanzierungsumfeld gescheitert. Durch die Rahmenbedingungen steigen die Verschuldungsquoten sowie die Vermögenspreise zum Teil in schwindelerregende Höhen. Das kann in manchen Bereichen zu einer Blasenbildung führen. Aber das dürfte Donald Trump im Wahljahr ziemlich egal sein. Der Leitzins liegt bei knapp über Null. Jerome Powell hat die guten „Ratschläge“ Trumps nicht vergessen und fühlt sich genötigt, selbst die Initiative zu ergreifen. Bereits zum dritten Mal innerhalb von nur einer Woche forderte er fiskalpolitische Maßnahmen, um die Corona-Krise zu bekämpfen. Ich bin schon gespannt, wie das Ping-Pong-Spiel der Alpha-Männchen weitergehen wird.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bundeskanzler Sebastian Kurz kündigt ein milliardenschweres Hilfspaket für Städte und Gemeinden an. Das Paket soll in „wenigen Tagen“ geschnürt sein.
- Finanzminister Gernot Blümel kündigt an, dass die Mittel für Kurzarbeit auf 12 Milliarden Euro aufgestockt werden. Die Kritik, dass Unternehmen lange auf das Geld warten müssen, kann Blümel nicht nachvollziehen. Die Beschwerden und Missbrauchsfälle mehren sich. Die Finanzpolizei hat bereits 3.000 Kontrollen durchgeführt und dabei 700 Verstöße aufgedeckt.

- In der deutschen Autoindustrie kämpfen Hersteller mit Überkapazitäten. Dadurch sind bis zu 12.500 Arbeitsplätze gefährdet.
- In Russland weitet sich die Corona-Pandemie immer weiter aus. Die Anzahl an mysteriösen Todesfällen unter Medizinern häufen sich. Im schwer getroffenen Land fehlt es an medizinischen Geräten und Schutzausrüstungen.
- Der Deutsche Lehrerverband kritisiert die sinkende Sorgfalt bei Sicherheitsabständen. Die Trennung der Schüler in den Klassenräumen und Pausen funktioniere noch gut. Wenn die Schüler das Schulgebäude verlassen, werden die Masken sofort abgenommen und der Sicherheitsabstand häufig nicht eingehalten.
- Frank Ulrich Montgomery, der Vorsitzende des Weltärztebundes, spricht sich für eine Impfpflicht gegen das Coronavirus aus. Die deutsche Regierung kündigt an, dass es keine Impfpflicht geben werde.
- In Brasilien sind innerhalb eines Tages erstmals mehr als 1.000 Menschen dem Coronavirus zum Opfer gefallen. Nach Schätzungen von Experten dürften die Infektionszahlen um das 15-fache höher sein als die offiziellen Zahlen.
- Die Weltbank warnt vor einer deutlichen Zunahme der extremen Armut und geht davon aus, dass durch die Corona-Pandemie 60 Millionen Menschen betroffen sein werden.
- Das Klima ist ein Gewinner der Covid-19-Krise. Wissenschaftler haben festgestellt, dass die Schadstoffemissionen Anfang April um 17 % unter dem Niveau des Vorjahres lagen. In China wird die Wirtschaft bereits wieder hochgefahren. Einige Werte liegen bereits wieder über dem Niveau vor der Pandemie.
- Tom Moore ist ein britischer Weltkriegsveteran, der es mit einer ungewöhnlichen Spendenaktion ins Guinness-Buch der Rekorde schaffte: Trotz Hüft-OP und mit Rollator schritt er bis zu seinem 100. Geburtstag seinen 25 Meter langen Garten ab, um Spenden in Höhe von 1.000 Pfund zu sammeln. Die Aktion fand derart viel Zuspruch, dass Moore insgesamt 33 Millionen Pfund für den nationalen Gesundheitsdienst einsammeln konnte.

21.05.2020

Der Aufbaufonds und seine Kritiker.

Heute ist ein Feiertag. An diesem Donnerstag wollten meine Familie und ich ursprünglich nach Italien pilgern. Ein paar Tage am Meer können wahrlich Wunder bewirken. Aber 2020 ist ja nun einmal anders. Also verbringen wir ein paar erholsame Tage zu Hause. Auch an den Finanzmärkten ist die Luft etwas raus: Anscheinend freuen sich viele auf das verlängerte Wochenende. Am Mittwochabend wurde noch verkündet, dass sich Deutschland mit 25 % an der Lufthansa beteiligt. Dem nächsten Urlaubs-Trip steht also nichts mehr im Wege. Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron präsentieren einen Vorschlag zu einem europäischen Wiederaufbaufonds. Deutschland und Frankreich sind zwei mächtige EU-Länder. Deutschland allein steht für ein Viertel der EU-Wirtschaftsleistung, Frankreich trägt immerhin 17,4 % zum EU-BIP bei. Die beiden größten Wirtschaftsräume repräsentieren zusammen mehr als 40 % der EU-Wirtschaftsleistung. Nehmen wir noch die Nutznießer Italien (12,8 %) und Spanien (8,9 %) hinzu, die sich positiv gegenüber den Merkel-Macron-Plänen äußerten, sind vier der fünf größten Wirtschaftsräume der EU bereits im Boot. Das entspricht immerhin nahezu zwei Drittel des EU-BIP. Der Wiederaufbaufonds ist mit 500 Milliarden Euro veranschlagt. Ziel des kreditfinanzierten Fonds ist es, von der Corona-Pandemie schwer getroffene Regionen zu unterstützen. Investiert werden soll in die medizinische Versorgung, in den Vorratsaufbau medizinischer Ausrüstung und in die Bereitstellung von Impfstoffen. Zudem sollen die digitale Wirtschaft gestärkt, der 5G-Ausbau vorangetrieben sowie klimaspezifische Akzente gesetzt werden. Schließlich verfolgt die EU das ambitionierte Ziel, bis 2030 den CO2-Ausstoß zu halbieren und bis 2050 sogar klimaneutral zu sein. Kritiker des Plans stößt vor allem auf, dass die Gelder in Form von Zuschüssen und nicht als Kredite gewährt werden. Diese sind nicht rückzahlbar und damit als „Geldgeschenke“ zu bewerten. Immerhin ist das ein klares Bekenntnis Deutschlands und Frankreichs zur EU. Die Gelder sollen mittels Anleihen der EU bereitgestellt werden. Die Finanzierung soll aus dem EU-Haushalt durch Mitgliedsbeiträge erfolgen. Zu den größten Kritikern gehören neben Österreich (2,9 % des EU-BIP) die Niederlande (5,8 %) sowie Dänemark (2,2 %) und Schweden (3,4 %). Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist es ein Kampf David gegen Goliath. Die Kritiker stehen für knappe 15 % des BIP, wohingegen die Befürworter mehr als den vierfachen wirtschaftlichen Beitrag leisten. Wer da wohl gewinnen wird?

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die Rettung der Austrian Airlines dürfte kurz bevorstehen. Da Sparpaket wurde mit den Betriebsräten vereinbart. Das ist eine zentrale Voraussetzung für die Staatshilfe, denn damit gehen Gehaltseinbußen zwischen 5 % und 15 % einher. Zudem soll bis Ende 2022 in Kurzarbeit gearbeitet werden. Ziel ist es, möglichst viele der 7.000 Jobs zu halten.
- Bundeskanzler Sebastian Kurz, Tourismusministerin Elisabeth Köstinger und Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer gehen davon aus, dass einem Urlaub in Österreich nichts mehr im Wege steht. Ab 29. Mai wird der Tourismus schrittweise wieder hochgefahren. Eine

Öffnung der Grenzen soll auch ausländische Gäste anlocken. Köstinger appelliert erneut an alle Österreicher, den Urlaub heuer in Österreich zu verbringen. Dafür soll eine 40 Millionen Euro teure Werbekampagne ausgerollt werden.

- Dänemark hat bereits am 8. März Covid-19-Verdachtsfälle über das Frühwarn- und Reaktionssystem EWRS an Österreich gemeldet. Als Hotspot wurde die Ischgler Bar „Kitzloch“ vermutet.
- Die österreichische Miliz schützt erstmals die Grenze zur Slowakei, zu Ungarn und Slowenien im Burgenland. Die Kompanien haben eine Gesamtstärke von 500 Soldaten aus Miliz und Aktivstand.
- Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bezeichnet die Zustände an deutschen Schlachthöfen als „schockierend und beschämend“. Die deutsche Regierung beschließt, dass künftig nur noch eigene Angestellte Tiere schlachten und zerlegen dürfen.
- Italiens Regierung will einen eigenen Hilfsfonds in Höhe von 44 Milliarden Euro auflegen, um Anteile von angeschlagenen Firmen aufkaufen zu können. Damit will man die heimischen Firmen vor unerwünschten Übernahmen aus dem Ausland schützen.
- Der chinesische Volkskongress, an dem sich einige Tausende Abgesandte zur Jahrestagung zusammenfinden, tagt unter strengen Corona-Vorsichtsmaßnahmen. Zudem wurde die Sitzung von zehn bis zwölf Tagen auf eine Woche verkürzt. Die Plenarsitzung segnet die Beschlüsse der alleinherrschenden Kommunistischen Partei ab.
- In der vergangenen Woche haben 2,44 Millionen US-Bürger Arbeitslosenhilfe beantragt. Seit 21. März haben damit 38 Millionen ihren Job verloren. Im April wurden 20,5 Millionen Stellen gestrichen – das war der massivste Abbau seit der Großen Depression in den 1930ern.

22.05.2020

Wer zahlt, schafft an!

Heute bin ich wieder sehr früh auf den Beinen. 2020 scheint das Jahr zu sein, in dem Heimaturlaub wieder hoch im Kurs steht. Politiker vieler Länder werben für Urlaubsreisen im Inland. Die Touristen sollen die gähnend leeren Kassen wieder füllen. Ich habe das Gefühl, dass das für einige Europäer heuer eine interessante Alternative ist. Ich liebe meinen frühmorgendlichen Espresso. Das Dolce Vita schaut allein zuhaus im Morgengrauen aber definitiv anders aus als in einer mit lautstark und wild gestikulierenden Italienern gefüllten Espresso-Bar im tiefsten Italien. Wahrscheinlich geht es ausländischen Österreich-Urlaubern auch so – meinen Sie nicht auch? Suchen Sie doch einmal nach dem Film „Das Fest des Huhnes“ im Internet.

Eine Studie von ifo und Helmholtz Institut hat sich mit den Corona-Maßnahmen auseinandergesetzt. Politiker sind 2020 schwer gefordert. Auf der einen Seite geht es darum, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Ziel ist es, die Reproduktionszahl gegen Null tendieren zu lassen. Weil das unrealistisch ist, wird darauf hingearbeitet, dass die Zahl unter dem Wert von 1 liegt,denn dann breitet sich die Pandemie nicht weiter aus. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, dass eine Verschärfung oder eine zu lange Aufrechterhaltung von strengen Maßnahmen einen enormen wirtschaftlichen Schaden mit sich bringt. Paradoxerweise führt nicht nur eine zu schnelle, sondern auch eine zu langsame Lockerung zu deutlich höheren Kosten. Der goldene Mittelweg ist gefragt. Und genau den attestieren die Studienautoren Deutschland. Eine Durchseuchung der Bevölkerung würde die Lage entspannen, ist aber unrealistisch. Laut groben Schätzungen liegt die Dunkelziffer der Covid-19-Infizierten in Deutschland und Österreich bei 2 %. Ein „normales“ Leben werde daher erst wieder mit einem Covid-19-Impfstoff möglich sein. Die USA hat ihre Fühler bereits Richtung Europa ausgestreckt. Donald Trump verkündete lauthals, dass man sich an insgesamt 14 Impfstoff-Projekten beteiligt habe. Gestern wurde bekannt, dass auch der britische Pharmakonzern AstraZeneca mit 1,2 Milliarden Dollar „unterstützt“ wird. Objekt der Begierde ist ein bereits weit fortgeschrittener Covid-19-Impfstoff. Sicherheitshalber wurden vorab bereits 300 Millionen Dosen reserviert. Bis dahin muss sich Trump wohl noch mit einem Malaria-Mittel begnügen. Bei 328 Millionen US-Bürgern könnte im Erfolgsfall nahezu die gesamte Bevölkerung geimpft werden. Und wer als erster zum Zug kommt, scheint auch klar. Wer zahlt, schafft an!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Das österreichische Gesundheitsministerium soll Corona-Warnungen aus Deutschland, Kroatien, Großbritannien, Niederlanden oder Dänemark in Sachen Ischgl nicht an Tirol weitergeleitet haben.
- Das Institut für Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien hat eine Umfrage unter 564 Firmen durchgeführt und ist zu einem ernüchternden Ergebnis gekommen. Ein Fünftel der Kleinstbetriebe

bangt um ihre Existenz. Vor allem Einpersonenunternehmen (EPU) sind extrem unzufrieden mit den staatlichen Hilfsmaßnahmen.

- Laut dem Institut für Höhere Studien (IHS) waren 12 % der Schüler für ihre Lehrer während der Schulschließungen nicht oder nur schwer erreichbar. Bei Kindern, die bereits vor der Corona-Krise als benachteiligt eingestuft werden, waren es dreimal so viele. Nach Einschätzung der Lehrer waren zwei Drittel der Schüler mit dem Homeschooling stark belastet oder überfordert. Ein Drittel kämpfte aufgrund der Rahmenbedingungen mit Schwierigkeiten. 40 % der Lehrer rechnen mit negativen Auswirkungen der Schulschließungen auf das Kompetenzniveau ihrer Schüler.
- Deutsche versuchen in der Corona-Krise, Zahlungen mit Bargeld zu vermeiden.
- Bundesfinanzminister Olaf Scholz bekräftigt seinen Wunsch, beim Konjunkturpaket den Fokus auf die Stärkung der Kaufkraft zu legen. So sollen Eltern für jedes Kind einmalig 300 Euro erhalten. Erwogen würden auch Konsumgutscheine.
- Großbritannien hat im April rund 62 Milliarden Pfund neue Schulden aufgenommen. Das ist so viel wie noch in keinem anderen Monat der Geschichte. Die Regierung hat ein Programm für Unternehmen aufgelegt, die aufgrund der Covid-19-Krise ihre Mitarbeiter freistellen. Für diese Arbeitnehmer will der Staat bis Ende Juni 80 % der Gehaltszahlungen übernehmen. Schatzkanzler Rishi Sunak hat bereits verkündet, dass das Programm mit einer geringeren Beteiligung des Staates bis Ende Oktober verlängert wird.
- Kenia steht wegen Zwangsräumungen von hunderten Häusern in informellen Siedlungen ohne Bereitstellung einer Alternative in der Kritik. UN-Menschenrechtler kritisieren das Vorgehen scharf.
- Nach Angaben der Weltbank haben Migranten 2019 554 Milliarden US-Dollar an ihre Familien in ihren Heimatländern überwiesen. Durch die globale Rezession werden diese 2020 um 20 % zurückgehen.
- AstraZeneca und die Universität Oxford haben mit der Rekrutierung von mehr als 10.000 Probanden für einen experimentellen Covid-19-Impfstoff-Test begonnen. Der Impfstoff könnte frühestens 2021 die Marktreife erlangen.
- Laut WHO ist Afrika kurz davor, die Marke von 100.000 Covid-19-Infizierten zu überschreiten.

23.05.2020

Unser verändertes Einkaufsverhalten.

Heute haben wir das erste Mal seit März wieder Gäste zu Besuch – natürlich unter Einhaltung der strengen Corona-Vorgaben. Als ich an der Türe stehe und meine Schuhe anziehe, um meine Einkäufe am Bauernmarkt zu erledigen, klingelt unser ausgesprochen freundlicher Postbote an der Türe. Es werden zwei Pakete geliefert, die meine Frau bestellt hat. Wie lange liefert die Post eigentlich schon am Samstag aus? Irgendwie hat die Corona-Krise auch unser Einkaufverhalten verändert. Der Lieferservice liegt voll im Trend. Das bestätigt auch unser zum Bersten voller Altpapier-Container. Nachdem die Einkäufe erledigt und einmal verstaut sind, setze ich mich auf meinen gewohnten Platz an unserem Esstisch. Bei einer Internet-Recherche stoße ich auf die interessante Auswertung der Analyseplattform 1010data, die das Konsumverhalten von US-Konsumenten auf Basis einer Analyse der Kredit- und Bankomat-Einkäufe von fünf Millionen Amerikanern analysiert hat. Besonders stark boomt der Bereich der Lebensmittellieferungen des Einzelhandels. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr um 420 % gestiegen. Per Ende Februar, also vor dem Covid-19-Shutdown, hatte das Wachstum „nur“ 23 % betragen. Im Bereich Retail sticht die Bekleidungsindustrie hervor: Hier sind die Umsätze im E-Commerce-Bereich im Vergleich zu 2019 um 52 % gefallen. Die Lager mit der Frühjahrs- und Sommerkollektion sind voll. In Covid-19-Zeiten spielt der Sommer-Dresscode für viele Konsumenten eine untergeordnete Rolle. Besonders stark betroffen ist auch der Reisesektor. Die Zahl der Kreuzfahrten ist seit Februar um 87 % eingebrochen. Fluglinien, Autovermietungen und Hotels müssen sich mit ähnlichen Zahlen auseinandersetzen. Die US-Regierung musste bereits eingreifen und die schwer angeschlagene Flugzeugindustrie mit einem 85-Milliarden-Dollar-Paket retten. Auch Restaurants mussten deftige Einbußen hinnehmen. Besonders stark betroffen ist der Luxusbereich „Fine Dining“: Ein Fünf-Gänge Menü eines Haubenkochs lassen sich wahrscheinlich die wenigsten nach Hause liefern. Dieser Bereich ist auf Jahressicht um 88 % eingebrochen, wohingegen der Fast-Food-Bereich „nur“ um 21 % zurückging. Eigentlich unvorstellbare Zahlen. Ein vorsichtiger Kaufmann soll immer auch mit dem Schlimmsten rechnen. Aber damit? Bis unsere Gäste eintreffen, heißt es für mich noch Gemüse schnipseln. Heute gibt es Tortillas. Ein Hauch von Mexiko schwebt über Graz. Passend dazu servieren wir steirischen Weißwein oder steirisches Bier. Gepaart mit netten Menschen das einen wunderbaren Abend, meinen Sie nicht auch?

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Der österreichische Kanzler Sebastian Kurz legt gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus den Niederlanden, Schweden und Dänemark einen Gegenentwurf zum Merkel-Macron-Wiederaufbauplan vor. Im Gegensatz zum deutsch-französischen Plan wollen die „sparsamen“ Länder keine Zuschüsse, sondern Kredite vergeben.
- Jeder vierte Österreicher lehnt eine Covid-19-Impfung ab. Einige Landeshauptleute plädieren für eine Impfpflicht, Gesundheitsminister Anschober lehnt sie ab.

- Gesundheitsminister Rudolf Anschober widerspricht dem Vorwurf, es seien keine Corona-Warnungen an Tirol weitergeleitet worden.
- Bundeskanzlerin Angela Merkel verteidigt die Corona-Schutzmaßnahmen Deutschlands. Gleichzeitig bezeichnete sie die Einschränkung von Grundrechten als „Zumutung“ für die Demokratie.
- Bei der staatlichen Förderbank KfW sind bereits 44.089 Anträge für Kreditprogramm eingegangen. Das Antragsvolumen beläuft sich auf 42,3 Milliarden Euro. Die Nachfrage nach staatlichen Liquiditätshilfen in der Corona-Krise sind einem Bericht des deutschen Bundesfinanzministeriums zufolge deutlich gestiegen.
- Laut Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier soll die Staatsbeteiligung an der Lufthansa nicht von Dauer sein.
- TUI-Vorstand Fritz Joussen fordert angesichts der drohenden Pleitewelle einen Rettungsschirm für Reisebüros. TUI hat bereits 1,8 Milliarden Euro in Form eines abgesicherten Kredits erhalten.
- Ein Drittel der deutschen Einzelhändler abseits des Lebensmittelhandels sind laut dem Branchenverband HDE massiv in ihrer Existenz bedroht.
- China hat erstmals seit Beginn der Corona-Pandemie keine neuen Infizierten gemeldet.
- Donald Trump richtet dem Bürgermeister von Los Angeles, Eric Garcetti, aus, dass die von der Stadt verhängten Corona-Beschränkungen illegal seien. Der demokratische Bürgermeister betont, Los Angeles verfolge die Strategie der schrittweisen Öffnung. Man lasse sich in dieser Sache nicht von der Politik leiten, sondern von der Wissenschaft.
- Der Autovermieter Hertz leidet unter dem Einbruch der Flugreisen. In den USA muss er nun Insolvenz anmelden.
- Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat wegen der Aussetzung von Impfkampagnen vor lebensbedrohenden Folgen für Millionen Kinder gewarnt. Die Routine-Impfungen seine in mindestens 68 Ländern erheblich beeinträchtigt. Darunter fallen beispielsweise Impfungen gegen Diphtherie, Masern oder Polio.

24.05.2020

America oder China First?

In China tagt der chinesische Volkskongress mit 3.000 Delegierten. Die Zusammenkunft ist ein Zeichen dafür, dass China die Krise überwunden hat. Der größte Widersacher im Streit um die weltweite Vormacht-stellung ist die USA. Präsident Donald Trump scheut keine Gelegenheit, den mittlerweile lästigen Kontrahenten in die Schranken zu weisen. Von China ging die aktuelle Krise aus. Ironischerweise kann Staatspräsident Xi Jinping auch aus der Corona-Pandemie einen strategischen Vorteil für China ziehen. Es werden Hilfsgüter in viele Teile der Welt geliefert und im Gegensatz zu Trump tritt Jinping als großer Spender der WHO auf. Das schafft Sympathiepunkte und wirkt im Gegensatz zu den pauschalen Schuldzuweisungen eines Donald Trumps wohlüberlegt. China hat in den letzten Jahrzehnten einen kontinuierlichen Aufholprozess gestartet. Alles begann mit dem kühnen Industrialisierungsprogramm Mao Zedongs Ende der 1950er Jahre. Das Ziel war ambitioniert und schien zum damaligen Zeitpunkt äußerst unrealistisch, wollte doch ein unbedeutender Bauernstaat für sich beanspruchen, eine führende Rolle in der Welt einzunehmen. Xi Jingping gibt sechs Jahrzehnte nach Mao die Strategie „China First“. Das erinnert mich an Donald Trumps „America First“. Die Strategie beruht auf drei großen Säulen. Zum einen ist eine massive Aufrüstung geplant. Der Rüstungsetat soll um 7 % angehoben werden, wohingegen die gesamtstaatlichen Ausgaben rückläufig sind. Die Neue Seidenstraße ist ein Prestigeprojekt Chinas. Das Programm umfasst mittlerweile ein Finanzvolumen von umgerechnet 6,5 Billionen US-Dollar und soll noch weiter ausgebaut werden. Das entspricht ungefähr der Hälfte des jährlichen BIP Chinas und übersteigt die jährliche Wirtschaftsleistung Japans um 30 %. Als dritte große Stoßrichtung hat sich China zum Ziel gesetzt, die Technologieführerschaft der USA zu brechen. Um das zu verwirklichen, wurde ein Hightech-Programm ins Leben gerufen und mit 1,4 Billionen US-Dollar dotiert. Themen wie künstliche Intelligenz, der Ausbau des 5G-Netzes oder auch die innerchinesische Infrastruktur stehen auf der selbstauferlegten Agenda. Mich fasziniert es, wie strategisch die Entscheidungsträger in China vorgehen. Sie konzentrieren sich in ihrer Strategie auf Zukunftsthemen, setzen sich hohe Ziele und schaffen die Rahmenbedingungen, um auch konsequent an deren Umsetzung zu arbeiten. America oder China First? Ich weiß nicht, wie das Match ausgeht. Ich stelle mir aber gerade die Frage, ob ich meine Kinder zum Chinesisch-Kurs anmelden soll?

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Bundespräsident Alexander Van der Bellen wird eineinhalb Stunden nach der Sperrstunde mit seiner Frau im Gastgarten eines Italieners in Wien erwischt. Diesem drohen bis zu 30.000 Euro Strafe, für die der Präsident aufkommen will. Van der Bellen entschuldigt sich reumütig und führt aus, dass er sich verplaudert und die Zeit vergessen habe.
- In Österreich sind nur mehr 800 Menschen aktiv an Corona erkrankt. Laut Angaben von Gesundheitsminister Rudolf Anschober melden bereits fünf Bundesländer, dass sie keine Covid-19-Patienten mehr auf ihren Intensivstationen haben.

- Österreichs Finanzminister Gernot Blümel pocht weiterhin auf eine Rückzahlung der Corona-Beihilfen. Damit stellt er sich gegen den Merkel-Macron Plan.
- Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) präsentiert der Regierung einen Forderungskatalog mit 66 Maßnahmen für ein erfolgreiches Wiederhochfahren der Industrie.
- Der deutsche Bundesdatenschutzbeauftragte Ulrich Kelber warnt vor der Verwendung des Videokonferenz-Anbieters Zoom. Die Inhalte lägen derzeit unverschlüsselt auf einen Server von Zoom, da es keine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung gebe.
- Die Kurzarbeit könnte Deutschland im Jahr 2020 über 30 Milliarden Euro kosten.
- Die Corona-Warn-App soll bis Mitte Juni einsatzfähig sein. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble kritisiert die seiner Ansicht nach verspätete Einführung der Technologie.
- In Spanien gerät der sozialistische Ministerpräsident Pedro Sánchez immer mehr in die Kritik. Tausende Menschen fordern bei einer Kundgebung seinen Rücktritt. Der Regierungschef reagiert gelassen.
- Laut dem italienischen Handelsverband Confcommercio haben 54 % der Italiener ihre Einkäufe aus Angst vor einer Ansteckung auf das Notwendigste reduziert. Mehr als zwei Drittel kaufen ausschließlich in ihrem Viertel ein. Nach der ersten Woche seit der Wiedereröffnung zeigen sich 92 % der Gastronomieunternehmen unzufrieden. Der Verband befürchtet, dass bis Jahresende 100.000 Kleinbetriebe schließen müssen.
- Die USA haben das Hochsicherheitslabor in Wuhan als Ausgangspunkt der Corona-Pandemie bezeichnet. Das Wuhan-Institut, das die größte Virusdatenbank Asiens beherbergt, weist die Vorwürfe entschieden zurück.
- Die argentinische Hauptstadt Buenos Aires verlängert die strengen Ausgangsbeschränkungen bis 7. Juni. Ursprünglich war eine Lockerung der seit 20. März in Kraft getretenen Maßnahmen für heute geplant.
- Im Rennen um einen Covid-19-Impfstoff scheint das Biotechnologie-Unternehmen Moderna die Nase vorn zu haben. Es gebe vielversprechende Zwischenergebnisse zu vermelden, ein Erfolg sei aber nach wie vor nicht sicher.

25.05.2020

Chinas Motoren laufen nahezu auf Hochbetrieb.

Die Corona-Krise nahm in China ihren Anfang. Die Pandemie breitete sich erst in Europa aus und erreichte letztendlich auch den amerikanischen Kontinent. China reagierte frühzeitig mit einem rigorosen Shutdown auf die Pandemie und verursachte einen in unserer Generation noch nie zu beobachtenden Einbruch der Wirtschaftsleistung. Die Industrieproduktion des 1,4-Milliarden-Einwohner-Landes hatte noch im Dezember um 6,9 % zugenommen, im Jänner und Februar 2020 brach sie um jeweils 13,5 % ein. Bereits im März wurden die Maschinen wieder hochgefahren. Positiv ist, dass das Wachstum bereits im April mit 3,9 % wieder deutlich im Plus lag. Mittlerweile arbeiten 99 % der Unternehmen in China wieder,wenn auch nicht mit Volldampf. Das Auslastungsniveau liegt erst bei 85 % des Vorkrisenniveaus. Auch die Einzelhandelsumsätze sind im 1. Quartal deutlich gefallen. Nachdem die Wachstumsrate im Dezember noch bei 8 % gelegen hatte, folgte zu Jahresbeginn ein 20-prozentiger Einbruch. Im März und April lag man immer noch um 15,8 bzw. 7,5 % unter dem Vorjahresniveau. Der Konsument braucht anscheinend länger, um sich zu erholen. Wen wundert's? Der wirtschaftliche Ausblick ist düster. 2020 sind wir weltweit mit einem historischen Wirtschaftseinbruch gepaart mit einem explosionsartigen Anstieg der Arbeitslosigkeit konfrontiert. Die globale Arbeitszeit ist um 10,5 % eingebrochen. Mehr als 2,2 Milliarden Menschen oder zwei Drittel aller Angestellten sind davon betroffen. Wenig überraschend, dass in diesem Umfeld die Einzelhandelsumsätze etwas hinterherhinken. Spannend finde ich auch die Entwicklung des Stromverbrauches, der in China um mehr als ein Viertel zurückging. Bereits im April war wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Ähnliches gilt für das inländische Frachtvolumen. Nach einem drastischen Rückgang um nahezu zwei Drittel befand sich dieses schon im April wieder auf dem Vorkrisenniveau. Interessant sind auch die Erfahrungswerte deutscher in China tätiger Unternehmen. Für Volkswagen war der schlimmste Monat der Februar. Siemens spricht von einem vielversprechenden April und BMW sieht in China eine robuste Nachfrage. Auch der Chemiekonzern BASF sieht die Auftragslage in China wieder anspringen. Der Markt bleibe weiterhin interessant, selbst dann, wenn andere Länder einen Teil ihrer Wertschöpfungskette wieder zurückholen sollten. Wird es eine V-förmige Erholung? Ein scharfer Einbruch, gefolgt von einer raschen Erholung? Oder wird es, wie befürchtet, doch ein L – mit einem scharfen Einbruch und Dahindümpeln auf tiefem Niveau?

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die österreichische Bundesregierung verabschiedet ein Hilfspaket für Gemeinden im Ausmaß von einer Milliarde Euro. Kanzler Kurz verlautbart, dass die Regierung an zwei Zielen arbeite. Zum einen gelte es, die Ansteckungszahlen niedrig zu halten. Zum anderen sei darauf zu achten, die Wirtschaft wieder hochzufahren. Die regionale Wirtschaft sei ein wesentlicher Baustein.

- Heute startet die schriftliche Matura für rund 40.000 Schüler.
- Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sieht in den Protesten gegen die drastischen Einschränkungen der Freiheitsrechte in der Corona-Krise eine soziale Gefährdung der demokratischen Substanz.
- Die EU-Staatshilfe in Höhe von 9 Milliarden Euro ist fix. Nun muss nur noch die EU-Kommission zustimmen.
- Der ifo-Geschäftsklimaindex ist nach dem historischen Tief im April wieder etwas angestiegen. Die aktuelle Lage wird von den Managern noch sehr schlecht eingeschätzt, der Ausblick in die Zukunft ist aber weniger skeptisch.
- Das Statistische Bundesamt bestätigt, dass Deutschland bereits im 1. Quartal in die Rezession gerutscht ist. Das BIP ging im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 % zurück.
- Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier will für den deutschen Mittelstand ein weiteres Hilfspaket in Höhe von 25 Milliarden Euro verabschieden. Firmen mit bis zu 249 Mitarbeitern sollen demnach bis zu 50.000 Euro pro Monat bekommen, sofern ihre Umsätze im April und Mai gegenüber dem Vorjahr um zumindest 60 % eingebrochen sind.
- Montenegro war das letzte Land Europas, in welchem ein Coronavirus-Fall registriert wurde und ist jetzt das erste, in dem das Virus als besiegt gilt. Das teilte Gesundheitsminister Kenan Hrapovic mit.
- Italien will herausfinden, wie viele Italiener bereits Covid-19-Antikörper entwickelt haben und dafür 150.000 Antikörpertests durchführen.
- Sicherheitsexperten des Europarats warnen vor der Gefahr terroristischer Anschläge mit Biowaffen. Die absichtliche Verwendung von Krankheitserregern könnte sich als sehr effektiv erweisen.
- Chiles Präsident Sebastian Pinera warnt davor, dass das Gesundheitssystem fast am Limit sei. Die Anzahl der Covid-19-Infizierten stieg auf 70.000 an. Der Großraum Santiago steht unter Quarantäne. Dort leben acht Millionen Menschen oder 40 % der Gesamtbevölkerung.
- Japans Regierungschef Shinzo Abe hat heute den Notstand für das gesamte Inselreich vorzeitig aufgehoben.
- Microsoft-Chef Satya Nadella warnt davor, dass die Arbeit im Homeoffice auf Dauer der psychischen Gesundheit der Mitarbeiter schade.

26.05.2020

Dem „V“ sei Dank.

Heute werde ich mich in einem Grazer Krankenhaus einer Routine-Operation unterziehen. Vorab wurde ein Covid-19-Test durchgeführt. Zu meinem Glück habe ich keine Erfahrungen mit Krankenhäusern. Auf mich macht es einen professionellen Eindruck. Mein ursprünglicher Termin hätte bereits Ende März stattfinden sollen. Das war gerade zur Blütezeit der Krise in Italien. Überfüllte Krankenhäuser, überarbeitete Ärzte und mangelnde Ausstattung schockierten die Welt. Davon ist heute nichts zu sehen. Keine Spur von Panik, Überarbeitung und Hektik. In dieser Situation bin ich froh, die gute medizinische Versorgung in Österreich nutzen zu können.

Auch an den Finanzmärkten war vor 60 Tagen die Stimmung deutlich düsterer als heute. Die Aktienmärkte notierten auf Tiefständen, Panik machte sich breit. Seit damals konnten Aktien aber eine beeindruckende Rallye hinlegen und um mehr als 20 % zulegen. 2020 gibt es nur eine einzige Branche, die mit +4 % eine positive Performance aufweisen kann. Es wird Sie wahrscheinlich nicht wundern, dass es sich dabei um die Pharma-Aktien handelt. Auch Tech-Unternehmen (-5 %) entwickelten sich in diesem Umfeld „gut“. Alle anderen Segmente weisen zumindest ein zweistelliges Minus aus. Spannend ist, wenn man das Jahr in Bären- und Bullen-Zyklen untergliedert. Zwischen 19. Februar und 16. März verlor der europäische Aktienmarkt 34 % an Wert. Am besten schnitten die Branchen Pharma (-24 %), Nahrungsmittel (-28 %) und Konsum (-30 %) ab. Grundsätzlich sind das alles defensive Branchen. Zu den größten Verlierern gehören Tourismus (-49 %), Energie (-46 %) sowie Banken und Versicherungen (je -43 %). In der seit 16. März andauernden Aufwärtsbewegung konnten Technologie-Aktien die beste Wertentwicklung verzeichnen und nahezu ein Drittel zulegen. Interessanterweise zählen auch Energie (+31 %) und Rohstoffe (+30 %) zu den Gewinnern, obwohl es sich um zyklische Branchen handelt und wir gegenwärtig definitiv keine Hochkonjunktur erleben. Am geringsten fiel das Ausmaß bei Banken (+1 %), Immobilien (+8 %) und Versorger (+12 %) aus. Von den Märkten wird bereits wieder viel Positives vermeldet und eine V-förmige Erholung eingepreist. Der Gewinneinbruch führt zu einer fundamental teureren Bewertung der Unternehmen. Ein Comeback der Wirtschaft und der Unternehmens-gewinne scheint also, dem „V“ sei Dank, unmittelbar bevorzustehen. Ob der Corona-Crash der Beginn einer Periode unter dem Motto „Schrecken ohne Ende“ oder nur ein kurzfristiger Schock sein wird, wage ich aber nicht zu prognostizieren.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Durch die Öffnung der Gastronomie ist die Zahl der Arbeitslosen gesunken. In Vergleich zur Vorwoche gibt es 9.000 Arbeitslose und Schulungsteilnehmer weniger. Seit dem Höchststand Mitte April ist die Anzahl um rund 65.000 zurückgegangen. Es befinden sich aber noch 1,3 Millionen. Menschen in Kurzarbeit. Erst ein Drittel der Arbeitslosen hat wieder einen Job.

- Die Salzburger Festspiele werden im Jubiläumsjahr in verkürzter und eingeschränkter Form stattfinden. Statt 200 Vorstellungen an 44 Tagen und an 16 unterschiedlichen Spielstätten wird es rund 90 Vorstellungen an höchstens sechs Spielstätten geben. Die 100. Salzburger Festspiele finden vom 1. bis 30. August statt.
- Ab Freitag sind in Österreich wieder Kulturveranstaltungen mit bis zu 100 Menschen im Publikum erlaubt. Bis 1. August soll die Anzahl schrittweise auf bis zu 1.000 Gäste erhöht werden. Prinzipiell gilt die Ein-Meter-Abstand-Regel oder eine Maskenpflicht.
- Die EU-Kommission will die Rettung der deutschen Lufthansa nur unter hohen Auflagen genehmigen. Es bahnt sich ein offener Konflikt mit der Bundesregierung an. Bundeskanzlerin Merkel kündigt einen „harten Kampf“ an und merkt sauer an: „Das lassen wir nicht mit uns machen.“
- Die deutsche Bundesregierung will bis zum Beginn der Sommerferien die weltweite Reisewarnung für 31 europäische Staaten aufheben. Dazu gehören neben den EU-Ländern auch Großbritannien, Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein.
- Premierminister Boris Johnson kündigte an, dass ab 1. Juni Tausende Geschäfte und Einkaufszentren in Großbritannien wieder öffnen dürfen. Seit 23. März sind alle Geschäfte, die nicht der Grundversorgung dienen, geschlossen.
- In Brasilien weitet sich die Corona-Pandemie immer weiter aus. In den letzten 24 Stunden waren erstmals mehr Todesfälle zu beklagen als in den USA.
- Die Weltgesundheitsorganisation hat die Anwendung des Malaria-Medikaments Hydroxychloroquin bei Covid-19-Erkrankten vorerst ausgesetzt. Forscher aus den USA und der Schweiz haben Daten von rund 96.000 Patienten ausgewertet und kamen zum Ergebnis, dass der Einsatz sehr wahrscheinlich nicht zur Behandlung von Covid-19-Patienten geeignet sei und zudem auch die Todesrate erhöhen könnte.
- In den USA hat die Corona-Pandemie bereits mehr als 100.000 Todesopfer gefordert.
- Ungarn hat heute die Beendigung des international umstrittenen Ausnahmezustands eingeleitet. Damit endet der diktaturähnliche Zustand, den Ministerpräsident Viktor Orbán durchgesetzt hatte.
- Frankreich will die Autobranche mit 8Milliarden Euro unterstützen.

27.05.2020

Letzter Sargnagel für die Globalisierung?

Die Finanzmärkte erleben ein fröhliches Frühlings-erwachen. Von „Sell in May and go away“ kann 2020 keine Rede sein. Mit dem heutigen Tag dürfen nach zwei Monaten die ersten Händler wieder auf das glitschige Börsenparkett der New Yorker Börse NYSE. Vorausgesetzt, sie fahren nicht mit der U-Bahn an die Wall Street und sie haben kein Fieber. Für die handelnden Akteure herrschen Maskenpflicht und eine strenge Mindestabstandregel. JP Morgan Chase, die größte Bank Amerikas, geht davon aus, dass bis auf weiteres maximal die Hälfte der Büros besetzt sein werde. Die Großraumbüros, in denen Finanzexperten Schulter an Schulter ihren Geschäften nachgehen, sind nicht dafür ausgelegt, die neuen Abstandregeln einzuhalten. Großbanken benötigen mehr Büroflächen. Und das kann in einer Stadt wie New York teuer werden. Aber nicht nur die Finanzbranche befindet sich im Umbruch. In der Welt wimmelt es mittlerweile von Globalisierungsskeptikern. Carmen Reinhart, Harvard-Professorin und neue Chefvolkswirtin der Weltbank, äußerte sich dazu in einem Interview: „Ohne melodramatisch zu sein, aber Covid-19 ist der letzte Sargnagel für die Globalisierung.“ Nach jahrzehntelanger Euphorie macht sich nun eine gewisse Globalisierungsmüdigkeit breit. Bei allen Problemen sind mit der Globalisierung eine Menge Erfolgsgeschichten verknüpft. Allein im letzten Jahrzehnt ist die Weltwirtschaft um 43 % gewachsen. Ein Großteil dieses Wachstums ist auf Schwellenländer zurückzuführen. Durch die Globalisierung wurden außerdem zahllose Arbeitsplätze geschaffen. Das betrifft Industrie- und Schwellenländer gleichermaßen. Allein in der EU existieren 36 Millionen Arbeitsplätze, die von Exporten in Drittländer leben. Festzuhalten ist aber auch, dass nach dem rasanten Wachstum des Welthandels in den 1990ern die Entwicklung seit Beginn des Jahrtausends stagniert. 1990 betrug das internationale Handelsvolumen knapp 40 % des globalen BIP. 30 Jahre später ist es auf 60 % gestiegen. Kritiker führen an, dass die Globalisierung von Großkonzernen schamlos ausgenutzt werde, um Steuern zu vermeiden und Umweltgesetze bewusst zu umgehen. Gerade die aktuelle Krise hat uns die Abhängigkeit von anderen Staaten spüren lassen. Es ist wichtig, die Grundversorgung auch im Krisenfall gewährleisten zu können. Damit ist ein zumindest teilweiser Deglobalisierungsprozess verbunden. Das Pendel scheint nun zugunsten der Globalisierungsgegner auszuschlagen. Und damit neigt sich vermutlich eine wirtschaftliche Ära dem Ende zu.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter.:

- Die österreichische Regierung hat den Härtefallfonds völlig neu aufgestellt, so Vizekanzler Werner Kogler und Finanzminister Gernot Blümel. Der Zeitraum wird von drei auf sechs Monate gestreckt und mit mindestens 500 Euro pro Monat dotiert. Zudem gibt es einen Comeback-Bonus von ebenfalls jeweils 500 Euro pro Monat. Damit erhält jeder Unternehmer zumindest 6.000 Euro. Die oberste Auszahlungsgrenze wird mit 2.500 Euro und damit insgesamt 15.000 Euro festgelegt.
- Der Aufsichtsrat der Lufthansa stimmt dem Rettungspaket des Bundes aufgrund der EU-Auflagen vorerst nicht zu. Die geforderten Start- und Landeprämien für Frankfurt und München hätten

großen wirtschaftlichen Einfluss und müssen noch „intensiv geprüft werden." Das mit der Bundesregierung ausgehandelte 9 Milliarden Euro schwere Rettungspaket liegt damit vorerst auf Eis.

- In Deutschland werden die Kontaktbeschränkungen bis 29. Juni verlängert. Es dürfen sich bis zu 10 Menschen oder Angehörige zweier Haushalte im öffentlichen Raum treffen.
- EU-Parlament verabschiedet den europäischen Wiederaufbaufonds, der 750 Milliarden Euro umfasst. Für Kommissionspräsidentin Ursula Von der Leyen ist der Wiederaufbau ein Generationenprojekt.
- Das französische Statistikamt Insee rechnet im 2. Quartal mit einem BIP-Einbruch von 20 %.
- Weltweit sind bereits mehr als 350.000 Menschen am Coronavirus verstorben. Mehr als drei Viertel der Verstorbenen wurden in Europa und Amerika verzeichnet. Europa ist mit 173.713 Toten und mehr als 2 Millionen Infektionen der am stärksten betroffene Kontinent.
- Der britische Premierminister Boris Johnson will nach seiner schweren Covid-19-Erkrankung seine Fitness verbessern. Aus Sicherheitsgründen darf er aber nicht mehr in der Öffentlichkeit Sport treiben. Daraufhin erteilte ihm Queen Elizabeth II. die Sondergenehmigung, im Garten des Buckingham-Palastes zu joggen.
- In Indien wird der Einsatz von Hydroxychloroquin gegen Covid-19 trotz der Warnung der Weltgesundheitsorganisation offiziell empfohlen. Der Indische Rat für Medizinische Forschung (ICMR) verlautbarte, dass das Malaria-Medikament keinen Schaden anrichten und vielleicht einen Nutzen haben könne. In Frankreich wurde im Gegensatz dazu nach der WHO-Warnung der Einsatz untersagt.
- Mexikos Präsident Andres Manuel Lopez Obrador hat sich bei Carlos Slim, Telekom-Unternehmer mit einem geschätzten Vermögen von 52 Milliarden Dollar, für die vorzeitige Steuerzahlung bedankt. Damit sei in der Krise sichergestellt, dass medizinisches Personal bezahlt und Ausrüstung gekauft werden könne.

28.05.2020

Schuldenberg zum Null-Tarif.

Heute konnte ich das Krankenhaus wieder verlassen. Meine Routine-OP ist gut verlaufen und ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, mich bei den Ärzten, Krankenschwestern und dem gesamten Krankenhauspersonal zu bedanken. Die OP, die medizinische Versorgung und auch das ganze Rundherum waren hervorragend. Gerade nach den Herausforderungen seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie ist das gar nicht hoch genug zu bewerten. An den Finanzmärkten werden die verabschiedeten Rettungspakete gefeiert. Die Aktienmärkte befinden sich tief im grünen Bereich. Die Zinsen sind auf historischen Tiefstständen und im Bereich der guten Bonitäten müssen Investoren sogar Geld dafür zahlen, dass der Kreditnehmer ihr Geld nimmt. Das sind wahrlich seltsame Zeiten, in denen wir leben, meinen Sie nicht auch? Den Regierungen spielt es aber durchaus in die Hände. Schließlich bekommt man den Schuldenberg zum Null-Tarif. Japans Regierung hat die Hilfspakete auf 2 Billionen Euro oder 40 % des BIP verdoppelt. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen präsentiert den finalen und im Vorfeld heftig diskutierten EU-Wiederaufbauplan. Mit den anberaumten 750 Milliarden Euro, davon sind 500 Milliarden Euro nicht rückzahlbare Zuschüsse, wird sogar der viel kritisierte Macron-Merkel Plan übertroffen. Italien ist der große Nutznießer und erhält 172 Milliarden Euro, davon 82 Milliarden als nicht rückzahlbaren Zuschuss. Auch Spanien erhält 77 Milliarden Euro an Zuschüssen und 63 Milliarden an Krediten. Deutschland und Österreich erhalten nur Zuschüsse im Ausmaß von 29 bzw. 4 Milliarden Euro. Zur Finanzierung werden Anleihen mit einer 30-jährigen Laufzeit begeben, deren Rückzahlung erst 2028 beginnen wird. Zudem sollen neue Einnahmequellen, also Steuern, wie z.B. eine Digital-sowie eine CO2-Steuer, erschlossen werden. Der Titel des Fonds „Next Generation EU“ könnte nicht passender sein. Meine Kinder werden bald 12 und 10 Jahre alt. 2058, wenn die Anleihen vollständig zurückgezahlt oder refinanziert werden müssen, sind sie 50 und 48 Jahre und damit wesentlich älter als meine Frau und ich heute. Mir ist vollkommen klar, dass man in dieser Krise Geld in die Hand nehmen muss. Es steht wahrlich viel auf dem Spiel. Für politische Entscheidungsträger scheint es ein Fass ohne Boden zu sein. Ich möchte mich schon jetzt bei meinen Kindern und ihrer Generation dafür entschuldigen. Es würde mich nicht wundern, wenn ich eines Tages mit der Frage konfrontiert werde: „Hast Du das nicht mitbekommen? Warum hast Du nichts dagegen getan?!“

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Unmittelbar vor dem Beschluss des ersten türkis-grünen Budgets wird die Sitzung des Nationalrates gestoppt. SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer weist auf einen gravierenden Zahlenfehler hin. Im Gesetzesantrag fehlte der Passus „in Millionen Euro“. So werden statt 102 Milliarden nur 102.389 Euro als Auszahlungsobergrenze definiert, und demnach läge das Defizit bei lediglich 20.600 Euro anstelle von 20,6 Milliarden Euro. Gegen Finanzminister Gernot Blümel wird ein Misstrauensantrag gestellt.

- Bundeskanzler Sebastian Kurz, der mit Schweden, Dänemark und den Niederlanden eine Alternative zum Merkel-Marcron-Plan erarbeitet hat, kritisiert das Ausmaß und die Zusammenstellung des gestern von der EU-Kommission präsentierten EU-Wiederaufbau-fonds. Kurz ist daher der Ansicht, dass man erst am Anfang der Verhandlungen sei.
- EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gibt an, in sehr gutem und engem Kontakt mit Bundeskanzler Kurz zu stehen. Kurz hätte in vielen Gesprächen mit ihr das Programm deutlich mitgeprägt,zum Beispiel mit der Forderung, das Budget zu modernisieren, einen European Green Deal anzustoßen oder in die Digitalisierung zu investieren.
- Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) begrüßt den Wiederaufbaufonds. Die EU habe die Dimension der Krise und die Notwendigkeit erkannt. BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang appelliert an die EU-Mitgliedsstaaten, jetzt an einem Strang zu ziehen, damit die Mittel rasch mobilisiert werden können.
- Das deutsche ifo Institut hält nach dem wirtschaftlichen Rekordeinbruch eine kräftige Erholung für möglich. Für 2020 wird ein BIP-Einbruch von 6,6 % prognostiziert. 2021 soll das BIP aber wieder um 10,2 % wachsen.
- Deutsche Unternehmen haben im März und April 10,1 Millionen Menschen zur Kurzarbeit angemeldet. 2009 waren es „nur“ 3,3 Millionen.
- Bundesgesundheitsminister Jens Spahn warnt vor einer ähnlichen gesellschaftlichen Polarisierung in Deutschland wie in der Flüchtlingskrise. Zu Beginn der Corona-Pandemie habe er ein „Wir-Gefühl“ erlebt. Jetzt aber müsse man hinsichtlich des gesellschaftlichen Klimas aufpassen.
- Frankreich macht beim geplanten Wiederaufbaufonds Europas Druck und will bereits in den nächsten Wochen eine Einigung.
- Italiens Außenminister Luigi Di Maio sieht durch die Aufhebung der Reisefreiheit keine Gefahren für die öffentliche Gesundheit. Österreichs Gesundheitsminister Rudolf Anschober ist in Bezug auf die Reisefreiheit nach Italien allerdings noch vorsichtig. Italien sei für ihn noch ein Hotspot.
- Die US-Wirtschaft ist im 1. Quartal um 5 % und damit mehr als erwartet eingebrochen.

29.05.2020

Diese Branchen sind wieder gefragt.

Die Woche neigt sich dem Ende zu und das Pfingstwochenende steht unmittelbar bevor. Heute werde ich noch einen Ruhetag einlegen. Es ist schön, wieder zuhause zu sein. An den Finanzmärkten wächst die Kluft zwischen Europa und Amerika weiter. Während der technologielastige Nasdaq-Composite seit Jahresbeginn ein Plus von 4 % vorweisen kann, liegt der US-Aktienmarkt mit 7 % und der europäische Markt mit rund 20 % im Minus. An den Börsen werden seit Mitte Mai auch verstärkt die zyklischen Branchen Industrie, Automobil und Rohstoffe gekauft. Die defensiven Branchen, wie Pharma oder Versorger, die seit Jahresbeginn deutlich vorne liegen, hinken in den letzten Wochen hinterher. Ein Blick noch auf die Untergewinne. Die sich dem Ende zuneigende Berichtssaison beschert den US-Unternehmen einen Gewinneinbruch von 20 %. Das Ausmaß des Einbruchs war in der Finanzkrise mehr als doppelt so hoch. Das 2. Quartal mit dem globalen Shutdown ist aber noch nicht eingebucht. An den Märkten herrscht der „Risk-On"-Modus, was angesichts der tiefen Zinsen kein Wunder ist. Für den Kauf einer deutschen Bundesanleihe mit einer 10-jährigen Laufzeit muss der Käufer 0,45 % bezahlen. Auch das österreichische Pendant notiert im negativen Terrain. So macht Schuldenmachen Spaß, meinen Sie nicht auch? In Deutschland sorgt der Kampf um den Daimler-Konzern für Aufsehen, in dem zwei chinesische Investoren um Einfluss und Prestige ringen. Bejing Automotive Group (BAIC), ein Staatsunternehmen, investierte im Juli 2019 2,4 Milliarden Euro in einen 5-prozentigen Unternehmensanteil. Mittlerweile sind diese nur mehr 1,74 Milliarden wert. Bereits Anfang 2018 hatte Li Shufu, Gründer des chinesischen Automobilherstellers Geely, knapp 10 % Daimler-Anteile für 7,5 Milliarden Euro erworben. Nach den herben Kursverlusten sind diese heute aber nur mehr 3,4 Milliarden Euro wert. Beide Investoren mussten deutliche herbe Kursverluste hinnehmen. Auf ihren Heimatmärkten sind sie angeblich Konkurrenten, die keinerlei gemeinsame Pläne schmieden. Ein Verkauf macht für beide Investoren aufgrund der Kursverluste wenig Sinn, und durch ein Nachkaufen würde sich der Einstandskurs deutlich reduzieren. BAIC hat bereits im Dezember angekündigt, den Anteil auf 10 % aufstocken zu wollen. Am liebsten würde man Li Shufu als größten Einzelaktionär ablösen. Im Jahr 2015 lag die Marktkapitalisierung noch bei stolzen 105 Milliarden Euro. Heute sind Daimler-Aktien für ein Drittel ihres Höchstkurses zu haben. Das zieht finanzkräftige Käufer an. Daimler ist kein Einzelfall. Droht gar der Ausverkauf Europas?

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- In Österreich dürfen ab heute nach einer zweimonatigen Sperre wieder Freibäder, Fitnessstudios und Hotels öffnen.
- Die AUA will am 15. Juni nach fast 90 Tagen Pause den Flugbetrieb wieder aufnehmen.
- Die Regierung hat einen Überbrückungsfonds für Künstler im Wert von über 90 Millionen verabschiedet. Es können maximal sechs Monate lang bis zu 1.000 Euro monatlich beantragt werden.

- Das europäische Pandemie-Notfallankauf-programm PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) wurde am 18. März verabschiedet. Die EZB darf für 750 Milliarden Euro Anleihen und Aktien der EU-Länder aufkaufen und damit stabilisierend eingreifen. Bisher wurden vor allem italienische Staatsanleihen gekauft. Bereits im Herbst sind die 750 Milliarden Euro verbraucht. Viele Mitglieder des EZB Rates gehen von einer Aufstockung um zumindest 500 Milliarden Euro aus.
- In Frankreich hat das Parlament grünes Licht für die umstrittene Corona-App „StopCovid“ gegeben. Auch aus dem Kreis von Präsident Emmanuel Macron hatte es datenschutzrechtliche Bedenken gegeben. Die Einführung der App soll in Kürze erfolgen.
- Die deutsche Gesundheitsbranche rechnet mit erheblichen Einbußen. 72 % der Unternehmen gehen von Umsatzrückgängen aufgrund verschobener Operationen oder gestörter Lieferketten aus. Knapp ein Viertel der Betriebe rechnet mit einem Umsatzrückgang zwischen 25 und 50%. Lediglich 6 % der Unternehmen profitieren von der Covid-19-Krise.
- Die EZB und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) zweifeln die Effektivität des Sicherheitssystems der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen an. Als Kritikpunkt werden fehlende „klare Zuständigkeiten“, die eine „rasche Lösung von Stützungsfällen“ in den dezentralen Systemen verhindern, angeführt.
- UN-Generalsekretär António Guterres hat zur finanziellen Unterstützung von Entwicklungsländern aufgerufen. Die Welt befinde sich in einer nie dagewesenen menschlichen Krise, die Einigkeit und Solidarität aller erfordern würde.
- Westliche Länder dürften nach Einschätzung des Pharmariesen Pfizer als erste mit einem Covid-19-Impfstoff bedient werden. Nach Angaben der WHO gebe es gegenwärtig etwa 125 Impfstoffkandidaten, von denen bereits ein knappes Dutzend in klinischen Studien überprüft würden. AstraZeneca hoffe, sein Produkt bis Jahresende auf den Markt zu bringen. Die WHO geht davon aus, dass 15 Milliarden Impfstoff-Dosen weltweit benötigt werden. Das ist dreimal so viel wie in einem normalen Jahr hergestellt wird.
- 41 Millionen Menschen sind in den USA arbeitslos, 38 Millionen leben von Lebensmittelgutscheinen.

30.05.2020

Wir erleben ein ständiges Auf und Ab.

Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie komme ich nicht richtig zur Ruhe. Zuviel passiert an den Finanzmärkten. Wir erleben ein ständiges Auf und Ab. Ich bin sehr dankbar dafür, diese turbulente Zeit aktiv miterleben zu dürfen. Es gibt viel zu lernen. Dämme brechen, Mauern werden niedergerissen und jeder Stein wird umgedreht. Es findet ein Veränderungsprozess statt, der alle Teile der Gesellschaft und Wirtschaft umfasst. Während ich meinen morgendlichen Espresso genieße, muss ich an die düsteren Analysen der EZB denken. Die Notenbank hat die Finanzstabilität der Eurozone überprüft und einige Gefahrenherde aufgedeckt. Die EZB prognostiziert einen Anstieg der Verschuldung der Eurostaaten von 86 auf 103 % des BIP. Die Fonds- und Versicherungsbranche könnte mit großen Vermögensabflüssen zu kämpfen haben, die in Kombination mit sinkenden Margen die Unternehmensgewinne drücken. Durch die steigenden Verschuldungsquoten steigt auch das Risiko im Unternehmenssektor. Das könnte zu Ratingverschlechterungen und höheren Finanzierungskosten führen. Und schlussendlich leiden die Bankbilanzen unter den niedrigen oder gar negativen Zinssätzen. EZB-Vizepräsident Luis de Guindos weist darauf hin, dass sich die Pandemie negativ auf die Ertragsaussichten der Banken und die öffentlichen Finanzen auswirken. Das müsse proaktiv angegangen werden, damit das Finanzsystem die wirtschaftliche Erholung auch weiterhin unterstützen könne. Wer die diplomatische Sprache der EZB versteht, weiß, was das bedeutet. Für mich klingt das nach der Ruhe vor dem Sturm. Insofern lohnt es sich, einen Blick auf die europäische Bankenlandschaft zu werfen. Durch die wirtschaftlich unsicheren Zeiten steigt die Gefahr, dass viele Kredite nicht mehr bedient werden können. Im 1. Quartal ist die Risikovorsorge auf das 5,6-fache des Durchschnittswertes gestiegen. Die Aufsichtsbehörden haben bereits im März Erleichterungen für den Bankensektor verabschiedet. Neben den regulatorischen Entlastungen zeigt auch die Dividendeneinbehaltung eine positive Wirkung. Auf der Kreditseite ist das Wachstum für Konsumkredite deutlich gesunken, jenes für Immobilien leicht und jenes für Unternehmenskredite deutlich gestiegen. Das Nettoergebnis der Banken ist im 1. Quartal um 80 % eingebrochen. Es ist aber auch festzuhalten, dass nur eine Minderheit der Banken in die Verlustzone gerutscht ist. Es sieht also im Großen und Ganzen nicht so schlecht aus. Wobei durchaus große Herausforderungen warten und man die aufgedeckten Gefahrenherde sicher nicht einfach so wegwischen kann.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die österreichische Regierung gibt bekannt, dass die Maskenpflicht ab 15. Juni nur mehr in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Gesundheitsbereich und für Dienstleistungen, bei denen der Ein-Meter-Abstand nicht eingehalten werden kann, gilt. Die Gastronomie darf ab Mitte Juni bis 1 Uhr nachts öffnen.
- Bildungsminister Heinz Faßman verkündete Lockerungen für den Bildungssektor. In den Schulen muss beim Betreten und in den Gängen kein Mund-Nasen-Schutz mehr getragen werden. Der

„Schichtbetrieb“ wird aber aufrechterhalten. Faßmann möchte das im Herbst beginnende Schuljahr nach Möglichkeit wieder „normal“ beginnen.

- Seit heute sind die Quadratmeterbeschränkungen für Österreichs Geschäfte und Museen Geschichte.
- Finanzminister Gernot Blümel hat die Ablehnung des in dieser Woche präsentierten Vorschlags für einen EU-Aufbaufonds erneuert und fordert Nachverhandlungen. Sollte der Fonds in dieser Form kommen, würde das zu einer Verdopplung des österreichischen EU-Beitrages führen.
- Kanzlerin Angela Merkel hat den Deutschen für ihre Besonnenheit in der Krise gedankt und warnte zugleich davor, die Risiken nicht zu unterschätzen. Merkel verwies auf staatliche Hilfsprogramme und kündigte weitere Unterstützung an. Schon in der kommenden Woche soll die Regierung ein Konjunkturpaket beschließen.
- Die Mehrheit der Deutschen lehnt es laut einer Umfrage von Forsa ab, dem Einzelhandel mit zusätzlichen Sonntagsöffnungszeiten aus der Corona-Krise zu helfen.
- Der Gouverneur des Bundesstaates New York schätzt, dass die Metropole bereits in der zweiten Juni Woche mit ersten Lockerungen beginne könnte.
- US-Präsident Donald Trump hat ein Ende der Zusammenarbeit der USA mit der WHO angekündigt.
- Das Pharmaunternehmen Sanofi hat zwei klinische Studien mit Hydroxychloroquin vorübergehend eingestellt und wird das Malaria-Medikament zur Covid-19-Behandlung nicht mehr liefern, bis alle Sicherheitsbedenken ausgeräumt sind. Vor einer Anwendung hatte die WHO gewarnt.
- In den USA haben der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosigkeit sowie die coronabedingten Geschäftsschließungen den privaten Konsum um 13,6 % einbrechen lassen. Das ist der größte Rückgang seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1959. Die Unsicherheit führt auch dazu, dass die Sparquote von 12,7 % im März auf 33 % gestiegen ist. Durch die Zustellung der 1.200-Dollar-Schecks legte das Einkommen der US-Bürger mit 10,5 % so stark zu wie nie zuvor.

31.05.2020

Welle der Herabstufungen?

Heute ist Pfingstsonntag. Der 50. Tag nach Ostern wird mit dem Fest des Heiligen Geistes gefeiert. Zu Ostern, also Mitte April, waren wir mitten in der Shutdown-Phase und die Stimmung war mies und drückend. Seit damals haben sich die Finanzmärkte im Gegensatz zur Realwirtschaft sensationell gut entwickelt. Ob sich die Performance der Finanzmärkte rückwirkend als geisterhafte Kursgewinne erweisen, werden wir erst in Zukunft erfahren. In dieser Frage wird es maßgeblich auf Standard & Poor's, Moody's und Fitch ankommen. Ihre Bonitätsbeurteilung bestimmt im Wesentlichen die Finanzierungskosten der Schuldner. Die Idee wird John Moody zugeschrieben, der 1909 mit Moody's die erste Rating-Agentur gründete. Standard & Poor´s wurde 1941 gegründet und nimmt heute auch unter den „großen Drei" eine dominierende Rolle ein. S&P hat dieser Tage einen interessanten Rating-Bericht publiziert. Ein AAA-Emittent erhält die bestmögliche Bewertung. In der historischen Rückschau konnten Staaten mit einer AAA-Bewertung das Top-Rating im Schnitt nahezu 20 Jahre lang halten. An der Investment-Grade-Grenze (BBB-Bereich) wird die Verweildauer mit rund 2,5 Jahren schon deutlich kürzer. Grundsätzlich gilt: Je schlechter die Bonität, desto häufiger ändert sich das Rating. Das ist mit der Insolvenzwahrscheinlichkeit begründbar. Es ist unwahrscheinlich, dass ein AAA-Emittent über Nacht Pleite geht. Venezuela war historisch betrachtet der einzige Ausfall eines (ehemaligen) AAA-Emittenten. Festzuhalten aber ist, dass zwischen der Pleite im Jahr 2005 und dem Verlust des AAA-Ratings im Jahre 1982 mehr als zwei Jahrzehnte vergingen. Bei einem B- Emittenten sieht die Sache anders aus, insofern ist Vorsicht geboten. Von den 134 aktiv von S&P bewerteten Ländern weisen „nur" mehr 54 % einen Investment-Grade-Status auf. Während letzten Jahrzehnte wurde die Abdeckung deutlich erhöht, wodurch immer mehr Länder ein Rating erhielten – gleichzeitig verschlechterte sich jedoch die Bonitätsbeurteilung der Länder im gleichen Zeitraum deutlich. 2019 war das achte Jahr in Folge, in welchem mit Argentinien zumindest eine Staatspleite zu beklagen war. Durch das Niedrigzinsniveau haben sich die Rahmenbedingungen 2019 etwas verbessert, was sich wiederum positiv auf die Rating-Einstufung auswirkt. 18 Heraufstufungen stehen 6 Herabstufungen gegenüber. Durch den immensen Anstieg der Staatsschulden durch die Covid-19-Krise hat sich die Lage deutlich verschlechtert und es ist daher mit einer Herabstufungswelle zu rechnen. Diese werden wir wohl erst im S&P-Bericht für das Jahr 2020 oder 2021 präsentiert bekommen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die österreichische Regierung verspricht Firmen einen Bonus von 2.000 Euro pro neuer Lehrlingsstelle, die im Zeitraum 16. März bis 31. Oktober 2020 abgeschlossen wird.
- Der WM-Auftakt der Formel 1 findet mit zwei Rennen am 5. und 12. Juli in Österreich statt. Das Gesundheitsministerium genehmigte das vorgelegte Gesundheitskonzept. Die Rennen finden allerdings ohne Zuschauer statt.

- Angela Merkel kündigt an, aufgrund der Pandemie nicht zum geplanten G7-Gipfel, einem mehrtägigen Treffen der Staats- und Regierungschefs beginnend ab 10. Juni, nach Amerika reisen zu können. Donald Trump will daraufhin den G7-Gipfel auf September verschieben und mit Russland, Südkorea, Australien und Indien weitere wichtige Staaten einladen. Er habe das Gefühl, dass es sich bei den sieben großen Industriestaaten um eine „sehr veraltete Gruppe“ handle.
- 160 Personen im deutschen Göttingen befinden sich in Quarantäne, da 35 Personen positiv auf Covid-19 getestet wurden. Die Infektionen erfolgten bei mehreren größeren privaten Feiern.
- Der deutsche Städte- und Gemeindebund warnt vor schwerwiegenden und nachhaltigen Folgen, sofern die Kommunen beim geplanten Konjunkturpaket nicht gebührend berücksichtigt werden.
- Sommerzeit ist Reisezeit. Italien wirbt für Grenzöffnungen und verstärkt seine diplomatischen Bemühungen. Spanien will im Rahmen eines Pilotprojektes wieder deutsche, französische und skandinavische Touristen ins Land lassen.
- Weltweit wurde die 6-Millionen-Grenze an Covid-19-Infizierten überschritten. Europa ist nach wie vor der am stärksten betroffene Kontinent, USA das am meisten betroffene Land. Zwei Drittel der Fälle entfallen auf Europa und die USA.
- In den USA steigt die Gewaltbereitschaft. Der Tod des 46-jährigen Afroamerikaners George Floyd, der am Montag von vier Polizisten in Minneapolis bei einem Polizeieinsatz getötet wurde, hat eine Welle von Protesten ausgelöst. Ein 44-jähriger weißer Polizisten kniete mehr als 8 Minuten auf dem Nacken des unbewaffneten Floyd, der daraufhin erstickte. Der Polizist wird wegen Mordes und Totschlags angeklagt. Bei Protesten in Detroit forderte eine Schussattacke Todesopfer, in Atlanta ruft der Gouverneur die Nationalgarde zur Hilfe. US-Präsident Donald Trump fordert wegen der Ausschreitungen in vielen Städten ein härteres Vorgehen und droht mit dem Einsatz der „unbegrenzten Macht des Militärs.“

01.06.2020

Schwer zu fassende Welt voller Zahlen.

Als Börsianer lebt man in einer Welt voller Zahlen. Die Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten deutlich . Die Zahlen sind unvorstellbar groß und schwer zu erfassen. Man kann schnell den Überblick verlieren. Davor ist selbst ein Finanzminister nicht gefeit. In meiner heutigen Kolumne möchte ich Sie ins Reich der Milliarden, Billionen und sogar Billiarden entführen. Beginnen wir bei den Silberbeständen, die einen Marktwert von 44 Milliarden Dollar aufweisen. Der Kryptowährungsmarkt ist in den letzten Jahren auf 5.463 „Währungen“ angewachsen und wird von Bitcoin dominiert, deren Marktwert zwei Drittel der insgesamt 244 Milliarden Dollar beträgt. Die österreichische Wirtschaftsleistung beträgt rund 460 Milliarden, die der Schweiz 715 Milliarden und jene Deutschlands 4,04 Billionen Dollar. Der Wert der effektiven Münzen und des Papiergelds beträgt 6,6 Billionen. Rund 7 % der Geldmenge existieren in physischer Form. Weltweit gibt es 2.095 Milliardäre, die zusammen 8 Billionen Dollar besitzen. Angeführt wird das Ranking von Amazon-Gründer Bezos mit einem Vermögen von 113 Milliarden Dollar. Die weltweiten Goldreserven belaufen sich auf 197.576 Tonnen mit einem Marktwert von 10,9 Billionen Dollar. 47 % der Bestände werden für Schmuck verwendet. Der globale Aktienmarkt wird mit 89,5 Billionen Dollar bewertet. Das entspricht in etwa dem Welt-BIP. Die größte Börse der Welt ist die New York Stock Exchange, die 31,5 % des Marktwertes aller Aktien abdeckt. Gemeinsam mit dem 14,5-prozentigen Anteil der Technologiebörse Nasdaq beträgt der USA-Anteil beinahe 50 %. Die Börsen in Japan (6 %) und Shanghai (5,5 %) folgen mit deutlichem Abstand. Die globalen Schulden belaufen sich auf 253 Billionen Dollar. 30 % entfallen auf Unternehmen, je rund ein Viertel auf Staaten und private Haushalte und knapp 20 % auf den Finanzsektor. Der Immobilienmarkt wird global auf rund 280 Billionen Dollar geschätzt. Mit 78,5 % entfällt der größte Bereich auf Wohnimmobilien. Das weltweite Vermögen beläuft sich auf 360 Billionen Dollar. Abschließend kommen wir noch zum Derivatemarkt. Nachdem in diesem Bereich viel außerbörslich gehandelt wird, kann die Größe des Marktes nur geschätzt werden. Und damit sind wir im Bereich der Billiarde angekommen. Der Markt wird auf 1.000.000.000.000.000 Dollar geschätzt. Auf jeden Erdenbürger umgerechnet beträgt unser Immobilienbesitz 35.000 Dollar, unsere Schulden belaufen sich auf 31.600 Dollar und unser Gesamtvermögen beträgt 45.000 Dollar. Und darüber hinaus sitzt jeder von uns auf einem Derivatepaket von 125.000 Dollar!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- In Österreich ist die Lage weiterhin stabil. In sieben Bundesländern wurden keine Neuerkrankungen verzeichnet. Lediglich in Wien und Oberösterreich, wo ein neuer Fall verzeichnet wurde, sind Neuinfektionen zu verzeichnen. Bundeskanzler Sebastian Kurz spricht sich gegen eine Impfpflicht aus.
- In Deutschland setzen erste Supermärkte auf digitale Zugangskontrollen. Damit soll der Kundenansturm gezielt gesteuert werden.

- In Schweden ist erstmals seit Mitte März kein Covid-19-Todesfall zu verzeichnen. Im zehn-Millionen-Einwohnerland starben seit Anfang März annähernd 4.400 Menschen, 37.500 wurden infiziert. Rund drei Viertel der Todesopfer waren pflegebedürftige ältere Menschen. Die relativ hohe Zahl sei vor allem auf Pflegeheime in und rund um Stockholm zurückzuführen. Schweden ging den viel kritisierten Sonderweg ohne Ausgangsbeschränkungen und Schulschließungen. Auch Cafés, Bars und Restaurants blieben offen. Von den Menschen wurde verlangt, die Abstandsregelungen einzuhalten eigenverantwortlich einzuhalten.
- In Indien will die Regierung trotz rasanten Anstiegs der Neuinfektionen die Restriktionen lockern. Geplant ist, Einschränkungen des Reiseverkehrs und des gesellschaftlichen Lebens zu lockern. Besonders betroffen sind die Megastädte Mumbai und Delhi.
- In Brasilien verschärft sich die Lage weiter. Die Zahl der Corona-Fälle hat die Marke von 500.000 Infizierten überschritten. Krankenhäuser haben in vielen Städten bereits die Belastungsgrenze erreicht. Es werden provisorische Kliniken in Fußballstadien errichtet und riesige Flächen für neue Gräber ausgehoben.
- Die USA beliefern Brasilien trotz der medizinischen Warnungen mit dem umstrittenen Malaria-Medikament Hydroxychloroquin für Covid-19-Patienten.
- In Venezuela dürfen 200 Tankstellen Treibstoff zum „internationalen Preis verkaufen“. Staatschef Nicolas Maduro will damit den Benzinmarkt etwas liberalisieren. Der internationale Preis wurde auf rund 0,5 Dollar pro Liter festgelegt. Bisher wurde das Benzin im erdölreichsten Land der Welt de facto kostenlos verteilt. An wen die Lizenzen verteilt werden und ob es ein Bieterverfahren dafür gab, blieb unbeantwortet. Privatleute können künftig immer noch 120 Liter Benzin pro Monat zum Literpreis von 0,023 Euro kaufen.
- Die US-Börse Nasdaq beabsichtigt, die Anforderungen für Börsenkandidaten zu verschärfen. Betroffen sind vor allem Kandidaten aus China. Die neuen Regeln sind eine Reaktion auf den chinesischen Starbucks-Konkurrenten Luckin Coffee, der 2019 an die Börse gegangen war. Ein Großteil der Umsätze bestand offenbar nur auf dem Papier.

02.06.2020

Tiefe Gräben, Welle der Gewalt.

Das Pfingstwochenende ist vorüber. In Europa waren die Börsen am Pfingstmontag, ausgenommen der Börsenplätze in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Dänemark und Norwegen, geöffnet. In den USA sorgt der mutmaßliche Mord an dem Afroamerikaner George Floyd für Unruhen. In 75 Städten brachen Revolten aus und Donald Trump verschärft die „kriegerische“ Rhetorik. Er droht damit, das Militär gegen die Demonstranten einzusetzen. In New York gibt es bereits eine Ausgangssperre. Die US-Börsen konnten trotz der Unruhen positiv aus dem Handel gehen. 2020 ist anders! Europas Börsen öffneten im negativen Terrain, konnten aber schon bald die Verluste ausgleichen und den Aufwärtstrend der letzten Wochen weiter fortsetzen.

Kommen wir nochmals zurück zu George Floyd. Er hätte zu Lebzeiten sicher nie gedacht, posthum solche Berühmtheit zu erlangen. Nach einer Verhaftung drückte ihm der weiße Polizist Derek Chauvin minutenlang sein Knie in den Nacken. Das kostete Floyd das Leben und legte damit ein scheinbar gelöstes Problem schonungslos offen. Im Vorfeld soll Floyd versucht haben, mit einem gefälschten 20-Dollar-Schein Lebensmittel zu kaufen. Chauvin wurde des Mordes angeklagt, seine drei am Einsatz beteiligten Kollegen in der Zwischenzeit entlassen. Im Autopsiebericht ist zu lesen, dass Floyd erstickte. Floyd war in den 1990er Jahren erstmals straffällig geworden und musste wegen verschiedener Vergehen mehrereGefängnisstrafen absitzen. Vor 155 Jahren wurde die Sklaverei abgeschafft. Vor 12 Jahren wurde mit Barack Obama der erste schwarze Präsident der Vereinigten Staaten gewählt. Die aktuellen Ereignisse zeigen aber, dass auch 2020 noch tiefe Gräben zwischen einzelnen ethnischen Gruppen existieren. 13 % der US-Bevölkerung sind Afroamerikaner. In der Corona-Krise haben bereits mehr als 40 Millionen US-Bürger ihren Job verloren. Bei den Weißen haben 38 % ihren Job verloren oder zumindest Gehaltseinbußen hinnehmen müssen. Bei den Afroamerikanern waren es 44 % und bei den Latinos sogar 61 %. Durch die Krise kann jeder vierte Weiße seine Rechnungen nicht mehr zahlen, bei den Afroamerikanern ist es beinahe jeder Zweite. Die Spannung zwischen den einzelnen Gruppen ist aufgeladen. Die Finanzmärkte bleiben davon bis jetzt unbeeindruckt. Seit Sommer 1968, zu Zeiten Richard Nixons, haben die USA nicht mehr eine solche Welle der Gewalt erlebt. Das sorgt an den Finanzmärkten normalerweise für Unruhe – nicht so im Jahr 2020. Zumindest noch nicht!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- In Österreich sind Ende Mai um 174.000 Arbeitslose mehr zu verzeichnen als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote ist damit auf 11,5 % gestiegen. In Summe sind 517.000 Personen arbeitslos oder in Schulungen. Für 1,37 Millionen Arbeitnehmer ist Kurzarbeit möglich. 60.000 Unternehmen haben bereits Kurzarbeitergeld erhalten. In Summe wurde bereits eine Milliarde Euro ausbezahlt.
- Laut dem Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO nutzen zwei Drittel der österreichischen Unternehmen Kurzarbeit. Mit einer Normalisierung wird erst mit Beginn 2021 gerechnet. Für knapp

ein Drittel der Unternehmen reicht die Liquidität lediglich für maximal vier Monate aus.

- Bedienstete der österreichischen Bundesverwaltung kehren aus dem coronabedingten Homeoffice wieder an ihre Dienststellen zurück. Nach der Wiederaufnahme des Parteienverkehrs am 18. Mai ist das ein weiterer großer Schritt. Mit 6. Juli soll dann der „normale“ Dienstbetrieb wieder aufgenommen werden.
- Der Textilhändler C&A wird mit dem Vorwurf des Betrugs im Zusammenhang mit der Kurzarbeit konfrontiert. Mitarbeiter beschuldigen den Konzern mit 1.400 Filialen in ganz Europa, systematisch Überstunden einzufordern, die zudem nicht abgerechnet würden. Gehaltseinbußen werden in Österreich und in Deutschland vom Staat ausgeglichen. Allerdings ist es strafrechtlich verboten, mehr Stunden zu arbeiten als für die Kurzarbeit abgerechnet werden.
- Gesundheitsminister Jens Spahn will Massentest für Menschen ohne Covid-19-Symptome einführen. Die Krankenversicherungen wollen diese aber nicht bezahlen, da sie die Laborkosten für zu hoch erachten.
- Die Konsumlaune der deutschen Verbraucher hat sich seit dem historischen Tief im Mai etwas erholt. Für Juni wurde aber immer noch der zweitschlechteste Wert der Geschichte verzeichnet. Die zunehmende Sparneigung der Deutschen deutet auf eine skeptische Einschätzung der Lage hin.
- Cafés, Restaurants und viele Schulen haben in Frankreich wieder geöffnet.
- In Spanien wurden im Mai erstmals seit Ausbruch der Corona-Krise wieder neue Jobs geschaffen. Besonders stark betroffen waren Tourismusregionen.
- In Italien startet die Corona-Warn-App „Immuni“. Die Funktionen stehen vorerst allerdings nur für 4 von 20 Regionen zur Verfügung.
- Die berühmte New Yorker Oper Metropolitan will das Opernhaus in Manhattan aufgrund der Corona-Pandemie erst mit einer Gala am 31. Dezember wiedereröffnen.
- In Russland wurde ein Hilfspaket in Höhe von 65 Milliarden Euro verabschiedet. Die Wirtschaft ist im April um 12 % so stark eingebrochen wie seit 2009 nicht mehr.

03.06.2020

Generation „Lockdown“.

Als ich meinen morgendlichen Espresso auf unserer Terrasse trinke, beobachte ich eine Schwalbe, die ihre Jungen füttert. Eine wichtige Aufgabe von uns Großen ist es, auf unsere Kleinen aufzupassen und ihnen das nötige Handwerkszeug zu geben, um sich selbst erfolgreich durchs Leben schlagen zu können. Meine Tochter hat Anfang Juni ihren 10. Geburtstag gefeiert. Mein Sohn wird nächsten Monat 12 Jahre alt. Die Aufgabe des Beschützens, die gerade in den ersten Lebensjahren von essenzieller Bedeutung ist, verliert zunehmend an Bedeutung. Jetzt gilt es, ihre Talente und Vorlieben zu entdecken, zu fördern und ihnen damit das Rüstzeug für den Arbeitsmarkt zu geben. In wenigen Jahren ist die Schulpflicht vorbei. Es besteht die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen oder die Schullaufbahn weiter zu verfolgen. Mit dem Erlernen eines Berufes hat man 2020 gute Voraussetzungen. Der Facharbeitermangel bietet eine Vielzahl an Möglichkeiten, die vom Angestelltenverhältnis bis hin zum Aufbau eines eigenen Unternehmens reichen. Durch die Corona-Pandemie ist es schwieriger geworden, eine geeignete Lehrstelle zu finden. Als zweite Option besteht die Möglichkeit, weiterhin die Schule zu besuchen. Mit Ende des Teenager-Alters stellt sich für meine Kinder die Frage, ob und wenn ja, was sie studieren möchten. Die Arbeitsorganisation der Vereinten Organisationen (ILO) spricht schon von der „Generation Lockdown“, die von der Pandemie besonders stark betroffen ist. Demnach haben 17 % der 18-29-Jährigen bereits ihren Job verloren. Zudem sei der Ausbildungsweg harsch unterbrochen worden, da vieles nur im Notbetrieb läuft. Die Zahl der NEETs dürfte weiter steigen. NEET ist ein Akronym für „Not in Education, Employment or Training”. Das ist vermutlich der Alptraum aller Eltern. Ende 2019 fallen 14 % der 15- bis 34-jährigen EU-Bürger in diese Gruppe. In Deutschland und Österreich liegt die Quote mit 9 % deutlich darunter. Erschreckend finde ich, dass bereits vor dem Shutdown beinahe jeder vierte Italiener ein NEET war. Es ist für Menschen sehr schwierig, sich keiner Aufgabe widmen zu können. Das ist Nährboden für gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Sprengstoff. Viele der NEETs von heute sind die Sozialhilfeempfänger von Morgen. Der Trend dürfte sich durch die Corona-Pandemie nochmals deutlich verschärfen. Ähnlich wie die Schwalbenmutter betrachte ich es als unsere essenzielle Aufgabe, uns um unseren Nachwuchs zu kümmern. Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, sich dieser Verantwortung bewusst zu werden. Das ist auch 2020 nicht anders!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- An den österreichischen Schulen fällt mit dem heutigen Tag die Maskenpflicht weg.
- Die österreichische Regierung kündigt an, dass alle Kontrollen zu Nachbarländern mit Ausnahme Italiens fallen. Die Grenzöffnung erfolgt mit dem morgigen Donnerstag. Der italienische Premier Giuseppe Conte fordert Österreich dazu auf, sein Land nicht zu diskriminieren.
- Deutschlands Außenminister Heiko Maas kündigt an, dass man vorerst an der Reisewarnung für Staaten außerhalb Europas festhalten werde. Die Bundesregierung werde abwarten, ob die EU-Kommission die Einreisebeschränkungen in dieser Woche verlängert.

- Der viel kritisierte Berliner Virologe Christian Drosten hält an seiner im April getätigten Aussage fest: Kinder tragen eine ebenso hohe Viruslast wie Erwachsene und sind mithin vermutlich genauso ansteckend. Die Forscher hatten daraufhin vor einer vorzeitigen Schulöffnung gewarnt. Kritik hatte es vor allem an der Qualität der statistischen Auswertung gegeben, da sich die angewandten Methoden nicht dafür eignen würden. Drosten räumte ein, dass die statistischen Methoden eher grob gewesen seien, die Kernaussage habe aber weiterhin Bestand.
- Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande haben sich zu einer Impfallianz zusammengeschlossen. Ziel sei die Herstellung eines Impfstoffes auf europäischem Boden.
- Im gesamten Euro-Raum ist die Zahl der Arbeitslosen im Mai um 211.000 auf 11,9 Millionen gestiegen. In Deutschland ist die Arbeitslosenanzahl auf 2,8 Millionen Menschen gestiegen. Laut Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit befinden sich per Ende April zusätzlich 6 Millionen Menschen in Kurzarbeit. In Summe befinden sich 44,8 Millionen Deutsche in einem Beschäftigungsverhältnis.
- Spanien hat den umstrittenen Corona-Notstand zum sechsten und wohl letzten Mal um weitere zwei Wochen bis zum 20. Juni verlängert.
- Nach rund drei Monaten hat Italien seine Grenzen für Urlauber wieder geöffnet.
- Belgien plant nach dreimonatigem Lockdown am kommenden Montag weitreichende Öffnungen. Fast alle Betriebe einschließlich Cafés und Bars dürfen ihre Geschäfte aufnehmen.
- Der amerikanische Verteidigungsminister Mark Esper hat sich gegen einen Militäreinsatz in den von Unruhen betroffenen Großstädten ausgesprochen und sich damit gegen Donald Trump gestellt. Das US-Militär hat 1.600 Soldaten auf Militärstützpunkte rund um Washington verlegt. US-Präsidentschaftskandidat Joe Biden kritisiert den Umgang von Amtsinhaber Trump mit dem Tod von Floyd scharf und will „systematisch Rassismus“ bekämpfen.

04.06.2020

TINA sei Dank!

Ein neuer Tag beginnt. Es ist noch kalt. Der Blick Richtung Wald ist von kleinen, feinen Nebelschwaden durchzogen. Man erkennt zwar den Hintergrund, aber irgendwie ist er noch unscharf. Meine Gedanken schweifen wieder in Richtung Finanzmärkte. Dort geht gerade die Party ab. An vorderster Front sind Zykliker und Value-Aktien zu finden. Angetrieben wird das Kursfeuerwerk durch den deutschen DAX, der mutig und unbeirrt voranschreitet. Passend dazu verabschiedete die deutsche Koalition ein 130-Milliarden-Euro-Hilfspaket. Das ist unfassbar viel, aber irgendwie haben wir uns an diese Zahlen schon gewöhnt, oder? Umgerechnet entspricht das rund einem Drittel des österreichischen BIP. Ein großer Teil des Pakets soll an die Kommunen ausgeschüttet werden. Während es die im Vorfeld heftig diskutierte Kaufprämie für PKW nicht geben wird, sollen auch Familien mit Steuersenkungen und einem einmaligen Zuschuss von 300 Euro pro Kind unterstützt werden. Zur Ankurbelung der Wirtschaft soll im 2. Halbjahr auch der Mehrwertsteuersatz gesenkt werden. 50 Milliarden Euro sind für Zukunftsinvestitionen vorgesehen. Es ist beabsichtigt, E-Autos zu fördern und das Netz an Ladestationen deutlich auszubauen. Für Bundeskanzlerin Angela Merkel ist das geschnürte Milliardenpaket alternativlos. Damit reiht es sich nahtlos in die unfassbar hohe Anzahl an verabschiedeten Hilfspaketen in den letzten Wochen ein.

Kennen Sie TINA? Nein, das ist keine Bezeichnung eines Hurrikans. An den Finanzmärkten ist TINA ein Akronym für „There is no alternative!“. Wie oft haben wir das in den letzten Wochen und Monaten gehört? Der Blick Richtung Freitag ist trüb. Morgen werden die US-Arbeitsmarktzahlen veröffentlicht. Erwartet wird ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf 25 %. Das würde bedeuten, dass 50 Millionen Amerikaner keinen Job mehr haben. Der US-Konsument, der einen Großteil des BIP schultert, wird in die Enge getrieben. Die Börsen lässt das kalt. Irgendwie habe ich das Gefühl, dass die Höchststände vom Februar noch geschlossen werden sollen. Dann hätten wir ein historisch einzigartiges „V“. Ein drastischer Einbruch mit Verlusten von mehr als 30 % gefolgt von einer rasanten Kurserholung, und das alles in wenigen Wochen! Für die Finanzmärkte ist es klar, dass nach einem historisch einzigartigem Wirtschaftseinbruch auch eine historisch einzigartige Erholung stattfinden wird. TINA sei Dank! Ob die Realität auch so ausschauen wird, wage ich mit dem heute noch trüben Blick auf die nächsten Monate anzuzweifeln. Aber was weiß ich schon. 2020 ist definitiv anders.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Gesundheitsminister Rudolf Anschober gibt den Zugang zu Corona-Daten aus dem Epidemiologischen Meldesystem (EMS) für Forscher frei. Bisher waren die Daten über Covid-19-Erkrankte in Österreich im Gegensatz zu anderen Ländern noch nicht zugänglich.
- Die deutsche Bundesregierung hat nach einem 20-stündigen Verhandlungsmarathon ein 130 Milliarden Euro schweres Konjunkturpaket verabschiedet. Die Mehrwertsteuer wird im zweiten

Halbjahr temporär von 19 auf 16 % bzw. von 7 auf 5 % gesenkt. Familien werden mit Steuersenkungen und einem einmaligen Zuschuss von 300 Euro unterstützt. Überraschenderweise gab es keine Prämie für Autos mit Verbrennungsmotoren. Kommunen wird der Gewerbesteuerausfall für die Jahre 2020 und 2021 zur Hälfte vom Bund ersetzt.

- Bundesministerin Svenja Schulze wertet das deutsche Konjunkturpaket auch als eine komplette Neuausrichtung der Wirtschaft auf den Klimaschutz.
- Eine Umfrage der Krankenkasse DAK ergab, dass die Schulschließungen in Familien für Stress und Streit sorgen. Fast jeder zweite Elternteil ist oft gestresst. Mehr als die Hälfte der Mütter und 39 % der Väter fühlen sich erschöpft. Vor allem für jüngere Kinder sei das Homeschooling eine große Belastung.
- Die Europäische Zentralbank weitet das Notkaufprogramm in der Corona-Krise nochmals deutlich um 600 Milliarden auf 1,35 Billionen ausgeweitet.
- Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sieht die EU bei der Entwicklung eines Corona-Impfstoffes in der Verantwortung.
- Französische Winzer kämpfen mit einem Konsumeinbruch. Es gibt drei Millionen Hektoliter Wein zu viel. Daraus wird jetzt Desinfektionsmittel hergestellt, das gegen die Ausbreitung des Coronavirus genutzt wird. Die EU lässt sich diese Maßnahme 78 Euro pro Hektoliter oder 78 Cent pro Liter kosten.
- Die US-Regierung hat auf der Suche nach einem Covid-19-Impfstoff eine Vorauswahl getroffen. Folgenden Kandidaten wird die höchste Chance eingeräumt, als erstes Unternehmen einen Impfstoff produzieren zu können: Moderna, AstraZeneca in Verbindung mit der Universität Oxford, Johnson & Johnson, Merk & Co und Pfizer.
- Die Einzelhändler der Eurozone vermelden, dass die Umsätze im April um 11,7 % im Vergleich zum ohnehin schwachen März eingebrochen sind. Das ist der größte Rück-gang seit Beginn der Datenerhebung 1999.
- US-Wissenschaftler haben in einer Studie festgestellt, dass Hydroxychloroquin nicht vor einer Covid-19-Ansteckung schützt. Das umstrittene Malariamedikament wird seit vielen Wochen in einigen Ländern eingesetzt.

05.06.2020

Bazooka, fallende Messer und Kaugummi.

Bazooka, die EZB hat nochmals kräftig nachgeladen. Die Bazooka ist eine rückstoßfreie Panzerbüchse, die von US-amerikanischen Streitkräften im . Weltkrieg entwickelt und eingesetzt wurde. An den Finanzmärkten bedeutet Bazooka eine expansive Notenbankpolitik. Durch gezielte Maßnahmen versuchen Zentralbanken, die Märkte zu befeuern. Auch Christine Lagarde hat die Bazooka bereits geschultert. Das im März beschlossene 750-Milliarden-Notprogramm wurde nochmals um stolze 600 Milliarden auf 1,35 Billionen Euro aufgestockt. Die EZB kann damit Staats- und Unternehmensanleihen kaufen und so die Kurse stützen. Gerade in Zeiten, an denen am Börsenparkett Angst und Panik regieren, ist das von wesentlicher Bedeutung. Viele Marktteilnehmer wollen raus. Und das sofort! Der Flaschenhals ist dünn. Wenn sich auf der anderen Seite keine Käufer finden, führt das zu herben Kursverlusten. Und das wiederum treibt die Panik in die Höhe, was wiederum zu weiteren Kursverlusten führt. Da kommt mir der alte Börsenspruch „Never catch a falling knife“ in den Sinn. Ein Drittel des 750-Milliarden-Programms haben die Notenbanker bereits verbraucht. Mit der Aufstockung sorgt die EZB schon einmal vor. Die Deutsche Bundesbank prognostiziert für heuer einen Wirtschaftseinbruch von 7,1 %. 2021 und 2022 soll es dann um 3,2 % bzw. 3,8 % wieder nach oben gehen. Bundesbankpräsident Jens Weidmann beurteilt das kürzlich verabschiedete Konjunkturpaket positiv. Die Prognose hatte die Bundesbank schon zuvor erstellt. Durch das Konjunkturprogramm sei der Ausblick „spürbar günstiger“.

In den USA steht einmal mehr der Arbeitsmarkt im Fokus. Seit Ende März mussten 42,6 Millionen Amerikaner erstmals einen Arbeitslosenantrag stellen. Allein im Mai waren es fast 10 Millionen. Am Nachmittag wurde auch die Arbeitslosenquote veröffentlicht – und erwies sich als große Überraschung! Ende Mai ging die Arbeitslosenquote von 14,7 auf 13,3 % zurück. Im Vorfeld war ein Anstieg auf 20 % prognostiziert worden. Für mich ist es unklar, warum die Arbeitslosenquote im Krisenmonat Mai gesunken ist. Sind so viele Jobs geschaffen worden? Aber was weiß ich schon. 2020 ist definitiv anders. Die amerikanische Nasdaq 100 hat ihr „All-Time-High“ erreicht und der Aufwärtstrend an den Börsen ist intakt. Die Bazooka wurde erstmals von Draghi 2012 mit den berühmten Worten „What ever it takes“ gebraucht. Bazooka ist auch der Handelsname eines Kaugummis. Dass sich die Rettungsprogramme wie Kaugummi ziehen werden, konnte vermutlich 2012 nicht einmal Mario Draghi ahnen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die Nationalbank erwartet, dass das österreichische BIP heuer um 7,2 % schrumpfen wird. Im Jahr 2021 soll sich die Wirtschaftsleistung wieder deutlich erhöhen. Es wird ein Wachstum von 4,9 % prognostiziert. Im ersten Halbjahr rechnet man mit einem Einbruch von 13 % aufgrund der Konsumschwäche und des signifikanten Rückgangs der Exporte.

- Durch die Corona-Krise muss Österreich heuer 60 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen. Das ist nahezu doppelt so viel wie die zu Jahresbeginn geplanten 31 bis 34 Milliarden.
- Ungarn, Slowenien, Tschechien und die Slowakei öffnen die Grenzen zu Österreich. Nach der Öffnung der Grenzen zu allen Nachbarländern mit Ausnahme Italiens zieht das österreichische Bundesheer 600 Milizsoldaten ab. Insgesamt waren 1.400 Soldaten im Einsatz.
- In Deutschland sind gegenwärtig 7,3 Millionen Menschen in Kurzarbeit. Das ifo Institut verlautbart, dass laut einer Umfrage viele deutsche Unternehmen Entlassungen vorbereiten. Ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenzahlen sei zu erwarten.
- Der Ausfall vieler Messen, von der Leipziger Buchmesse bis hin zur Hannover Messe, sorgt dafür, dass auch der Einkauf der Firmen gebremst wird.
- Deutschland will verstärkt die Elektromobilität in den Fokus rücken. Anstelle der Abwrackprämie beinhaltet das Konjunkturpaket eine Umweltprämie in Höhe von bis zu 9.000 Euro. Mit einer Explosion der E-Auto-Verkäufe ist aber nicht zu rechnen, denn lediglich 8 % der potenziellen Käufer lassen sich in ihrer Kaufentscheidung durch die staatliche Förderung beeinflussen.
- Der deutsche Arbeitsminister Hubertus Heil meint zum Konjunkturpaket, dass Deutschland nach der Krise die Chance haben wird, digitaler, sozialer und ökologischer zu werden.
- Deutsche Wirtschaftsforscher sprechen sich für eine Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro in der Corona-Krise aus. Davon würden rund 10 Millionen Beschäftigte profitieren.
- Die EU-Kommission hat für die Aufhebung aller Reisebeschränkungen innerhalb der EU bis Ende Juni plädiert.
- Das neue iPhone-Modell wird traditionell im September präsentiert. Aufgrund der Corona-Pandemie gibt es Hinweise auf einen späteren Start.
- Der britische Pharmakonzern AstraZeneca will bereits im September Ergebnisse zur Wirksamkeit seines Corona-Impfstoffs vorlegen. Um keine Zeit zu verlieren, werde man bereits jetzt mit der Massenproduktion beginnen.

06.06.2020

Eine Wette auf den Umzugskarton.

Für uns Börsianer geht eine ereignisreiche Woche zu Ende. TINA und Bazooka dominieren die Märkte. Die EZB hat heuer bereits kräftig zugekauft. Um die Rettungspakete finanzieren zu können und auslaufende Schulden zu refinanzieren, müssen Euroländer heuer noch 1,3 Billionen Euro Anleihen emittieren. Mehr als die Hälfte der Anleihen werden von der EZB aufgesogen. Mit über 60 % des geschätzten Emissionsvolumens ist die Quote in Portugal, Finnland, Österreich und den Niederlanden besonders hoch. Italien braucht viel frisches Geld. Nach Deutschland und Frankreich sind für italienische Anleihen am meisten EZB-Gelder reserviert. Auf den EZB-Büchern landen aber „nur“ 35 % der italienischen Neuemissionen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat die Anleihenmärkte nur kurz in Bedrängnis gebracht. Gerade für italienische und spanische Staatsanleihen wurden höhere Risikoaufschläge eingefordert. Die Lage hat sich aber schon wieder deutlich entspannt. Auch die US-Notenbank ließ sich nicht lumpen. Die Bilanzsumme soll bis Jahresende auf 10 Billionen Dollar ansteigen. Der breite S&P 500-Index konnte in den letzten 50 Handelstagen eine Wertentwicklung von 39,6 % verzeichnen. Wir leben in historischen Tagen. Insofern wird es Sie wahrscheinlich kaum verwundern, wenn ich Ihnen sage, dass es sich dabei um den höchsten jemals verzeichneten Wert handelt. Wer hätte im April geglaubt, dass wir am Beginn eines derartigen Bullenmarktes stehen? Ich mit Sicherheit nicht! Interessant ist auch ein historischer Vergleich. Durchschnittlich betrug die Wertentwicklung sechs Monate später in diesen Fällen 10,2 % bzw. zwölf Monate später sogar 17,3 %. Ob das auch im aktuellen Fall so ist, wage ich zum heutigen Zeitpunkt nicht zu prognostizieren. 2020 ist grundlegend anders! Derart dynamisch steigende Börsen waren zuletzt im September 2009 zu beobachten, in der Blüte der Finanzkrise. Im Herbst steht die Wahl zum US-Präsidenten auf der Agenda. Es wird wohl ein Zweikampf zwischen Amtsinhaber Donald Trump und dem Demokraten Joe Biden. Biden liegt in den landesweiten Umfragen vorne. Das gilt auch für Wettbüros. Für einen Dollar Einsatz bekommt man bei einem Sieg Bidens 47 Cent bzw. bei einer Wiederwahl Trumps 50 Cent Gewinn ausgezahlt. Es ist keineswegs sicher, dass Donald Trump auch in den kommenden Jahren im Weißen Haus residieren wird. Die Umzugskartons muss er definitiv aber noch nicht packen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die österreichische Bundesregierung musste den Härtefonds mehrmals umbauen. Die Kritik an den staatlichen Rettungspaketen reißt nicht ab. Das Geld komme zu spät oder gar nicht bei den Betrieben an, die Steuerstundungen verschieben die Probleme zeitlich nur etwas nach hinten und viele Regelungen seien realitätsfern. Auch der hohe bürokratische Aufwand erschwere den Zugang massiv. WIFO-Ökonom Werner Hölzl will der Regierung am kommenden Montag ein Konzept vorlegen, wie die staatlichen Förderungen treffsicherer und effektiver gestaltet werden können.
- Der österreichische Nationalbank-Gouverneur Robert Holzmann hätte beim EZB-Rettungspaket erst im Herbst über eine Aufstockung entschieden. Er gehe davon aus, dass viele Unternehmen eine

zweite Welle nicht überleben würden und spricht die Empfehlung aus, das private Geld von Sparbüchern in Beteiligungen umzuleiten, um Unternehmen zu stärken.

- Nach Angaben des Alpenländischen Kreditorenverbandes (AKV) wird es im ersten Halbjahr um ein knappes Viertel weniger Insolvenzen geben als im Vorjahr. Das ist vor allem auf Stundungen zurückzuführen. Wenn der wirtschaftliche Aufschwung nicht stark genug ausfällt, drohe im Herbst eine gewaltige Insolvenzwelle.
- Der Deutsche Bundesrat drängt darauf, die geplante Gutscheinregelung für Pauschalreisen mit einer Gültigkeitsdauer zu versehen. Auch in Bezug auf die Übertragbarkeit der Gutscheine sollte man nochmals nachdenken. Die Gutscheine können nach Aufhebung der Reisebeschränkungen eingelöst werden. Wenn das nicht bis spätestens Ende 2021 geschieht, muss der ursprüngliche Reisepreis ausbezahlt werden.
- Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat die Richtlinie zum Tragen von Schutzmasken aktualisiert. Die Empfehlung lautet, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, sobald es schwierig ist, Abstand zu halten.
- In Großbritannien ist die Zahl der Corona-Todesfälle auf über 40.000 gestiegen. Das Vereinigte Königreich ist nach offiziellen Zahlen das am schwersten betroffene Land Europas.
- Joe Biden hat das Rennen für die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten offiziell für sich entschieden. Er wurde beim Parteitag von den Delegierten nominiert.
- Das umstrittene Malaria-Medikament Hydroxychloroquin ist auch bei britischen Forschern durchgefallen. Der Mediziner Martin Landray von der Universität Oxford hat an der großangelegten Studie mitgewirkt. Seiner Einschätzung nach könne man nun aufhören, ein Medikament zu benutzen, welches untauglich sei. In den USA wird das Medikament nach wie vor zur Behandlung von Covid-19 eingesetzt.

07.06.2020

Einfach zu schön, um wahr zu sein.

Ein morgendlicher Blick in den Spiegel verrät mir, dass ich mich selbst mit dem größten Wohlwollen zumindest optisch nicht mehr zu den ganz Jungen zählen kann. Meine Gedanken schweifen ab und plötzlich befinde ich mich wieder in den 1990er Jahren. Der Erfolg ist quasi vorprogrammiert: Nach zwei erfolgreichen Jahren, in denen nach Abzug von nicht unerheblichen Gebühren um mehr als 40 % zulegen kann, verwaltet LTCM 6,7 Milliarden US-Dollar. Die Strategie ist simpel. Das Zauberwort heißt Leverage. Der Fonds erhöht das investierte Volumen durch eine Finanzierung. 1997 beträgt der Leverage das 19-fache des Eigenkapitals. Das Ergebnis: Mit den eingezahlten Mitteln von 6,7 Milliarden US-Dollar können Wertpapiere im Wert von 126,4 Milliarden gekauft werden. Wenn diese Wertpapiere nur um 1 % steigen, macht das einen satten Gewinn von 1,26 Milliarden oder 19 % auf das eingesetzte Kapital aus. Eine wahre Gelddruckmaschine! LTCM verfolgt rund 100 voneinander unabhängige Strategien und hält mehr als 7.600 unterschiedliche Positionen. Laut den mathematischen Modellen ist das Risiko gleich Null. Ein Totalverlust hat eine Wahrscheinlichkeit von 0,00000000000000000001 %. Auf dem Höhepunkt ihres Schaffens werden Merton und Scholes 1997 in einer feierlichen Zeremonie mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet. Am 17. August 1998 platzt der Traum. Einige Schwellenländer kollabierten aufgrund eines gefährlichen Mix aus politischen Unruhen, sinkenden Erdöleinnahmen und dem Zusammenbruch des russischen Finanzsystems. Laut bisheriger Risikomodelle ist ein Tagesverlust von mehr als 35 Millionen US-Dollar „unmöglich“. In der Realität belaufen sich die Verluste aber auf 550 Millionen US-Dollar und betragen damit mehr als das 15-fache der absoluten Worst-Case-Schätzung. Es folgt ein Flächenbrand, bei dem sogar die amerikanische Notenbank einschreiten muss. Wie hatte es John Maynrad Keynes einst so schön formuliert: „Der Markt ist in der Krise länger irrational, als man solvent bleiben kann!“ Manche Dinge sind einfach zu schön, um wahr zu sein. An den Finanzmärkten gibt es schließlich kein „Free-Lunch“! Aber man wird doch wohl träumen dürfen, oder?

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die enorme Nachfrage nach Arzneimitteln hat sich normalisiert. Auch die zwischenzeitlich um 25 % gestiegenen Kosten befinden sich wieder im Normalbereich. Peter Lehner, Vorsitzender der Konferenz der Sozialversicherungsträger in Österreich, weist darauf hin, dass es dadurch zu einer Entlastung der in der Krise stark geforderten Kassen komme. Zudem sei das ein Hinweis, dass die Menschen ihre zur Krisenbeginn angehäuften Vorräte auch nutzten und nicht nur lagerten.
- Der deutsche Virologe Hendrik Streeck sieht eine Chance im Sommer und plädiert für mehr Mut. Der Bonner Professor geht davon aus, dass möglicherweise eine Teilimmunität der Bevölkerung aufgebaut werden könne. Studien zeigten, dass 81 % der Infektionen asymptomatisch verliefen und die Infizierten damit keine oder kaum Symptome zeigten.

- Der Deutsche Lehrerverband kritisiert das gerade vereinbarte Konjunkturpaket, da der Bildungsbereich „äußerst stiefmütterlich behandelt worden“ sei. Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Lehrerverbandes, fordert die Bundesregierung auf, ein Bildungspaket von zumindest 20 Milliarden Euro zu beschließen.
- EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager plant, große Tech-Konzerne wie z.B. die Internet-Giganten Amazon oder Google schärfer zu regulieren. In den vergangenen Wochen habe man gesehen, was digital alles möglich ist. Aber Corona habe auch gezeigt, wie abhängig man von amerikanischen Konzernen sei. Das sei ein Weckruf. Das Internet müsse „europäisch reguliert“ werden.
- Griechenland hat die Ausgangssperren in den Flüchtlingslagern erneut verlängert. Die Lager sind nach wie vor total überfüllt. Allein in dem auf 5.400 Bewohner ausgelegten Flüchtlingslagern auf den Ägäis-Inseln leben aktuell mehr als 33.000 Menschen. Hinzu kommen noch ca. 70.000 Menschen in Lagern auf dem Festland. Massentests in den Camps finden erst seit Anfang Mai statt.
- In den USA sind bereits 109.802 Covid-19-Todesfälle zu beklagen. Bei landesweit 1,9 Millionen Infizierten ist die USA gemessen an der Zahl der Infektions- und Todesfälle weltweit das mit Abstand am schwersten betroffene Land.
- In der Metropole New York werden die seit drei Monaten bestehenden Maßnahmen erstmals gelockert. In der ersten zweiwöchigen Lockerungsphase können Bauarbeiten wieder aufgenommen werden. Zudem dürfen nicht systemrelevante Geschäfte wieder öffnen. Verkauft werden darf jedoch nur durch die Eingangstür.
- In der Pharma-Branche könnte es zu einer Mega-Fusion kommen. Der britische Konzern AstraZeneca ist an seinen Biotech-Rivalen Gilead herangetreten, um einen Zusammenschluss auszuloten.

08.06.2020

Die Karten werden neu gemischt.

Wir starten heute in die Woche 13 nach dem Shutdown im März. Wenn ich heute an die Zeit vor Corona denke, erscheint sie mir irgendwie fremd. Beinahe so, als würde man sich einen Film aus längst vergangenen Tagen ansehen. Es ist spannend zu beobachten, wie schnell wir uns an neue gewöhnen. Denken Sie z.B. an die Schutzmasken. Vor nicht einmal 100 Tagen wirkten sie auf mich äußerst befremdlich. Man sah sie maximal bei ein paar asiatischen Touristen beim Altstadtbummel. Wenige Wochen später ist es spürbar anders. Mich überkommt beinahe ein mulmiges Gefühl, wenn ich ohne Schutzmaske ein Geschäft betrete. Laut Psychologie brauchen wir rund 30 Tage, um uns neue Gewohnheiten anzutrainieren. Dazu hatten wir wahrlich genügend Zeit. Welche davon sollten bleiben und welche sollten wir uns wieder abtrainieren? Ich nehme einen Schluck von meinem morgendlichen Espresso und stelle fest, dass wenigstens diese Gewohnheit die Coronazeit gut überstanden hat. Und das ist auch gut so! Dennoch bin ich sehr gespannt, wie unser Leben in sechs oder zwölf Monaten aussehen wird. Wie werden Wirtschaft und Unternehmen reagieren? Die Karten werden wohl neu gemischt. In einem Jahr wird es neue Gewinner, aber auch neue Verlierer geben. Wir sind alle gefordert. Das betrifft sowohl Unternehmen als auch jeden einzelnen von uns als Privatperson. Es gibt viele neue Geschäftsfelder. Rotweinproduzenten stellen plötzlich Desinfektionsmittel her, Hemdenproduzenten haben sich auf das Nähen von Schutzmasken verlegt. 2020 ist anders. Die Welt ist im Umbruch. Bereits im 1. Quartal gingen die Unternehmensgewinne deutlich zurück. Im DAX musste die Deutsche Lufthansa den größten Gewinneinbruch hinnehmen. Der Vorsteuergewinn (EBIT) stürzte im Vergleich zum 1. Quartal 2019 von -344 Millionen auf -1,622 Milliarden ab. Aber auch Adidas (-93 %), Daimler (-78 %) oder Volkswagen (-77 %) wurden hart getroffen. Im Vergleich dazu fiel der Gewinnrückgang bei der Deutschen Bank mit -30 % relativ „harmlos“ aus. Aber da ist ohnehin im Vorfeld schon viel passiert. Die Deutsche Bank verzeichnete bereits im vierten Quartal und im fünften Jahr in Folge ein negatives Ergebnis. 2019 türmten sich 5,4 Milliarden Euro an Verlusten auf. Damit kam man der bedrohlichen Dimension des Rekordverlustes im Jahr 2015 schon ziemlich nahe. Die Bank führt einen Großteil der Verluste auf die im Sommer 2019 beschlossene Neustrukturierung zurück. Selbst in den besten Zeiten lag der Gewinn nie über 2 Milliarden Euro. Von der Strahlkraft des einstigen Branchenprimus ist wenig übrig. Ein Trendwechsel im Jahr 2020 ist für mich schwer vorstellbar.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Rudolf Anschober hat nach der Anti-Rassismus-Demonstration mit 50.000 Teilnehmern in Wien zum Runden Tisch zum Thema Abstandsregeln geladen.
- Viele Kleinunternehmer sind bei den staatlichen Corona-Hilfen abgeblitzt. Jeder vierte Sofort-Hilfe-Antrag seit Mitte April wurde abgelehnt. In Summe sind das fast 50.000 Anträge. Durchschnittlich wurde eine Förderung von 1.062 Euro gewährt.

- Die Lufthansa Tochter Austrian Airlines (AUA) wird ein staatliches Unterstützungspaket in Höhe von 600 Millionen Euro erhalten. 450 Millionen kommen von der Republik, davon 150 Millionen als Eigenkapital bzw. 300 Millionen in Form einer Kapitalgarantie. Die verbleibenden 150 Millionen schießt die Lufthansa zu.
- Bars, Kneipen und Restaurants dürfen künftig in wieder länger öffnen. Die Begrenzung der Öffnungszeit auf 23:00 Uhr soll wieder aufgehoben werden.
- Die Corona-Krise sorgt für mehr Plastikmüll. Das Recyclingunternehmen „Der Grüne Punkt“ teilt mit, dass im März etwa 10 % mehr Verpackungsabfälle in den gelben Tonnen der Privathaushalte landeten. Zu einem vergleichbaren Ergebnis kam auch die städtische Müllentsorgung in Frankfurt.
- Rund um den Globus finden Demonstrationen gegen Rassismus statt. Der britische Gesundheitsminister Matt Hancock bezeichnet die Proteste in London und anderen großen Städten als zusätzliche Gefahrenquelle in der Corona-Krise.
- Wer ab heute nach Großbritannien einreist, muss sich in eine zweiwöchige Quarantäne begeben. Damit soll eine zweite Welle verhindert werden.
- In Finnland hat sich der Konsum von Amphetaminen während der Corona-Krise um 15 % erhöht. Der Wirkstoff, der in der Erwachsenentherapie gegen ADHS eingesetzt wird, ist auch als illegale Droge „Speed“ bekannt.
- Die spanische Wirtschaft ist im 2. Quartal um mehr als ein Fünftel eingebrochen. Das wäre ein absoluter Negativrekord. Für das Jahr 2020 wird ein Rückgang bis zu 11,6 % erwartet.
- Nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd beschließt der Stadtrat von Minneapolis, die örtliche Polizei komplett aufzulösen. Die Polizeiarbeit soll in der US-Großstadt völlig neu organisiert werden. Im Stadtrat herrscht Einigkeit darüber, dass die Polizeibehörde „nicht reformierbar“ sei.
- Der Generaldirektor des Gesundheitsministeriums Ashley Bloomberg erklärt Neuseeland für coronafrei. Der letzte Covid-19-Patient habe 48 Stunden lang keine Symptome mehr gezeigt und gelte deshalb als genesen.
- Laut Einschätzung der Weltbank hat es seit 1870 keine vergleichbare Krise mit so vielen betroffenen Ländern gegeben. Die Corona-Krise dürfte 70 bis 100 Millionen Menschen in extreme Armut treiben.

09.06.2020

Wie es zum US-Kursfeuerwerk kam.

Gestern ging an den Märkten wieder die Post ab. Naja, nicht überall. Während die europäischen Märkte gestern noch mit einem leichten Minus den Handelstag beendeten, konnten die US-Börsen wieder einmal ein Kursfeuerwerk entfachen. Die deutsche Industrieproduktion bricht im April um 25,3 % ein. Die Bundesbank geht aber davon aus, dass der Tiefpunkt bereits hinter uns liegt und sich die Schockstarre schnell auflösen wird. Der Dow Jones Industrial Index erreichte bereits wieder den höchsten Stand seit Ende Februar. Der breit aufgestellte S&P 500 tat es der Technologiebörse Nasdaq gleich und notiert erstmals wieder im Plus. Und das nach all dem, was wir in den letzten Wochen erlebt haben. 2020 ist einfach anders! Die Börsenkurse sind trotz des größten Wirtschaftseinbruchs seit der großen Depression gestiegen. Das führt dazu, dass auch die Bewertungen an den Börsen steigen. Normalerweise passiert das am Ende eines Konjunkturzyklus nach einer Phase des Aufschwungs. Die Entkoppelung der Finanzmärkte ist mit Sicherheit zu großen Teilen auf die Liquiditätsspritzen der Notenbanken und auf die staatlichen Hilfspakete zurückzuführen. In den USA spricht man in Anlehnung an den Fed-Präsidenten Jerome (Jay) Powell, der die Notenbankbilanz innerhalb weniger Wochen auf 7,2 Billionen US-Dollar aufgeblasen hat, schon von „Jay's Market". Tendenz stark steigend! Das verzerrte Marktgeschehen löst bei dem einen oder anderen Altmeister wie z.B. Warren Buffet Skepsis hervor. Auch der größte Kapitalverwalter GMO hat seinen Aktienanteil mittlerweile halbiert. In einem Brief an seine Kunden führte der Asset-Manager aus, dass heute die Unsicherheit größer sei als in früheren Phasen von Euphorie und Tollheit. Noch nie seien Markt und Wirtschaft so weit voneinander abgekoppelt gewesen. Kritiker der expansiven Fed-Politik führen auch ins Feld, dass es durch die Stützungskäufe keine „echten Märkte" mehr gebe und die Liquiditätszufuhr ein Anreiz für Blasenbildung und Rekordverschuldung sei. Der Markt ist berauscht. Der Patient braucht eine immer höhere Dosis. Aus meiner Sicht erleben wir nicht nur „Jay's Market" sondern auch „Jay's Moral Hazard". Die Party geht weiter. Die Nacht ist fast vorbei. DJ Jay heizt den Menschen kräftig ein. Ich denke an Arthur Schnitzlers Novelle „Spiel im Morgengrauen", in der Oberleutnant Otto von Bogner Geld aufzutreiben versucht, das er zuvor aus der Firmenkasse entwendet hatte. Nachdem alle Leihgeber ausfallen, wird versucht, das Geld beim Kartenspiel zurückzugewinnen. Das ist 2020 nicht nötig, DJ Jay sei Dank.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Jahrelang hat die ÖVP von Bundeskanzler Sebastian Kurz sich gegen eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes ausgesprochen. In Österreich werden 55 % des letzten Nettoeinkommens ausgezahlt, was im Vergleich zum OECD-Schnitt in Höhe von 63 % vergleichsweise gering ist. Allerdings wird das Arbeitslosengeld in Österreich deutlich länger gezahlt als in anderen Ländern. Nun verlautbarte Arbeitsministerin Christine Aschbauer, dass man über eine Erhöhung nachdenke.

- Im Mai hat sich die Anzahl der sich in Kurzarbeit befindlichen Arbeitnehmer in Österreich um 200.000 reduziert. Ende Mai waren laut Angaben von Arbeitsministerin Aschbauer 1,161 Millionen Menschen betroffen. Das war der erste Rückgang seit Ausbruch der Krise.
- Laut Angaben von Statistik-Austria war die Sterblichkeit in der Covid-19-Krise um 10 bis 15 % höher.
- Österreich öffnet ab 16. Juni auch seine Grenzen zu Italien. Damit können Urlauber ihren Urlaub am Meer nun nicht nur in Kroatien und Griechenland, sondern auch in Italien verbringen.
- Der deutsche Export bricht um mehr als 30 % ein. Zwischen den Zielländern gibt es große Unterschiede. Während die Exporte nach Frankreich um 48,3 % einbrachen, beträgt der Rückgang bei den China-Exporten nur 12,6 %.
- Das Bundeskartellamt hat der Automobilbranche erlaubt, während der Corona-Krise firmenübergreifende Maßnahmen durchzuführen.
- US-Pharmakonzern Gilead hat bei der Europäischen Arzneimittelbehörde EMA offiziell die begrenzte Zulassung von Remdesivir als Mittel gegen Covid-19 für den europäischen Markt beantragt. Mit einer Entscheidung über eine Zulassung rechne man in wenigen Wochen. In den USA wurde bereits Anfang Mai eine Ausnahmegenehmigung für den begrenzten Einsatz des ursprünglich zur Behandlung von Ebola entwickelten Wirkstoffs erteilt. Durch den Einsatz verkürzt sich die Genesungszeit von Covid-19-Patienten um durchschnittlich vier Tage.
- Laut Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sitzen weltweit wegen der Corona-Schutzvorschriften 200.000 Seeleute auf ihren Schiffen fest.
- Laut einer Studie der Soziologin Barbara Rothmüller führt die Corona-Pandemie zu einer Monogamisierung von Partnerschaften. Intime Beziehungen konzentrieren sich auf zentrale Hauptbeziehungen, während der Kontakt zu unverbindlichen Sexpartnern deutlich reduziert wurde.
- Die Verhandlungen für die Zeit nach dem Brexit befinden sich in einer Sackgasse. Premierminister Boris Johnson steuert auf einen harten Brexit ohne Vertrag zu. Noch sind die Briten in einer Zollunion und im Binnenmarkt der EU. Die Frist endet aber am Jahresende.

10.06.2020

Gier frisst Hirn.

Gestern sind die Märkte tiefrot aus dem Handel gegangen. Nach der Kursrallye der letzten Tage war das eine nicht unübliche Verschnaufpause, und auchim Hinblick auf die heutige Fed-Sitzung keine allzu große Überraschung. Jerome Powell wird sich dazu äußern, wie schnell sich die US-Wirtschaft nach Einschätzung der Notenbank wieder erholen wird. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Meldung der US-Behörden, die den offiziellen Beginn der Rezession auf Februar 2020 datierten, also die Zeit vor dem Lockdown in den USA und in Europa. Deutsche Ökonomen wie Lars Feld, Chef der Wirtschaftsweisen, gehen im Moment von einem V-Szenario aus. Auch der Präsident des Kieler Institutes für Weltwirtschaft Gabriel Felbermayer strotzt vor Optimismus und prognostiziert einen schnellen Aufschwung.

Der Sommer steht vor der Tür. Auf unseren Reisen in fremde Länder haben wir schon das eine oder andere Mal ein Auto gemietet. Kennen Sie die Autovermietung Hertz? Hertz Global hat am 22. Mai Bankrott angemeldet und ist unter einem Schuldenturm von 19 Milliarden Dollar zusammengebrochen. Selbst wenn man den Fahrzeugflottenwert von geschätzten 15 Milliarden Dollar abzieht, bleibt immer noch ein beachtlicher Schuldenhaufen über. Würden Sie Geld in das Unternehmen investieren? Ich definitiv nicht. Aber ich hätte es besser tun sollen. Wer am Tag der Bankrottmeldung 10.000 Dollar in Hertz-Aktien „investierte“, konnte seinen Portfoliowert damit in lichte Höhen von 125.000 Dollar treiben - und das bei einem Unternehmen, das de facto Pleite ist und dessen Aktionäre höchstwahrscheinlich komplett leer ausgehen werden. 2020 ist einfach anders! Es werden Aktien bankrotter Unternehmen gekauft, die keinerlei Umsatz generieren. Das ist irgendwie symbolisch für die aktuelle Marktlage und es ist wahrlich kein Einzelfall. Gestern verlor die Hertz-Aktie 24 %. Es bleibt aber immer noch ein satter Gewinn über. Wenn ich so darüber nachdenke, kommt mir unweigerlich eine alte Börsenweisheit in den Sinn: „Gier frisst Hirn“. Das hat nichts mehr mit einem Investment gemein, sondern fällt in den Bereich des Glücksspiels. Dieser Tage wird an der Wall Street eifrig gezockt. Auch die Wertpapierkredite werden rasant ausgeweitet und die Kaufoptionen, mit denen man noch einen zusätzlichen Hebel einbauen kann, erleben einen wahren Boom. Ein derartiges Ausmaß haben wir schon seit zehn oder zwanzig Jahren nicht mehr gesehen. Die Euphorie ist groß. Immer weiter driften die „fiktiven“ Börsenkurse und die „realen“ Fakten auseinander. Das kann noch lange so gehen. Aber irgendwann ist jeder Traum ausgeträumt.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg verkündet, dass Österreichs Grenzen wieder geöffnet sind. Die Reisefreiheit gilt für 31 Länder. Ausgenommen sind Schweden, Spanien, Portugal und Großbritannien.

- Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) warnt vor einer zweiten Infektionswelle. Sollte diese eintreffen, würde der konjunkturelle Schaden im zweistelligen Prozentbereich liegen. Das Coronavirus hat schwerwiegende Folgen für Menschen, Unternehmen und Staaten. Für 2020 prognostiziert die OECD einen Einbruch der Weltwirtschaft um -6 %. Im Jahr 2021 sollte sich die Wirtschaft um 5,2 % erholen. Der Einbruch in der Eurozone ist mit -9,1 % stärker als in Österreich oder Deutschland mit -6,2 bzw. -6,6 %.
- In Deutschland ist die Zahl der Impfgegner in der Covid-19-Krise stark gestiegen. Das alarmiert die EU-Kommission, die vor der Verbreitung von Falschinformationen warnt. Laut der tschechischen Vizepräsidentin Vera Jourová sei die Impfbereitschaft in Deutschland in den vergangenen Monaten um 20 % gesungen. Ende Mai gaben zwei Drittel der Menschen an, sich „sicher“ oder „wahrscheinlich“ gegen Covid-19 impfen zu lassen.
- Die Grünen haben eine einheitliche Leitlinie für die Rückkehr zum Regelbetrieb in deutschen Schulen und Kitas gefordert. Zudem forderte Grünen-Chefin Annalena Baerbock einen fünf Milliarden Euro schweren Bildungsfonds sowie einen 500 Millionen Euro schweren Anteil aus dem Digitalpakt, um den digitalen Unterricht auszubauen.
- Der Internationale Währungsfonds (IWF) will die Ukraine mit einem Kredit in Höhe von 4,4 Milliarden Euro vor der Staatspleite bewahren.
- Das französische Kabinett hat ein 45 Milliarden Euro schweres Corona-Krisenbudget gebilligt. Davon sind 18 Milliarden für die Tourismusbranche, 15 Milliarden für den Luftfahrtsektor und 8 Milliarden Euro zur Unterstützung der Autohersteller vorgesehen. Das Budget ist ein Mix aus Investitionen, Krediten und Bürgschaften. Zudem sollen der Bausektor und Technologieunternehmen unterstützt werden. In Frankreich wird mit einem BIP-Einbruch von 11 % gerechnet.
- Wissenschaftler der Universitäten Cambridge und Greenwich haben die Wirkung eines Mundschutzes untersucht. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass das Virus dadurch zumindest unter Kontrolle gehalten werden kann. Ausgangssperren allein seien zu wenig, um ein Wiederaufleben der Covid-19-Krise zu verhindern. Aber schon durch das Tragen selbstgenähter Mund-Nasen-Bedeckungen sinke die Übertragungsrate deutlich.
- Die US-Notenbank hat den Leitzinssatz wie erwartet bei der Bandbreite von 0 bis 0,25 % belassen.

11.06.2020

Bares und gesprengte Grenzen.

Auch im Jahr 2020 bin ich ein großer Bargeldliebhaber. Für mich bedeutet Bargeld Freiheit und Anonymität. Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist, aber Bargeld hat für mich eine andere Wertigkeit. Wenn ich bargeldlos bezahle, sitzt bei mir das Geld lockerer. Ritsch-ratsch und die Geschichte ist gegessen. Einen 100-Euro-Schein aus der Hand zu geben, ist mit größeren „Schmerzen“ verbunden. Das ist zwar rational nicht nachvollziehbar, passt aber gut in unsere Zeit. Nur ein Bruchteil des Geldes ist in physischer Form verfügbar. In der Vergangenheit waren zahlreiche Währungen an Gold gekoppelt. Ein Geldschein repräsentierte einen gewissen Gegenwert an Gold und konnte bei Bedarf auch eingetauscht werden. Dazu musste das Gold aber tatsächlich vorhanden sein, und somit war der Geldmenge eine natürliche Grenze gesetzt. Der sogenannte Goldstandard war ab 1880 das anerkannte System in den Industriestaaten. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges wurde die Einlösepflicht in vielen Staaten aufgehoben, so dass der Goldstandard außer Kraft gesetzt war. Nach einer Phase der flexiblen Wechselkurse dauerte es bis 1922, bis man wieder zum ursprünglichen System zurückkehrte. Im Juli 1944 wurde von 44 Staaten das Bretton-Woods-System beschlossen, welches die Vorteile des Goldstandards mit den Vorteilen eines flexiblen Wechselkurssystems zu kombinieren versuchte. Dieses System wurde bis 1973 aufrechterhalten. Per 31. Dezember 2019 waren 24,06 Milliarden Euro-Banknoten mit einem Gegenwert von 1,29 Billionen Euro im Umlauf. Dazu kamen noch 135 Milliarden Münzen, die einem Wert von 30 Milliarden entsprachen. Seit Beginn des Jahrtausends hat sich der Gegenwert ungefähr verfünffacht. Die beliebteste Banknote ist der 50-Euro-Schein. Im Vergleich sind die Schweizer am reichsten. Hier liegt das Vermögen eines Erwachsenen bei durchschnittlich 564.653 US-Dollar, wobei der Durchschnittswert (arithmetische Mittel) durch die Super-Reichen etwas verzerrt wird Es werden sämtliche Vermögenswerte zusammengerechnet und durch die Anzahl der Personen dividiert. Der Median (Zentralwert) ist der Wert, der exakt in der Mitte einer nach Größe geordneten Datenreihe liegt – d.h. 50 % der Zahlenwerte liegen unterhalb und 50 % oberhalb des Medians. Werden Einkommens- oder Vermögensverteilungen betrachtet, ist der Median ein aussagekräftiger Wert, weil er angibt, wie hoch das Vermögen eines „Durchschnittsbürgers“ effektiv ist. In der Schweiz liegt der bei 227.891 US-Dollar. Am ärmsten sind die Menschen in Sudan. Dort besitzen Erwachsene durchschnittlich 534 US-Dollar.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Friedrich Möstl, Präsident der steirischen Kammer der Steuerberater, fordert mehr Tempo bei den Corona-Hilfen, da viele Betriebe längst an der Existenzgrenze angelangt seien.
- Deutsche Datensicherheitsexperten warnen vor betrügerischen Covid-19-Warn-Apps, die Nutzerdaten ausspähen. Die Apps seien ein Einfallstor für Schadsoftware.
- Die EU-Grundrechteagentur (FRA) sieht die Folgen der Coronakrise als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, da sich bestehende Ungleichheiten verschlechtern und Intoleranz

und Angriffe auf die Grundrechte zunehmen würden.

- Aufgrund der Corona-Reisebeschränkungen können Dutzende ausländische Familien die Kinder von ukrainischen Leihmüttern nicht abholen. Die Menschenrechtsbeauftragte Ljudmila Denissowa fordert eine Sonderregelung.
- In der Corona-Krise ist die Kinderarbeit in armen Ländern spürbar gestiegen. Diese Tendenz ist laut World Vision besonders für Afrika und Lateinamerika zu attestieren. Weltweit verrichten 152 Millionen Kinder zwischen fünf und sieben Jahren ausbeuterische Tätigkeiten.
- Die EU wirft Russland und China in der Corona-Krise die Verbreitung von Fake-News vor.
- Lateinamerika entwickelt sich nach Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) immer mehr zum Covid-19-Brennpunkt. In der Region sind bereits 70.000 Todesopfer, allein 40.000 davon in Brasilien, zu beklagen.
- Frank Ulrich Montgomery, der Vorsitzende des Weltärztebundes, sorgt sich um die Entwicklung in Afrika. Die Lage stuft er als „dramatisch“ ein. Es fehle an Geld, um die Gesundheitsversorgung und notwendige Impfungen breiter Bevölkerungsteile gewährleisten zu können.
- Schweden verzeichnet die bislang höchste Anzahl an Covid-19-Neuinfektionen. In den letzten 24 Stunden sind laut Gesundheitsbehörde 1.474 Erkrankungen hinzugekommen.
- Das US-Biotechunternehmen Moderna hat einen Covid-19-Impfstoff bisher an 600 Freiwilligen getestet. Ab dem kommenden Monat wird Phase 3 des Zulassungsverfahrens eingeleitet. Der Wirkstoff, der bisher ein „sehr positives Zwischenergebnis erzielte“, soll ab dem kommenden Juli an 30.000 Freiwilligen getestet werden.
- In Afrika sind bisher 200.000 Corona-Fälle verzeichnet worden. 70 % der 5.600 Covid-19-Todesfälle auf dem Kontinent ereigneten sich in Algerien, Ägypten, Nigeria, Südafrika und im Sudan.

12.06.2020

Der Euphorie folgt Ernüchterung.

Heute Morgen wälzte ich mich aus dem Bett und mir wurde deutlich vor Augen geführt, dass ich keine zwanzig Jahre alt mehr bin. Meine Muskeln schmerzten, als ich mich auf den Weg vom Schlafzimmer zu meiner geliebten Kaffeemaschine machte. Dagegen konnte auch der Espresso nicht helfen. Die Ursache für meine : Gestern sind meine Frau und ich stundenlang mit dem Kärcher über unsere Terrasse geflitzt, haben Unkraut entfernt und Glasflächen gereinigt. Die Zeit der Blüte und damit auch des Blütenstaubes ist zu Ende. Ein günstiger Moment, um die Terrassenfliesen einmal gründlich zu reinigen. Nach getaner Arbeit war der angesammelte Schmutz entfernt und die Fliesen funkelten wie neu.

An den Finanzmärkten kann man den angesammelten Schmutz nicht einfach mit dem Kärcher wegputzen. Die Notenbanken und Staaten kehren das Börsenparkett mit ihren Rettungspaketen zwar oberflächlich, aber der Schmutz und damit die aufgebauten Probleme bleiben. Nach den Kursgewinnen und der entfachten Euphorie machte sich gestern wieder Ernüchterung breit. Jerome Powell, Präsident der amerikanischen Notenbank, setzte den Aktienmarkt unter Druck. Die Fed sieht keine schnelle wirtschaftliche Erholung und wird den expansiven Kurs bis zumindest 2022 weiterfahren. Jay´s Market – einmal andersherum. Der Notenbanker klang wesentlich pessimistischer als die US-Regierung und stellte sich damit gegen US-Präsident Donald Trump, der in Anbetracht der bevorstehenden Präsidentenwahl dringend einen optimistischen Ausblick benötigt. Larry Kudlow, Trumps Wirtschaftsberater, hatte dagegen im Vorfeld betont, dass das Glas mehr als halb voll sei. Im Gegensatz dazu sagte Powell, die Krise verursache hohe Risiken für den mittelfristigen wirtschaftlichen Ausblick der weltgrößten Volkswirtschaft. Die US-Wirtschaft wird seiner Einschätzung nach länger für eine Erholung brauchen, als der Aktienmarkt es gegenwärtig einpreist. Wenig verwunderlich, dass die Enttäuschung an den Börsen groß war und sie im tiefroten Bereich aus dem Handel gingen. Zudem mehren sich die Ängste bezüglich einer zweiten Corona-Welle. Die größte Sorge bereitet Powell eine lange Schwächephase am Arbeitsmarkt. Von all jenen, die in den letzten Wochen arbeitslos wurden, würden sicher nicht alle wieder in ihre ursprünglichen Jobs zurückkehren können. Passend dazu mussten auch diese Woche wieder 1,542 Millionen Menschen in den USA erstmals zum Arbeitsamt pilgern. Der Trend nimmt ab, aber seit Mitte März waren es 44,2 Millionen Menschen. Insofern ist Powells Sorge durchaus nachvollziehbar.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die österreichische Regierung senkt zum 1. Juli die Steuer auf Speisen und Getränke von 20 auf 5 %. Die bis Jahresende anberaumte Steuersenkung soll laut Tourismusministerin Elisabeth Köstinger die Gastronomie mit 700 Millionen entlasten.
- Immer mehr deutsche Mieter geraten nach Angaben des Deutschen Mieterbunds in Zahlungsschwierigkeiten. Trotz des coronabedingten Einkommensverlustes konnten im April und

Mai noch viele ihre Mieten bezahlen. Für einige Mieter würde es jedoch eng. Laut Schätzungen könnten rund 10.000 Haushalte betroffen sein.

- Die Corona-Warn-App, die laut Angaben des deutschen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auf freiwilliger Basis genutzt werden soll, wird in der kommenden Woche eingeführt. Der Minister strich erneut hervor, dass der Fokus neben dem gesundheitlichen Aspekt auch auf dem Thema Datensicherheit liegen wird.
- Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts, geht davon aus, dass die Mehrwertsteuersenkung zu einem Anstieg der Konsumausgaben führen wird.
- Die Lufthansa will für Reisende an deutschen Flughäfen Corona-Tests anbieten und damit nach den massiven Einbrüchen der Passagier-Zahlen wieder um Kunden werben. Allerdings planen derzeit nur 13,4 % der Deutschen, in den nächsten drei Monaten aus beruflichen oder privaten Gründen zu fliegen.
- Im heurigen Sommer wollen 49 % der Italiener auf den Urlaub verzichten. Als Hauptgrund werden finanzielle Ursachen genannt.
- In Italien sind bisher rund 34.000 Covid-19-Todesopfer zu beklagen. Angesichts der vielen Todesfälle wird Regierungschef Guiseppe Conte von der Staatsanwaltschaft zum Umgang mit der Corona-Pandemie befragt. Es steht der Vorwurf im Raum, dass die Regierung womöglich einzelne Städte und die Provinz Bergamo zu spät zur Roten Zone erklärt hat.
- Schweden wird aufgrund der anhaltend hohen Corona-Zahlen von den Nachbarländern Norwegen, Finnland und Dänemark zunehmend isoliert. In den skandinavischen Ländern werden die Reisebeschränkungen gelockert. Einzige Ausnahme: Schweden.
- Die britische Wirtschaft ist in der Corona-Krise im Rekordtempo eingebrochen. Im April ging die Wirtschaftsleistung (BIP) um 20,4 % zurück.
- In Peking wurden erstmals seit zwei Monaten neue Corona-Infektionen gemeldet. Drei Menschen wurden positiv auf das Virus getestet. Wegen der neuen Fälle werden die Grundschulen nicht wie geplant am kommenden Montag öffnen. Das betrifft 520.000 Erst- bis Drittklässler. Schüler anderer Jahrgänge befinden sich bereits wieder im Schulbetrieb und werden ihren Unterricht bis auf weiteres fortsetzen.

13.06.2020

Indianer, Cowboys und Goldschätze.

Heute bin ich wieder sehr früh auf den Beinen. Es ist so ruhig und friedlich und man hört die Vögel laut zwitschern. Seit vielen Jahren bin ich ein notorischer Frühaufsteher. Was anfangs noch eine Überwindung war, ist mittlerweile zur lieb gewonnenen Gewohnheit geworden. „Morgenstund hat Gold im Mund“, soll schon Erasmus von Rotterdam seinem Schüler Christian Northoff geraten haben. Morgens studiert man am besten. Was der bedeutende Gelehrte des Renaissance-Humanismus vor 500 Jahren gesagt haben soll, hat auch heute noch seine Gültigkeit. In meiner Kindheit war ich ein großer Winnetou-Fan. In der verfilmten Romanreihe von Karl May geht es um Indianer, Cowboys und Goldschätze. Seit damals ist Gold für mich das Synonym für Reichtum. An den Finanzmärkten steht das Gold als Synonym für ein Sicherheitsinvestment. Während die Ressourcen beschränkt sind, ist an den Märkten sehr viel Liquidität vorhanden. Das treibt die Kurse von Realwerten wie z.B. Gold in die Höhe. Das Sicherheitsinvestment hat allein im letzten Jahr mehr als 25 % an Wert zulegen können. Auf 10-Jahressicht beträgt das Plus jedoch „nur“ 37 %. Das Ende des Goldstandards wurde bereits eingeleitet, der Goldpreis konnte aber erst Anfang der 2000er Jahre so richtig abheben. Interessant ist, dass der Goldpreis inflationsbereinigt auf dem Niveau der 1970er Jahre notiert. In den 1980ern und 1990ern mussten Gold-Investoren erhebliche reale Wertverluste hinnehmen. Besser konnten sich auf 10-Jahressicht Aktien entwickeln. Der globale Aktienmarkt erzielte eine Performance von 172 %. Aktien-Investoren konnten sich demnach über eine Wertentwicklung von 10,5 % pro Jahr freuen, während es beim Gold vergleichsweise geringe 3,2 % waren.

Gerade in der Krise ist es wichtig, über genügend finanzielle Mittel zu verfügen. Hierbei gibt es große sektorale Unterschiede. In den USA haben vor allem Einzelhandels-, Transport- und Tourismusunternehmen eine schwache Kapitalausstattung, die in mehr als 20 % der Unternehmen nur mehr für 14 Tage reichen wird. Darin berücksichtigt sind weder die staatlichen Unterstützungspakete noch die Umsätze, die nach einer Lockerung der Maßnahmen wieder etwas Geld in die Kassen spülen. Besser ausgestattet sind Finanz- und Versicherungsunternehmen sowie Firmen aus den Sektoren Immobilien und Gesundheitswesen. Diese Zahlen verdeutlichen aber, wie dringend Unternehmen die Unterstützungsmaßnahmen benötigen. Abschließend fällt mir noch das Zitat einer ehemaligen österreichischen Finanzministerin ein, welches gerade dieser Tage große Bedeutung gewinnt: „Führ mich zum Schotter.“

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die österreichische Regierung will weitere Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Krise verabschieden. Geplant sind eine Einmalzahlung von 450 Euro für Arbeitslose sowie ein Familienbonus von 360 Euro pro Kind. Zudem plant die Kurz-Regierung den Eingangssteuersatz noch dieses Jahr von 25 auf 20 % zu senken.

- Die IG Metall fordert weitere Unterstützung durch die Bundesregierung – vor allem für die Zulieferer der Automobilindustrie. Laut IG Metall-Chef Jörg Hofmann sind 270 Betriebe mit über 80.000 Beschäftigten in hoher oder akuter Insolvenzgefahr.
- Die Corona-Warn-App, die in Deutschland in den kommenden Tagen erhältlich sein soll, weist laut Wissenschaftlern aus Rhein-Main erhebliche Sicherheitslücken auf. Durch eine Schwachstelle im Sicherheitssystem der App lassen sich sensible und persönliche Daten einsehen und sogar verändern. Die Bundesregierung hat rund 20 Millionen Euro Entwicklungskosten bezahlt.
- In der Lombardei haben rund 25 % der Bürger Covid-19-Antikörper. Das ist das Ergebnis einer großen Testreihe, für die bei über 100.000 Menschen ein Antikörpertest durchgeführt wurde.
- In Großbritannien hat sich jeder fünfte Covid-19-Patient im Krankenhaus angesteckt. Die Anzahl der Todesopfer ist auf rund 50.000 gestiegen.
- Die Stadt New York plant, Senioren 74.000 Klimaanlagen zur Verfügung zu stellen. Diese sollten laut Bürgermeister Bill de Blasio dabei helfen, dass die Risikogruppe zu Hause bleiben kann. In der Millionenmetropole steigen die Temperaturen im Juli und August häufig auf über 40 Grad.
- In Delhi droht aufgrund des sprunghaften Anstiegs der Corona-Infektionen eine Überforderung des Gesundheitssystems. Vize-Chefminister Manish Sisodia geht davon aus, dass die gegenwärtig fast 29.000 Fälle bis Ende Juli auf 550.000 steigen werden. In diesem Fall würde man 80.000 Betten benötigen. Die Kapazität für die 20 Millionen Menschen liege aber nur bei knapp 9.000 Betten.
- Laut Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) befindet sich die Corona-Pandemie noch immer im Aufschwung. Laut WHO-Experte Mike Ryan betreffe das vor allem den globalen Süden.
- Laut dem Chef des Instituts für Weltwirtschaft Gabriel Felbermayr wird China als klarer Sieger aus der Corona-Krise hervorgehen. Während Europa und die USA zumindest 8 % der Wirtschaftskraft einbüßen, kommt China mit einem kleinen Wachstum aus der Krise. Zudem rechnet Felbermayr mit einer neuen Unlust am Unternehmertum und einer verstärkten De-Globalisierung.

14.06.2020

Der Markt hat immer recht?!

Die US-Arbeitsmarktzahlen sorgten seit Ausbruch der Corona-Krise für großes Interesse. Spannend ist auch, dass das verfügbare Einkommen in den USA während der Corona-Krise gestiegen ist. Ja, Sie haben richtig gelesen. Seit Ausbruch der Krise gibt es mehr als 40 Millionen Arbeitslose und das persönliche Einkommen steigt. Das hängt mit den riesigen Rettungspaketen zusammen. Das Arbeitslosengeld wurde reformiert und Arbeitslose erhalten wöchentlich 600 Dollar. Zum Teil haben Menschen in der Arbeitslosigkeit mehr Geld zur Verfügung als im Rahmen eines regulären Beschäftigungsverhältnisses. In 36 Staaten liegt die Lohnersatzquote damit über dem wöchentlichen Durchschnittslohn. Die staatlichen Sozialleistungen stiegen um knapp drei Billionen US-Dollar an und überkompensierten damit den Einkommensrückgang. Die Lohnsumme ist im April um 740 Milliarden gefallen.

Bleiben wir noch kurz in den USA. Präsidentschaftskandidat Joe Biden konnte seinen Vorsprung auf Amtsinhaber Donald Trump in den letzten Wochen etwas ausbauen. Laut einer Umfrage liegt er um rund 7 Prozentpunkte vor Trump. Vor vier Jahren hatten 89 % der schwarzen Wähler für Hillary Clinton gestimmt. Trump hatte dennoch die Nase vorne, da nur 59,6 % der Schwarzen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hatten. Bei Barack Obamas Wiederwahl im Jahr 2012 betrug die Wahlbeteiligung der Schwarzen noch zwei Drittel und war damit höher als jene der Weißen.

An den Finanzmärkten geht es auf und ab. Aber daran haben wir uns in den letzten Wochen bereits gewöhnt. Die Gewinnschätzungen für 2021, also für das kommende Jahr, in dem bereits eine deutliche Erholung erwartet wird, liegen in Europa und Amerika in etwa auf dem Niveau von 2019. Eine zweite oder dritte Welle wie während der Spanischen Grippe ist dabei natürlich nicht eingerechnet. Im Jahr 2020 schaut es wenig überraschend noch düster aus. Nach einem Gewinnrückgang in Höhe von 11 % im 1. Quartal wird für das 2. Quartal ein Gewinneinbruch von 39 % im Vergleich zum Vorjahr prognostiziert. Die Kurse befinden sich wieder nahe den Höchstständen. Dadurch hat sich die fundamentale Bewertung für Aktien deutlich verteuert. Das Kursgewinnverhältnis (KGV) von S&P 500-Unternehmen liegt aktuell bei 23. Das bedeutet, dass ein Investor 23 Dollar für einen Dollar Gewinn bezahlen muss. Ähnlich hoch waren Unternehmen an der Spitze der Dotcom-Blase im Jahr 2000 bewertet. Damals ging man davon aus, dass die Gewinne innerhalb der nächsten 12 Monate um 18 % steigen würden. Im Jahr 2020 wird im besten Fall eine schwarze Null prognostiziert. Dazu fällt mir nur eines ein: Der Markt hat immer recht!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die Corona-Krise hat am österreichischen Arbeitsmarkt tiefe Spuren hinterlassen. Knapp 500.000 Menschen sind arbeitslos, Hunderttausende in Kurzarbeit. Einer Analyse des Wirtschaftsforschungsinstitutes () zufolge sind davon fast ausschließlich Arbeiter betroffen. Laut WIFO-Angaben entfallen neun von zehn verlorenen Jobs auf Arbeiter, nur einer auf Angestellte.

- Österreichs Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck kündigte eine Investitionsprämie an, um heimische Firmen zu unterstützen. Sie soll all jenen , die in den kommenden sechs Monaten Investitionen tätigen werden. Zudem soll es Unternehmen ermöglicht werden, bei der Steuerermittlung Verluste mit den Gewinnen aus den Vorjahren gegenzurechnen.
- SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach hat vor einer großen Ansteckungsgefahr bei Massendemonstrationen gewarnt. In Berlin wird heftig gegen Rassismus und Ausgrenzung sowie für Klimaschutz und Gleichberechtigung demonstriert. Man riskiere, „die erste Stadt in Deutschland mit großen Corona-Hotspots“ zu werden.
- Gesundheitsminister Jens Spahn kündigte an, dass die viel kritisierte Corona-App für Deutschland startklar sei. Vor allem Unstimmigkeiten über die Art der Datenspeicherung hatten für Verzögerungen bei der Entwicklung gesorgt.
- In Italien startet die sogenannte „Phase 3“ der Lockerungsschritte. Ab morgen dürfen Freizeiteinrichtungen wieder starten. Darunter fallen u.a. Kinos, Spielhallen oder Vergnügungsparks. Die meisten Badeanstalten durften bereits am vergangenen Wochenende wieder öffnen.
- Nach einem deutlichen, coronabedingten Rückgang ist die Zahl der Flüchtlinge Richtung EU wieder stark angestiegen. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex gibt an, dass auf den Hauptmigrationsrouten im Mai fast 4.300 unerlaubte Grenzübertritte und damit rund dreimal so viele wie im Vormonat stattfanden.
- Deutschland, Italien, Frankreich und die Niederlande haben mit dem Pharmakonzern AstraZeneca einen Impfstoff-Vertrag für Europa abgeschlossen. Es sollen rund 100 Millionen Dosen des gemeinsam mit der Universität Oxford entwickelten Impfstoffs an die EU-Staaten geliefert werden. Die sogenannte „Impf-Allianz“ verhandelt mit mehreren Unternehmen, die an aussichtsreichen Impfstoffen forschen.
- In Indiens Hauptstadt Neu-Delhi sollen 500 Eisenbahnwaggons zu mobilen Corona-Krankenhäusern mit bis zu 8.000 Betten umgebaut werden.
- IWF-Chefin Kristalina Georgiewa gibt an, dass der Internationale Währungsfonds seine Prognosen wahrscheinlich nach unten revidieren muss. Im April war man für 2020 noch von -1 bis -3 % ausgegangen.

15.06.2020

Das Angstbarometer steigt weiter.

Die Stimmungslage an den Börsen ist mit dem Wetter am Vatertag durchaus vergleichbar. In der Früh gab es strahlenden Sonnenschein, am Nachmittag teils heftige Gewitter. Nach der beeindruckenden Kursrallye wurde der Aufwärtstrend der Vorwoche jäh unterbrochen. Ob es sich dabei lediglich um ein Sommergewitter handelt? Oder steckt doch mehr dahinter? Das Thema Corona dominiert weiterhin die Finanznachrichten. In den vergangenen Monaten erlebte unsere Branche eine wahre „Umschulungswelle". Aus Finanzexperten wurden Virologen. In Zeiten der Veränderung kann man gar nicht genug Expertisen haben, oder? An den Märkten kursiert die Angst vor einer zweiten Corona-Welle. Auch wenn die Pandemie in vielen Ländern unter Kontrolle scheint, weisen einzelne Regionen nach wie vor ein exponentielles Wachstum auf. Die Anzahl der weltweit aktiven Fälle steigt von Tag zu Tag und die Weltgesundheitsorganisation wird nicht müde davor zu warnen, alles auf die leichte Schulter zu nehmen. In der jetzigen Phase sind vor allem weniger entwickelte Länder betroffen, deren Gesundheitssysteme im Falle einer Ausbreitung relativ schnell an ihre Grenzen stoßen werden. Da werden Erinnerungen an die schockierenden Bilder aus Italien wach. In den USA herrscht eine gemischte Datenlage. Während in New York allmählich wieder Entwarnung gegeben werden kann, sind in Arizona und Texas lokale Infektionsherde neu entflammt. Unter diesen Umständen ist es wenig verwunderlich, dass auch die Risikoprämien steigen. Das verdeutlicht am besten der Volatility Index (VIX), der die Schwankungsbreite des amerikanischen Aktienmarkts ausdrückt. Der VIX wird seit 1993 von der Chicago Board Options Exchange (CBOE) veröffentlicht. Ein hoher Wert weist auf eine hohe Marktunsicherheit hin, ein niedriger Wert lässt eine Entwicklung ohne starke Kursschwankungen erwarten. In der Finanzwelt ist der VIX deshalb auch als „Angstbarometer" bekannt. Für die Terminbörsen ist er von besonderer Relevanz, da er in die Preisberechnung einfließt. Je höher die Volatilität, desto teurer ist beispielsweise eine Absicherung durch eine Put-Option. In den Jahren 2011 bis zum Ausbruch der Corona-Krise lag der VIX in der Bandbreite zwischen 10 und 25. Im März stieg er auf knapp 70 und konnte sich bis Anfang Juni wieder bei 25 einpendeln. In der vergangenen Woche sprang der Angstparameter wieder auf über 40. Das liegt zwar deutlich unter dem Höchstwert vom März, aber auch deutlich über dem „Normalbereich". Ob wir 2020 ein Sommergewitter oder den Beginn einer veritablen Krise erleben, wird uns erst die Zukunft weisen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Mit dem heutigen Tag entfällt in Österreich die Maskenpflicht im Handel. Der Mindestabstand von einem Meter ist allerdings nach wie vor einzuhalten.
- Der Corona-Lockdown hat laut einer Studie der Medizinischen Universität Innsbruck deutliche Spuren bei Kindern und Jugendlichen hinterlassen.
- Die Austrian Airlines fliegt wieder. Nach fast drei Monaten startet heute Morgen der erste AUA-Flug von Wien nach München. Bis Ende Juni will das Flugunternehmen vorerst mehr als 30 europäische

Destinationen bedienen.

- Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner plant eine Meldepflicht für Corona-Infektionen bei Haustieren, die sich an deutsche Tierärzte, Ämter und andere Teststellen richtet.
- In Deutschland kann die Mehrwertsteuersenkung ab 1. Juli die Inflation deutlich drücken. Laut Statistiker sind rund 70 % des Warenkorbs betroffen.
- Die deutsche Bundesregierung wird in diesem Jahr 218,5 Milliarden Euro so viele Schulden aufnehmen wie noch nie in der Geschichte. Aufgrund der Corona-Krise wurde die Schuldenbremse im Grundgesetz vorübergehend ausgesetzt.
- In Deutschland wurden in 158 von 412 Landkreisen in den vergangenen sieben Tagen keine Corona-Neuinfektionen gemeldet. Damit sind 38 % der Landkreise betroffen.
- In Berlin-Neukölln wurden mehrere Häuser eines Wohnblocks aufgrund mehrerer Corona-Fälle unter Quarantäne gestellt. Auf mehrere Hundert Bewohner wurden mehr als 50 Covid-19-Fälle verzeichnet.
- Die deutsche Lufthansa muss sich trotz Rettungspaket ein rigoroses Sparprogramm verordnen. Der Konzern beabsichtigt, 22.000 Vollzeitstellen, davon allein 11.000 in Deutschland, abzubauen.
- Die Corona-Pandemie sorgt in der westlichen Welt für einen Fahrrad-Rausch. In vielen Ländern wird von ausverkauften Fahrradläden berichtet. Die Fahrrad-Branche gehört mit einem kräftigen Umsatzwachstum zu einem der wenigen Corona-Gewinner.
- Die amerikanische Pharmaaufsicht nimmt die Notfall-Genehmigung des Malaria-Medikaments, welches von Präsident Donald Turm zeitweise prophylaktisch gegen Covid-19 eingenommen wurde, zurück. Die Behörde teilte mit, dass aufgrund neuer Studien nicht länger davon ausgegangen werden kann, dass das oral verabreichte Mittel gegen die Lungenerkrankung wirke.
- Wissenschaftler des Instituts IHME der Universität Washington in Seattle gehen in ihren Prognosen davon aus, dass sich die USA bis zum Herbst auf Zehntausende weitere Covid-19-Tote einstellen muss. Am 27. Mai wurde die Grenze von 100.000 Verstorbenen überschritten. Es wird befürchtet, dass die Anzahl der Todesopfer bis 1. Oktober auf über 200.000 ansteigen wird.

16.06.2020

Dauerfeuer sorgt für Swing.

Langsam, aber sicher kehrt in meinem beruflichen Alltag wieder Normalität ein. Zoom-Meetings werden wieder vermehrt von persönlichen Treffen abgelöst. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich bin mir noch nicht darüber im Klaren, wie meine Arbeitswelt in Zukunft ausschauen wird. Vermutlich wird es ein Mix aus Altbewährtem und neuen Errungenschaften sein. Ich persönlich schätze und genieße den persönlichen Austausch. Aber es ist natürlich nicht effizient, wegen einer Besprechung von einer Stunde vier Stunden Reisezeit auf sich zu nehmen.

Die Finanzmärkte eröffneten gestern im tiefroten Bereich. Im Laufe des Tages setzte eine Erholung ein, und die großen Märkte konnten sogar noch positiv aus dem Handel gehen. In der Finanzwelt bezeichnet man diese Marktbewegung als „Swing“. Der S&P 500 Future hat gestern einen Swing von 5 % nach oben gemacht. Der Grund: Die amerikanische Notenbank und die US-Regierung erhöhen die Schlagfrequenz. Irgendwie kann man sich im Jahr 2020 gar nicht mehr vorstellen, wie es ohne das Dauerfeuer der beiden Institutionen überhaupt funktionieren soll. Die Fed kündigte an, die Ankaufprogramme weiter auszuweiten. Bisher wurden Unternehmensanleihen-ETF gekauft. Ein Exchange-Traded-Fund (ETF) ist ein Fondsvehikel, das den Gesamtmarkt kostengünstig abbildet. Künftig sollen auch individuelle Unternehmensanleihen in der Notenbankbilanz landen. Durch die vielen Käufe entsteht auf der Käuferseite ein Überhang. Dadurch sinken die Risikoaufschläge bzw. „Spreads“ deutlich. Wenn sich Unternehmen Geld über den Kapitalmarkt beschaffen, ersparen sie sich in diesem Umfeld Zinskosten. Schulter an Schulter mit Fed-Präsident Jerome Powell steht einmal mehr Donald Trump. Der US-Präsident hat angekündigt, ein Infrastrukturprogramm über eine Billion Dollar aufzulegen. Das entspricht rund 5% der Wirtschaftsleistung pro Jahr. Der größte Teil des riesigen Investitionsprogramms soll in den Straßen- und Brückenausbau sowie in den Ausbau des 5G-Netzes fließen. Wie heißt es so schön: Von nichts kommt nichts! Aber ist das nachhaltig? Heuer dürfte die Staatsverschuldung in den USA um 24 % der jährlichen Wirtschaftsleistung ansteigen. Nur zur Erinnerung: Beim Maastricht-Vertrag haben EU-Länder eine 60 %-Grenze als solide definiert. Die Verschuldung in den USA wird am Jahresende bei 130 % des BIP liegen. Das ist ungefähr dort, wo Italien heute steht. Die Bonität der USA wird von Moody’s und Fitch mit der Bestnote AAA bewertet, Italien dagegen mit einem Rating im BBB-Bereich. Da soll sich noch einer auskennen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die österreichische Regierung präsentiert die Ergebnisse ihrer Klausur. Es werden neue Hilfsmaßnahmen beschlossen und das Rettungspaket wird auf 50 Milliarden Euro aufgestockt. Dazu wurde ein neues Maßnahmenpaket in Höhe von 19 Milliarden Euro verabschiedet. Die in den vergangenen Monaten beschlossenen Rettungspakete für Gastronomie, Kultur, Tourismus oder Veranstaltungswesen sollen ausgeweitet werden. Zudem sollen ein Kinderbonus sowie eine vorgezogene Steuerreform die Familienbudgets entlasten. Bundeskanzler Sebastian Kurz beziffert

das Ausmaß mit 1.000 Euro netto pro Jahr. Im Zuge des massiven Anstiegs der Ausgaben wird sich die Staatsverschuldung Österreichs auf 90 % erhöhen.

- Österreichs Vizekanzler Werner Kogler rechnet noch in dieser Periode mit einem Millionärsbeitrag. Für den Herbst kündigte er ein weiteres Arbeitsmarkt-Paket an. Gegenwärtig steht noch die Krisenbewältigung im Fokus der Bundesregierung.
- Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform befürchtet eine Insolvenzwelle in der zweiten Jahreshälfte. In Deutschland wurde die Insolvenzantragspflicht bis Ende September ausgesetzt. Danach rechnet die Creditreform mit einem Anstieg der Firmenpleiten um bis zu 20 %. Auf die Verbraucherinsolvenzen hat die Corona-Krise im Gegensatz dazu kaum einen Effekt.
- Die deutsche Bundesregierung hat die neue Corona-Warn-App bei ihrer Vorstellung durch mehrere Minister verteidigt.
- Die EU-Staaten haben sich auf technische Standards verständigt, durch die die nationalen Corona-Apps grenzüberschreitend laufen können. In Frankreich wurde die Corona-App bereits vor zwei Wochen freigegeben. „StopCovid“ wurde nur 1,5 Millionen Mal heruntergeladen. Nach Regierungsangaben wurde sie dagegen sechs bis sieben Millionen Mal heruntergeladen. Das würde rund 10% der Bevölkerung entsprechen.
- Ungarns Parlament hat nach zweieinhalb Monaten das umstrittene Corona-Notstandsgesetz aufgehoben. Kritisiert wurde es, da es Ministerpräsidenten Viktor Orban umfassende Regierungsvollmachten verschafft hatte.
- In Peking werden 20 Wohnviertel als Risikogebiete klassifiziert. Die Angst vor einer zweiten Welle nimmt zu. Die Behörden ordneten zehntausende Covid-19-Tests an.
- Forscher des sipri Instituts geben an, dass es Anfang 2020 weltweit weniger Atomwaffen gab als im Jahr davor. Die Autoren sind allerdings nicht zuversichtlich und warnen vor einem neuen Atom-Wettrüsten.
- Wissenschaftler der Universität Oxford haben ein Medikament vorgestellt, das die Sterblichkeitsrate von Corona-Patienten deutlich reduzieren soll. Die Weltgesundheitsorganisation feiert die Ergebnisse als großen „Durchbruch“.

17.06.2020

Eine Spur der Verwüstung.

Heute Morgen wachte ich das erste Mal seit drei Monaten wieder einmal in einem Hotelbett in Salzburg auf. Der routinierte Blick auf den Handy-Wecker verriet mir, dass es Zeit war aufzustehen. Auch wenn sich viele Dinge wieder so anfühlen wie , ist es doch irgendwie anders. Die Rezeptionistin teilte uns gestern beim Empfang mit, dass wir vor dem Duschen das Wasser ein paar Minuten laufen lassen müssen. Nachdem sich mein Kollege und ich fragend anschauten, erklärte sie uns, dass das Hotel seit März de facto geschlossen war und das Wasser erst einmal durch die Leitungen rinnen müsse, bevor wir warm duschen könnten. Wir fragten sie auch, ob wir uns nach unserem Abendtermin mit unserem Auto in die Tiefgarage stellen könnten, sofern alle Parkplätze abends wie üblich belegt wären. Die nette Dame lächelte melancholisch und teilte uns mit, dass wir mit Sicherheit einen Parkplatz bekommen würden. Ganz egal, wann wir kämen. Und sie hatte recht. Außer uns beiden haben wir auch keinen anderen Gast zu Gesicht bekommen. Es wurde uns deutlich vor Augen geführt, dass das Leben heute nicht mehr mit dem vor dem Corona-Shutdown vergleichbar ist. Gerade in Städten, in denen sich „normalerweise“ Massen an ausländischen Touristen durch die engen Gassen wühlen, hinterlässt Covid-19 auch wirtschaftlich eine Spur der Verwüstung. Die Finanzmärkte spiegeln ein anderes Bild. Die Party geht munter weiter. Jay’s und Donald’s Market eben. Der Fed-Chef und der US-Präsident werden die Folgen ihrer Handlungen nicht mehr persönlich spüren. Donald Trump muss sich im Herbst einer Neuwahl stellen und bleibt „bestenfalls“ noch vier weitere Jahre im Amt. Nach insgesamt acht Jahren wäre dann endgültig Schluss. Bei Jerome Powell könnte es noch etwas länger dauern. Irgendwie ist das auch in der Wirtschaft ähnlich. Unternehmenslenker optimieren den Status-Quo. Der Horizont reicht häufig nicht über die nächste Quartalsbilanz hinaus. Das ist gerade bei befristeten Verträgen ein Dilemma. Schließlich will man in der kurzen Zeit das Optimum für das Unternehmen und damit auch für sich selbst herausholen. Bei Familienunternehmen scheint es anders zu sein. Ziel ist es Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Erfolg für die nächste oder sogar übernächste Generation ermöglichen. Schon aus diesem Grund ist die Ausrichtung eine ganz andere. Der wichtigste Stakeholder des Firmenlenkers ist vielleicht noch nicht einmal geboren. Es wäre sehr traurig, wenn Covid-19 dazu führt, dass bei dem einen oder anderen altehrwürdigen Unternehmen das Licht ausgeht.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Nach den ständigen Ausweitungen der Rettungspakete fordert die SPÖ-Chefin Rendi-Wagner, hohe Erbschaften mit bis zu 35 % zu besteuern. Konkret sollen alle Erbschaften und Schenkungen ab einer Million Euro mit 0,5 % versteuert werden. Zudem soll eine jährliche Vermögenssteuer ebenfalls ab einer Million Euro Vermögen anfallen. Darunter fallen Immobilien- und Finanzvermögen abzüglich aller Schulden. Nach neuesten Berechnungen könnten damit 2 Milliarden Euro in die Staatskassen fließen.
- Die Grünen rund um Vizekanzler Kogler wollen bis 2024 eine Reichensteuer einführen.

- Der deutsche Virologe Christian Drosten warnt davor, trotz der geringen Infektionszahlen die Achtung vor dem Coronavirus zu verlieren. Als besonderen Gefahrenherd für eine zweite Welle sieht Drosten Schulen und größere Veranstaltungen.
- Deutsche Schulen sollen nach einem Beschluss der Länder und des Bundes nach den Sommerferien wieder komplett öffnen und zum Regelbetrieb zurückkehren.
- Kanzlerin Angela Merkel lobt weiterhin die neu eingeführte Corona-Warn-App und bezeichnet sie als wichtiges Instrument. Die Gesundheitsämter haben nach ihrer Einführung mit einer Flut von Anfragen zu kämpfen, da Probleme mit der App aufgetreten sind.
- Merkel verkündet weiter, dass vorerst alle bestehenden Sicherheitsvorkehrungen aufrechterhalten werden. Darunter fallen der Mindestabstand, Mund-Nasen-Bedeckungen und Kontaktbeschränkungen.
- Der Flughafenbetreiber Fraport wird im Laufe des Jahres 4.000 seiner 22.000 Arbeitsplätze in Frankfurt abbauen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der abgewickelten Flüge heuer um 60 bis 70 % eingebrochen. Im Jahr 2021 rechnet der Betreiber zwar mit einer Erholung, im Vergleich zu 2019 werde sich die Zahl der Flüge in Frankfurt aber halbieren.
- Die EU will die Entwicklungszeit eines Corona-Impfstoffs durch eine vorübergehende Lockerung der Vorschriften für Arzneien mit gentechnisch veränderten Organismen beschleunigen.
- In Schweden sind mittlerweile mehr als 5.000 Todesopfer zu beklagen. Die Regierung gerät immer mehr in die Kritik, weil in Schweden überproportional viele Menschen starben. Verglichen mit Deutschland sind fünfmal so viele Todesfälle pro eine Million Einwohner zu beklagen.
- Der EU-Neuwagenabsatz ist im Mai um 52 % eingebrochen. Im Vergleich zum 76-prozentigen Rückgang im April ist das allerdings eine „Verbesserung“.
- Die amerikanische Fed ist wachsam und hat noch viel „Löschpulver“. Der Notenbanker Robert Kaplan ortet noch weitere Kapazitäten, um den wirtschaftlichen Folgen durch Ankäufe von Vermögenswerten entgegenzusteuern.

18.06.2020

Es ist ein ständiges Hin und Her.

Es ist ein ständiges Hin und Her. Gestern haben sich die US-Märkte mit dem Tagestief in den Feierabend verabschiedet. Es klingt aber wilder als es war, denn das Minus hält sich absolut in Grenzen. In den USA bahnt sich ein Konflikt zwischen Donald Trump und seinem ehemaligen Berater John Bolton an. Bolton hat ein Buch über die Zusammenarbeit mit dem US-Präsidenten geschrieben. Trump sei wohl ein Narzisst und denke nur an sich selbst und seine Wiederwahl im Herbst. Darüber hinaus hätte Trump den chinesischen Staatschef Xi Jinping gebeten, mehr US-amerikanische Agrarprodukte zu kaufen und ihm damit zur Wiederwahl zu verhelfen. Dafür hat Bolton einen Vorschuss von immerhin 2 Millionen Dollar erhalten. Trump will alles Mögliche unternehmen, um eine Veröffentlichung des Buches zu unterbinden und noch in dieser Woche gegen Bolton klagen.

Der Global Wealth Report der Boston Consulting Group feiert heuer sein 20. Jubiläum. Im jährlichen Bericht werden Vermögensdaten aus 97 Ländern erhoben. Zu den Vermögenswerten zählen Aktien, Anleihen, Fonds, Lebensversicherungen und Pensionsfonds sowie Bargeldguthaben. Immobilien und physisches Gold in Form von Münzen oder Barren werden nicht berücksichtigt. 2019 war für Vermögende ein außergewöhnlich gutes Jahr. Die privaten Vermögen konnten weltweit um 10 % zulegen und belaufen sich per Jahresende 2019 auf 226,4 Billionen US-Dollar. Durchschnittlich wuchsen die Vermögen in diesem Jahr um 5 %. In Österreich beläuft sich das Privatvermögen auf 900 Milliarden US-Dollar. 41 % der Privatvermögen wird in sichere Anlageformen wie z.B. Sparbücher investiert und unterliegt einem realen Wertverlust. In Deutschland ist das Privatvermögen mit 7,7 Billionen US-Dollar auf einem hohen Niveau – mit einem Wachstum von 6,4 % verlor man aber im Vergleich zu anderen Ländern an Boden. In Europa befinden sich 16,5 % des gesamten Privatvermögens in deutschen Händen. Am meisten besitzen US-Amerikaner (94,2 Billionen US-Dollar), China (23,8 Billionen US-Dollar) und Japan (17,7 Billionen US-Dollar). Weltweit gibt es 26 Millionen Millionäre, die mehr besitzen als der Rest der Weltbevölkerung. Die Autoren gehen davon aus, dass sich die Corona-Krise stärker auf die Vermögensverteilung auswirken wird als die Finanzkrise. Ich bin davon überzeugt, dass es sich langfristig lohnt, auf schwankungsintensivere Vermögenswerte zu bauen. Damit wird aber auch die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Ausgangsbeschränkungen und wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise haben das Problem der häuslichen Gewalt in Österreich verschärft. Maria Rösslhumer, Geschäftsführerin des Vereins der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser, führt an, dass die Anzahl der Anrufe in Frauenhäusern um 43 % gestiegen ist.
- Der Plan der österreichischen Regierung, Mindestpreise für Flugtickets einzuführen, widerspricht laut Wettbewerbsjuristen dem Europarecht. Im Falle einer Umsetzung droht der Republik ein EU-

Verfahren.

- In Deutschland wurde die Corona-Warn-App bereits mehrere Millionen Mal auf dem Smartphone installiert. In Großbritannien verkündete der Gesundheitsminister, dass die dortige App-Entwicklung keine Priorität mehr habe. Die Anwendung hätte bereits Mitte Mai fertig sein sollen, wurde aber bis jetzt noch nicht veröffentlicht.
- Laut einer Umfrage ist in Deutschland mit einem deutlichen Anstieg der Scheidungsrate zu rechnen. 2,2 % der Befragten gaben an, in der Corona-Krise die Entscheidung getroffen zu haben, sich scheiden zu lassen. Laut Statistischem Bundesamt liegt die Rate normalerweise bei 0,42 %.
- Die EU-Kommission verhandelt mit dem US-Pharmakonzern Johnson & Johnson über die Versorgung mit einem Covid-19-Impfstoff. Der Kauf oder die Reservierung von Impfstoffen, die noch nicht die Marktreife erlangt haben, ist derzeit weit verbreitet.
- Internationale Forscher wollen die Tests mit dem Malaria-Medikament Hydroxychloroquin bei Covid-19-Erkrankten einstellen, da sich durch die Einnahme die Sterblichkeitsrate nicht reduziert. Auch die WHO stellt ihre Studie mit Hydroxychloroquin ein.
- Die britische Notenbank fährt weiter einen expansiven Kurs und erhöht das Wertpapierankaufprogramm um 100 Milliarden auf 745 Milliarden Pfund
- John Bolton, der frühere nationale Sicherheitsberater von Donald Trump, wirft dem US-Präsidenten Amtsmissbrauch vor. Bolton unterstellt Trump, mehrfach strafrechtliche Ermittlungen unterbunden zu haben, die sich gegen ihm genehme „Diktatoren“ oder Autokraten, zum Beispiel in China oder in der Türkei, richten sollten.
- In den USA haben in der letzten Woche erneut 1,5 Millionen Bürger einen Erstantrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt.
- Weltweit befinden sich 79,5 Millionen Menschen auf der Flucht bzw. sind Opfer von Vertreibung. Laut UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) ist das mit fast 10 Millionen Flüchtlingen mehr als im Vorjahr ein neuer Höchststand.

19.06.2020

Setze niemals alles auf eine Karte.

Heute Morgen wachte ich mit dumpfen Kopfschmerzen auf. Nein, nur um es der Form halber klarzustellen. Der Grund ist Wirecard und damit das Wiederauferstehen längst vergessener Probleme. Betrugsfälle können trotz einer straffen Finanzmarkt-Regulierung nie gänzlich ausgeschlossen werden. Was war passiert? Wirecard ist Anbieter eines elektronischen Zahlungsabwicklungsystems für Online-Transaktionen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY verweigerte Wirecard nach Manipulationsvorwürfen das Testat für den Jahresabschluss 2019. Das ist zweifellos die Höchststrafe, die ein Wirtschaftsprüfer aussprechen kann. Pikantes Detail: EY hatte die Bilanzen in den Jahren zuvor immer bestätigt. Grund für die Ablehnung war nun die obskure Frage, ob Gelder in Höhe von 1,9 Milliarden Euro, die angeblich auf Treuhandkonten in Asien liegen sollten, auch wirklich existierten. Gerüchten zufolge hatte ein Angestellter der BDO Unibank auf den Philippinen Dokumente in dieser Angelegenheit gefälscht. Die 1,9 Milliarden entsprechen in etwa dem Eigenkapital des Unternehmens. Für den DAX-Konzern, der bereits ein weiteres Mal die Vorlage seiner Jahresbilanz für 2019 verschieben musste, drohte aber noch weiteres Ungemach. Der Aktienkurs von Wirecard brach um 80 % ein. Aber auch Anleiheninvestoren mussten einen herben Verlust hinnehmen: Der Kurs einer bis 2024 laufenden Euro-Anleihe fiel von knapp über 80 % auf unter 50 % gefallen. Moody's hat verkündet, eine Herabstufung Wirecards zu prüfen. Aktuell hat das Unternehmen noch eine Baa3-Bonität und damit Investment-Grade-Status. Zudem können Banken, sofern der Wirtschaftsprüfer den Jahresabschluss nicht doch noch bescheinigt, in den nächsten Tagen Kredite im Ausmaß von 2 Milliarden Euro fällig stellen. Eine Insolvenz wäre in diesem Fall wohl unvermeidbar. Wirecard sieht sich selbst als Opfer eines „gigantischen Betrugs". Und gegen Betrug ist wohl niemand gefeit – Enron, Worldcom oder Madoff lassen grüßen. Kursverluste sind ein individuelles Schicksal. Bei aller Tragik für die betroffenen Investoren werden diese nicht durch staatliche Rettungspakete ausgeglichen. Und das ist auch gut so. Am Finanzmarkt muss man damit rechnen, immer wieder einmal von einem derartigen Ereignis betroffen zu sein. Das gehört quasi zum Geschäft. Der einzige Schutz dagegen sind Diversifikation und breite Streuung. Wie heißt es so schön: Setze niemals alles auf eine Karte. Diversifikation ist in der Finanzwelt der einzige „Free-Lunch". Und den sollten wir uns auch abholen. Denn am Ende des Tages bezahlt der Investor die Zeche der Betrüger.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Eine Studie der britischen Forschungsgruppe Economist Intelligence Unit (EIU) hat die Reaktion von 21 OECD-Staaten auf die Corona-Pandemie analysiert. Die Regierungen von Australien, Österreich, Dänemark, Deutschland, Island, Israel, Neuseeland und Norwegen reagierten am besten auf die Krise.
- Österreicher, die während der Corona-Pandemie für längere Zeit in Kurzarbeit waren, erhalten weniger Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Eine Steuerbegünstigung fällt hier weg.

- Angela Merkel zeigt sich mit der Grundarchitektur des europäischen Wiederaufbaufonds zufrieden. Es seien aber noch einige Dinge wie z.B. die Datenbasis zu klären. Merkel will sich darauf fokussieren, dass soweit wie möglich nur Schäden berücksichtigt werden, die auch wirklich durch die aktuelle Krise entstanden sind. Merkel geht nicht davon aus, dass es vor dem 1. Januar 2021 zu Auszahlungen kommen wird.
- Die vor wenigen Tagen eingeführte Corona-App wurde in Deutschland bereits 9,6 Millionen Mal heruntergeladen.
- Auch die Schweiz lockert die Corona-Maßnahmen und reduziert den Mindestabstand zwischen zwei Personen von zwei auf eineinhalb Meter. Auch die Sperrstunde für die Gastronomie sowie für Nachtclubs zwischen Mitternacht und sechs Uhr morgens soll aufgehoben werden.
- In Großbritannien ist die Gesamtverschuldung im Zuge der Corona-Folgen erstmals seit 1963 wieder über die Schwelle von 100 % des Bruttoinlandsproduktes gestiegen.
- Der ungarische Regierungschef Viktor Orban glaubt, dass sich sein Land bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie als dem Westen überlegen erwiesen hat. Voraussetzung für den Erfolg wären Disziplin und Zusammenhalt. Allgemein gilt das ungarische Gesundheitswesen als unterfinanziert und ineffizient.
- Der australische Ministerpräsident Scott Morrison teilte mit, dass sein Land seit Monaten Ziel eines groß angelegten Cyberangriffs sei. Ein „hoch entwickelter staatlich basierter Akteur“ habe versucht, kritische Infrastruktur, Regierungsstellen oder politische Organisationen zu hacken.
- Japan hebt die inländischen Corona-Beschränkungen für den Reiseverkehr auf.
- In Indien ist die Zahl der Corona-Infizierten stark angestiegen. Dennoch werden im zweitbevölkerungsreichsten Land der Welt zahlreiche Beschränkungen aufgehoben, um die angeschlagene Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.
- Das Coronavirus droht auch afrikanische Flüchtlingslager zu erreichen. Obwohl die Lager weitestgehend isoliert sind, werden etwa in Kenia oder Äthiopien erste Fälle von Covid-19-Infektionen gemeldet.

20.06.2020

Der DAX und sein Wirecard-Problem.

Heute steht ein Wiedersehen mit einem meiner ältesten Freunde aus längst vergessenen Kärntner Tagen auf dem Programm. Während mein Freund gerade im Auto die eineinhalbstündige Fahrt antritt, habe ich noch ein bisschen Zeit. Beim Espresso kommen Erinnerungen an Italienaufenthalte in einer für unsere Kinder prähistorischen Zeit auf. Damals, ich dürfte so um die 15 oder 16 Jahre alt gewesen sein, entdeckte ich die Liebe zum morgendlichen Espresso. Im Vergleich zu dem abscheulichen Filterkaffee im Schülerinternat eine absolute Offenbarung. Durch Reisen in andere Länder lernt man einfach andere Dinge lieben und schätzen. Bleibt die Hoffnung, dass unsere Kinder auch einmal in den Genuss kommen, in ihrer Jugend neue Länder zu entdecken. Der Freund, den ich nun erwartete, hatte schon sehr früh ein besonderes Faible für Aktien. Vor allem der österreichische Markt hatte es ihm angetan. Aber auch er ist im Laufe der Zeit gewissermaßen von Österreich in die weite Welt hinausgegangen. Und das ist auch gut so. Der österreichische Markt ist ein sehr guter Nischenmarkt mit einigen Weltmarktführern. Aber aus risiko- und ertragsspezifischen Gründen macht es durchaus Sinn, auch hier globaler zu denken. Der gestrige Handelstag ist ein Synonym für diese Entwicklung. Während der deutsche DAX oder der amerikanische S&P 500 rund ein halbes Prozent einbüßten, verlor der ATX mit 2,5 % deutlich mehr. Der deutsche DAX hat diese Woche mit dem Wirecard-Problem zu kämpfen. Die Aktie verlor knapp zwei Drittel ihres Wertes und kostete den DAX damit beinahe 100 Indexpunkte. In diesen Tagen schwinden auch Diversifikationseffekte. Bisher war es immer möglich, das Aktienrisiko durch die Beimischung von Anleihen etwas abzufedern. In meinen Anfängen in den 1990er Jahren habe ich frühzeitig gelernt, dass ein richtiger Dämpfer auf der einen Seite im Regelfall einen satten Gewinn auf der anderen Seite bedeutet. Besonders gut hat sich in Krisenzeiten ein simpler 50/50-Mix bewährt. Ein Investment bestehend aus einer 10-jährigen Staatsanleihe und amerikanischen Aktien konnte sich gerade in Krisenzeiten wie beispielsweise 2001 bis 2003, als die Internet-Blase platzte, oder in der Finanzkrise 2008 und 2009 besonders positiv hervortun. Auch diesbezüglich ist 2020 anders. Das 50/50-Portfolio verlor 7,6 %. Das ist das schlechteste Ergebnis seit 1980. Viele Anleihen werfen negative Renditen ab. Wir bräuchten wieder höhere Renditen, um diesen Effekt verstärkt nutzen zu können. Aber angesichts des Dauerfeuers der Notenbanken ist bis auf weiteres nicht damit zu rechnen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Die österreichische Regierung hat im Zuge des Coronavirus-Hilfspakets zwei Milliarden Euro für den Klimaschutz zugesichert. Für Klimaschützer ist das zu wenig, um damit eine Klimawende zu erreichen. Vizekanzler Werner Kogler versichert, dass man an den Klimawende-Maßnahmen festhalten werde. Darüber hinaus will man die Kurzarbeit auch über den Herbst hinaus verlängern. Zur Finanzierung plant Kogler die Einführung einer Vermögenssteuer.
- Beim Fleischproduzent Tönnies in Rheda-Wiedenbrück wurden mehr als 1.000 Mitarbeiter positiv auf Corona getestet. 6.500 Mitarbeiter sind in Quarantäne.

- Die Zahl der Covid-19-Infektionen in den unter Quarantäne gestellten Wohnblöcken in Berlin Neukölln ist weiter gestiegen.
- Luxemburg will seine gesamte Bevölkerung auf Covid-19 testen und 20.000 Tests am Tag durchführen. Damit soll ein zweiter Lockdown verhindert werden. Luxemburg ist damit das erste europäische Land, dass Tests auf Covid-19 derart umfassend anbietet.
- In Europa ist bei mehr als 2,5 Millionen Menschen eine Corona-Infektion nachgewiesen worden. Die Pandemie forderte bislang rund 192.000 Todesopfer.
- Italiens nationales Gesundheitsinstitut ISS hat in einer Studie nachgewiesen, dass das Coronavirus in Italiens Abwässern schon seit Dezember nachweisbar war. Betroffen sind die Großstädte Mailand und Turin.
- Auch ein Schweizer Pharmakonzern hat eine klinische Studie mit dem Malaria-Mittel Hydroxychloroquin zur Behandlung von Covid-19-Infektionen eingestellt.
- In Lateinamerika sind bereits 90.000 Corona-Todesopfer zu beklagen. Die Versorgung von Patienten in Brasilien, Mexiko und Peru wird immer schwieriger.
- Die Weltgesundheitsorganisation beurteilt die Lage weiterhin sehr kritisch. Die Pandemie beschleunige sich. Innerhalb eines Tages wurden mehr als 150.000 Neuinfektionen gemeldet. Knapp die Hälfte sind in Nord-, Mittel- und Südamerika gemeldet worden.
- Donald Trump zeigt sich trotz eines besorgniserregenden Anstieges an Corona-Infektionen in vielen Bundesstaaten optimistisch. Er sieht die USA auf einem guten Weg. Trump lobte auch die großartigen Daten des jüngsten Arbeitsmarktberichtes.
- Die US-Fed ergänzt ihren derzeitigen Stresstest für Großbanken um eine Analyse, die die Widrigkeiten der Corona-Krise einbeziehen soll. Dabei sollen die Kapitalanforderungen, die Strategie in Bezug auf Aktienrückkäufe sowie Dividendenzahlungen berücksichtigt werden. Zudem sollen auch unterschiedliche konjunkturelle Szenarien berücksichtigt werden. Der Stresstest wurde im Zuge der Finanzkrise im Jahr 2009 eingeführt.

21.06.2020

Der Tesla-Moment trifft viele Branchen.

An Tesla scheiden sich die Geister. Die einen lieben Elon Musk´s Firma, die anderen stehen ihr äußerst skeptisch gegenüber. Dieser Tage ist der Aktienwert des Unternehmens erstmals über die 1.000-Dollar-Marke gestiegen. Tesla repräsentiert einen Börsenwert von 180 Milliarden Euro und ist damit mehr wert als Volkswagen, Daimler und BMW zusammen. Am Automarkt hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Gerald Ebel, Experte für immaterielle Vermögenswerte und Professor an der FH Bielefeld, spricht von einem TESLA-Moment, den momentan viele Branchen erleben. Ein qualitativ hochwertiges Produkt ist noch lange kein Alleinstellungsmerkmal, vielmehr wird es in diesen Tagen vorausgesetzt. Ein gutes Produkt hat sowieso jeder und für Konsumenten sind die Nuancen der Unterscheidungsmerkmale schwer fassbar. Nicht immer gewinnt der Beste, sondern der Coolste. Am Beispiel TESLA sieht man, dass das Unternehmen es geschafft hat, ein Werteversprechen abzugeben. Der Kunde kauft kein Auto. Nein, der Kunde trägt mit dem Autokauf dazu bei, die Welt ein Stück weit besser zu machen. Alteingesessene Konzerne, die über Jahrzehnte den Markt diktiert haben, hinken auf einmal hechelnd hinterher. Wir leben in einer außergewöhnlichen Zeit, in der kein Stein auf dem anderen bleibt. Die Corona-Krise hat den Trend nur verstärkt. Unternehmen sind gefordert, alte Gewohnheiten ad acta zu legen. Das Erfolgsrezept vergangener Tage ist kein Garant für die eigene Zukunftsfähigkeit. Der TESLA-Moment trifft viele Branchen. Ich bin der festen Überzeugung, dass künftig nur jene Unternehmen erfolgreich sein werden, die neben der Produktqualität auch für ein klares Werteversprechen stehen. Das betrifft aber nicht nur unsere Unternehmen, sondern auch uns als Privatpersonen. In einer renommierten Tageszeitung prangt dieser Tage über einem Artikel die Überschrift „Shoppen ist jetzt erste Bürgerpflicht“. Wie bitte? Wir sollen jetzt alle wieder konsumieren, um die Krise abzufedern und gute Staatsbürger zu sein? Ich habe prinzipiell nichts gegen den Konsum, sehr wohl aber etwas gegen einen sinnbefreiten Konsum, bei dem allein die Quantität im Vordergrund steht und qualitative, ökologische oder soziale Aspekt völlig außer Acht gelassen werden. Und bei dem es womöglich um Produkte geht, die ich am Ende des Tages noch nicht einmal brauche, oder die ich mit Hilfe eines Kredits kaufe, weil der eh nichts kostet. Wie heißt es so schön: Wir kaufen Dinge, die wir nicht brauchen, mit Geld, das wir nicht haben, um Leute zu beeindrucken, die wir nicht mögen. Es wird Zeit, aufzuwachen. Zum eigenen Wohle und zum Wohle der kommenden Generationen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) Wolfgang Katzian und Wirtschaftskammer-Chef Harald Mahrer setzen sich für eine weitere Verlängerung der Kurzarbeit ein. Sowohl Katzian als auch Mahrer gehen von einem adaptierten Modell aus, dass auch individuelle und branchenspezifische Lösungen beinhalten soll.
- Die Bundesregierung hat für Unternehmen eine Investitionsprämie verabschiedet. Für Investitionen zwischen 1. September 2020 und 28. Februar 2021 wird eine Prämie von 7 % gewährt. Für Güter im

Zusammenhang mit Digitalisierung, Ökologisierung und Gesundheit/Life Sciences wird ein erhöhter Prämiensatz von 14 % gewährt. Die zugestandenen Quoten sollen in Cash ausbezahlt werden.

- Die Lage der Bewohner, die in einem Göttinger Gebäudekomplex unter Quarantäne gestellt wurden, spitzt sich zu. Es wurden mehrere Polizisten, die die Einhaltung der Quarantäne sicherstellen sollen, mit Gegenständen beworfen und zum Teil auch verletzt. In der Anlage leben mehr als 200 Kinder und Jugendliche in prekären Wohnverhältnissen.
- In der Nacht zum Sonntag kam es in Stuttgart zu Straßenschlachten utzender Kleingruppen mit der Polizei. Die Innenstadt wurde verwüstet, Schaufenster wurden eingeschlagen und Passanten berichteten von fliegenden Pflastersteinen. Es habe auch Plünderungen gegeben. Die Polizei hat keine Erklärung für die Ausschreitungen.
- Spanien, einer der Corona-Hotspots im Frühjahr, beendet heute den Notstand. 47 Millionen Einwohner dürfen sich erstmals seit 14 Wochen wieder frei im ganzen Land bewegen. Zudem werden die Grenzen für Urlauber aus den Schengen-Staaten geöffnet.
- In Peking ist die Zahl der Covid-19-Infizierten weiter gestiegen. Nach Angaben der staatlichen Gesundheitskommission wurden in den letzten 24 Stunden 22 weitere Ansteckungen nachgewiesen. Bereits am Dienstag hatten die Behörden die zweite Sicherheitsstufe ausgerufen und Peking teilweise abgeriegelt. Menschen sollen die Stadt nicht mehr verlassen.
- Donald Trump hat den Wahlkampf um die Präsidentschaft eröffnet. Vor der umstrittenen Massenkundgebung in Tulsa (Oklahoma) wurden sechs seiner Mitarbeiter des Vorausteams positiv auf Covid-19 getestet. Sie müssen jetzt in Quarantäne genommen werden. Trump trug bei seinem Auftritt ebenso wie viele seiner Anhänger wie üblich keine Maske. Die Teilnehmer mussten sich bei ihrer Registrierung damit einverstanden erklären, dass die Wahlkampf-Organisatoren nicht für eine Covid-19-Erkrankung haftbar gemacht werden können.

22.06.2020

Wirecard lässt uns den Atem stocken.

Während ich meinen Espresso trinke, lese ich die aktuellen Schlagzeilen. Eine Eilmeldung erregt meine Aufmerksamkeit: Wirecard rechnet nicht damit, dass es das Treuhandkonto überhaupt gibt. Unweigerlich stelle ich mir die Frage, wo die 1,9 Milliarden hingekommen sind? Man kann die doch unmöglich verlieren, oder? Damit haben wir einen waschechten Betrugs- und Bilanzskandal, bei dem man paradoxerweise nicht einmal genau sagen kann, wer das Opfer bzw. wer der Täter ist. Eines ist aber fix: Es gibt viele Verlierer. Da sind einmal gutgläubige Investoren, die einen Großteil ihres Geldes verloren haben und jetzt vor der schwierigen Frage stehen: Bleibe ich investiert oder haue ich den Hut drauf? Dann haben wir noch das Management. Am Freitag warf Markus Braun, der Gründer und Chef von Wirecard, mit sofortiger Wirkung das Handtuch. Der Traum, von der Kommandobrücke aus einen Weltkonzern zu steuern, ist damit jäh geplatzt und wird wohl auf der Anklagebank enden. Dann sind da noch die Mitarbeiter von Wirecard. Viele davon haben ihr Herzblut für das Unternehmen geopfert und dürften sich jetzt fühlen wie ein düpierter Ehemann. Dann haben wir noch Zulieferer und Partnerunternehmen, die um ihr Geld bangen müssen. Als Gläubiger hat man zwar die Chance, im Falle einer Insolvenz zumindest einen Bruchteil seiner Forderungen zu bekommen. Viel dürfte dabei aber nicht herausspringen. Ähnliches gilt für Anleihenkäufer. Auch die wären im Konkursfall dem Eigenkapital vorgereiht. Und haben wir noch die Aktionäre. Diese kommen im Insolvenzfall erst dann an die Reihe, wenn alle anderen vorgelagerten Gruppen voll und ganz bedient worden sind. Im Regelfall bleibt allerdings nichts übrig. Wenn man sich einmal überlegt, wie viele Menschen von dem Betrug betroffen sind, kann einem wahrlich der Atem stocken. Da wären zum einen rund 5.000 Mitarbeiter und deren Familien. Gerade in der angespannten wirtschaftlichen Lage ist es wahrscheinlich nicht so einfach, rasch wieder eine adäquate Stelle zu finden. Dann hätten wir noch die Zulieferer, hinter denen ebenfalls zahlreiche Mitarbeiter mit ihren Familien stehen. Neben privaten Anlegern haben auch institutionelle Investoren wie z.B. Pensionskassen oder Versicherungen ihr Geld in Wirecard-Aktien oder -Anleihen veranlagt. Hinter den Sicherungsvermögen stehen wiederum Tausende von Menschen, die einmalig oder in Monatsraten ihr Geld ansparen. Die Liste könnte noch weiter fortgeführt werden, aber es zeigt sich schon, dass durch den Betrug Millionen Menschen zu Schaden gekommen sind.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- In Wien finden heute Abrüstungsgespräche zwischen den USA und Russland statt. Ziel ist es, den letzten großen atomaren Abrüstungsvertrag New Start zur Begrenzung strategischer Atomwaffen zu retten. Donald Trump wollte auch China am Verhandlungstisch sehen, was aber von Peking abgelehnt wurde.
- Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt vor möglichen sozialen Konflikten, da die Gefahr besteht, dass Menschen durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie

diskriminiert oder benachteiligt werden. Betroffen seien beispielsweise Menschen im Niedriglohnbereich wie die Mitarbeiter von Schlachthöfen und fleischverarbeitenden Betrieben.

- In den Tönnis-Fleischfabriken wurden mehr als 1.300 Covid-19-Infektionen festgestellt. Betroffen sind vor allem zahlreiche Mitarbeiter aus Rumänien und Polen. Um die Quarantäne zu umgehen, sind viele bereits in die Heimat zurückgekehrt.
- Der deutsche Stabilitätsrat rechnet heuer mit einem coronabedingten Defizit von -5,5 %. Damit liege man über der europäischen Obergrenze.
- Deutsche Bank-Chef Christian Sewing erwartet nach der Corona-Pandemie eine beschleunigte Konsolidierung des fragmentierten europäischen Bankensektors.
- Die italienische Regierung denkt an ein höheres Defizit im heurigen Jahr, um die italienische Wirtschaft zu stützen.
- Die britische Regierung will den wirtschaftlichen Abschwung mit einer Mehrwertsteuersenkung etwas abfedern. Die Maßnahmen sollen Anfang Juli angekündigt werden.
- Laut der Europäischen Gesellschaft für Intensivmedizin bereiten sich die Krankenhäuser in der EU auf eine zweite Infektionswelle vor. Es werden Reservekräfte ausgebildet und mobiler gemacht.
- In New-York hat heute die zweite Phase der Lockerung begonnen. Unter Einhaltung der Masken und Hygieneregeln dürfen Büros, Friseure, Geschäfte und Restaurants wieder öffnen. Bei einem guten Verlauf sind zwei weitere Lockerungsphasen geplant, die in einem Abstand von zwei Wochen folgen sollen.
- Der US-Pharmakonzern Gilead will bis Jahresende mehr als 2 Millionen Behandlungsdosen seines potenziellen Corona-Medikaments Remdesivir herstellen.
- In Indien meldet das Gesundheitsministerium 15.000 neue Covid-19-Infektionen. Mit 425.000 Fällen verzeichnen nur die USA, Brasilien und Russland mehr offizielle Corona-Fälle.
- Peking will die Vorgaben für umweltfreundliche Fahrzeuge noch in diesem Jahr lockern und damit den krisengebeutelten Automarkt unterstützen.

23.06.2020

Wirecard-Skandal und eine angeschlagene Aufsicht.

Heute Morgen feiern wir ein kleines Jubiläum. Ich kann es gar nicht glauben, dass seit dem Corona-Shutdown und dem Beginn dieser Tagebuch-Serie erst 100 Tage vergangen sind. Es ist in sehr wenigen Wochen mehr passiert als in manch einem Jahr. Der Wirecard-Finanzskandal ist das bestimmende Thema dieser Tage. Im schlimmsten Fall wurden Luftschlösser gebaut, im „besten“ Fall ist man Betrügern aufgesessen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) und deren Chef Felix Hufeld geraten im Zuge des Finanzthrillers immer mehr unter Druck. In der BaFin arbeiten 2.700 Mitarbeiter und damit mehr als im Gesundheits- oder Wirtschaftsministerium zusammen. Aufgabe der Behörde ist es, ein funktionsfähiges, stabiles und integres Finanzsystem für Bankkunden, Versicherte und Anleger zu gewährleisten. Als erstes Medium hatte die Financial Times über frisierte Bilanzen der Wirecard AG berichtet. Statt dieser Anschuldigung nachzugehen, verbot die BaFin per Allgemeinverfügung Leerverkäufe bei Wirecard. Bei Leerverkäufen (= Short-Selling) werden Wertpapiere, Derivate oder Devisen verkauft, ohne dass der Verkäufer sie zum Geschäftsabschluss besitzt. Short-Seller spekulieren darauf, den Basiswert zu einem späteren Zeitpunkt billiger wieder zurückkaufen zu können. Die Behörde hat darüber hinaus eine Anzeige wegen Marktmanipulation erstattet. Paradoxerweise richtet diese sich jedoch nicht gegen Wirecard selbst, sondern gegen Short-Seller und Journalisten, die eigentlich auf das Problem aufmerksam gemacht hatten. Man verließ sich offenbar trotz der Gerüchte auf das Testat des Wirtschaftsprüfers, statt im Rahmen einer Sonderprüfung einmal selbst nach dem Rechten zu sehen. BaFin-Chef Felix Hufeld wirkt schwer angeschlagen: „Das ist ein komplettes Desaster, das wir da sehen, und es ist eine Schande, dass so etwas passiert ist.“ Der Aktienkurs von Wirecard notierte am 17. Juni noch bei Euro – gestern Abend ging die Aktie mit ‚Euro aus dem Handel. Hufeld habe noch nie einen DAX-Konzern in einer derart entsetzlichen Situation gesehen. Seiner Ansicht nach seien keine regulatorischen Änderungen erforderlich, vielmehr müsse das bestehende Regelwerk einfach anders interpretiert werden. Das klingt nicht wirklich beruhigend. Wichtig wäre es, die letzten Wochen systematisch aufzuarbeiten, Fehler zu identifizieren und sich zu überlegen, wie man diese in Zukunft vermeiden kann. Das würde mehr bringen, als genüsslich einen Sündenbock zur Schlachtbank zu führen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- In Österreich sind erstmals seit Beginn der Corona-Krise weniger als eine Million Menschen in Kurzarbeit. Arbeitsministerin Christine Aschbacher gibt an, dass gegenwärtig 812.757 Menschen zur Kurzarbeit angemeldet sind. Vor einer Woche waren es noch 1,1 Millionen Personen. Von den 110.000 Firmen, die Kurzarbeit beantragt haben, haben erst 17.000 eine weitere Verlängerung von drei Monaten beantragt.

- Bis 2021 muss der ORF 75 Millionen Euro einsparen, da in der Corona-Zeit weniger Werbeeinnahmen und Gebühren lukriert werden konnten.
- Der ehemalige Wirecard-Chef Markus Braun wurde heute vorübergehend festgenommen. Es fragen sich viele, warum Wirtschaftsprüfer und Finanzmarktaufsicht so lange nichts von den Ungereimtheiten im DAX-Konzern bemerkt haben.
- Deutsche Wirtschaftsweise müssen die Konjunkturprognose für Deutschland weiter nach unten schrauben. Die deutsche Wirtschaft erlebt die schwerste Rezession seit dem 2. Weltkrieg.
- Der Virologe Christian Dorsten warnt vor einer unbemerkten Ausbreitung des Corona-Virus. Unter anderem sind in Nordrhein-Westfalen vermehrt neue Covid-19-Infektionen gemeldet werden. Laut Drosten seien die Corona-Maßnahmen dort zu früh gelockert worden.
- Laut Karl-Josef Laumann, Gesundheitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, ist es schwierig, die Quarantäne der Tönnis-Mitarbeiter zu kontrollieren, weil diese über nahezu 1.300 Haushalte verteilt seien.
- Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ruft gemeinsam mit Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden dazu auf, Jugendlichen auch in der Corona-Krise die Chance auf eine Ausbildung zu geben.
- Der europäische Automarkt ist mit einem starken Absatzeinbruch konfrontiert. Die Zahl der Neuzulassungen in der EU ist um ein Viertel gesunken.
- In Russland haben sich nachweislich bereits nahezu 600.000 Menschen mit dem Coronavirus angesteckt.
- Die Vereinigten Staaten von Amerika verzeichnet in einigen Bundesstaaten weiterhin steigende Corona-Infektionszahlen. In New York dagegen hat die Phase zwei der Wiedereröffnung begonnen.
- Lothar Wieler, Leiter des Robert Koch-Instituts, geht davon aus, dass sich die Lage in Europa derzeit stabilisiere. Mit Sorge blickt er Richtung Afrika. Auch wenn die offiziellen Zahlen gering erscheinen, geht er von einer sehr hohen Dunkelziffer aus.
- Der Goldpreis ist auf den höchsten Stand seit 2012 gestiegen.

24.06.2020

Hohe Angstprämie trotz Kurs-Rallye.

An den Börsen haben sich die durch den Wirecard-Skandal erhitzten Gemüter wieder etwas abgekühlt. In den USA geht die Kurs-Rallye weiter. Tech-Aktien sind nach wie vor der große Renner. Die Technologie-börse Nasdaq hat gestern ein neues All-Time-High erreicht. Präsident Donald Trump will der Wirtschaft mit einem weiteren Hilfspaket unter die Arme greifen. Nach dem etwas verpatzten Wahlkampfauftakt braucht er dringend ein paar positive Nachrichten. Immerhin steht nicht weniger als seine Wiederwahl auf dem Spiel. In den Umfragewerten liegt der demokratische Herausforderer schon mehr als 8 % voran. Es wird also höchste Zeit. Interessant ist, dass trotz der Aufbruchsstimmung die „Angstprämie“ immer noch weit über dem „normalen“ Niveau notiert. Trotz des Auseinanderklaffens von Finanzwirtschaft und Realwirtschaft spricht nach wie vor einiges für Aktien. Da wäre einmal die massive Ausweitung der Notenbankbilanzen. Allein die amerikanische Fed hat ihre Bilanzsumme seit Ausbruch der Corona-Krise um unglaubliche 70 % erhöht und die Märkte de facto mit Liquidität . Für eine Investition in eine 10-jährige amerikanische Staatsanleihe wurde man vor nicht allzu langer Zeit noch mit einer Rendite von 3 % entlohnt. Aktuell bekommt der Investor nur mehr 0,7 %. Die Notenbank will ein ungewollt starkes Anziehen der langfristigen Zinsen tunlichst vermeiden und beabsichtigt, eine faktische Zinsobergrenze zu implementieren. Mit der sogenannten „Yield-Curve-Control“ verabschieden wir uns vom „freien“ Markt. Ob und wann dieses Instrument zum Einsatz kommen soll, ließ Fed-Präsident Jerome Powell offen. Durch die niedrigen Zinsen ergibt sich ein sehr günstiges Finanzierungsumfeld. Das fördert sowohl den privaten Konsum als auch die Investitionen von Unternehmen. Zudem kommt der positive Aspekt zum , dass mit jeder Refinanzierung der Zinsaufwand sinkt. Das betrifft neben Privaten und Unternehmen auch Staaten, Körperschaften oder sonstige Institutionen. Die Risikoaufschläge für Unternehmensanleihen sind in den letzten Wochen deutlich gesunken. Auch diesbezüglich müssen Investoren der Fed ihren Dank aussprechen. Schließlich hat die Notenbank Einzelanleihen und den Gesamtmarkt in Form von ETF systematisch aufgekauft. Im Zuge der sinkenden Risikoprämien und des tiefen Zinsniveaus erscheinen Aktien attraktiv. Hinzu kommt eine gute Performance – und schon geistert FOMO über das Börsenparkett. Dabei handelt es sich nicht um ein Fabelwesen, sondern um ein Akronym für die Angst, etwas zu verpassen (fear of missing out).

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter: - In Österreich fällt mit Juli sowohl die Maskenpflicht für Kellner als auch die Sperrstunde für Hochzeiten. Ab September dürfen auch wieder Outdoor-Veranstaltungen mit 10.000 Personen abgehalten werden. Bei Indoor-Events sind bis zu 5.000 Personen erlaubt. - Österreich hat als Reaktion auf die steigenden Covid-19-Zahlen in einer Fleischfabrik die Reisewarnstufe 5 für Nordrhein-Westfalen ausgegeben. Flugverkehr in dieses Bundesland wird es vorerst nicht geben. - Sportminister und Vizekanzler Werner Kogler kündigt an, dass es ab 1. Juli für Mannschafts- und Kontaktsportarten keine Beschränkungen mehr gebe. - Der ifo-Geschäftsklima-Index verzeichnet den stärksten Anstieg seiner Geschichte. Deutsche Firmenbosse beurteilen die aktuelle Lage deutlich besser und sehen optimistischer in die Zukunft. Laut ifo-Präsident Clemens Fuest sehe die deutsche Wirtschaft ein Licht

am Ende des Tunnels. - Jeder zweite Deutsche hat gemäß einer Befragung des Meinungsinstituts INSA Angst vor einer zweiten Corona-Welle im Sommer. - Die Europäische Union berät über eine Öffnung der EU-Außengrenzen gegenüber Drittstaaten ab 1. Juli. - Australien hat den ersten Covid-19-Toten seit einem Monat zu beklagen. Der 80-jährige Mann lebte im Bundesstaat Victoria, wo seit einigen Tagen täglich Neuinfektionen vermeldet werden. - Tokio hat aufgrund der Pandemie die Olympischen Sommerspiele auf das nächste Jahr verschoben. In Tokio sind erstmals seit Wochen mehr als 50 Neuinfektionen binnen eines Tages bestätigt worden. - Auch mehrere amerikanischen Bundesstaaten sind die zweite Woche in Folge mit einem Rekordanstieg der Covid-19-Infektionen konfrontiert. - US-Präsident Donald Trump behauptet auf einer Wahlveranstaltung, dass die Grenzmauer nicht nur Migranten, sondern auch das Coronavirus gestoppt habe. - Für Banker und Wertpapierhändler an der Wall Street wird die Bonuszahlung für heuer um 15 bis 20 % unter dem Vorjahreswert liegen. Zudem ist in der Finanzbranche mit massiven Stellenstreichungen zu rechnen.

25.06.2020

Düstere Prognose und wachsende Kluft.

Heute Morgen stehe ich mit meinem Espresso auf unserer Terrasse. Der Regen prasselt laut und die Luft ist feucht und kalt. Irgendwie passt das Wetter zum Börsengeschehen. Nach den Anstiegen der letzten Wochen heißt es vorerst, Gewinne mitnehmen. Der Hauptschuldige ist schnell gefunden. In einigen US-Bundesstaaten steigen die Corona-Infektionszahlen weiter. Die neueste Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) zeichnet ein düsteres Bild. Die Krise wird heftig und wahrscheinlich schlimmer als alles, was die Mehrheit der Menschen jemals erlebt haben. Die Technologiebörse Nasdaq notiert so weit von der 200-Tageslinie entfernt wie seit 20 Jahren nicht mehr. Die Kluft zwischen der Nasdaq und dem S&P 500 weitet sich aus. Während der S&P 500 seit Jahresbeginn etwas mehr als 5 % einbüßte, liegt die Nasdaq mit über 10 % im Plus. Der Dow Jones 30 Industrial liegt sogar mit über 10 % im Minus. 2020 gilt: Je weniger Tech, desto schlechter die Performance. Der Performanceunterschied ist mit mehr als 15 % so groß wie seit 1983 nicht mehr. Wenn man noch ein bisschen tiefer gräbt, werden die Unterschiede noch größer. Die größten Titel im S&P 500 sind Apple, Microsoft, Amazon, Facebook und Alphabet (Google). Zusammen repräsentieren sie mehr als ein Fünftel des Gesamtmarktes. Erst danach folgt der Pharmariese Johnson & Johnson mit einer Gewichtung von 1,4 % als erstes Unternehmen, welches nicht dem Technologiesektor zuzuordnen ist. Und damit ist auch ein wesentlicher Teil der Performance des S&P 500 auf Tech-Titel zurückzuführen. Tech-Titel sind von der fundamentalen Seite her vergleichsweise teuer bewertet. Der S&P 500 ist mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) von 21 bewertet. Die Nasdaq ist mit einem KGV von 41 fast doppelt so hoch bewertet. Analysten prognostizieren, dass die Gewinne der Nasdaq-Unternehmen in den kommenden zwei Jahren um mehr als 50 % steigen werden, jene der S&P 500 Unternehmen um vergleichsweise geringe 13 %. Und , obwohl auch im S&P 500 Tech-Titel nicht unwesentlich gewichtet sind. Auch wenn die Prognosen mit großen Unsicherheiten behaftet sind, zeigt sich ein klarer Trend. Auch bei der Ausschüttungspolitik zeigen sich große Unterschiede. Während der breite Markt eine Dividendenrendite von 2 % ausweist, liegt jene der Nasdaq bei lediglich 1 %. Grundsätzlich gilt: Wachstumsunternehmen schütten weniger aus, da sie ihre Gewinne lieber in erfolgversprechende Investitionen stecken. Unternehmen im fortgeschrittenen Lebenszyklus dagegen legen den Fokus vermehrt auf eine stabile Ausschüttungspolitik.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Österreichs Vizekanzler Werner Kogler gesteht im Krisenmanagement auch Fehler ein. In Bezug auf die Urlaubsdebatte räumt er ein, dass man auch nach drei Tagen Italien „ein guter Mensch“ bleibe.
- Forscher aus Wien haben ein einfaches Covid-19-Testverfahren entwickelt, das weder spezielle Laborausrüstung noch Expertenwissen erfordert.
- Bundesfinanzminister Olaf Scholz geht davon aus, dass die Mehrwertsteuersenkung die deutsche Wirtschaft ankurbeln wird.

- Wirecard hat heute nach dem milliardenschweren Bilanzskandal den Insolvenzantrag gestellt.
- Die Mehrheit der deutschen Studenten würde eine Rückkehr zur Präsenzlehre begrüßen.
- Die deutsche Corona-Warn-App ist bereits 13 Millionen Mal heruntergeladen worden.
- Die Aktionäre der Lufthansa stimmen dem Staatseinstieg zu. Das Unternehmen kann mit dem milliardenschweren Rettungspaket weiterfliegen.
- Der Internationale Währungsfonds hat die Konjunkturprognose deutlich reduziert. Die Weltwirtschaft dürfte 2020 um 4,9 % schrumpfen. Im April war der IWF noch von einem Minus von 3,0 % ausgegangen. Besonders Länder, die von der Pandemie schwer getroffen sind, wurden deutlich nach unten korrigiert. Dazu zählen Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien, Brasilien und die USA. In den USA, der weltgrößten Volkswirtschaft, werde die Wirtschaftsleistung 2020 voraussichtlich um 8,0 % einbrechen.
- Der IWF geht davon aus, dass sich die Haushaltsdefizite der Länder 2020 auf 14 % des BIP summieren werden. Das ist um 10 % mehr als 2019.
- Der IWF forderte höhere Investitionen in die Gesundheitssysteme sowie in konjunkturfördernde Maßnahmen. Besonderes Augenmerk solle dabei auf Zukunftsfelder wie Digitalisierung oder CO2-ärmere Produktionsmethoden gerichtet werden.
- Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat nach dem Anstieg der Infektionszahlen in Europa vor zunehmender Nachlässigkeit im Kampf gegen die Corona-Pandemie gewarnt.
- In den USA ist die Wirtschaftsleistung im 1. Quartal um 5 % zurückgegangen. Das war der größte Rückgang seit der Finanzkrise im Jahr 2008. Das Ausmaß des Einbruchs kann erst mit den Zahlen zum 2. Quartal abgeschätzt werden.
- In der vergangenen Woche haben in den Vereinigten Staaten weitere 1,48 Millionen Menschen erstmals um Arbeitslosenunterstützung ersucht. Seit Ende März waren es in Summe 47,3 Millionen.
- Die Corona-Pandemie könnte in Afrika mehrere Schuldenkrisen auslösen. Die Zinskosten sind bereits auf 40 Milliarden US-Dollar gestiegen. Die Weltbank geht davon aus, dass es in Afrika erstmals seit 25 Jahren eine Rezession geben wird.

26.06.2020

Geschenk an unsere Ur-Ur-Ur-Ur-Enkel.

Die US-Märkte haben sich auf dem Tageshöchststand in den Feierabend verabschiedet. Nach Börsenschluss veröffentlichte Nike schwache Zahlen. In der Nacht wurden auch die Ergebnisse des Banken-Stress-Tests der amerikanischen Notenbank veröffentlicht. Nachdem einige Banken den Stresstest nicht bestanden haben, erteilte die Fed den Instituten strikte Auflagen zur Schonung der Kapitalausstattung. Österreich hat eine weitere 100-jährige Anleihe mit einem Kupon von 0,85 % begeben. Das Emissionsvolumen von 2 Milliarden Euro war vielfach überzeichnet und zog das Interesse der Investoren auf sich. Wenn ein Investor heute 100 Euro investiert, erhält er jährliche Zinszahlungen in Höhe von 85 Cent. Vor rund drei Jahren hat Österreich schon einmal eine 100-jährige Anleihe begeben. Damals lag der Kupon noch bei 2,1 %. Durch den massiven Rückgang der Zinsen wird diese Anleihe aktuell mit einem Kurs von 194 % gehandelt. Das heißt konkret, dass ein Investor für die 100 Euro Nominale, die er im Jahr 2117 erhält, gegenwärtig 194 Euro bezahlen muss. Dafür erhält man immerhin 97 Jahre lang 2 Euro und 10 Cent pro Jahr. Mit einer konservativen Bundesanleihe hat man aufgrund des Zinsrückgangs mehr als 25 % pro Jahr verdient. Die Tilgung erfolgt aber mit 100 %. Das heißt, der Weg ist durchaus vorgezeichnet, selbst dann, wenn man fast ein Jahrhundert auf die Auszahlung warten muss. Spannend wird es, wenn man das Thema aus dem Blickwinkel einer Inflationsbereinigung betrachtet. Die Europäische Zentralbank verfolgt ein Inflationsziel von 2 %. Sollte die Inflation in den nächsten 100 Jahren genau dem Inflationsziel entsprechen, gewährleistet dies, dass ein Investor, der die 100-jährige Anleihe 2017 gekauft hat, zumindest den realen Geldwert erhalten kann. Wenn man im Laufe dieser Woche sein Geld in eine 100-jährige Anleihe investiert, kostet es pro Jahr 1,2 % an realem Wert. Der reale Wertverlust beträgt damit über die lange Laufzeit 70 % des investierten Betrages. Die Erben, die wahrscheinlich noch nicht einmal geboren sind, werden sich freuen. Zu berücksichtigen ist auch, dass man sich für dieses Investment ein großes Risiko einkauft. Allein in den letzten zwölf Monaten schwankte der Kurs zwischen 148 % und 237 %. In Anbetracht eines mündelsicheren Investments braucht man da wahrlich starke Nerven. Aus Staatensicht macht eine so lange Laufzeit durchaus Sinn. Die niedrigen Zins-kosten sind damit für ein Jahrhundert fixiert. Das ist dann unser Geschenk an unsere Ur-Ur-Ur-Ur-Enkel, die unsere Generation nur vom Familienstammbaum kennen wird. Mit besten Grüßen!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- WIFO-Chef Christoph Badelt und IHS-Chef Martin Kocher sehen den Tiefpunkt der Krise bereits als durchschritten. In ihrer Sommerprognose stellen sie für Österreich eine tiefe, jedoch kurze Rezession in Aussicht. 2020 soll die Wirtschaft um etwas mehr als 7 % schrumpfen. Durch die Corona-Pandemie wird die Arbeitslosigkeit auf rund 10 % ansteigen. Das Budgetdefizit wird mit etwas über 10 % des BIP prognostiziert.

- In Wien greifen aus der Türkei stammende Ultranationalisten eine Kundgebung linker Aktivisten an. Es fliegen Pflastersteine und Glasflaschen.
- Die deutsche Corona-Warn-App wird vor allem von jüngeren Menschen genutzt. Von den unter 40-jährigen nutzen 40 % die App, bei den über 60-jährigen vergleichsweise geringe 19 %.
- Frankreichs Pharmakonzern Sanofi gehört zu den Pharmakonzernen, die an einem Covid-19-Impfstoff forschen. In Europa wird der Konzern 1.700 Stellen abbauen, 1.000 davon in Frankreich.
- In Spanien steht Sparen sowohl für Unternehmen als auch für Privatpersonen hoch im Kurs. Im Mai wuchsen die Bankeinlagen der Haushalte binnen Jahresfrist um 7,2 % auf 882 Milliarden Euro. Die Einlagen von Unternehmen sind mit 13,8 % noch stärker angestiegen. Im Mai erreichen sie ein Allzeithoch von 287 Milliarden Euro.
- In Italien steigt das Staatsdefizit im 1. Quartal um 10,8 %. Wie viele andere Länder auch sei man mit steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen konfrontiert.
- In den USA wurden innerhalb der letzten 24 Stunden 40.000 Covid-19-Neuinfektionen gemeldet. Damit wurde der bisherige Rekordwert von 36.400 Fällen deutlich übertroffen.
- Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank, geht davon aus, dass die Eurozone den Tiefpunkt der Corona-Krise bereits hinter sich hat. Nun sei es wichtig, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Folgen abzufedern.
- Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen hat vor einer Zunahme des Hungers in Afghanistan gewarnt. In dem 38-Millionen-Einwohnerland hätten rund 12,4 Millionen Menschen nicht genug zu essen. Die Wirtschaft ist durch den Shutdown eingebrochen. Die Preise für Lebensmittel wie Mehl, Speiseöl oder Reis sind stark angestiegen.
- Das japanische Startup-Unternehmen Donut Robotics hat eine vernetzte Maske entwickelt, die Nachrichten über das Internet senden und aus dem Japanischen in acht andere Sprachen übersetzen kann. Die Kunststoffmaske kann über Standard-Atemschutzmasken getragen und via Bluetooth mit einem Smartphone oder Tablet verbunden werden. Für einen Preis von 40 Dollar ist die Maske ab September käuflich erwerbbar.

27.06.2020

31 Risiken und ein Blick in den Rückspiegel.

Eine ereignisreiche Woche neigt sich dem Ende zu. Die Börsen verabschieden sich tiefrot ins Wochenende. Ich freue mich schon darauf, heute einmal die Seele baumeln zu lassen und viel Zeit mit meiner Familie zu verbringen. Noch ist es ruhig. Schließlich liegen alle noch friedlich in ihren Betten. Während ich meinen Espresso trinke, stelle ich mir die Frage, welche potenziellen Risiken und Gefahrenherde in den kommenden Monaten auf uns warten könnten. Das World Economic Forum hat diesbezüglich 31 Risiken definiert. Zehn Risiken betreffen den ökonomischen Bereich, neun den gesellschaftlichen Bereich. Zudem werden noch sechs geopolitische Risiken, vier technologische und zwei umweltspezifische Risiken angeführt. Das ist ein breites Spektrum. Im Vergleich zum Jänner sind durch die Corona-Pandemie wieder ökonomische Aspekte in den Fokus gerückt. Zu Beginn des Jahres war das noch anders. Damals standen vor allem umweltspezifische Aspekte im Zentrum. Die größte Sorge bereiten den Risikomanagern eine langanhaltende globale Rezession sowie die hohe Arbeitslosigkeit. Erst dahinter steht die Sorge vor einer zweiten Corona-Welle. Auf der geopolitischen Seite werden strenge Restriktionen zwischen einzelnen Ländern als Hauptrisiko definiert. Das betrifft sowohl die Reisetätigkeit als auch Handelsaktivitäten. Auf technologischer Seite stehen Cyberattacken ganz oben auf der Liste. Darüber hinaus geht das World Economic Forum davon aus, dass die Arbeitslosigkeit aufgrund der technologischen Fortschritte weiter zunehmen wird. Mit den wirtschaftlichen Herausforderungen tritt das Thema Nachhaltigkeit wieder etwas in den Hintergrund. Die Autoren sehen ein Risiko darin, dass zu wenig Geld in Maßnahmen gegen den Klimawandel investiert wird. Damit haben wir einen guten Überblick. Ich will nicht den Anschein erwecken, dass ich ein ängstlicher Mensch bin oder dass wir einer düsteren Zukunft entgegensehen. Fakt aber ist, dass große Herausforderungen auf uns warten. Das betrifft nahezu jeden Lebensbereich. Ich bin grundsätzlich ein sehr positiver . Nichtsdestotrotz habe ich es mir zur Angewohnheit gemacht, mich auch mit potenziellen Risiken auseinanderzusetzen. Das kann sowohl im beruflichen aber auch im privaten Kontext sehr hilfreich sein. In einem Punkt unterscheiden wir uns wesentlich von Vorgängergenerationen. Viele von uns gehen nicht mehr davon aus, dass es unseren Kindern einmal „besser“ gehen wird. Aber warum ist das so? Der Blick nach vorne ist immer ungewiss. Im Rückspiegel betrachtet schaut es aber oft anders aus.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Gesundheitsminister Rudolf Anschober plant eine Überarbeitung des österreichischen Epidemiegesetzes. Derzeit liege seiner Ansicht nach zu viel Macht in wenig Händen.
- Das Wiener Pharmaunternehmen Themis Bioscience arbeitet an einem Covid-19-Impfstoff und sollte demnach aus österreichischer Sicht von besonderem Interesse sein. Ein 3,7-prozentiger Anteil des Unternehmens wurde an den US-Konzern Merck verkauft. Ein staatlicher Fonds hat am Deal mitgewirkt.

- Deutschland geht einen anderen Weg und pumpt 300 Millionen Euro in Curevac. Auch dieses Pharmaunternehmen forscht an einem Corona-Impfstoff und hat bereits das Interesse von US-Präsident Donald Trump auf sich gezogen.
- Angela Merkel appelliert angesichts der aktuellen Corona-Ausbrüche an alle Menschen, weiterhin vorsichtig zu sein. Die Bundeskanzlerin sieht die Überwindung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen als zentrale Aufgabe der am 1. Juli beginnenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft an.
- Die Europäische Union will das Einreiseverbot für 15 Drittstaaten aufheben. Auf der Liste stehen u.a. Australien, Kanada, Japan, China und Südkorea.
- Gleich drei Finanzminister aus der Euro-Zone wollen den Vorsitz des scheidenden portugiesischen Finanzministers übernehmen. Um das Amt des Euro-Gruppen-Chefs haben sich die spanische Wirtschaftsministerin Nadia Calvino, der irische Finanzminister Paschal Donohe und Luxemburgs Finanzminister Pierre Gramegna beworben. Als Favoritin wird die Spanierin Calvino gehandelt, die auch auf Unterstützung des deutschen Finanzministers Olaf Scholz setzen kann. Sollte die 51-jährige die Wahl am 9. Juli beginnen, wäre sie die erste Frau an der Spitze der Euro-Gruppe.
- Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen hat an die Staats- und Regierungschefs appelliert, das Corona-Wiederaufbaupaket im Juli zu beschließen. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte ihre volle Unterstützung zu und will so rasch wie möglich einen neuen EU-Haushalt und ein Wiederaufbaupaket für die Gemeinschaft beschließen. Insgesamt umfasst das Paket 750 Milliarden Euro, 500 Milliarden davon in Form nichtrückzahlbarer Zuwendungen. Kritik kommt vor allem aus den Niederlanden und aus Österreich.
- Forscher fanden in alten Abwasserproben aus Barcelona vom März 2019 bereits Spuren des Coronavirus. Die Ergebnisse müssen noch überprüft werden. Bisher ging man davon aus, dass das Virus erstmals im November 2019 in Wuhan aufgetreten ist.
- Das ägyptische Gesundheitsministerium rät Frauen, mit Schwangerschaften zu warten, um mögliche zusätzliche Risiken durch das Coronavirus zu vermeiden.

28.06.2020

Der Moment der Wahrheit naht.

Allmählich neigt sich das 2. Quartal dem Ende zu. Wir haben wahrlich viel erlebt. Im 1. Quartal sind die Unternehmensgewinne noch um 11 % gesunken. Mit der anstehenden Berichtssaison, in deren Rahmen die Unternehmen ihre Ergebnisse für das 2. Quartal publizieren werden, ist der Moment der Wahrheit gekommen. Eines ist jedem klar: Jetzt kommt's dicke! Die Frage ist nicht, ob, sondern nur, wie stark die Gewinne eingebrochen sind. Für den breiten amerikanischen Markt wird bereits ein Einbruch von 40 % im Vergleich zum 1. Quartal 2020 eingepreist. Damit wären wir auf einem Niveau von 2011. An den Börsen sorgen FANG-Aktien seit Jahren für Furore. Darunter fallen Facebook, Amazon, Netflix und Google (Alphabet). Durch die außergewöhnliche Performance haben wir irgendwann einmal Apple hinzugefügt und aus FANG wurde FAANG. Auf den ersten Blick fällt die Veränderung gar nicht auf. In letzter Zeit erlebt das gute alte Microsoft, das sich bereits während der Internet-Blase großer Beliebtheit erfreuen durfte, ein Revival. Im Jahrestief am 23. März konnte man Anteile des Software-Giganten, der sein Imperium auf einem monopolistisch anmutenden Fundament aufgebaut hat, noch für 135 Dollar pro Aktie erwerben. Mittlerweile ist der Kurs auf mehr als 200 Dollar gestiegen. Das macht immerhin ein sattes Plus von nahezu 50 %. Und schon ist es passiert: Aus FAANG wird FANMAG (Facebook, Amazon, Netflix, Microsoft, Apple, Google), und schon ist ein neues Akronym für Erfolg geboren. Wir Börsianer lieben schließlich kryptische Abkürzungen. Wenn man Anfang 2015 100 Dollar in FANMAG Aktien investiert hat, kann man sich gegenwärtig über einen Portfoliowert von 650 Dollar freuen. Allein seit den Tiefständen im März hat sich der Wert um 250 Dollar erhöht. Bei einem Investment in den breiten US-Markt würde im Vergleich dazu der Portfoliowert bei rund 150 Dollar liegen, bei einem Investment in die Nasdaq bei rund 250 Dollar. Das wirkt sich auch auf die Gewichtung in den jeweiligen Indizes aus. FANMAG Aktien repräsentieren bereits 50 % der Nasdaq 100 bzw. über ein Fünftel des S&P 500. Damit die Party weiter geht, werde ich mich jetzt auf eine Google-Recherche begeben, um mich über Notebooks zu erkundigen, auf Amazon einloggen, um mir das neue MacBook Air zu bestellen, mir online ein neues Office-Paket kaufen, mit meinem iPhone das neue Gerät fotografieren, um mit meinem neuen Equipment meine Facebook-Freunde zu beeindrucken und mich abschließend völlig geschafft mit einer Staffel House of Cards auf Netflix zu entspannen. Börsenherz, was willst du mehr!

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- In Österreich sind erstmals die ursprünglich geheimen Protokolle des Krisenstabs einsehbar. Die Corona-Taskforce warnte vor einer Kernschmelze des Gesundheitssystems und schnitt die heikle Frage an, ob gewisse Kranke in der Krise gar nicht mehr an die so dringend benötigten Beatmungsgeräte angeschlossen werden sollen. Es wurden auch bewusst Emotionen angesprochen, um das Bewusstsein zu schaffen, wie wichtig es sei, persönliche Kontakte zu reduzieren.

- Beinahe ein Drittel des Schuljahres ist durch den Corona-Lockdown verloren gegangen. Experten befürchten, dass die unterrichtsfreie Zeit zu erheblichen Lernrückständen geführt hat.
- Nach der Insolvenz von Wirecard müssen sich die deutsche Finanzmarktaufsicht BaFin und der Wirtschaftsprüfer EY auf eine Klagewelle einstellen.
- Der deutsche Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ist für eine Ausweitung der Corona-Tests in Deutschland, warnt aber auch vor einer Überbewertung der Ergebnisse. Ein Test sei immer nur eine Momentaufnahme und dürfe nicht zum Anlass werden, sich in falscher Sicherheit zu wiegen.
- Der deutsche Virologe und Professor Hendrik Streeck fordert Corona-Eingreiftruppen und warnt vor künftigen Pandemien. Er geht von kontinuierlichen Wellenbewegungen des Infektionsgeschehens aus.
- Führende deutsche Volkswirte erwarten einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen.
- Die spanische Regierung hat das Einreiseverbot für Kreuzfahrtouristen verlängert.
- Die Zahl der Neuinfektionen ist in Peking weiter angestiegen. Seit Mitte Juni sind 311 neue Fälle gemeldet worden. Aufgrund dessen müssen sich jetzt eine halbe Million Chinesen in Quarantäne begeben, um eine weitere Ausbreitung zu vermeiden.
- Das chinesische Pharmaunternehmen CNBG konnte mit seinem Covid-19-Impfstoff ermutigende Testergebnisse am Menschen erzielen. Das Medikament habe an allen 1.120 gesunden Testpersonen hochgradig Antikörper gebildet und es deute alles darauf hin, dass der Impfstoff sicher und wirksam sein könnte. Für CNGB ist es bereits der zweite Impfstoffkandidat, für den erfolgreiche Testergebnisse vorgelegt werden konnten.
- Beim internationalen Spendenmarathon zur Bekämpfung der Corona-Krise treten viele namhafte Künstler wie Shakira, Coldplay, Justin Bieber oder Miley Cyrus auf. In Summe sind 6,15 Milliarden Euro an neuen Hilfszusagen zusammengekommen.
- In den USA sind bereits mehr als 2,5 Millionen Corona-Infektionsfälle gemeldet worden. Die Ausbreitung erfolgt mit zunehmender Geschwindigkeit und bringt die Pläne von Donald Trump durcheinander.

29.06.2020

Wirecard, ein waschechter Skandal.

Die neue Woche beginnt. Die europäischen Börsen haben noch geschlossen, während ich frühmorgens meinen Espresso genieße. Der Goldpreis, Synonym für ein Sicherheitsinvestment, notiert auf dem höchsten Stand seit über acht Jahren. Angesichts der Coronakrise sind viele Investoren in das Edelmetall geflüchtet. Am Wochenende sorgte der Wirecard-Skandal wieder für Aufsehen. Wenig verwunderlich, schließlich sind ja immerhin fast zwei Milliarden Euro unauffindbar. Mittlerweile sind zwei Haftbefehle ausgestellt worden und es wurde Insolvenz beantragt. Der Verdacht, dass die Finanzmarktaufsicht bereits Anfang 2019 – also rund eineinhalb Jahre vor der Eskalation – einen konkreten Verdacht auf Bilanzmanipulationen gehabt haben soll, hat sich erhärtet. Die BaFin stellte einen Mitarbeiter ab, um der Sache nachzugehen. Bei einem DAX-Konzern und einem Verdacht mit dieser großen Tragweite wäre es angebracht gewesen, ein paar Dutzend Experten abzustellen. Die deutsche Bundesregierung schreitet ein und wird – nach Informationen aus dem Bundesjustiz- und dem Bundesfinanzministerium – vermutlich den Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Prüfstelle für Rechnungsoffenlegung (DPR) aufkündigen. Dieser privatrechtlich organisierte Verein kontrolliert im Staatsauftrag die Finanzen. Die Finanzmarktaufsicht (BaFin) hatte der DPR bereits im Februar 2019 den Hinweis gegeben, dass es Ungereimtheiten in der Wirecard Bilanz gebe. Die DPR scheint dem Manipulationsverdacht aber erst im Mai 2020 nach wiederholter Anfrage seitens der BaFin nachgegangen zu sein. Unter einer „Bilanzpolizei“ stellt man sich vermutlich etwas anderes vor. Damit haben wir einen waschechten Bilanzskandal, der Deutschland bis ins Mark erschüttert. Vergleiche mit dem Energiekonzern Enron tun sich auf. Anfang der 2000er Jahre ging der Energiehändler mit Pauken und Trompeten unter und raubte mir in der einen oder anderen Nacht den Schlaf. Enron hatte Umsätze erfunden, die es in der Realität gar nicht gab. Die Gewinne wurden um 1,2 Milliarden Dollar zu hoch ausgewiesen. Es wurden 30 Milliarden Dollar Schulden aufgenommen, die dem Konzern das Genick brechen sollten. Ein pikantes Detail des Enron-Skandals war auch, dass sich der CEO als Innovator feiern und sich eine Abfindung von 300 Millionen Dollar auszahlen ließ, und das kurz bevor beim damals siebtgrößten Unternehmen der USA für immer das Licht ausgehen sollte. Enron hat damals der Aktienkultur einen schweren Schaden zugefügt. Auch der Betrugsfall von Wirecard hat durchaus das Potenzial, dem Ansehen der Börsenwelt einen Bärendienst zu erweisen.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Der Oberste Gerichtshof (OGH) Österreichs hat schwerwiegende Einwände gegen ein Detail im geplanten Konjunkturstärkungsgesetz der österreichischen Regierung erhoben, mit dem einige Steuererleichterungen für Unternehmen und Privatpersonen ermöglicht werden sollen. Der OGH schreitet „wegen massiver verfassungsrechtlicher Bedenken im Hinblick auf den Gleichheitsgrundsatz und den Schutz des Eigentums“ ein. Bei Insolvenzen soll der Fiskus im Vergleich zu anderen Gläubigern vorgereiht werden. Damit könne eine Gleichbehandlung im

Insolvenzfall nicht mehr gewährleistet werden. Nach Ablauf der geltenden Steuerstundungen könnte die Finanz auf Zahlungen drängen und diese auch erhalten können. Das Finanzministerium hat die entsprechende Gesetzespassage daraufhin gestrichen.

- In der Steiermark wurde gewählt. Bei den ersten Kommunalwahlen seit Beginn der Corona-Krise konnten die Türkisen von Bundeskanzler Sebastian Kurz deutliche Gewinne einfahren. SPÖ und Grüne legten leicht zu, wohingegen die FPÖ herbe Verluste hinnehmen muss. Trotz Briefwahl ist die Wahlbeteiligung um 10 % gesunken.
- Österreich hat die Reisewarnung für das Bundesland Nordrhein-Westfalen aufgehoben.
- Beschäftigte in Berliner Kitas können sich ab heute auch ohne Symptome auf Covid-19 testen lassen.
- Die Deutsche Stiftung Patientenschutz fordert vorbeugende und verpflichtende Corona-Reihentests für 11.200 deutsche Pflegeheime.
- Am Frankfurter Flughafen eröffnet das erste Corona-Testzentrum an einem deutschen Flughafen. Der Flughafenbetreiber Fraport, die Lufthansa und das Biotechnologie-Unternehmen Centogene haben das Projekt umgesetzt.
- Großbritannien ist Ende Jänner aus der EU ausgetreten und kann noch bis Jahresende im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion verbleiben. Die Verhandlungen über die Zeit danach sind ins Stocken geraten und die Fronten haben sich verhärtet. Sollte keine Einigung gelingen, könnte es Anfang 2021 zu einem harten wirtschaftlichen Bruch und zur Einführung von Zöllen kommen.
- Gavin Newsom, Gouverneur von Kalifornien, hat aufgrund des raschen Anstieges an Covid-19-Infektionen die erneute Schließung von Bars für sieben Bezirke, darunter auch die Millionenmetropole Los Angeles, angeordnet. Zuletzt sind in Kalifornien täglich 5.000 bis 6.000 neue Corona-Fälle gemeldet worden.
- Nancy Pelosi, Vorsitzende des Repräsentantenhauses, spricht sich für die Einführung einer Maskenpflicht in der Öffentlichkeit aus. Das sei in den USA längst überfällig, um die Corona-Pandemie einzudämmen.

30.06.2020

Ein Umbruch im Blindflug.

Es ist Sommer – Zeit, einmal durchzuschnaufen. Erholung ist angesagt. Viele von uns freuen sich schon auf den Urlaub oder sind gerade erst entspannt aus dem Urlaub zurückgekommen. 2020 hat uns allen sehr viel abverlangt. Aber können wir uns jetzt wirklich auf ein paar ruhigere Wochen freuen? Ich glaube nicht. Zuviel ist passiert und vieles muss erst aufgearbeitet werden. Aber ich mag mich täuschen. Das 2. Quartal stand im Zeichen des Schocks. Wir sind noch immer im Blindflug unterwegs. Das wahre Ausmaß der Corona-Pandemie und des weltweiten Shutdowns wird wohl frühestens im 3. Quartal offengelegt. Wie stark sind die Unternehmensergebnisse und das BIP wirklich eingebrochen? Wie viele Arbeitslose können wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden? Und wie viele Unternehmen werden die Krise überhaupt überleben? Fragen über Fragen, die uns wohl auch im Sommer begleiten werden. An den Finanzmärkten wird eine V-förmige Erholung eingepreist. Ob diese wirklich eintritt, werden wir wahrscheinlich erst um den Jahreswechsel abschätzen können. Die Unterstützung durch die staatlichen Rettungsprogramme und der Liquiditätsschwemme der Notenbanken sind zumindest ein Fundament. In Bezug auf die Corona-Krise bleibt die wichtigste Frage, wie schnell ein flächendeckend einsetzbarer Covid-19-Impfstoff entwickelt werden kann. Unter den Pharmahat ein regelrechter Wettlauf begonnen, der so etwas wie Goldgräberstimmung aufkommen lässt. Es gibt Jahrzehnte, in denen nichts passiert, und dann gibt es Wochen, in denen Jahrzehnte passieren! Dieses Zitat wird Wladimir Iljitsch Lenin zugeschrieben. Der britische Historiker Victor Sebestyen, Verfasser einer Lenin-Biographie, beschreibt ihn als Berufsrevolutionär, Kleinbürger und Tyrann. Mir liegt es fern, eine Revolution anzuzetteln. Aber eines scheint klar: In den letzten Monaten haben wir einen wahren Umbruch erlebt. Die Welt nach der Corona-Pandemie wird mit der Welt vor der Corona-Pandemie nicht mehr vergleichbar sein. Auf diese Tage werden wahrscheinlich noch unsere Kinder und Kindeskinder zurückblicken. Auch für mich endet heute eine ereignisreiche Zeit. Mein Ziel war es, die ersten 100 Tage des Corona-Crashs in Form eines Tagebuchs aus dem Blickwinkel eines Börsianers zu dokumentieren. Es war eine lehrreiche, herausfordernde und sehr intensive Zeit. Es ist noch sehr früh. Ich nehme einen Schluck von meinem Espresso. Mit Stolz blicke ich auf die letzten Monate zurück. Wir haben als Gesellschaft viel bewegt. Das stimmt mich positiv und lässt mich mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

Die Welt in Zahlen:

News-Splitter:

- Österreichs Gesundheitsminister Rudolf Anschober zeigt sich über regionale Covid-19-Ausbrüche besorgt und will die Cluster genau kontrollieren. Die Virologin Monika Redlberger-Fritz findet den Umgang der Bevölkerung mit dem Coronavirus mittlerweile zu sorglos und warnt vor einer zweiten Welle.
- Der Deutsche Mieterbund fordert, die Mieter, die aufgrund der Corona-Krise in eine finanzielle Schieflage gekommen sind, länger als bis Ende Juni zu schützen. Der Bundestag hatte beschlossen,

dass Mieter vom 1. April bis 30. Juni 2020 nicht gekündigt werden dürfen, wenn sie ihre Miete nicht bezahlen können.

- Die Zahl der Kurzarbeiter ist von 7,3 Millionen im Mai auf 6,7 Millionen im Juni gesunken. In der Bundesrepublik waren im Mai 44,6 Millionen Personen erwerbstätig. Im Vergleich zum Jahresbeginn ist die Anzahl der Beschäftigten um 483.000 zurückgegangen. In der Statistik werden auch all jene, die sich in Kurzarbeit befinden, zu den Erwerbstätigen hinzugerechnet.
- In Großbritannien wurde mit Leicester eine ganze Stadt unter Lockdown gesetzt.
- In Frankreich wird das Atomkraftwerk Fessenheim, welches unter Kritikern schon seit Jahrzehnten als Sicherheitsrisiko galt, abgeschaltet. Beschäftigte und Anrainer kritisieren das scharf.
- Der Genfer Autosalon fällt auch 2021 dem Coronavirus zum Opfer, da viele Aussteller bereits angekündigt haben, auch im nächsten Jahr „wahrscheinlich“ nicht teilnehmen zu wollen. Nachdem die für März geplante größte öffentliche Veranstaltung der Schweiz auch 2020 ausgefallen ist, fällt der Genfer Autosalon zumindest zwei Jahre in Folge aus.
- Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) will ein Team nach China entsenden, um den Ursprung des Coronavirus festzustellen und die Entstehungsgeschichte besser nachvollziehen zu können. WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus merkte an, dass die Pandemie das Beste und das Schlimmste der Menschheit zum Vorschein gebracht habe.
- Der kanadische Cirque du Soleil hat Insolvenzschutz beantragt und muss rund 3.480 Mitarbeiter entlassen. Die Aufführungen sind bis zumindest Ende August ausgesetzt.
- Das US-Biotechunternehmen Gilead Sciences hat den Preis für den Covid-19-Wirkstoff Remdesivir für den nationalen Markt auf 2.340 Dollar pro Patienten festgelegt. Für private Krankenversicherungen sei der Preis um rund 30 % höher. Damit hätten alle Menschen Zugang zum Medikament. Remdesivir kann die durchschnittliche Genesungszeit von Covid-19-Patienten laut einer internationalen Studie mit 1.000 Teilnehmern von 15 auf 11 Tage verkürzen.

Risikohinweis und Disclaimer.

Urheberrechtshinweis

Die Inhalte dieser Publikation, insbesondere Texte, Grafiken, Konzepte, Methoden sowie die visuelle Gestaltung, sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere jene der Vervielfältigung, Verbreitung, öffentlichen Zugänglichmachung, Bearbeitung sowie der Übersetzung, bleiben vorbehalten.

Rollen- und Anwendungsbereich

Josef Obergantschnig tritt im Rahmen dieser Publikation, abhängig vom jeweiligen Kontext, entweder als Vertreter der Obergantschnig Management GmbH oder in eigener fachlicher Funktion auf. Die nachfolgenden Regelungen gelten für beide Rollen gleichermaßen.

Haftungsausschluss

Die Kolumnen geben die Einschätzung des Autors zum jeweiligen Erscheinungszeitpunkt wieder und werden nicht nachträglich aktualisiert. Die in dieser Publikation enthaltenen Informationen wurden mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt. Dennoch übernehmen weder Josef Obergantschnig noch die Obergantschnig Management GmbH eine Gewähr für die Aktualität, Vollständigkeit oder Richtigkeit der dargestellten Inhalte. Die Inhalte dienen ausschließlich der allgemeinen Information und stellen keine rechtliche, steuerliche, wirtschaftliche oder sonstige fachliche Beratung dar. Sie ersetzen keine individuelle Beratung unter Berücksichtigung persönlicher, unternehmerischer oder finanzieller Verhältnisse. Insbesondere stellen die dargestellten Inhalte keine Anlageberatung, Anlageempfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten dar. Entscheidungen, die auf Basis dieser Publikation getroffen werden, erfolgen ausschließlich auf eigene Verantwortung. Vergangene Entwicklungen, Beispiele, Einschätzungen oder dargestellte Szenarien sind keine Garantie für zukünftige Ergebnisse.

Sprachliche Gleichbehandlung

Soweit in dieser Publikation geschlechtsspezifische Bezeichnungen verwendet werden, beziehen sich diese gleichermaßen auf alle Geschlechter.

© 2020 Dr. Josef Obergantschnig · Obergantschnig Management GmbH · obergantschnig.at